



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Monatschrift
für
Christliche Social-Reform

Gesellschafts-Wissenschaft
volkswirtschaftliche und verwandte fragen.

Begründet von weiland

Freih. Karl v. Vogelsang

fortgesetzt von

Professor Dr. Josef Scheicher.

XVIII. Jahrgang.

St. Pölten 1896.

Herausgabe und Verlag: Preisvereinsdruckerei (Fr. Chamra) St. Pölten.

Verantwortlicher Redacteur: Professor Dr. Josef Scheicher.

Damit ist allerdings Klarheit geschaffen, leider keine erlösende. Dem Gewerbe wird die verlangte Rettung nicht zu theil. Hätte die Majorität des Ausschusses diese Absicht gehabt, so hätte sie Dr. Ebenhoch oder, wenn sie energisch wohlwollend gewesen wäre, Dr. Lueger zum Referenten bestimmt. Nun gilt wohl: *Lasciate ogni speranza!* Lasset alle Hoffnung fahren ihr österreichischen Gewerbsleute!

Der Liberalismus und der Capitalismus schicken sich an, ihren schwächlich gewordenen Organismus den Johannedstrieb einoculieren zu lassen. Das Gewerbe ist aufgegeben. Das Höchste, was diesem noch zu theil werden kann, ist eine Galgenfrist, ist die Aussicht auf verlangsamtes Sterben, auf Hinrichten.

Heute wäre es verfrüht, die Regierungsvorlage einer meritorischen Besprechung zu unterziehen. Wir wollen damit abwarten, bis Dr. Erner die uns leider nur zu bekannte Melodie des ökonomischen Liberalismus in sein Werfel eingelegt haben wird.

Der Liberalismus ist bekanntlich längst stationär geworden. Er ist gedankenarm, einseitig, ja er ist längst das, was er einst am Absolutismus, Conservatismus und Feudalismus so energisch getadelt hat, er ist reactionär bis zum Exceß. Ob das von Mangel an Einsicht oder gutem Willen kommt, für die Volksmasse etwas Ausgiebiges zu thun, ist schwer zu sagen. Möglich ist immerhin ein *error intellectus*, weil dieser letztere, der Intellect der liberalen Proßen, in der Bratröhre des flotten, an Wein und Weibern reichen Materialismus unverkennbar eingetrocknet ist.

Wer sich die Mühe nimmt, die Lebensweise unserer herrschenden dem Liberalismus offen oder geheim anhängenden Classen zu beachten, wird die Behauptung nicht bestreiten. Wo sind die Theaterstücke, die tägliche Kost für die genießende Classe, mit idealem, erhöhenden und erhebenden Charakter, wo die Opern, in welchen reine Motive mit reiner Musik durchgeführt sind! Sie sind vielleicht vorhanden aus alter Zeit, aber aufgeführt werden sie nicht, weil sie — nicht beachtet würden. Dafür erleben Stücke fünfzig und hundertfache Wiederholungen, wo das Wort Shakespeares: *Siede Wollust siede*, allein sich auf die Junge drängen kann. Der Text ist unsinnig aber frivol, die Musik geistlos aber lasciv. Nein, eine Gesellschaft, die sich so unterhält wie die heutige, ist unfähig Reformen zu erfinden,

Eine sociale Neujahrsbetrachtung.

Man kann gerechterweise nicht behaupten, daß die sociale Reformthätigkeit in unserem Vaterlande ganz eingestellt sei. Der Ackerbau-Minister wie der für den Handel bringen zu Zeiten Vorlagen in den Reichsrath, welche socialen Anforderungen abhelfend entsprechen sollen. Indessen wird es wohl kaum von jemand in Abrede gestellt werden, daß das Tempo von Jahr zu Jahr ein langsameres wird, daß die Minister selbst unsicher hin- und hertasten. Das ist um so bedenklicher wenn auch erklärlicher, weil die Minister-Stabilität in der letzten Zeit eine sehr geminderte geworden ist. Vielleicht wenn Baron Vogelhang noch leben würde, wäre es möglich, daß durch seinen Einfluß nach oben hin gewirkt würde. Es ist ja unzweifelhaft, daß einst die sociologischen Ideen dieses zu früh verstorbenen Social-politikers mehr als eine Regierungs-Vorlage beeinflusst, um nicht zu sagen, hervorgerufen haben.

Die Minister von heute, in deren Ressort sociale Reformer rangieren, haben viel Wasser in den einstigen Reform-Wein gegossen. Man merkt das ganz besonders an der Vorlage für diejenigen Bestimmungen, welche man euphemistisch oder, drücken wir uns noch milder aus, optimistisch Gewerbe-reform nennt. Dieselbe hat sehr enttäuscht. Noch zur Zeit des Ministeriums Windischgrätz erwartete man eine ganz andere, viel ausgiebigere Reform. Mit dem Falle des Grafen Wurmbrand wurden die Hoffnungen so ziemlich begraben, denn sein Nachfolger Wittek zog das bereits ausgearbeitete Project leider zurück. Auf wiederholtes Drängen Dr. Zuegers brachte allerdings endlich der ins Amt getretene Minister Glanz von Miska eine neue Vorlage. Der Gewerbe-Ausschuß übernahm dieselbe, um im Jahre 1896 mit seinen Rathschlägen und Anträgen dieselbe vor das Abgeordnetenhaus zu bringen. Um jedoch keinen Zweifel darüber zu lassen, was die Gewerbetreibenden von der an sich leider schon sehr verwässerten Vorlage zu erwarten haben, wurde noch zu allem Überflusse der bekannte Hofrath Dr. Gyner zum Referenten bestimmt.

zu schwach sich zum nothwendigen Grade der Selbstenstimmung zu erheben. Der Lascivität und Frivolität entspricht vielmehr die Corruption, die Protectionswirtschaft, Nepotismus und Nepotismus in allen Abstufungen. Wenn Einer auf eine kurze Zeit vielleicht nur zur Macht gelangt, so nützt er die Stunde weidlich aus, alle seine Brüder und Schwestern, Ascendenten und Descendenten, Freunde und vielleicht noch Landsleute an die Krippe des Staates oder eines Geld abwerfenden Institutes zu placieren. Wer kein homogenes Blut in den Adern hat, der schleiche fort; er allein ist, wie das im alten Römerreiche schon der Fall war, ein Privatmann, das heißt homo privatus, beraubt der Möglichkeit, am Staatsseuter zu saugen.

Wie weit sich oft die Corruption in der Protection erstreckt, ist kaum mit Worten zu beschreiben. Wer in der Lage ist, als Volksvertreter die Capitel über Anstellung, Beförderung, Stipendien &c. zu durchforschen, der fragt sich öfter: Quousque tandem, wie lange noch!

Dadurch gerade unterscheidet sich unsere Zeit von dem ihr sonst in vieler Beziehung ähnlichen Ende des vorigen Jahrhunderts. In Frankreich kokettierte angeblich die herrschende Welt mit der aufstrebenden revolutionären, obgleich gewiß kein besonderer Scharfsinn dazu gehörte voranzusehen, daß der lösbrechende Vulkan die gesammte alte genießende Welt vernichten werde. Man sagt zwar heute nicht ungerne, daß der französische Adel des vorigen Jahrhunderts — und dieser zählte anerkanntermaßen allein zu der herrschenden Classe — mit dem Feuer gespielt habe und schließlich für diese unüberlegte Handlungsweise verbrannt sei, oder, ohne Bild gesprochen, Kopf und Vermögen oder Vermögen und Kopf verloren habe. Anschließend an eine französische Schrift von Gaston Manguaz¹ stand vor nicht langer Zeit in der „N. Fr. P.“ ein hochinteressantes Xeuilleton zu lesen, das sich mit dem Gegenstande unserer Betrachtung befaßte.

„Eine der seltsamsten Erscheinungen,“ heißt es dort, „vor der großen Revolution war es, daß ein Theil des französischen Hochadels für die neuen Ideen leidenschaftlich Partei ergriff.

¹ Le duc de Lauzun et la cour de Marie-Antoinette.

v. Coigny ist die Königin von Paris.“ Es war eine sehr revolutionäre Königin. Allerdings nur in Worten, mit dem schönen Munde. Das Bezeichnende dieser umstürzlerischen Schwärmereien liegt ja in ihrer Oberflächlichkeit. Es war eben bloß eine Schwärmerei, ein neues Spielzeug und ein noch nicht verbrauchter Zeitvertreib. So sieht man in unseren Tagen bisweilen das Hochbürgerthum mit socialistischen Sprengstoffen tändeln oder den Adel Arm in Arm mit seinem Erzfeind lustwandeln. In einer von den neuesten Pariser Comödien kommt ein Gespräch zwischen einem alten Monarchisten und einem bürgerlichen Lebemann vor. „Sie sind wohl Opportunist?“ fragte der Monarchist den Lebemann. „Eher Anarchist!“ lautet die Antwort. „Dann können wir uns auch eher verständigen.“

Hier stehen wir bei einem der bedenklichsten Punkte der Zeit. Die „Nene Fr. Pr.“ ist zweifelsohne ein Blatt und Organ der hohen Bureaukraten und großen Geldmänner. Was sie sagt, transpiriert entweder schon in diesen Kreisen oder es ist bestimmt, dorthin verpflanzt zu werden. Mangras, beziehungsweise der Autor des Artikels wünscht sehr, daß Adel und Großbürgerthum nicht mit dem Feuer spielen, respective daß sie sich nicht verleiten lassen, mit „socialistischen Sprengstoffen“ zu tändeln. Man kann sicher sein, daß dieser einen Mahnung bald andere folgen werden. Regierungsorgane und Politiker insbesondere werden diesen Tonfall adoptieren. Sie können daraus leicht die Folgerung ableiten, daß man ihrer Macht und Weisheit nicht Widerstand leisten dürfe, weil — man sonst mit dem Feuer spiele, durch Kokettieren mit socialen Reformen socialistischen Sprengstoffen Platz bereite und so weiter. Sie thun das auch. Ja, manche gehen einen Schritt weiter und mobilisieren die Beamten und Lehrer, indem sie ihnen den Auftrag geben, dem Volke zu sagen, daß keine Reform nothwendig sei, oder wenn ja, dieselbe von hoher Regierung kommen müsse. Wo man kann, mobilisiert man auch den Clerus; wo nicht, ruft man sehnsuchtsvoll nach dem „erleuchteten Kirchenfürsten“, der das Spielen mit dem Feuer in Acht und Aberacht erklären würde.

Es ist bei alledem nur eines vergessen, daß nämlich die Dinge nicht immer dieselben sind. Wir wollen es dahin gestellt sein lassen, ob die französischen Adelligen des vorigen Jahr-

nicht die Nothwendigkeit beweist, daß sociale Abänderung geschaffen werden müsse, der versteht uns nicht. Ihm und seinen Gesinnungsgenossen können wir zu Beginn eines neuen Jahres nur den Rath geben, die Augen aufzumachen und sich von der eigenen günstigen Lage nicht zu falschen Schlüssen verleiten zu lassen.

Alle in präärer oder gar elender Lage befindlichen Menschen sind Anhänger socialer Änderungen, die einen reformatorischer, die anderen revolutionärer. Das ist eine Wahrheit von der wir behaupten möchten, daß sie eigentlich bereits die Spaten von den Dächern pfeifen.

Regierungszorgane und die reichen, wohlstituierten Classen, welche diesen Stand der Dinge erkennen und dementisprechend handeln und wirken, spielen nicht mit dem Feuer. Im Gegentheile, sie gerade sind eine geistige Feuerwache, die von größerer Bedeutung für die Zukunft ist, als es eine noch so gut ausgerüstete Feuerwehr sein könnte.

Man wird uns verstehen. Die Feuerwache sind die christlichen Socialreformer. Die Feuerwehr erblicken wir in den bewaffneten Scharen, welche die heutigen Staaten nicht genug vermehren und mit immer besseren, eigentlich fürchterlicheren Waffen ausrüsten zu können glauben. Wir behaupten mit der vollen Sicherheit, welche eine feste durch Studium und Beobachtung gewonnene Überzeugung gibt, daß gerade und nur die Anhänger der Feuerwehr mit dem Feuer spielen. Es mag das wie ein Nonsense aussehen, ist aber leider nicht zu bezweifelnde Wahrheit. Ein Kaiser Wilhelm II. mag von der Zeit träumen, wo seine uniformierten Lieblinge im Blute waten; allein besser sorgt für die Zukunft, der sich an die Worte des Papstes Leo XIII. hält: Die Regierungen sind für die Völker da.

Damit sei die Neujahrsbetrachtung abgeschlossen. Es bleibt uns nur übrig, alle unsere Leser einzuladen, mit uns für eine zielbewußte Reform zu arbeiten und allen zum Schluß zuzurufen: Proßt Neujahr 1896!

Dr. Scheicher.

keit der Marx'schen Werttheorie und damit die Haltlosigkeit der ganzen Marx'schen Capitalkritik bewiesen. Diese Behauptung ist aber nichts als eine Illusion, eine arge Selbsttäuschung. Und die Wissenschaft selbst fängt nachgerade an, dies auch einzusehen und einzugestehen. So finden wir im siebenten Bande des Dr. H. Braun'schen „Archivs für sociale Gesetzgebung“ einen höchst bemerkenswerten Aufsatz über den 3. Band des Marx'schen „Capital“ von Professor Werner Sombart in Breslau, dem wir Folgendes entnehmen:

„Da sich für den dritten Band des „Capital“ in der Marx'schen Manuscript-Hinterlassenschaft „nur ein, noch dazu äußerst lückenhafter, erster Entwurf“ vorfand, so wird der Genuss des Buches durch formelle Mängel und Übelstände nicht unwesentlich beeinträchtigt. . . . So wie es dasteht, ist das „Capital“ doch nur ein mächtiger Torso. Nicht nur, weil das Manuscript abbricht; auch das vorhergehende ist nicht das letzte Wort, das Marx zu sprechen hatte. Zumal der letzte Abschnitt („Die Steuern und ihre Quellen“), der noch einmal in mächtigen Strichen die Grundzüge des Systems zu zeichnen berufen war, macht einen müden Eindruck: er lässt die Abnahme der gewaltigen Kraft des Verfassers nur allzu deutlich verspüren.“

Es hat etwas wehmüthiges für alle Bewunderer dieses Genies: hier so mit Händen greifen zu können, wie ein großer Geist vorzeitig langsam zur Rüste gieng. . . .

Trotz alledem ist jedoch der dritte Band des „Capital“ ein Standardwerk, das unvergleichlich höher als der vorhergehende Band steht und sich dem ersten würdig anreihet. Freilich, von der frischen Waldursprünglichkeit des ersten Bandes ist im dritten nicht mehr viel zu merken; es weht ein stillerer Geist darin. An Stelle des dramatischen Schwunges ist die epische Ruhe getreten. Aber ganz gewiss nicht zum Schaden der Wissenschaft. Für die socialdemokratische Agitation wird sich im dritten Bande nur wenig Material gewinnen lassen. Aber dieser Umstand kommt der Theorie zugute. Was den ersten zu einer so ergiebigen Fundgrube an Schlagwörtern und Redewendungen für agitierende „Genossen“ macht, was ihn auch für den theorie-entwöhnten, von der „rage des faits“ ergriffenen Durchschnitts-Nationalökonomen genießbar und lesenswert erscheinen ließ: die

„Es wird manchen Nachgenossen, namentlich unter den Älteren geben, der bei diesen Worten ein Lächeln nicht unterdrücken kann: ob es denn wirklich ernst sei, einen längst Begrabenen, wie den Karl Marx, wieder von den Todten zu erwecken, sein zehnmal „widerlegtes“ System wieder zum Gegenstande der Kritik machen, ja es geradezu in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Discussion stellen zu wollen. Nun, wir Jüngeren werden schon dafür sorgen, daß ihnen das Lachen allmählig vergeht. Wir sind der Meinung, daß wir nicht am Ende, sondern just am Anfang der Marx-Kritik stehen. Und können unser Verwundern nicht ganz unterdrücken, daß man überhaupt schon von einer „Kritik“ hat reden wollen, ehe — das System fertig war!

Freilich — wenn die neu beginnende Marx-Kritik jenen erfreulichen Charakter bekommen soll, den jeder große Streit wissenschaftlicher Meinungen hat, so wird zuvor eine Bedingung nothwendig erfüllt sein müssen: man soll Marx erst einmal richtig verstanden haben und nur bekämpfen, was er meint, nicht was er vielleicht gemeint haben könnte. Es ist eine höchst unerfreuliche und undankbare Aufgabe, in aller Kritik immer nur die *Quidproquos* nachweisen zu müssen, deren sich der betreffende Kritiker in seiner Widergabe der Marx'schen Gedanken schuldig gemacht hat.

Wird man sich, ehe man nun die Kritik eröffnet, erst der Mühe unterziehen, in den Geist des Marxismus einzudringen, so dürfen wir uns auch der frohen Hoffnung hingeben, daß zunächst einmal alle die meist falschen traditionellen Einwände gegen Marx, die nun seit fast 30 Jahren unsere Lehrbücher zieren, in das Reich der Schatten wandern werden. Ich will die zum hoffentlich baldigen Untergange bestimmte „wohlbekannte Schar“ im Folgenden kurz *Revue* passieren lassen und bitte die respectiven Väter oder Adoptivväter dieser mißrathenen Geistesprösslunge ebenso dringend wie herzlich, eine irgend passende Gelegenheit nicht zu verjäumen, um die Kinderchen dort zu versenken, wo es am tiefsten ist.“¹ — — —

Was speciell die Marx'sche Werttheorie anbelangt, so bemerkt Prof. Sombart darüber unter Anderm:

¹ Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik. 1894. Bd. VII. S. 558. 559. 566 588.

Bezirks-Armenrath nur die Last der einzelnen Gemeinden mit den gleichen Pflichten übernommen.

Ein mit dem Gesetze zusammenhängender Übelstand, nicht *ex lege* sondern infolge *malitiae hominum*, ist, daß in Duzenden von Fällen die Verwandten von Armen ihre bisherige Unterstützung nicht mehr leisten. Da kommt zum Beispiel der Abhörbogen eines alten Mannes, worin bleibende Verpflegung, Wohnung, Holz &c. für nöthig erklärt wird. Ja, was hat er bisher von der Gemeinde gehabt? Nichts. Wovon lebte er? Nun, sein Vetter, Schwager und dergleichen hat ihn bisher versorgt; seit derselbe Armenumlage zahlt, sagt er, er sei nichts mehr schuldig — ergo. Es gibt viel solche Fälle.

Sehr ernste Erwägung verdient die Bestimmung des Gesetzes, daß von den bisherigen, dem Bezirks-Armenrath übergebenen Armen-Capitalien 3⁰/₀ den einzelnen Gemeinden jährlich an Interessen zurückgezahlt werden. Das Geld wird den Gemeindecassen entrichtet. Es gibt in unserem Bezirke ungefähr 51.000 fl. solch vinculierten Armencapital's; die 3⁰/₀ Interessen fließen den Gemeinden zurück — wie viel bleibt übrig zur Verwendung? Den Gemeindecassen! Waren denn die Gemeinden bisher Eigenthümerinnen dieser Capitalien? Woher stammt das Geld? Aus der Gemeindeumlage? Nein, denn Gemeindeumlagen gibt es nur zur Deckung des Deficits — nicht ein Kreuzer Umlage ist im Capital enthalten. Es stammt aus frommen Legaten „für die Armen“, Armenjammungen zur Zeit der Pfarreinstitute in den Kirchen, Schenkungen zu Händen des Pfarrers früherer Zeit, die so reichlich flossen, daß das Geld nicht verbraucht und theilweise capitalisirt wurde. Ferner aus Strafgeldern und Musiklicenzen, die ebenfalls „den Armen“ zukaufen. So wenig ehemals das Armen-capital Kircheneigen wurde, obwohl der Pfarrer es verwaltete, so wenig ist nach der Übergabe das Capital etwas anderes geworden, was es war, „Armencapital“.

Heute fließen 3⁰/₀ zu Gemeindezwecken verwendbar zurück! Haben das die Legatare der frommen Schenkungen gewollt? Im December 1894 starb ein Pfarrer ab intestato; gesetzlich geht daher ein Drittel des Nachlasses (in diesem Falle 6000 fl.) „an die Armen“ des Pfarrortes über, wo er Pfarrer gewesen. Allein weil er vor dem 1. Jänner 1895 gestorben, gehören die zu

von der Auflage der Armen, das heißt, wenn es keine Armen in der Gemeinde mehr gegeben hätte. Es ist nur ideales Eigenthum ohne Nutzung. Nun ist zu unterscheiden, daß Stiftungshäuser in der bisherigen Verwaltung bleiben, und für die von Bezirksarmenfond dort Verpflegten ist selbstverständlich Zins zu bezahlen. Allein die Gemeinden verlangen auch für die bisherigen sogenannten Gemeinde-Armenhäuser Zins und das ist's, was wir nicht begreifen: daß infolge des Armengesetzes die Häuser, die nur Auslagen verursachten und seit ihrem Bestande nie Nutzen eintrugen, zinstragend geworden sein sollen. Man lasse den Bezirks-Armenrath die Kosten der Reparatur und Asscuranz tragen, aber das sei genug. Eine Entscheidung über diese Frage vom Landes-ausschuße wird schon seit langer Zeit, erhofft. Das Beste wäre, entweder kauft der Bezirks-Armenrath die andere Hälfte des Hauses; dazu oder umgekehrt, es löset die Gemeinde das Servitut oder wie man es nennen mag, das Recht der Armen dort zu wohnen, ab und erhält dadurch ein freies Gemeindehaus zur freien Verfügung, etwa zum Verkaufe, und hat aus dem ganzen Vorgang so wie so einen großen Vortheil. Für den Bezirks-Armenrath aber ist der baldige Aufbau von Armenhäusern, trotzdem das Gesetz die offene Armenpflege vorzieht wünschens-wert, wegen der Hygiene, der Hausordnung, besserer Über-wachung. Dann, weil die alten Gemeinde-Armenhäuser meist sehr ausbesserungsbedürftig sind und noch dazu Zins kosten. Im gemeinsamen Hause kommt die Person täglich auf circa 23 fr. Über einzelne Schattenseiten, zum Beispiel Verwaltungskosten läuft viel Irrthümliches um. Wenn bei der Unfallversicherung zum Beispiel so vorgegangen würde, wie im Armenbureau, wäre der Erfolg Zufriedenheit. Wegen der doch umfangreichen Agenden wurde im Concepts-Personale der niederösterreichischen Landes-beamten nicht eine einzige Person neu angestellt.

Aus dem Ganzen geht wohl hervor, daß die Lichtseiten des Gesetzes seine Schattenseiten übertreffen und daß es einen Fortschritt gegen den unmittelbar vorhergehenden Zustand bedeutet. Freilich ist das Gesetz nur eine Nothmaßregel gegen das Übel der Verarmung; mehr wollte es nicht sein, dem christlichen Almosen ist nebenbei Thür und Thor offen. Möchten es die Reichen beherzigen; es herrscht Elend durch leiblicher Noth, wie

durch Mangel an gutem Geist. Wie sagte König Lear, als sein Königreich vertheilt hatte und von seinen Töchtern verstoßen selbst das Elend durchlebte, das er am Throne nie gekannt?
„Nimm dir's zur Lehr o Bracht! Nur einmal fühle, was der Arme für
Dass deinen Überfluß auf ihn du schüttest und zeigst,
Es gilt Gerechtigkeit unter'm Himmel!“

Nachtrag.

Vier Tage nach Einsendung meines, wie ich bestrebt war ganz objectiven, der wirklichen Praxis entnommenen Aufsatze brachte der geehrte Landtagsabgeordnete Oberndorfer im Landtage von Niederösterreich einen Antrag ein, der nicht Geringeres als Sein oder Nichtsein des ganzen Armengesetzes im Gefolge haben dürfte. Ich legte zum Schlusse meines Vortrages dar, daß wenn die Gemeinden die bisherige Einlagerung oder edler gesagt, das uralte bisherige Recht des Wohnens einer Anzahl Gemeindearmer im Armen-Gemeindehause nach billiger Abschätzung dem Bezirks-Armenfonde ablösen und die Wohnraumzuweisung den Rathbesitzern des Ortes selbst überlassen wollten, sie einen freien Gemeindebesitz erhalten würden. Die superficialität, das heißt, das über der Area aufgebante Armenhaus hat keinen Wert und es ist durch Niederreißen nichts geschadet; Baugrund ist aber heutzutage überall theuer. So erlangt der Bauer ein schönes Haus, das der Käufer bauen wird an Stelle der alten Chaluppe; die Gemeinde einen ziemlich guten Baugrund-Ertrag von dem sie dem Armenfonde, wie oben bemerkt, einen aliquoten Theil leicht als Ablösung vergütet; der Bezirks-Armenrath sorgt die betreffenden Armen schöner, billiger und besser — alle Theile haben gewonnen.

Nun wolle die löbl. Redaction gestatten, den Antrag Oberndorfers anzuführen und ich werde in dem Beispiele unseres Armenbezirktes, aus Daten, für deren Richtigkeit ich voll einstehe, nachzuweisen, daß die Argumentation des Antrages Oberndorfers fehlergegründet ist.

Er sagt: In Erwägung, daß das Armengesetz vom 18. October 1852 den Steuerzahlern eine 1.) unerträgliche Last auferlegt, und 2.) den wirklichen Armen doch nicht geholfen ist, weil dieses Gesetz 3.) mehr die Arbeitschene und Simulanten ausgenützt wird; in Erwägung, daß das Gesetz einen 4.) kostspieligen bureaukratischen Verwaltungsapparat schafft, daß man die 5.) autonomen Sträße auf dem Lande nicht mehr für

wird, welche diese Arbeit leisten können; in Erwägung, daß man sich noch nicht 6.) mit dem Gedanken beschäftigt, auch 7.) Bezirksarmenpaläste zu bauen und die Verwaltung noch 8.) kostspieliger zu gestalten, stellen die Gefertigten den Antrag: Der Landtag beschließe dieses Gesetz . . . abzuändern . . . eventuell aufzuheben.

So der Antrag Oberndorfer nach der „Reichspost“; wir haben nur wegen leichterer Beantwortung die Punctierung (1—8) zugelegt. Zu Punkt 1: „den Steuerzahlern eine unerträgliche Last auferlegt.“ Antwort: Wir im Bezirke Mägen zahlen nicht einmal 10% Armenumlage, während wir für die paar Straßen des Bezirkes bei 18%, für die Schulen fast dasselbe zahlen; wir zahlen 67.7% Gesamt-Landesumlage und davon annähernd 10% für die Armen. Also ein Bauer, der 100 fl. directe Steuer zahlt, gewiß kein armer Mann, zahlt 10 fl. für die Armen darauf — und das soll eine unerträgliche Last sein! Davon haben wir in Summa circa 350 Arme in ganzer Verpflegung, theilweiser Unterstützung und in Spitälern an fremden Orten. Verehrliche Leser! Sehen Sie einmal den gesammten Aufwand des Bezirks-Armenrathes eines Bezirkes mit 27 Gemeinden und 22.653 Einwohnern:

A)	Miete des Locales, sammt Wohnung des Secretärs . . .	fl.	120.—
B)	Reinigung, Licht und Beheizung des Bureaus	„	140.—
C)	Commissionskosten bei Übergabe der einzelnen Gemeindearmen = Capitalien, Revision derselben, commissionelle Prüfung der einzelnen Armenhäuser und aller Armen, die quasi inventarisch übernommen wurden	„	324.—
D)	Sitzungsgelder für die Mitglieder des Bezirks-Armenrathes (jedes nicht in loco Mägen wohnende Mitglied, hat 16 fr. per Kilometer Fahrgeld und 1 fl. 50 fr. Kostgeld per Sitzungstag)	„	739.—
E)	Gehalt des Secretärs	„	712.—
F)	Drucksorten	„	500.—
G)	Sonstige (Porto, Herstellung der Hundemarken ¹ etc.) . . .	„	200.—
	Summe der Verwaltung . . .	fl.	2735.—

Dazu ist zu bemerken. In Zukunft würde bei Erbauung eines Bezirks-Armenhauses schon A) die Miete per 120 fl. wegfallen. Die C) Commissionskosten fallen künftig per 324 fl. weg, weil nur beim Antritte die Aufnahme des inventarischen Befundes in den einzelnen Gemeinden nothwendig war, in Zukunft wird

¹ Es wurde eine Hundesteuer zugunsten des Armenfonds eingeführt.

bezahlt. (Dort müssen aber auch die früheren Gemeindeumlagen entsprechend hoch gewesen sein!) Es waren aber Ausnahmissetzer, die sich für die Bezirks-Armenhäuser nicht erwärmen konnten. 7. Armenpaläste werden nicht gebaut, das ist im Gesetze schon unterjagt; wir haben schon im ersten Artikel erwähnt, daß nach genauer Berechnung im Bezirks-Armenhause ein Armer und Spitäler nur auf 23 fr. täglich kommt, und wir zahlen nach Mistelbach allein 400 fl. (ein Arzt begehrte für einen einzelnen kranken Armen 66 fl. Ersatz). Das hörte durch die Pauschalierung eines Arztes für das ganze Haus und den Abfall für Miete zc. infolge gesammter Pflege summarisch auf und wäre ein großer Erfolg und Ersparnis. Der Punkt 8: „Kostspieliger zu gestalten“, entfällt durch die obigen, nur aus Daten entnommenen Ausführungen von selbst.

Matzen 3. Jänner 1896.

Jacob Ruis. Pfarrer und Bezirks-Armenrath.

Sozialer Rückblick.

(7. Jänner 1896.)

Auf dem Gebiete der österreichischen Gesetzgebung waren in der letzten Zeit einige wichtige Vorgänge zu verzeichnen, andere scheinen sich vorzubereiten. Das Abgeordnetenhaus beschloß ein Gesetz, welches für die Bergwerk-Inspectoren nach Art der Aufsichtsbeamten für Industrie-Kleingewerbe bestellt. Diese Beamten sollen unmittelbar dem Ackerbau-Minister unterstehen, ihre Zahl ist nicht begrenzt, jedenfalls sollen anfänglich für zwei der vier Berghauptmannschaften Österreichs je einer, für die zwei anderen je zwei Inspectoren ernannt werden. Die Inspectoren werden der sechsten Rangclasse angehören; für die Höhe ihrer Bezüge sind keine Grenzen gesteckt, damit sich kein Hindernis für die Heranziehung besonders geeigneter Kräfte ergebe. Der Berginspector hat Aufsicht zu führen über die im Wirkungskreise der Bergbehörden gelegenen Dinge, soweit sie sich beziehen auf Sicherheit des Betriebes gegen Gefahr für Personen und Eigenthum, auf das Verhältniß der Unternehmer und ihrer Vertreter zu den Arbeitern, auf die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Frauen, die Arbeitsdauer, die Sonntagsruhe, die Bruderkassen, die Lohn-, Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse und

die fachliche Ausbildung der Bergarbeiter. Ferner soll der Berginspector seine Aufmerksamkeit der Verhütung von Bergschäden zuwenden und verhindern helfen, daß die öffentliche Sicherheit durch außer Betrieb stehende Bergwerke gefährdet werde.

Im Abgeordnetenhanse war im November v. J. die Veranstaltung einer Enquete über die Ursachen der traurigen Lage der österreichischen Landwirtschaft beschlossen worden. Dies fand nicht die Billigung des Herrenhauses, es verweigerte in einer der letzten Sitzungen die Zustimmung. Nun wird die Regierung, wie sie vor kurzem erklärte, die vom Abgeordnetenhanse für nöthig gehaltene Untersuchung selbst vornehmen. Viel Unbekanntes wird die Enquete wohl kaum aufdecken; bestenfalls wird sie alle die so verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Länder Österreichs zu allgemeinerer Kenntniß und Beachtung bringen. Dies wäre freilich sehr nützlich, denn das Streben, alles über einen Leisten zu schlagen, wirkt in der landwirtschaftlichen Gesetzgebung besonders schädlich.

Graf Ledebur, der neue Ackerbau-Minister, zog den von seinem Vorgänger, Grafen Falkenhayn, vorgelegten Gesetzentwurf über landwirtschaftliche Genossenschaften und Rentengüter zurück. Er that dies aber nicht aus Ungunst gegen die Genossenschafts-Idee, sondern weil er die enge Verbindung des Genossenschafts-Gesetzes mit dem Rentengüter-Plane für unzweckmäßig hält und noch weitere Änderungen vorhat. Der Plan genossenschaftlicher Organisation der Landwirte Österreichs hat viel Beifall gefunden, jedoch haben sich schwerwiegende Bedenken dagegen erhoben, daß der eine ganz andere Wirtschaftsweise als der Bauer angewiesene und von ganz anderen Interessen geleitete Großgrundbesitzer in eine Gruppe mit den kleinen selbstwirtschaftenden Landleuten gezwängt werde.

Die natürliche Aufgabe des Bauern ist nicht Hervorbringen von Grundrente und Meingewinn, sondern Versorgung seines Vaterlandes mit Nahrungsmitteln, mit geistig und körperlich kräftigen, wehrhaften Männern, daß er das nothwendige Gegengewicht wirklich und gesund conservativer Elemente gegen die bewegliche und neuerungsliebende Bevölkerung der Städte- und Industriegegenden bilde. Auch bei sehr bescheidenem Ertrage seiner Wirtschaft kann der Bauer diese seine wirklichen Aufgaben

In der Abhängigkeit von der staatlichen Behörde, in der bei jeder Lebensäußerung der Genossenschaft eingreifenden Vormundschaft des Beamtenthums läßt die Novelle überhaupt das Gewerbe verbleiben. Die einzige Lockerung des Gängelbandes besteht darin, daß in Zukunft die Wahl des Gewerbevorstandes nicht mehr nach Gutdünken von der Behörde annulliert werden kann, sondern nur dann „wenn sie gesetzwidrig zu Stande gekommen oder wenn der Gewählte von der Wählbarkeit gesetzlich ausgeschlossen ist.“ Das gleiche gilt vom Obmann der genossenschaftlichen Gehilfen.

Den vielbeflagten Übelstand, daß der Confectionär, der fertige Kleidungsstücke auf Lager haltende Fabrikant und Kaufmann, durch seine Commis den Kunden das Maß für Neubestellungen nehmen lassen und dadurch den Handwerker selbst auf dessen ureigenstem Gebiete zerstörende Concurrenz machen darf, will die Novelle mildern, indem sie anordnet, daß der Händler die bei ihm auf Maß bestellten Gegenstände „durch befugte selbständige Gewerbetreibende herstellen läßt, welchen er zu diesem Behufe die erforderlichen Stoffe oder sonstigen Beihilfe beugeben kann.“ Damit ist selbst in dem unwahrscheinlichen Falle, daß solche Aufträge des Confectionärs kontrolliert werden können, dem „selbständigen Gewerbetreibenden“ der Steuern, Umlagen und so weiter zu bezahlen hat, nur ein knapper Arbeitslohn gesichert; der Haupttheil des von der Kunde bezahlten Preises fällt wie bisher dem Händler zu. Der für den Confectionär arbeitende Meister geräth erfahrungsgemäß in genau daselbe Abhängigkeitsverhältnis zum Händler wie der „Sitzgejelle“, der in seiner eigenen Wohnung aus dem vom Händler gelieferten Material handwerksmäßige Waren herstellende Stückarbeiter. Jedoch, mit der fictiven Beschränkung des maßnehmenden Confectionärs auf die Hilfe des „selbständigen Gewerbetreibenden“ beweisen die Urheber der Novelle dem löblichen Schneider- und Schusterhandwerke schon besondere Vorliebe — über Wünsche und Bedürfnisse anderer Handwerke, deren Erzeugnisse sich der Handel gleichfalls gerne bemächtigt, schreiten sie noch viel rücksichtsloser hinweg. Die Erzeugnisse des Gewerbes der Fassbinder, Glaser, Hafner, Putzmacher, Kupferschmiede, Mechaniker, Schlosser, Spängler, Seiler, Tischler, Sattler und anderer mehr, darf

der Händler nach dem von ihm genommenen Maße herstellen lassen wie und wo es ihm beliebt — das heißt wo er es am billigsten gemacht bekommt!

Neben solchen Bestimmungen, die ein nur allzu deutliches Zeugnis des Übergewichtes sind, das Capital und Handel auf die österreichische Regierung wie auf jene anderer Staaten ausüben (man betrachte zum Beispiel nur das lahme Handwerker-gesetz, mit dem die Gewerbetreibenden des deutschen Reiches beglückt werden sollen) findet sich in der Novelle auch manches, woraus bei kluger und beharrlicher Anwendung das Kleingewerbe Nutzen ziehen kann. Im engen Rahmen eines allgemeinen Rückblickes sind aber diese Dinge nicht zu besprechen. — Einen bedeutenden Theil der Novelle bilden Bestimmungen zur Regelung von Groß- und Fabrikbetrieben und zum Schutze der Lohnarbeiter gegen Ausbeutung, gegen Gefährdung ihrer Gesundheit, ihres Lebens, ihrer Sittlichkeit. Hier findet sich manche höchst lobenswerte Anordnung. Die einschneidendste Neuerung in diesem Theile der Novelle ist, daß in Zukunft der Contractbruch des Arbeiters nicht mehr strafbar, dagegen aber der vorzeitig und unberechtigt aus dem Arbeitsverhältnis tretende Arbeiter dem Unternehmer Schadenersatz bis zur Höhe eines vierzehntägigen Lohnes schuldet und daß sich der Unternehmer von vornherein durch allmähliges Zurückhalten einer solchen Summe vom Lohne sicherstellen kann.

Schon seit Jahren besaß die christlichsocialen Reformpartei in Oesterreich eine nicht unbedeutende Anhänger-schaft im Arbeiterstande. Diese hat sich nun als eigene Christlichsocialen Arbeiterpartei constituirt. Es geschah dies am 5. Jänner zu Wien auf einem Delegiertentage, zu dem ungefähr 16.000 Arbeiter von Niederösterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien und Steiermark 47 Vertreter entsandten. Von den Häuptern der Christlich-socialen Partei waren die meisten zugegen und nahmen an den Berathungen theil. Nach längeren Erörterungen beschloß der Delegiertentag folgendes Programm:

„Die Arbeit ist Pflicht und Gemeingut aller gesunden Menschen und darf daher weder durch das Capital monopolisirt, noch durch die capitalistische Wirtschaftsreform zum Opfer des Wuchers und der Ausbeutung werden. Der Staat ist verpflichtet,

Sozialpolitische Randglossen.

Was der Bauer alles füttern muß. Nachstehendes Wild wurde im Jahre 1894 in Steiermark erlegt: 4219 Stück Rothwild, 118 Stück Damwild, 19.398 Rehe, 2109 Gämien, 83.834 Hain- 1673 Auerhähne, 895 Birkhähne, 2796 Haselhühner, 23.128 Fasanen, 81.153 Rebhühner, 9841 Wachteln, 4093 Waldschneepfen, 180 Wildgänse, 2854 Wildenten. Von schädlichem Haarwild: 2 Luchse, 959arder, 1399 Iltisse, 3512 Füchse, 84 Fischottern, 588 Wild-, resp. verwilderte Stagen, 506 Dachse. Federwild: 44 Adler, 281 Uhu, 9070 Habichte, Geier, Falken, 6248 Krähen, Elstern zc. „Wer unser Wildschadengesetz“, schreibt dazu die social-demokratische „Volkstribüne“, „und dessen Handhabung kennt, wird die vorstehenden Zahlen zu würdigen wissen. Nicht genug daran, daß viele Bauernwirtschaften von den großen Herren mit den noblen Passionen aufgekauft werden, und aus dem Grund und Boden, der den Bauer nährte, Tummelplätze für Hirche, Rehe und Gämien zc. gemacht werden, werden von diesen großen Herren die Weiden vielfach ihrer Bestimmung bloß deshalb entzogen, damit das Wild in seiner Entwicklung nicht gestört wird. Wehe aber dem Bauern, der aus Noth oder Verzweiflung sich an eines der Thiere heranmacht: seiner harret der Sterker in der „göttlichen“ Gesellschaft.“

Bauernelend. Im östlichen Galizien nimmt, wie die Wiener „Arbeiter Zeitung“ schreibt, die Auswanderung der Bauern immer größere Dimensionen an. In Galizien sterben jährlich 50.000 Menschen an Hungermphyus, 800.000 Familien (etwa 3 Millionen Seelen) sind proletarisierte Bauern, die nicht einmal 30 fl. jährliches Einkommen haben. Die Auswanderung ist daher für das überbevölkerte Land mit großen Latifundien und zerstückelten Kleinbesitz ein Gebot der Menschlichkeit; aber die Schlachzigen wollen ihre Opfer nicht aus den Strahlen lassen! Doch die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse ist stärker, als der Wille der aristokratischen Ausbeuter; läßt man die Bauern nicht freiwillig aus dem Hungervaterlande, so wird die Auswanderung als stürmische Elementarerrscheinung auftreten, und wie einst in Irland, werden nicht Hunderte, sondern Millionen aufbrechen, um in Brasilien und Australien ein besseres Geschick zu suchen. — Und da wirft man den unterdrückten geschundenen Menschen noch vor, daß sie keine Vaterlandsliebe besitzen. Woher soll diese kommen, wenn sie sich sagen müssen: „Nur hinaus hier, denn schlechter kann es uns nicht mehr gehen!“ bemerkt die „Volkstribüne“ dazu.

Zum Sitz der General-Commission wurde Hamburg bestimmt. Bei der Neuwahl der aus fünf Mitgliedern, darunter eine Frau und drei Stellvertreter, bestehenden Centralstelle wurde Legien, der Führer der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland, wiedergewählt.

Bei der Frage ob die Gewerkschaften ihre Mitglieder unterstützen sollen wenn dieselben arbeitslos sind, traten zwei Ansichten einander scharf entgegen. Die eine will diese Unterstützung aus Gründen der Menschlichkeit, weil dadurch den Genossenschaften ein fester Stamm von Mitgliedern erhalten bleibe, und weil erst durch diesen Beistand in verdienstlosen Zeiten die Arbeiter das volle Äquivalent für ihre Beiträge erhalten. Auch komme durch diese Einrichtung das Bedürfnis nach festen Lohnbestimmungen immer mehr zur Geltung.

Nach der gegnerischen Ansicht ist die Unterstützung der Arbeitslosen zu verwerfen. Denn die Gewerkschaft soll eine Kampforganisation sein, keine Versicherungsanstalt. Durch das Ansammeln von Capitalien zu dem genannten Zwecke wird die Gewerkschaft von Capitalismus durchdrungen, durch die Unterstützung dem Arbeiter seine sociale Lage verschleiert. Und dann sind die zur Unterstützung der Arbeitslosen angesammelten Gelder immer in Gefahr, von der Polizei den Gewerkschaften weggenommen zu werden.

Die gegnerische Ansicht blieb in der Minderheit, der Congreß sprach sich sehr mit großer Majorität für die Unterstützung der Arbeitslosen aus.

Auch darüber giengen die Meinungen auseinander, ob die Arbeitsvermittlung ausschließlich durch die Gewerkschaften oder auch durch Gemeinden und Staat zu besorgen sei. Für das letztere sind besonders die Gewerkschaften Württembergs; die General-Commission und die Mehrheit der Gewerkschaften wollen die Arbeitsvermittlung nur in den Händen der Arbeiter wissen, da Gemeindeverwaltung und Staat zu sehr unter dem Einflusse des Capitals ständen um den Interessen der Arbeiter gerecht zu werden. Bei Lohnstreitigkeiten würden die gemeindlichen und staatlichen Arbeitsvermittlungen eine große Gefahr für die Arbeiter sein.

trübendste dabei ist, daß die Wissenschaft längst Schutzvorrichtungen erdonnen oder erfunden hat, dieselben jedoch aus übelangewandter Sparsamkeit nicht angeschafft oder aus Leichtsinne nicht angewendet werden. Wir glauben hier auf ein Schutzmittel gegen Rauch, Staub und irrespirable Gase aufmerksam machen zu sollen. Es ist die von Neupert's Nachfolger in Wien angefertigte, sogenannte Luft-Maske, die ohne sehr bedeutende Kosten in Verwendung zu bringen möglich ist.

Die bisherigen Respiratoren waren Behälter vor dem Mund mit Einlagen von feinen Netzen, mit Watte, eventuell auch mit Nasenfleumenner 2c. — alle darauf beruhend, die in dem Raume vorhandene schlechte Luft knapp vor der Einathmung zu reinigen und zu filtrieren. Abweichend hievon basiert das Princip der Patent-Luft-Maske auf Zuführung reiner temperierter Luft von außen in eine leichte, das Sehen und Hören nicht beeinträchtigende Maske, welche Mund, Nase und Augen, bei Staubbildung auch die Ohrgänge schützt, normales Athmen garantiert, innerhalb keine Hitze oder gar Schweiß erzeugt, und die berührten Hautstellen nicht reizt oder röthet.

Die Maske ist aus Weißblech oder aus Papiermaché, je nach Erfordernis gearbeitet, hat ein Guckloch mit nie anlaufenden Glimmer-scheiben, die sich leicht auswechseln lassen, eine Luftzufuhröffnung und am Rande eine, sich an das Gesicht leicht anlegende Leder-einfassung; die angebrachten Gurten dienen zur Befestigung und ist es zu bemerken, daß die Maske nur dann gut sitzt, wenn sich das Kinn am unteren Rande der Maske stützt und die Gurten am rückwärtigen oberen flachen Theil des Kopfes geschlossen werden. Die überflüssige und die gebrauchte, schlecht gewordene Luft strömt bei den Löchern an der Stirne und an der ganzen Peripherie der Maske aus.

Grundbedingung ist die Luftzufuhr von außen, und wären da zunächst „kleine Anlagen mit temporären Betrieb“, also etwa mittelst Blasbalg mit Handbetrieb für kurze Zeit, zum Beispiel bei der Reparatur der Bleikammern in Schwefelsäure-Fabriken und „permanente Anlagen mit maschinell betriebenen Gebläse mit stabiler Rohrleitung“ zu unterscheiden.

Es ist in Berücksichtigung zu ziehen, daß zum Beispiel nur eine halbe Pferdebetriebskraft für ein 100 Personen versorgendes Luftgebläse erforderlich ist.

Das fictive Capital.

I.

Als der Gründer der „Monatsschrift“, Karl Baron Vogel-
fang, das erstemal die Frage vom Zinse als Kernpunkt der
socialen Frage bezeichnete, ereignete sich fast dasselbe, was auf
die bekannten Antworten beziehungsweise Behauptungen des
Candidaten Jobbes gefolgt sein soll. Heute ist bereits mehr Licht
über die socialen Gefilde hingestrahlt, heute wird es daher in
den Köpfen der Socialpolitiker und Sociologen auch immer
lichter. Allerdings sind die furchtsamen Menschenfinder nicht
ausgestorben, die naiven und halben Charaktere fristen ihr Da-
sein noch vorläufig fort. Den Zins aus der Welt schaffen!
Schrecklich. Da wäre es mit der gegenwärtigen Weltordnung zu
Ende. Das wäre die Revolution. Selbst treue Anhänger der
Kirche weisen auf die Stiftungen und religiösen Orden hin,
welche auf Zins ihre Existenz aufgebaut haben, auf die vielen
humanitären oder Wohlthätigkeits-Institute, welche die Kranken,
Siechen und hilflosen Greise auf die Gasse setzen müßten, wenn
der Februar- oder August-Coupon nicht mehr honoriert würde,
auf die braven alten Witwen zc., welche durch den Zins eine
Altersrente beziehen zc.

Ich stehe keinen Augenblick an, dem Herzen aller dieser
Vertheidiger der „gegenwärtigen wirtschaftlichen Ordnung“ mein
Compliment zu machen. Nur Eines begehre ich von ihnen,
daß sie die gegenwärtige Wirtschaftsordnung nicht eine gott-
gewollte Ordnung nennen. Das ist sie nicht. Was die Vor-
sehung Gottes zugelassen hat, ist deswegen noch nicht gottgewollt.
Die theologisch gebildeten Leser erlaube ich mir insbesondere
auf die vielen Anfragen hinzuweisen, welche gewissenhafte Dom-
und Ordenscapitel nach Rom gerichtet haben, ob ihnen propter
rerum circumstantias gestattet sei, ihre Existenz auf dem Zinse
aufgebaut fortzuführen. Wer mein Compendium Theologiae
moralis (Wien, Fromme 1896, 2. Auflage) zur Hand hat, oder
Gury einsehen will, wird finden, daß Rom die Zinsfrage

dilatorisch behandelt, aus dem einfachen Grunde, weil es nicht in seiner Macht gelegen ist, mit einem Schiedsspruche die ganze wirtschaftliche Einrichtung der Welt umzugestalten.

Vom katholischen Standpunkte aus sind die Principien der Monatschrift unter Vogelsang und der gegenwärtigen Leitung also nicht anzufechten. Die Kirche hält bis heute die alte Wahrheit fest und wird sie festhalten. Wann sie den Gläubigen auftragen wird, eine bestimmte Handlungsweise in die Praxis zu übersetzen, das können wir nicht wissen. Wir können es erleben, vielleicht sogar bald erleben, es ist aber auch möglich, daß wir noch eher in die Grube steigen als es geschieht. Es wäre einseitig und ungerecht zugleich, der Kirche einen Vorwurf zu machen, daß oder wenn sie es nicht thut. Man kann die Phrase nicht anziehen, daß Zins nehmen entweder böse oder gut sei, also verboten werden müsse oder gebilligt. Die Wirtschaftsordnung ist eine politisch-weltliche Angelegenheit. Sie kann allerdings mit der Moral collidieren. Unsere gegenwärtig in Kraft befindliche collidiert auch in mehrfacher Hinsicht. Da hat die Kirche nie geschwiegen. Sie schweigt auch in der Zinsfrage nicht, sie schwankt nicht. Jedes Moralcompendium wiederholt die alten kirchlichen Bestimmungen bezüglich des Zinses. Dieselben sind in der Kirche stets dieselben. Die Kirche verräth kein Princip, wenn sie die Frage jetzt nicht entscheidet, ob die kirchlich erlaubten Titel etwas *supra sortem* zu nehmen, nämlich *lucrum cessans*, *damnum emergens*, *periculum sortis* etc., unserer Zinseinrichtung dem Wesen nach entsprechen oder nicht. Gelehrte Theologen vertreten letzteres und stellen daher eine subjective Schuld der Zinsnehmer in Abrede. Andere allerdings reden anders. Ohne damit mehr als eine Ansicht aussprechen zu wollen, möchte ich behaupten, daß die Zinsfrage jetzt zunächst eine volkswirtschaftliche Frage ist, daß ich sie wenigstens als solche behandle. Volkswirtschaftlich ist das Zinsnehmen höchst schädlich, soferne es sich um reinen Zins handelt. Das sociale Elend muß zum größten Theil davon abgeleitet werden.

Der Stand der Dinge ist folgender. Eine kurzsichtige und wohl auch ungerechte Socialpolitik hat es möglich gemacht, daß alle vorhandenen Güter der Welt mit Zinstiteln wie mit Negen umstrickt wurden, daß jedes zukünftige Arbeitserträgnis zu einem

Das fictive Capital.

1.

Als der Gründer der „Monatsschrift“, Karl Baron Vogel-
Tang, das erstemal die Frage vom Zinse als Kernpunkt der
Socialen Frage bezeichnete, ereignete sich fast dasselbe, was auf
die bekannten Antworten beziehungsweise Behauptungen des
Candidaten Jobseß gefolgt sein soll. Heute ist bereits mehr Licht
über die socialen Gefilde hingestrahlt, heute wird es daher in
den Köpfen der Socialpolitiker und Sociologen auch immer
lichter. Allerdings sind die furchtsamen Menschenfinder nicht
ausgestorben, die naiven und halben Charaktere fristen ihr Da-
sein noch vorläufig fort. Den Zins aus der Welt schaffen!
Schrecklich. Da wäre es mit der gegenwärtigen Weltordnung zu
Ende. Das wäre die Revolution. Selbst treue Anhänger der
Kirche weisen auf die Stiftungen und religiösen Orden hin,
welche auf Zins ihre Existenz aufgebaut haben, auf die vielen
humanitären oder Wohlthätigkeits-Institute, welche die Kranken,
Siechen und hilflosen Greise auf die Gasse setzen müßten, wenn
der Februar- oder August-Coupon nicht mehr honoriert würde,
auf die braven alten Witwen zc., welche durch den Zins eine
Altersrente beziehen zc.

Ich stehe keinen Augenblick an, dem Herzen aller dieser
Vertheidiger der „gegenwärtigen wirtschaftlichen Ordnung“ mein
Compliment zu machen. Nur Eines begehre ich von ihnen,
daß sie die gegenwärtige Wirtschaftsordnung nicht eine gott-
gewollte Ordnung nennen. Das ist sie nicht. Was die Vor-
scheidung Gottes zugelassen hat, ist deswegen noch nicht gottgewollt.
Die theologisch gebildeten Leser erlaube ich mir insbesondere
auf die vielen Anfragen hinzuweisen, welche gewissenhafte Dom-
und Ordenscapitel nach Rom gerichtet haben, ob ihnen propter
rerum circumstantias gestattet sei, ihre Existenz auf dem Zinse
aufgebaut fortzuführen. Wer mein Compendium Theologiae
moralis (Wien, Fromme 1896, 2. Auflage) zur Hand hat, oder
Gury einsehen will, wird finden, daß Rom die Zinsfrage

größeren oder geringeren Theile im voraus belastet ist, daß davon abgegeben werden muß an Menschen, welche den Arbeiter nicht kennen und die dem Arbeiter unbekannt sind. Der Bauer, der eine Ernte seinem Felde abringt, zahlt dem Geldbesitzer, der ihm oder seinen Vorfahren auf Erwerbung des Gutes Geldvorschüsse gegeben hat, oder dessen Rechtsnachfolgern, vorerst eine Art Zehent; er zahlt in der erhöhten Steuer weiteren Zehent jenen Geldleuten, welche dem Staate vielleicht vor vielen, vielen Jahren zum Kriegsführen, vielleicht auch nur zum Soldatenspielen, Geld vorgeeschossen haben. Möglicherweise sind die Zinsansprüche längst nicht mehr in der ersten Hand, sind verkauft oder vertauscht worden wie ein Haus, ein Feld, ein Ochse oder Pferd vertauscht oder verkauft zu werden pflegt. Während jedoch der Ochse und das Pferd zugrunde gehen können, infolge Alters oder wegen eines Elementar-Ereignisses aufhören, ein Erträgnis zu liefern, bleiben die verbrieften Ansprüche des Gläubigers, selbst nachdem hundert Jahre die Zinsansprüche befriediget worden wären.

Durch diese bejagte volkswirtschaftliche Einrichtung hat man es möglich gemacht, daß sich eine Classe von Menschen bilden konnte, welche in Wahrheit fructus consumere, die Arbeitsfrüchte Anderer zu verzehren in der Lage ist, ohne selbst eine Arbeit zu verrichten, ohne eine Sorge zu haben. Dieselbe ist weitaus besser daran, als die Slavenhalter der alten Zeit. Auch für letztere arbeiteten andere; allein sie selbst mußten Sorge tragen, daß diese anderen zu leben hatten, gesund blieben, Nachkommenschaft hatten und so weiter. Dem Zinstitelbesitzer obliegt diese Sorge nicht, wenigstens nicht in demselben Maße. Geht einer der Roboter zugrunde, so tritt stets von selbst ein anderer an seine Stelle.

So lange die Anzahl der von den Arbeitsfrüchten anderer lebenden Menschen gering war und so lange die Höhe der Zinstitel nicht an den babylonischen Thurm heranreichte, redete man von dem verderblichen Systeme des Capitalismus nicht, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil dessen Dornen klein waren und nicht viele Schmerzen erregten. Jetzt ist es anders. Das Capital ist König der Epoche.

Diejenigen Zeitgenossen, welche aus der liberal-ökonomischen Schule hervorgegangen sind, erheben sich nur sehr schwer zur

nehmers (also Privatcapital), der sie den Arbeitern vorschießt. Alle fertigen, vorräthigen Genußmittel hören mit dem Augenblicke, da sie aus dem Warenlager in die Hände des Consumenten gelangen, selbstverständlich auf, Theile des Complexes von Productionsmitteln, der das Productivcapital oder Socialcapital ausmacht, zu sein. Alle die letzten Schlusßproducte der Gütererzeugung, die den Diensten der Gegenwart thatsächlich schon überantwortet sind, das heißt zur Befriedigung der wirklichen Conjunctionsbedürfnisse des Volkes verwendet werden, lösen sich gleichsam von dem vorhandenen Capitalstock ab.

Socialcapital entsteht offenbar durch Production und Ersparung. Soll das vorhandene Socialcapital bei einem Volke von einem Jahr zum anderen vermehrt werden, so muß unbedingt ein größerer Theil der jährlich disponiblen Productivkräfte der Production von Gütern, aus denen in späterer Zukunft fertige Genußgüter hervorgehen, zugewendet werden, als derjenige ist, den alle die Güter, die in diesem Jahr zur Aufzehrung bestimmt sind, an Productivkräften früher und gegenwärtig verschlungen haben. Hierdurch wird auch klar, woran eigentlich gespart werden muß, wenn Socialcapital entstehen soll: nämlich an dem Verbrache von Productivkräften, die nur der Fertigstellung von Genußmittel oder Dienstleistungen, die dem Gegenwartsbedürfnisse dienen, gewidmet sind.¹ Denn dadurch, daß man Genußmittel erspart, werden andererseits zur Production von Capitalgütern Productivkräfte frei, die sonst der Herstellung neuer Genußgüter, an Stelle der verzehrten, gewidmet hätten werden müssen.

Das Capital einer Volkswirtschaft, das Social- oder Productivcapital, besteht — wie wir wissen — aus einer Menge von Zwischenproducten, die theils selbst auf dem Wege sind, gleich der werdenden Frucht, zu Genußmitteln auszureifen, theils mittelbar zu dieser Ausreifung beitragen. Der Weg, den die Producte bis zu ihrem Ziele, endlich als Genußmittel dienen zu können, zurückzulegen haben, ist verschieden lang und zwar

¹ Productivcapitalgüter selbst können nur ausnahmsweise unmittelbar erspart werden, nämlich in dem Falle, daß sie zugleich auch Genußmittel sind, wie z. B. Getreide, das als Saatgut und als aufzehrungsreife Brotsfrucht verwendet werden kann.

Stimmung Galiziens über Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirte nach der Regierungsvorlage aus der XI. Session 1896.

Das Genossenschaftsweesen ist in Galizien sehr wenig entwickelt. Nicht weil die Bevölkerung keinen Gemein Sinn hätte: der Bauer eilt freudig meilenweit zu Volksversammlungen, in denen seine Angelegenheiten abgehandelt werden. Auch nicht weil es an Initiative fehlt: in jedem Bezirke gibt es Männer, die gerne jede Gelegenheit benützen möchten, um gemeinnützige Versammlungen zur Belehrung des Volkes, zur Förderung seiner wirtschaftlichen und socialen Interessen, zur Wahrung seiner Rechte zu veranstalten. Es wird aber an einflussreicher Stelle mit aller Kraft dahin gearbeitet, daß der kleine Mann, besonders der Landmann, nicht zu freiem Denken und gesetzlicher Selbsthilfe gelange. Durch die Äußerungen der Abgeordneten Romanczuk und Lemakowski wurde es weltbekannt, wie in Galizien das Vereinsgesetz von der Landesadministration gehandhabt wird; nur jene wenigen Vereine, die der herrschenden Classe die Oberaufsicht über sich verbürgen, erfreuen sich der Duldung und des Schutzes, wie zum Beispiel der Verein landwirtschaftlicher Zirkel (Clubs), der statutarisch der Centralleitung im § 26 h und in die Oberaufsicht über die angeschafften Zeitschriften und Bücher verbürgt, und eine freie Wahl derselben (18 Mitglieder freigewählt, gegen 18 virile Stimmen) fast unmöglich macht. Ebenso fallen in der Bezirksleitung dieser Zirkels auf fünf frei zu wählende fünf virile Stimmen, deren Träger nur Männer der herrschenden Classe sein dürfen. Selbstverständlich hat der kleine Mann, der Landmann besonders, zu solchen Zirkeln kein Zutrauen; andererseits werden von vielen Leuten sogar diese zahmen Clubs scheel angesehen, da dieselben dem kleinen Mann immerhin Gelegenheit zu Zusammenkünften und Gedankenäußerungen geben, was in Galizien bei den seit einiger Zeit herrschenden Zuständen fast verpönt ist, namentlich seit der politische und wirtschaftliche Liberalismus aus schlecht verstandenen Patriotismus der Polen über die echt christlichen Principien gestellt wurde. Daß bei solcher Gesinnung jedes Trachten nach genossenschaftlicher Selbsthilfe aus dem wirtschaftlichen Elende, welches

„Daraus ist leicht zu ersehen, wohin die galizische adelige Vertretung will, und ob dieselbe das Wohl des ruthenischen Bauern vor Augen hat. In Ostgalizien wäre es noch verfrüht, dem Bauernstande Rettung zu bieten, obgleich man sagen muß, daß eben hier der Bauer in äußerster Noth sich befindet und eben deshalb die Hilfsaction eher zu spät als zu früh käme. Für Nivellementszwecke braucht die Lemberger Landwirtschaftsgesellschaft — von deren Wirken wir bisher nichts gehört haben — eine Colonisation des Landes durch polnische Bauern aus Westgalizien. Die Polen klagen über das preußische Colonisationsgesetz vom Jahre 1886, und führen jährliche Ausweise ihrer Verluste an Grund und Boden in Polen zu Gunsten des germanischen Elementes; und siehe! im Jahre 1896 forcieren sie die Colonisation des ruthenischen Landes, damit das Messer an die Kehle des „gutmüthigen ruthenischen Volkes“ anlegend! Mit einem Worte: Sie möchten den Ruthenen gegenüber die Rolle Bismarcks auf sich nehmen, und ihn nachahmen mit der Colonisation des für ihre Aspirationen unbrauchbaren Elementes. Dies ist das moralische Resultat des wirtschaftlichen Schutzes des ruthenischen Bauern; ein durchgehendes politisches Streben, wegen dessen man nicht sehen mag Tausende von Menschen, die aus Noth den Boden ihrer Väter verlassen und aus dem Vaterland flüchten, weit über das Meer, oft in unabwendbares Verderben! Es mag sein, daß die Emigration gewissen Kreisen erwünscht ist; wir aber haben etwas anderes im Sinne.“ Und an anderer Stelle derselben Zeitschrift (Nr. 61), in derselben Materie, sagt Dr. Levizky: „Aus dem Antrag Pilats, betreffend die Berufsgenossenschaften der Landwirte, können wir ersehen, was die Landesgesetzgebung mit der angeregten Regierungsvorlage machen wird: Sie wird die Zwangsorganisation entweder ganz fallen lassen, oder sie wird in dieselbe „taugliche“ und „thatkräftige“ Elemente aus dem Großgrundbesitz einführen. Im ersten Falle darf unser Bauer keine öffentliche Hilfe erwarten; im anderen aber wird sein blutig erarbeiteter Kreuzer zu Gunsten der Interessen jenes „tauglichen“ und „thatkräftigen“ Elementes erlegt werden, unter dessen Bevormundung der Kleingrundbesitz noch mehr zu stöhnen haben wird; es wird sich die Geschichte wiederholen, daß auf Kosten des Kleingrundbesitzers diese Elemente

Diesem Gauverein etwa soviel, daß derselbe ungefähr fünf Zuchtstiere für das ganze Gauterritorium hält und dieselben jährlich an etwa 300 Dörfer verabfolgt. So steht es mit dem „Aufblühen der Gauvereine“.

„Die Berufsgenossenschaften sind eine vielfach verfrühte Action“. Nach unserer, aus langer Beobachtung der Verhältnisse erwachsenen Überzeugung heißt dies: 1. Die in Galizien herrschende Classe fühlt, daß in Berufsgenossenschaften der Landwirte eine künstliche Majorisierung der eigentlichen Majorität vorläufig nicht durchzuführen wäre; diese Majorität würde ihre Interessen durch genossenschaftliches Leben besser kennen lernen und dieselben vertreten; nicht die Berichte einer Lemberger Landesgenossenschaft, sondern die der Berufsgenossenschaft, welcher alle Landwirte angehören müßten, würden im Wirtschaftsleben Galiziens maßgebend sein. Dies wäre für die herrschende Classe ein arger Schlag; besser also ein Nichtzulassen der Berufsgenossenschaften. 2. Ein großer Theil der galizischen Bauernschaft ist durch verschiedene Maßregeln für das öffentliche Leben wenigstens äußerlich apathisch geworden; er ist eine amorphe Masse, ohne jedwede Organisation. Sie soweit zu bringen, dies hat den Adel viel gekostet; soll der Bauer durch Zwangs-Association lernen, wie er im Associationswege selbstthätig für seine Interessen wirken kann? Soll die Berufsgenossenschaft ihm Mittel an die Hand geben, ihn aus der Trägheit des Denkens aufraffen, ihn belehren, wie er sich seiner Haut zu wehren hat? Weg also damit! 3. Für die Landwirtschaft muß etwas gethan werden, aus öffentlichen Mitteln, das steht fest. Wer soll diese Mittel bekommen? Die Berufsgenossenschaften, und durch dieselben vor allem der kleine Mann. Der Antrag Raizl's über die Verwendung der Grundsteuerreduction, und die Haltung des polnischen Clubs in Wien gegenüber der Geistlichkeit dieses Clubs in der angeregten Frage waren sehr beachtenswert. Werden keine Berufsgenossenschaften da sein, so müssen öffentliche Mittel den Landwirtschaftsgesellschaften, respective den Gauvereinen zufließen, in denen die herrschenden Classen gebieten. 4. Der Bauer, besonders aber der ruthenische Bauer, wird um so stiller, apathischer, zum willigen Werkzeug brauchbarer, je größer seine wirtschaftliche Noth ist; man braucht nur rein nichts zu thun, nur ein wenig mit der Administrations-

Seefischerei und Seefischconsum.

Die Versorgung der Reichshauptstadt mit Seefischen bildete einen Gegenstand der Approvisionierungs-Enquete, welche im vorigen Jahre in Wien stattfand, und es zeigte sich, daß dies wertvolle Nahrungsmittel hier fast nur für sehr wohlbemittelte Leute erreichbar ist. Auch die Handels- und Gewerbekammer von Niederösterreich befaßt sich mit dieser Frage und wir bringen hier einen uns zur Verfügung gestellten Bericht, der ihr vor kurzem darüber von fachmännischer Seite erstattet wurde:

In Norddeutschland, Frankreich — von England, Dänemark und Norwegen nicht zu reden — sind die großen Consumtionsstätten nicht allzuweit von der Küste entfernt. Hamburg mit mehr als einer halben Million Einwohnern ist ein gewaltiger Markt (im Jahre 1894 betrug dort der Fischerlös 2,836.956 Mark). Dazu zählen wir weiter außer der Hauptstadt Berlin, wohin die in der Nordsee gefangenen Fische in 6 Stunden gelangen können, noch die ziemlich große Zahl größer und mittlerer Städte, welchen die Seefische in verhältnismäßig kurzer Zeit zugeführt werden können. Auch erfahren wir, daß die Staatsverwaltung, abgesehen von der besonderen Frachtbegünstigung für die Seefische, die betreffenden Unternehmungen ausgiebig subventioniert; so zum Beispiel die Fischerei-Gesellschaft in Emden, welche 21 Logger ausgerüstet hat. Wir begreifen daher leicht, daß in Norddeutschland der Seefisch eine große Bedeutung als Volksnahrung erlangen und der Handel mit Seefischen fortwährend zunehmen konnte. Als Hauptfangplatz für Norddeutschland ist die Nordsee anzusehen. Die Lofoden und die Daggerbank liefern den Kabljau frisch und getrocknet, der Canal zahlreiche feine und gewöhnliche Sorten; die dortige Ausbeute gelangt zumeist über Geestemünde zum Verjand. Hamburg und Altona unterhalten starke Fischerflotten; es kommen aber außerdem über sämtliche Hafenplätze der Nordsee große Quantitäten englischer, norwegischer, holländischer und dänischer Fische zum Verkauf.

Die Ostsee kommt für den Binnenland-Consum wenig in Betracht, weil ihr Fischreichthum geringer ist und zum größten Theil schon von den Küstenbewohnern consumiert wird.

Dagegen spielt zu Zeiten selbst der französische Fischmarkt für Norddeutschland eine bedeutende Rolle, weil ihm die Gr-

gebniſſe der Fiſcherei aus dem atlantiſchen Ocean und dem Mittelmeere zur Verfügung ſtehen. Aus dem Geſagten ergibt ſich, daß auch der deutſche Fiſchmarkt ein internationales Gepräge hat, ein weit ſtärkeres als der öſterreichiſche, wo doch nur italieniſche Fiſcher in Frage kommen.

Es war ſehr ſchwer, auch von Deutschland vollſtändige Angaben über die Fiſchereiergebniſſe, über die Größe des Conſums an den verſchiedenen Orten zu bekommen.

Auf den erhaltenen Mittheilungen, darunter Preiſliſten der angeſehenſten deutſchen Fiſchereifirmen, beruht folgende Zuſammenſtellung:

	Steins- but	Sol	Scholl- len	Kabljan	Schellfiſch		
	Preiſe in Mark per $\frac{1}{2}$ Kilo						
C. Ligner & Söhne Nach- folger, Hamburg . . .	0.75	1.45	0.20	0.12	0.06	0.15	0.04
F. & J. Meyer, Hamburg	1.30	1.50	—	0.20	—	0.10	—
Wilh. Bade & Co., „	1.—	1.25	0.14	0.14	0.07	0.08	0.02
H. Siebert, Bremerhafen	1.—	1.30	0.14	0.15	0.02	0.05	0.02
Fiſchgeſellſchaft Droſte & Co., Bremerhafen . .	0.95	1.35	0.20	0.13	0.04	0.05	0.02
H. Eiſfeld, Geestemünde .	1.05	1.30	0.18	0.14	0.04	0.06	0.02
P. E. Vams, Oſtende . .	0.85	1.80	—	0.15	—	0.15	—

Die Preiſe bezogen ſich für genannte Plätze auf die Zeit zwiſchen den 10. und 25. Auguſt 1895. Hieraus iſt zu erſehen, daß zu gleichen Zeiten an verſchiedenen Plätzen ziemliche Unterſchiede herrſchen können. Erklären läßt ſich dieß durch die im Verhältniſſe zum augenblicklichen Conſum verſchieden großen An-
fuhrten. Je nach der Ergiebigkeit des Fanges variieren die Preiſe innerhalb eines Zeitraumes von 10—14 Tagen um 20—30%.

Es fällt in den Preiſliſten der ungemein niedrige Preiſ der gewöhnlichen Fiſcharten (Kabljan und Schellfiſch) auf. Für Kabljan (friſcher Stockfiſch) werden je nach Größe 4—15 Pfennig per $\frac{1}{2}$ Kilo = 5—18 Kreuzer per Kilo, für Schellfiſch 2 bis

Seefischerei und Seefischconsum.

Die Versorgung der Reichshauptstadt mit Seefischen bildete einen Gegenstand der Approvisionierungs-Enquete, welche im vorigen Jahre in Wien stattfand, und es zeigte sich, daß dies wertvolle Nahrungsmittel hier fast nur für sehr wohlbemittelte Leute erreichbar ist. Auch die Handels- und Gewerbekammer von Niederösterreich befaßt sich mit dieser Frage und wir bringen hier einen uns zur Verfügung gestellten Bericht, der ihr vor kurzem darüber von fachmännischer Seite erstattet wurde:

In Norddeutschland, Frankreich — von England, Dänemark und Norwegen nicht zu reden — sind die großen Consumtionsstätten nicht allzuweit von der Küste entfernt. Hamburg mit mehr als einer halben Million Einwohnern ist ein gewaltiger Markt (im Jahre 1894 betrug dort der Fischerlös 2,836.956 Mark). Dazu zählen wir weiter außer der Hauptstadt Berlin, wohin die in der Nordsee gefangenen Fische in 6 Stunden gelangen können, noch die ziemlich große und mittleren Städte, welchen die Seefische in verhältnismäßig kurzer Zeit zugeführt werden können. Auch erfahren wir, daß die Staatsverwaltung, abgesehen von der besonderen Frachtbegünstigung für die Seefische, die betreffenden Unternehmungen ausgiebig subventioniert; so zum Beispiel die Fischerei-Gesellschaft in Emden, welche 21 Logger ausgerüstet hat. Wir begreifen daher leicht, daß in Norddeutschland der Seefisch eine große Bedeutung als Volksnahrung erlangen und der Handel mit Seefischen fortwährend zunehmen konnte. Als Hauptfangplatz für Norddeutschland ist die Nordsee anzusehen. Die Lofoden und die Daggervank liefern den Kabeljau frisch und getrocknet, der Canal zahlreiche feine und gewöhnliche Sorten; die dortige Ausbeute gelangt zumeist über Weestemünde zum Versandt. Hamburg und Altona unterhalten starke Fischerflotten; es kommen aber außerdem über sämtliche Hafenplätze der Nordsee große Quantitäten englischer, norwegischer, holländischer und dänischer Fische zum Verkauf.

Die Ostsee kommt für den Binnenland-Consum wenig in Betracht, weil ihr Fischreichtum geringer ist und zum größten Theil schon von den Küstenbewohnern consumiert wird.

Dagegen spielt zu Zeiten selbst der französische Fischmarkt für Norddeutschland eine bedeutende Rolle, weil ihm die Gr-

Bemerkenswert ist auch hier der niedere Preis, welcher sich als Durchschnitt für das ganze Jahr (circa ö. W. fl. 12 per Metercentner) ergibt, wenn man dabei beachtet, daß darin alle Luxusfische mit berechnet sind, welche in den deutschen Preistabellen mit ö. W. fl. 120—180 (für Steinbutt und Seezungen) bewertet werden.

Die Großbritannien betreffenden Zahlen enthält die nachstehende Tabelle:

Fischerei- ergebnis pro 1894 in	Fischsorte	in öst. Gewicht u. Geld umgerechnet		
		verkaufte Fische	Erlös	Durchschnitt per M.-Cent.
		M.-Cent.*	ö. W. Gulden**	Gulden
England	Seezungen	42.164	6,562.330	155.63
	Steinbutt	41.656	3,601.610	86.41
	Diversie (fine fish) . .	14.224	849.100	59.69
	Schollen	434.340	9,922.340	22.84
	Matrelen	227.584	4,281.890	18.80
	Verich. Mittelsorten	742.036	13,101.410	17.65
	Kabljan	221.488	3,360.000	15.17
	Schellfisch	1,105.000	13,512.820	12.74
	Häring	739.650	5,240.160	7.08
Fischverk. in England, Summa		3,568.172	60,431.660	16.94
"	" Irland, "	3,135.424	18,983.450	6.05
"	" Schottland, "	431.881	3,153.800	7.03
"	" den 3 Königreichen im ganzen, Summa	7,135.477	82,768.910	

*) 1 Metercentner = 1.685 englische Pfund.
 **) 1 Pfund Sterling zum Course von fl. 12.18.

Die Tabelle über das englische Fischereiergebnis ist nach verschiedener Richtung hin beachtenswert. Sie weist, wenigstens für England, das Verhältnis der verschiedenen Fischsorten nach; sie zeigt, daß der speciell in England erzielte Durchschnittspreis

(fl. 16.94 gegen fl. 12) um circa ö. W. fl. 5 = $41\frac{1}{2}\%$ höher steht als auf den deutschen Fischmärkten; was auch der Grund sein mag, daß die fremden, natürlich auch die deutschen Fischer bestrebt sind, ihre Fangergebniße gegebenenfalls in England abzusetzen.

In die Augen springt der große Abstand zwischen England und den beiden anderen Königreichen im Preise der Fische. Erklärlich ist derselbe durch den in beiden Ländern hauptsächlich betriebenen Häringfang, welcher einen verhältnismäßig geringen Erlös (ö. W. fl. 6—7 per Metercentner) ergibt.

Vergleicht man mit diesem die anderseitig angeführten Preise der Seefische ab unserer adriatischen Küste, so sieht man leicht ein, wie so der Consum an Seefischen in den Nordländern, im Gegenjaze zu dem in Österreich, so erheblich steigen konnte.

Den in Norddeutschland geschöpften Mittheilungen läßt sich weiter entnehmen, daß wahrscheinlich der größte Theil des innerösterreichischen Seefischconsums aus der Nordsee gedeckt wird, und zu Zeiten ziemlich bedeutende Quantitäten nicht nur der feineren Fischsorten (Steinbutt und Seezungen) sondern auch der billigeren (Schellfische und andere) nach Wien gelangen. —

Um nun der österreichischen Seefischerei besseren Absatz auf den heimischen Märkten zu sichern und der Bevölkerung Innerösterreichs ein sehr wertvolles Nahrungsmittel erreichbar zu machen, schlägt der Berichterstatter der Handelskammer folgende Maßregeln vor:

Der Seefischmarkt in den Hafenplätzen wäre unter Intervention und fortwährender Controle der k. k. österreichischen Central-Seebehörde zu organisieren, geeignete und erfahrene Marktorgane zu bestellen, welche unter anderem dafür sorgen, daß die Fischer bei nur halbwegs größeren Ausfuhren nicht durch allzu niedriger Preise abgeschreckt werden.

Da die Seefischerei, insbesondere in gewissen Sorten, zeitweilig Ergebniße liefert, welche weit über den augenblicklichen Consum hinausreichen, so müßte für Conservierungsanstalten, die den Ueberschuß aufnehmen und verarbeiten, Vorsorge getroffen werden. Wohl hat hier schon die Privatindustrie einigermaßen eingegriffen. Die Sardinenfischereien und Conservenfabriken in Istrien sind Beispiele hiefür. Es ist dabei nicht zu übersehen,

100 Kilo finken kann, eine Verzehrungssteuer von $1\frac{1}{2}$ fl., für Fischsorten, wie Kabljau zc. mit einem niedersten Grundpreise von 5 fl. ö. W., per Metercentner $7\frac{1}{2}$ fl. ö. W. an Steuer eingehoben.)

Im Verlaufe dieser Ausführungen wurde auf die beim Seefischfange unvermeidlichen Unregelmäßigkeiten, auf die dadurch hervorgerufenen Schwankungen sowie auf die erheblichen Kosten des Abtransportes der Seefische von der Küste ins Innere, namentlich nach Wien, hingewiesen, und es wirft sich nun zum Schlusse die Frage auf, in welcher Weise diese Schwierigkeiten behoben — am gründlichsten behoben und einerseits dem Fischereigewerbe ein stetiger und lohnender Abjaß gesichert werden, andererseits, wie die großen Transportkosten von Triest nach Wien einen entsprechenden Ausgleich finden könnten?

In erster Reihe müßten eingehende Versuche, womöglich in Wien, darüber angestellt werden, ob durch geeignete Kühlapparate ähnlich wie die behufs Fleischconservierung in den australischen Häfen und auf den zum Fleischtransporte dienenden Schiffen mittelst Luftcompression hergestellten Kühlräume, die Fische in gefrorenen Zustand versetzt, und ob sie in diesem Zustande angesammelt und durch längere Zeit aufbewahrt werden können. Es wäre festzustellen, ob der Nährwert und die Schmackhaftigkeit dieser in der Kälte conservierten Fische nicht wesentlich alteriert werden.

In dieser Richtung soll im Vorjahre ein Versuch mit gefrorenem, kanadischem Lachs gemacht worden sein, welcher an der Westküste Amerikas herab, quer über den stillen Ocean, an Australien und dem Cap vorbei, die Reise nach London machte. Das Ergebnis aber ist leider nicht bekannt geworden.

Wenn diese Versuche ein günstiges Resultat ergeben, wird es sich nur darum handeln, ob die Einrichtung solcher Kühlräume in Triest, oder zum Theil schon auf dem die Fischerflotte begleitenden Transportschiffe anzubringen ist.

Es wäre dies zum mindestens ein bedeutender technischer Fortschritt gegenüber den noch bis heute in der Nordsee und in England üblichen mit Eis beladenen Dampfern, welche sich zur Sommerzeit den namentlich nach der Südküste Irlands ziehenden Fischerflotten anschließen. Jedenfalls wird es zweckmäßig sein, eine Anzahl Frachtwägen der Südbahn derart auszustatten, daß

In Australien begann das Streben der Arbeiterchaft nach dem Achtstundentage schon gegen die Mitte unseres Jahrhunderts, errang in den fünfziger Jahren die ersten praktischen Erfolge und schritt seitdem von Sieg zu Sieg, so daß heute in jenem Welttheile die achtstündige Arbeitszeit die Regel, eine längere die Ausnahme ist. Auf Sittlichkeit, Bildung, Wohlstand, Körper- und Geisteskraft der australischen Arbeiter hat diese Einrichtung den allergünstigsten Einfluß ausgeübt; Schaden verursachte sie nur den Wirten und den Fabrikanten von Spirituosen, bei denen Besuch und Abjaß im Verhältnisse der Ausdehnung des Achtstundentages abnahm.

Welchen Einfluß übte nun der Achtstundentag auf das Wohl der Unternehmer? Darüber berichtet die „Sociale Praxis“ in ihrer Nummer vom 30. März:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Unternehmer und somit die heimische Production durch die Verkürzung der Arbeitszeit keinerlei Einbuße erlitten hat. Beispielsweise die Bierbrauer in Melbourne haben offen zugestanden, daß sie sich unter dem Achtstundentage, der 1885 in den Brauereien eingeführt wurde, viel besser als früher befinden, und die Statistik der Production läßt das begreiflich erscheinen: Die Brauereien in Melbourne hatten

1884	860	Arbeiter	und	producierten	13,723.371	Gallonen	Bier.
1885	955	„	„	„	14,400.749	„	„
1886	1063	„	„	„	17,828.453	„	„

Demgemäß ist die Production weit mehr als im Verhältnisse zur größeren Arbeiterzahl gestiegen. Und dieselbe Thatsache wurde für Wagenbauer, Sattler und Arbeiter in landwirtschaftlichen Maschinenfabriken constatirt. Hadfield und Gibbins theilen mit, es sei „fast allgemeine Ansicht in der Colonie, daß die Arbeiter jetzt intensiver arbeiten und daß sie auch Leistungen von besserer Qualität liefern, als früher unter dem System der langen Arbeitszeit“. Mr. Duncan erzählt in seinem „Journal of a Voyage to Australia“, er habe in Melbourne einen Arbeiter ein Tagewerk verrichten sehen, zu dem in England zwei Arbeiter nöthig gewesen wären. Lord Brassey betont die merkwürdige Körperkraft der australischen Seelente, und der englische Capitän Genderson bestätigt, daß die australischen Matrosen in jeder Richtung tüchtiger sind als die englischen.

die Seefische (ohne Emballage) vollkommen frisch in die mit Kühlräumen zu versehenen Markthallen nach Wien gebracht und dem Consum übergeben werden können. Der Abtransport der auf diese Art conservierten Fische könnte wohl ganz in den Grenzen des möglichen Consums reguliert und gegen dessen heutige Umständlichkeit und Kosten (wo wegen der Verpackung in Körben mit Eis kaum ein Drittel des Bruttogewichtes auf die Fische entfällt) wesentlich erleichtert werden. Die Folge derartiger gleichmäßiger Versorgung des Wiener Marktes mit schmackhaften Seefischen wäre, daß die einheimische Bevölkerung sich an diese gesunde und wesentlich billigere Nahrung gewöhnen, und daß insbesondere der Ernährungszustand der ärmeren Classen gebessert würde.

Grundlose Furcht.

Der vom Gewerbeausschuße des Abgeordnetenhauses mit dem Berichte über die Gewerbenovelle betraute Dr. Exner hat beantragt, den zehnstündigen Maximal-Arbeitstag an Stelle des elfstündigen in Österreich gesetzlich einzuführen. Dagegen wandte sich jüngst die Generalversammlung des „Industriellen Clubs“. Sie bezeichnet Dr. Exners Absicht als eine Bedrohung der österreichischen Industrie und wies darauf hin „daß die bereits gesetzlich bei uns vorgeschriebenen Maßnahmen zum Theile noch nicht praktisch durchgeführt und noch weniger erprobt sind“.

Es ist interessant, daß eine so hervorragende Gesellschaft von bedeutenden Unternehmern Österreichs, wie der genannte Club, offen die Thatsache ausspricht, daß die seit einem Jahrzehnt bestehenden Gesetze zum Schutze der Arbeiterschaft von vielen Unternehmern einfach mißachtet werden. Hätten doch die gesetzverletzenden Fabrikanten vor dem Strafrechte der Staatsgewalt ebenso große Furcht, wie vor der Verminderung ihres Profites durch anständige Arbeitsverhältnisse!

Daß die Angst vor dem Zehnstudentage und selbst vor weit kürzerer Arbeitszeit auch vom Standpunkte der habgierigsten Fabrikanten aus gänzlich unbegründet ist, haben bereits zahlreiche Versuche und Erfahrungen humaner und geschäftsfluger Industriellen bewiesen.

Hier ein Beispiel:

In Australien begann das Streben der Arbeiterchaft nach dem Achtstundentage schon gegen die Mitte unseres Jahrhunderts, errang in den fünfziger Jahren die ersten praktischen Erfolge und schritt seitdem von Sieg zu Sieg, so daß heute in jenem Welttheile die achtstündige Arbeitszeit die Regel, eine längere die Ausnahme ist. Auf Sittlichkeit, Bildung, Wohlstand, Körper- und Geisteskraft der australischen Arbeiter hat diese Einrichtung den allergünstigsten Einfluß ausgeübt; Schaden verursachte sie nur den Wirten und den Fabrikanten von Spirituosen, bei denen Besuch und Abiag im Verhältnisse der Ausdehnung des Achtstundentages abnahm.

Welchen Einfluß übte nun der Achtstundentag auf das Wohl der Unternehmer? Darüber berichtet die „Sociale Praxis“ in ihrer Nummer vom 30. März:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Unternehmer und somit die heimische Production durch die Verkürzung der Arbeitszeit keinerlei Einbuße erlitten hat. Beispielsweise die Bierbrauer in Melbourne haben offen zugestanden, daß sie sich unter dem Achtstundentage, der 1885 in den Brauereien eingeführt wurde, viel besser als früher befinden, und die Statistik der Production läßt das begreiflich erscheinen: Die Brauereien in Melbourne hatten

1884	860	Arbeiter	und	producierten	13,723.371	Gallonen	Bier.
1885	955	„	„	„	14,400.749	„	„
1886	1063	„	„	„	17,828.453	„	„

Demgemäß ist die Production weit mehr als im Verhältnisse zur größeren Arbeiterzahl gestiegen. Und dieselbe Thatsache wurde für Wagenbauer, Sattler und Arbeiter in landwirtschaftlichen Maschinenfabriken constatirt. Hadfield und Gibbins theilen mit, es sei „fast allgemeine Ansicht in der Colonie, daß die Arbeiter jetzt intensiver arbeiten und daß sie auch Leistungen von besserer Qualität liefern, als früher unter dem System der langen Arbeitszeit“. Mr. Duncan erzählt in seinem „Journal of a Voyage to Australia“, er habe in Melbourne einen Arbeiter ein Tagewerk verrichten sehen, zu dem in England zwei Arbeiter nöthig gewesen wären. Lord Brasen betont die merkwürdige Körperkraft der australischen Seeleute, und der englische Capitän Genderson bestätigt, daß die australischen Matrosen in jeder Richtung tüchtiger sind als die englischen.

Socialer Rückblick.

In der Geschichte der katholischen Socialreformer Frankreichs wird die Pfingstzeit des Jahres 1896 eines der wichtigsten Daten bilden. Diese unermüdlische und auf edelsten Beweggründen beruhende Partei hatte in dem Vierteljahrhunderte ihres Bestehens Großes geleistet. Sie schuf den großartigen Bund zur Förderung des katholischen Arbeitervereinswesens, der sich über ganz Frankreich erstreckt und zahlreiche Männer und Frauen der besitzenden Classen in den Dienst der Nichtbesitzenden stellt; die Zeit, die Bildung, den Einfluß, die Mittel der Mächtigen und Angesehenen zum Besten der Schwachen und Kleinen in Anspruch nimmt. Was dieser Bund vollbrachte in Aufrüttelung des Gewissens und des Ehrgefühles der Besitzenden, in deren Aufklärung über ihre socialen Pflichten, im Erforschen der wirtschaftlichen und socialen Verhältnisse und im Feststellen socialer Principien und Regeln, ist der höchsten Bewunderung wert!

Weniger befriedigende Erfolge erzielten aber die katholischen Socialreformer nach der anderen Richtung, bei den handarbeitenden Classen, deren zeitliches und geistiges Wohl Hauptzweck des großen Werkes war. Es fanden sich unter der Arbeiterschaft manche Mitglieder für die Vereine und die nützlichen und frommen Unternehmungen aller Art, die der Bund gründete; aber die Zahl dieser Leute stand in keinem Verhältnisse zu jener der im Bunde wirkenden Angehörigen der besitzenden Classen, zu den ungeheuren Mühen und Opfern die für den guten Zweck gebracht wurden. Stets machte der Bund den Eindruck eines tüchtigen, glänzenden Officierscorps, dem es an Mannschaft fehlt; die Arbeitermassen blieben ferne, wenngleich unter ihnen kein Zweifel an den ehrlichen, guten Absichten der Socialreformer herrschen konnte und die Partei hohe Achtung genoß.

Was war die Ursache einer solchen Zurückhaltung der handarbeitenden Volksschichten Frankreichs, aus denen sich doch so große Mengen den anderen socialen Parteien zuwenden?

Eine Schwierigkeit für die Ausbreitung, aber kein wirkliches Hinderniß derselben, mochte die sehr ausgesprochen religiöse Richtung der katholischen Socialreformer sein. In Frankreich sind nicht wie in Oesterreich, in Italien, in England, in Nord-

Amerika zc., die unteren Volksschichten der übergroßen Mehrheit nach religiös gesinnt, sondern der Unglaube, lange nur in den oberen Ständen gehegt und verbreitet, ist im Laufe der Zeit auch in die Massen hinabgedrungen und deshalb finden die christlichen Principien, welche die Socialreformer verkünden, nur bei einer Minderheit des französischen Volkes Interesse und Verständnis. Diese Minderheit vergrößert sich freilich mehr und mehr, denn das Verständnis der Religion, der Glaube an ihre Wahrheiten ist in Frankreich im Zunehmen begriffen, und das dem so ist, daran hat Wirken und Beispiel der katholischen Socialreformer bedeutenden Antheil.

Aber auch unter der christlich gesinnten Minderheit fand die Partei der katholischen Socialreform keine entsprechende Verbreitung.

Es fehlten ihr eben die Wurzeln in den arbeitenden Schichten. Diese aus aristokratischen und besitzenden Kreisen hervorgegangene Partei erschien den arbeitenden Classen als etwas Fremdes, und ihr Princip, daß die oberen Classen die unteren bevormunden sollen (wenngleich nur im edelsten Sinne gemeint) stieß die Arbeiterchaft ganz entschieden ab. Wenn der normale Mensch — auch der ungebildetste — ein gewisses Alter erreicht hat, so kann er es nicht mehr ertragen, als geistiges Kind behandelt zu werden; er will selbst wirken und urtheilen, selbst über sich und seine Angelegenheiten entscheiden, so gut er es versteht. Dies geht keineswegs aus Hochmuth hervor, sondern aus dem in den Menschen gelegten Trieb, seine Fähigkeiten anzuwenden und dadurch zur Entwicklung zu bringen, sie zu bewahren vor dem Ersticken durch Unthätigkeit.

In den Reihen der katholischen Socialreformer waren diese Ursachen der Ausbreitung und fräftigen Entwicklung ihrer Partei gewiß nicht unbekannt. Gegen die Anwendung eines anderen Systems aber erhoben sich manche Schwierigkeiten. Vor allem das Mißtrauen, das die besitzenden Classen (übrigens nicht nur in Frankreich) gegen die unteren Volksschichten hegen; ihre Furcht vor deren Ansprüchen, die jene machen, vor der Höhe, die sie entwickeln könnten, ihre geringe Meinung von deren Geisteskräften. Neben dieser Scheu und diesem Unverständnis mußte noch die böshafte Feindseligkeit berücksichtigt

zur Zeit der Monarchie beim Einzug des Königs nur ertönte. Der Coadjutor des Bischofs wohnte der Eröffnung des Congresses bei und übermittelte den päpstlichen Segen. Einer der ersten Beschlüsse der Delegierten war ein Huldigungstelegramm an Leo XIII.

„Christlich-demokratische Arbeiterpartei“ nannte der Congress die von ihm constituirte Partei. Er beschloß, daß es den einzelnen Gruppen freistehe, ob sie als solche in das politische Leben, zum Beispiel in die Wahlen, eingreifen oder nicht. Thun sie es aber, so soll es auf republikanischer Grundlage geschehen.

Es wurde nach lebhaften Berathungen ein Programm aufgestellt, dessen wichtigste Punkte sind:

Die gemeinsamen Angelegenheiten der Arbeiter und Unternehmer jeden Berufes sind zu regeln durch gemischte Commissionen, bestehend aus einer gleichen Anzahl von Delegierten der beiden organisirten Gruppen.

Die allgemeine Regelung der Arbeitsverhältnisse gehört zu den Aufgaben der zu errichtenden Arbeiterkammern der organisirten Berufsgenossen. Einstweilen aber soll der Staat die ärgsten Auswüchse dieser Verhältnisse beseitigen. Er soll eine Maximalarbeitszeit von zehn Stunden anordnen, die Nachtarbeit verbieten, die Arbeit der Ehefrauen in der Großindustrie untersagen und jene der jungen Mädchen beschränken.

Es ist durch Gesetz anzuordnen, daß alle Bedingnißhefte der öffentlichen Arbeiten einen Minimallohn, die Sonntagsruhe, die Unfallversicherung, die Maximalarbeitszeit und das Verbot der Accordarbeit enthalten.

Die Arbeiter wollen ferner: Versicherung gegen Unfälle, Arbeitslosigkeit und für das Alter.

Die berufsgenossenschaftliche Organisation der producierenden Stände soll ihre Vertretung in regionalen Arbeits- und Gewerkekammern sowie Handwerkerkammern finden; die Spitze dieses Organismus soll ein Reichsparlament bilden, in dem alle Berufsstände ihre Vertretung haben.

Aus den Forderungen, die von den einzelnen Commissionen aufgestellt und vom Congress gutgeheißen wurden, heben wir noch hervor:

Die landwirtschaftliche Commission verlangte:

Gesetzliche Sonntagsruhe.

Ein Gesetz, welches den Kleingrundbesitz der bäuerlichen Familie für untheilbar und unpfändbar erklärt.

Gerechtere Vertheilung der Steuern, damit der Grund und Boden nicht mehr übermäßig belastet sei. Abschaffung der Verzehrungssteuern. Mehrere Reformen der Rechtspflege; landwirtschaftliche Schiedsgerichte

Landwirtschaftskammern.

Den Central-Verband der französischen Landwirte-Genossenschaften erjucht die Commission, die Errichtung neuer Genossenschaften kräftigst zu unterstützen und alle Landwirte forderte sie auf, in jeder Gemeinde Comités und Vereine zu gründen zur Untersuchung der social-wirtschaftlichen Verhältnisse und zur Förderung des Wohles der Berufsgenossen.

Die Handwerker-Commission wünscht, daß sich aus den Genossenschaften jeden Berufszweiges eine Unternehmer-Genossenschaftskammer bilde, welche den gemeinsamen Ankauf des Rohmaterials, den Verkauf der Erzeugnisse und den gegenseitigen Credit vermittelt. Aus den organisierten Arbeitern desselben Berufszweiges soll gleichfalls eine Genossenschaftskammer hervorgehen, um über die Interessen der Berufsgenossen zu wachen, sie zu fördern und darüber mit den Unternehmern zu verhandeln. Gemeinsame Angelegenheiten der Arbeiter und Unternehmer sollen von den beiden Kammern gemeinsam berathen werden. Die gewerbliche Ausbildung der Handwerker ist praktisch zu regeln und zu fördern.

Der kleinere und mittlere Kaufmannsstand ist gegen die Concurrenz der großen, ausschließlich capitalistischen Warenhändler zu schützen.

Den im Dienste des Staates stehenden Arbeitern ist die Arbeit für Private zu untersagen.

Die Commission der Beamten und Angestellten verlangte die Errichtung von Genossenschaften für die Angehörigen dieses Berufes; dort wo dies einstweilen nicht möglich ist, sollen die Beamten und Angestellten sich eigene Arbeitsvermittlungsanstalten gründen.

Ferner will sie Festsetzung eines Minimallohnes und einer Maximalarbeitszeit, sowie die Entlohnung der Überstunden. Sie

Aufgaben, welche sich die freiwilligen Gewerkschaften stellen, ist die Überwachung des Lehrwesens, das auch in Frankreich sehr häufig in einen Deckmantel der Ausbeutung von Knaben und Mädchen durch Unternehmer ausgeartet ist (wie in der Generalversammlung hervorgehoben wurde) und die Vermittelung gegenseitigen Credits der Berufsgenossen. In Luneville besteht zum Beispiel eine Genossenschaftscasse, deren Fonds durch einen wöchentlichen Beitrag jeden Mitgliedes von 10 Centimen (fünf Kreuzern) gebildet wird. Der Darlehenswerber wendet sich mit genauer Angabe des Zweckes, für den er das Geld braucht, an den Cassen-Ausschuß; dieser stellt die Lage des Betreffenden fest und gewährt das Darlehen nur für ernste und vernünftige Zwecke und bei moralischer Sicherheit der Rückerstattung. Der Name des Schuldners wird vom Ausschuße geheim gehalten. Bisher hat die Casse noch nicht den geringsten Verlust erlitten. Überhaupt bewährten sich solche Einrichtungen bisher in Frankreich aufs beste.

Auch das Genossenschaftswesen in der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird vom Oeuvre stark gefördert, und zwar mit gutem Erfolge. Gemeinsame Verwertung der Producte, gemeinsame Anschaffung des Bedarfes an Maschinen, Sämereien 2c. wird immer häufiger, auch gemeinsame Production kommt nicht selten vor. Unter anderem wurde von einer Landwirte-Genossenschaft auf dem „schwarzen Berge“ im Languedoc berichtet. Sie läßt die Wolle ihrer zahlreichen Schaafherden selbst zu Tuch verarbeiten, das ganz rein und ungemein dauerhaft ist und zu einem den ärmeren Volksschichten erschwingbaren Preise direct an die Consumenten verkauft wird.

Die Mitglieder dieser Genossenschaft sind meist kleine Leute, die Production geht ohne nennenswerthes Betriebscapital vor sich.

Auch für Belebung des religiösen Sinnes ist das Oeuvre mit vielem Erfolge thätig. Die verschiedenen Gruppen seiner Mitglieder veranstalteten religiöse Vorträge, geistliche Übungen und dieselben werden stark besucht, haben in manchen Orten schon bedeutende Wirkung gezeigt.

Die Verbreitung socialwirtschaftlicher Kenntnisse und die Anregung, Anleitung und Beihilfe zu solchen Studien ist gleichfalls eine Aufgabe, die sich das Oeuvre stellt. Zahlreiche sociale

der 1893 stattfand, und in einer besonders für die katholischen Mitglieder höchst erfreulichen Weise verlief, war es zu einem Zwiste im Arbeiterbunde gekommen. Die Leitung des gemäßigt socialdemokratischen Grütlibundes schrieb dem katholischen Piusverein die Schuld zu, daß die vom Arbeitersecretär, Hermann Greulich, und von Dr. Beck, Professor der katholischen Universität Freiburg, ins Leben gerufene Krankenversicherungsbewegung erfolglos geblieben war, und verlangte die Ausschließung des Piusvereines aus dem Arbeiterbunde. Der Vorstand des Piusvereines, Herr v. Heding, richtete aber eine Vertheidigungsschrift an das Centralcomité, in welcher er das Recht seiner bedrohten Gruppe, auf Zugehörigkeit zu dem großen Arbeiterverbande so klar bewies, daß sich das Comité einstimmig gegen die Ausschließung erklärte. So war denn die Streitfrage erledigt.

Ostermontag trat der Delegiertencongreß des Arbeiterbundes zusammen, um neben seinen geschäftlichen Angelegenheiten über das Asylrecht, die Kranken- und Unfallversicherung und die berufsgenossenschaftliche Organisation zu berathen. Es kamen von den Krankencassen 165 Delegierte, vertretend 67.200 Mitglieder; von den Berufsvereinen 104 Delegierte (77.400); von den Grütlivereinen 48 Delegierte (16.300); vom allgemeinen Arbeitervereine und der socialdemokratischen Partei 39 Delegierte (11.400); von den katholischen Männer- und Arbeitervereinen und Gesellenvereinen 36 Delegierte (11.100); vom Piusverein 33 (15.000); im Ganzen 425 Delegierte von 198.400 Mitgliedern.

Nationalrath Dr. Decurtins, der bekannte und mehrmals vom Papste ausgezeichnete Katholikenführer, berichtete über das Asylrecht und verlangte unter Hinweis auf die alten Überlieferung und Gepflogenheit des Schweizervolkes, daß niemand wegen seiner Überzeugung, sondern nur wegen böser Thaten ausgewiesen werde. Er sprach auch von dem Werte neuer Ideen, die durch manche Flüchtlinge ins Land gebracht wurden, und weit entfernt hier Unordnungen zu verursachen, das ruhige, praktische Schweizervolk nur zu zweckmäßigen Reformen, besonders auf socialem Gebiete, anregten. Der Congreß nahm Decurtins Beschlusßantrag an mit dem von Herrn Mettier, Redacteur des

darf der engere Executiv-Ausschuß mit den Local-Organisationen in Beziehung treten. Für die ohne Zustimmung des großen Executivausschusses vollzogenen Actionen muß sich der engere Ausschuß vor dem Parteitage verantworten.

Die Socialdemokraten Ungarns hielten gleichfalls zu Pfingsten ihren Parteitag ab. Sie debütierten sich in den zwei letzten Jahren bedeutend aus, das zeigte die Zahl der durch die Delegierten vertretenen Städte und Organisationen. Zu verwundern ist diese Entwicklung nicht: wird doch in Ungarn von der Regierung, Gesetzgebung und den herrschenden Kreisen die Entfaltung des Industrialismus rücksichtslos gefördert und jede Maßregel zum Schutze der Arbeiterchaft unterlassen, damit der Gewinn des Unternehmers und die Concurrenzfähigkeit der Industrie durch nichts beschränkt werde.

Der Parteitag erörterte seine Stellung zu den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen und beschloß, wo es immer möglich sei, socialdemokratische Candidaten aufzustellen, wo dies aber nicht angehe, die anderen Candidaten über ihre Meinung bezüglich des allgemeinen und geheimen Wahlrechtes zu befragen, auch im ganzen Lande für dies Wahlrecht Stimmung zu machen.

Unter den Delegierten befanden sich auch Angehörige der Landarbeiterchaft, unter welcher die Socialdemokratie überraschende Fortschritte macht Einige dieser Delegierten schilderten die wirtschaftliche Lage ihrer Berufsgenossen Siebenbürgens — wo die Zigeuner mit der arbeitstheischen verarmten Landbevölkerung in Wettbewerb treten und sie durch noch größere Bedürfnislosigkeit besiegen — im fruchtbaren, aber furchtbaren Elend beherbergenden Alföld. Es sei nicht — sagte einer dieser Delegierten — Absicht der armen Landarbeiterchaft, den Boden unter sich aufzuthelen, da sie wüßten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sie ja doch bald wieder ihres bißchen Eigenthumes berauben würden, sondern sie wollten gründliche Umgestaltung der Dinge. — Der Parteitag beschloß, es sei im Herbst dieses Jahres ein socialdemokratischer Landarbeitercongreß im Alföld abzuhalten und auf demselben ein landwirtschaftlichsociales Programm aufzustellen.

des 400.000 Mitglieder zählenden „Bergarbeiter-Bundes“, mit den Delegierten der Bergleute des Festlandes.

Die Verhandlungen wurden in sehr maßvollem Tone geführt, wie es gewöhnlich da der Fall ist, wo die durch ihr ausgebildetes Gewerkschaftsweien streng parlamentarisch geschulten englischen Arbeiter theilnehmen.

Man erklärte sich — gegen die Stimmen der 16 Delegierten des 126.000 Bergleute umfassenden englischen „Nationalen Bundes“ — für gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Bergwerken, sowohl für die Arbeiter über Tag als für jene in der Grube.

Ferner verlangte der Congreß einstimmig, daß die weibliche Arbeit in der Grube durch Gesetz verboten werde. Sie kommt in England nicht mehr vor, ist aber auf dem Festlande noch häufig.

Die Frau — legte der deutsche Delegierte Knippchild dar — trägt die ganze Last der Fortpflanzung des Menschengeschlechtes und deshalb muß sie von der Bergwerksarbeit fern gehalten werden. „Die Frau“ — sagt die Bourgeoisie — „gehört ins Haus!“ Jedenfalls gehört sie nicht in die Grube. Aber wo es sich um den Profit handelt, wirft die Bourgeoisie all ihre schönen Grundsätze um. — In Deutschland werden die Frauen stark beim Bergbaue verwendet. 8000 Arbeiterinnen mit Jahreslöhnen von ungefähr 240 Mark (144 fl.) werden in Oberschlesien beschäftigt. Die Frauenarbeit im Bergwerke führen schwere Schädigung der Sittlichkeit herbei; ferner seien Unglücksfälle in Bergwerken, wo Frauen arbeiten, viel häufiger als in jenen, wo nur Männer thätig sind.

Über Verjöhnungs-Commissionen und Arbeitslohn wurde lebhaft debattiert. Für die ersteren waren alle Delegierten — mit Ausnahme des Österreicher's Simon Stark, der sie für nutzlos unter österreichischen Arbeitsverhältnissen erklärte — aber daß die Commission einen Minimallohn, der dem Bergmanne von Rechtswegen zukomme, zur Grundlage ihrer Unterhandlungen machen solle, schien einer Gruppe englischer Delegierter unangehörig; sie verlangten für den Unternehmer die Freiheit, den Lohn entsprechend der Conjunctur festzusetzen.

Deutschen Bergleute gerne auf die Beiträge der Unternehmer verzichten würden, wenn sie dafür die Cassen selbst verwalten dürften. Oberaufsicht des Staates sei aber nöthig, weil öfter Veruntreuungen vorkämen.

Es wurde ein Antrag in diesem Sinne angenommen.

Die ungenügende Aufsicht über die Bergwerke, die an zahlreichen schweren Unglücksfällen Schuld trägt, wurde bitter beklagt; nur aus Frankreich wurde über zufriedenstellende Aufsicht berichtet. Die Delegierten stimmten überein in dem Wunsche, daß die Inspectoren wenigstens zum großen Theile aus den Reihen der Arbeiter entnommen oder von den Arbeitern gewählt werden; den staatlich ernannten, höheren Ständen angehörigen Aufsichtsbeamten warf man vor, daß sie sich zu sehr mit den Unternehmern befreundeten und deshalb die Sicherheit der Arbeiter nicht genügend schützen.

Außer dem Vertreter des englischen Kohlenbezirkes Northumberland beschloßen alle Delegierten: „Für die dauernde Beaufsichtigung der Gruben sind Inspectoren aus den Reihen der Arbeiter zu wählen; es ist ihnen eine unabhängige Stellung zu sichern.“

Der Übergang aller Bergwerke in die Hände des Staates, den die Delegierten aus Frankreich und Belgien beantragten, fand entschiedenen Widerspruch bei den Deutschen. Im Principe waren sie nicht dagegen, aber unter den heutigen Verhältnissen — führten sie aus — können sie die Verstaatlichung nicht wünschen. Der heutige Staat biete keine Gewähr, daß es in den Staatsbetrieben gerecht zugehen werde. Es gehe ja in Deutschland und anderswo schon Staatsbergwerke, aber sie seien keine Musteranstalten, sondern ständen hinter Privatbetrieben zurück. Erst wenn alle Productionsmittel in die Hände einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft übergegangen seien, könne diese Frage erledigt werden.

Dennoch fand sich eine Mehrheit für den Antrag. Über die Haftpflicht bei Unfällen, die auf früheren Congressen schon erörtert worden, gelangte man rasch zum Schluß. Es wurde der französisch-belgische Antrag, der den Unternehmer für alle Unfälle haftbar macht, einstimmig angenommen.

und fungierende Capital find. Er sagt mit Recht, daß der Capitalwert der Actien selbst vollständig illusorisch sei. Denn das Capital, das sie vorstellen sollen, habe nicht plötzlich ein doppeltes Dasein, einmal als Capitalwert den Eigenthumstitel und das anderemal als das in den Unternehmungen wirklich angelegte und fungierende Capital.¹

Das Capital, das wirkliche Productivcapital existierte unter allen Umständen nur einmal und zwar eben in der Form der Unternehmungen selbst, wohingegen der Wert der Actien nichts anderes sei, als der pro rata capitalisierte Anspruch auf den Capitalsgewinn, der aus dem betreffenden Productivcapital resultiere oder als Resultat erwartet werde.

Dann fährt er fort:

Der Wert der Actie oder dieses capitalisierten Capital-Gewinnanspruches läuft, solange die Unternehmung besteht, und von dieser Zeit kann natürlich nur immer die Rede sein, thatsächlich neben dem wirklichen Capital einher; ob die Actie an A, B oder C verkauft wird, berührt die Productivmittelgruppe, die die Unternehmung bildet, nicht im geringsten. Erst bei Liquidation der Actiengesellschaft, das ist also erst in dem Augenblicke, wo die Actie als solche aufhört, tritt der Actienbesitzer wieder in den Besitz des auf seinen Theil fallenden wirklichen Capitals, soweit es noch vorhanden ist. Während der Gesellschaftsdauer ist in der Actie ein quasi selbständiges Capital fingiert, dessen Höhe sich nach dem wirklichen oder dem zu erwartenden Theilerträgnisse richtet. Gerade so wie durch die Staatsschuldenscheine wird auch durch die Actie fictives Capital geschaffen; gerade so wie dort, werden hier regelmäßige oder wenigstens voraussichtlich regelmäßige Einnahmen capitalisiert. Wie unabhängig sich der Courswert der Actien von dem in ihren Gesellschaften eingeschlossenen wirklichen Capital (das die Actien also ursprünglich repräsentierten) bewegt, dies zeigt das wechselvolle rapide Steigen und Fallen ihrer Course, je nach dem augenblicklichen oder voraussichtlichen Erträgnisse der Unternehmungen. Eine Actie mit einem Nominalwerte von 100 Gulden wird in der Regel, sobald die Dividende auf

¹ Vgl. Marx, das Capital. Buch VII.: Der Gesamtproceß der capitalistischen Production.

dass er durch Verkauf des Überschusses sich etwas erübrigen konnte, wenn er auch oft nur „ventre fraudato“ sich etwas vom Munde absparen mochte.¹

(Fortsetzung folgt.)

Eine Colonie im Inland.

Von Rudolf Freiherr von Mandorff.²

II. Der Bauplan.

Mit einem Aufwande von durchschnittlich je 2—3000 fl. war für das Wohnungs-, Kleidungs- und Nahrungsbedürfnis der nahezu 400 Familien vorgesorgt und zwar nicht nur für den allerersten Anfang, sondern durch Häuserbau, Bestellung des Bodens, erste Einrichtung der Land- und Viehwirtschaft, der Werkstätten, durch Ansaat und Rohstoffe auch für die weitere regelmäßige Production. Auf die Vertheilung ihrer Nutzungen und Arbeitsfrüchte waren die privaten und öffentlichen Rechtsverhältnisse von wesentlichstem Einflusse; sie müssen daher hier zunächst gekennzeichnet werden.

Die etwa dreihundert bäuerlichen Familienhäuser hatten außer den zugehörigen Wirtschaftsgebäuden größere, die ungefähr hundert ionstigen Cottages für die Beamten, Handwerker, Kaufleute hatten kleinere schmucke Zier- und Gemüsegärtchen. Bei ersteren waren die zahlreichen Bienenstöcke, Obstbäume und Beete feinerer Gemüse und Sträucher, dann abgetrennt die Hühnerhöfe mit reinrassigen Geflügel, Schweine-, allenfalls Kaninchenställe, die Quelle von Muß und Freude, besonders der Frauen und jüngeren Hausgenossen. Blumenzucht und Spalierobst-Anlagen, große Vogelhäuser belebten und schmückten die Vorgärtchen der mehr städtischen Häuser. Und Alleen in den Hauptstraßen, rings um den großen Platz und in den Richtungen der Wege zur Umgebung, umrahmten und durchquerten die freundlichen Häusergruppen. Zur Zeit der Stiftung dieses GemeinweSENS waren allerdings von allem diesen Heimwerk nur die Anfänge. Aber alles war doch schon so angelegt, dass es künftig

¹ Vergl. Ihering. Geist des römischen Rechts. II., 172 18.
Übrigens ist Ihering's Schilderung viel zu einseitig rosig; er hat allerdings die ältere, bessere Zeit im Auge.

² Siehe Maiheft der Monatschrift.

liche Familienleben der mehr städtischen Bewohner, nach Haushaltungen abgeschlossen und zu nachbarlicher Freundschaft dennoch vereinigt. Die Farmhäuser lagen mehr zerstreut in dem Gelände um Walde hin, zwischen den wohlbestellten Äckern und Wiesen. — Der noch nicht in Cultur genommene Ackerboden und Bauellen, nebst Wald und Gemeinweide, blieben — nebenbei, soweit thunlich, auch dem Jagdvergnügen dienend — der Privatpeculation entzogen, im Gemeinbesitze, bis zum factischen Verlaufe an je einen bestimmten Einzelnen.

Die östliche, der Kirche gegenüberliegende Schmalseite des Hauptplatzes bildete ein lebender Zaun mit den Eingängen im Volksgarten an beiden Seiten des zum Ufer sich in Serrentinen hinabsenkenden Fahrweges, der zur Brücke führte. Dieser urkartig bepflanzte, durch Terrassen und felsige Schluchten landschaftlich geschmückte Platz enthielt an passenden Stellen Gebäude, die im Laufe der Jahre entstanden, für körperliche Erfrischungen, Egelbahnen, Schießstätte, Spielplätze, Musikaufführung, Theater, Schaubuden und dergleichen Anstalten, entsprechend billigen Anforderungen nach Erholung und Volksbelustigung; unten am Ufer lagen Badehäuser und Bootshütten für später sich entwickelnden Sommer- und Winterport.

Jenseits der Brücke erst lag die Haltestelle der vorübergehenden Eisenbahnlinie. Diesseits, flussabwärts vom Volksgarten, fanden der Viehplatz, das Schlachthaus, Mühle, Knochenmühle, Brauerei und die meisten Fabrikbetriebe, Magazine, zwischen ein Speisehaus in passender Anordnung Raum, auch für allenfallsigen Ausdehnung in späterer Zukunft.

So ungefähr also waren die öffentlichen Gebäude, die Stätten des Privatlebens, der wirtschaftlichen Thätigkeit und der geselligen Freuden auf dem Gebiete dieser Gemeinde vertheilt. Allerdings war bei der Stiftung derselben, wie erwähnt, außer dem richtunggebenden aber abstrakten Zukunftsplan für all dies nur das streng Nothwendige an Gebäuden und Einrichtungen dargeboten. Dennstens wären sonst schon die Ausgaben für die Anlage zu groß worden; zweitens, und sachlich vor allem, wollte der Stifter mit Schaffenslust, Thatkraft und eigenen Erfindung des kleinen Völkchens, ursprünglich ziemlich dürftiger Ansiedler, möglichst

Haben solche gewaltsame Eingriffe in die Rechtsordnung schwere Nachtheile in anderen Richtungen, Verrohung der Sitten und Verwilderung des wahren Rechtsgefühles zur Folge.

Es ist nur von der naturgemäßen langsameren Entwicklung, Durch zeitgemäße Reformen des Alten und durch ein allmähliges Beseitigen des Schädlichen und Veralteten, Heil zu erwarten.

Diese Entwicklung und Reform kann insbesondere auf dem Gebiete der Justiz durch weise Gesetzgebung und Gesetzesanwendung gefördert werden. Eine solche Thätigkeit, besonders wenn sie das Civilrecht betrifft, findet jedoch bei den durch das alte, zum objectiven Unrechte gewordene Recht bevorzugten Classen meist scharfen Tadel. Denn in Geldsachen hört auch bezüglich des Privatrechtes die Gemüthlichkeit auf. Das gilt besonders da, wo es sich um Beseitigung großer, für die sociale Volkswirtschaft gefährlicher, thatsächlicher oder rechtlicher Monopole handelt. Es darf aber dieser Widerstand keinen, der es aufrichtig meint, abschrecken. Denn kleine Eruptionen des Classenegoismus sind weniger gefährlich, als große Ausbrüche der Verzweiflung und Enttäuschung breiter Volksschichten.

Betrachten wir nun die gegenwärtigen Zustände. Wohl sind die Justizgesetze im allgemeinen nicht schlecht, aber die Nothwendigkeit einiger Reformen liegt zutage. Die geltenden Theorien des römischen Rechtes haben die Bäume des Privatrechtes so hoch heranwachsen lassen, daß sie der Mehrheit des Volkes fast schon das nöthige Lebenslicht veriperren. Hier muß die Schere der Justizgesetzgebung stuzend eingreifen.

Das unbewegliche Eigenthum, der zur Volksernährung nothwendige Grund und Boden, wird heute wie eine alte Waise verschachert. Die Gesetzgebung hat sich nicht klar gemacht, daß zu einem ordentlichen Ökonomiebetriebe sachmännische Bildung und eine der Betriebsart entsprechende, nicht durch Pfandrechte verstümmelte Bodenfläche gehört. Die sogenannten Simultanhypotheken sind ein Schrecken der Juristen und eine Handhabe für unlautere, das Landvolk ausjaugende Machinationen. Das allzu dehnbare Obligationenrecht gebär die schwindelhaftesten, nur auf Scheinwerten beruhende Börsengeschäfte und den allzu unbeschränkten Arbeitsvertrag. Durch die Anwendung des Erbrechtes auf die kleinen Wirtschaften und die ungünstigen Ausgeding-

Ende, da auch das Abpflücken eines Blumensträußchens unter den Gesezesbegriff fallen kann, nur noch das Einathmen der Luft auf fremden Grund und Boden dem armen Nichteigenthümer frei bliebe. Nach dem geltenden Geseze ist zum Thatbestande des Diebstahles nicht erforderlich, daß die fremde, genommene Sache einen Wert habe; es corrigiert aber gewöhnlich die in dieser Richtung milde Praxis diese verhängnisvolle Lücke. Die Folge des auf die kleinen Feld- und Waldeigenthums-eingriffe angewendeten Diebstahlsthatbestandes ist, daß man in manchen Gegenden unter der armen Landbevölkerung nur verhältnismäßig wenig nicht abgestrafte Leute findet, besonders wenn die Eigenthümer scharf auftreten. Wenn aber die Leute so leicht und ohne jede wirkliche ihnen als solche bewußte Schuld der Strafe verfallen, muß ihre Achtung vor dem Strafrechte aufhören, ihr staatsbürgerliches Ehrgefühl schwinden. Diese kleinen Angriffe sollten — wenn überhaupt als straffällig betrachtet — bis zu bestimmter Werthöhe den politischen Behörden als Frevel zugewiesen werden.

Ebenso sind die Strafbestimmungen gegen die Bagabunden unzweckmäßig und die diesbezügliche gerichtliche Procedur unpraktisch; es sollten auch hier die Polizeibehörden unter Voraussetzung guter Armen- und Krankenpflege sowie ausreichende Vorsorge und Vermittlung lohnender Arbeit eingreifen und strafen.

Bei der Behandlung von Ehrenbeleidigungen hat der Richter zu wenig freien Spielraum, indem er manchmal dem persönlichen Haße gegen einen ordentlichen, nur etwas aufbrausenden Menschen dienen muß. Es wäre hier schiedsrichterliche Thätigkeit mehr am Plage, ebenso auch bei den geringeren Übertretungen freie Polizeigewalt, die sich auch mit Anordnungen und Mahnungen begnügt.

Auch die Eintragung der Strafe in das bei der politischen Behörde zu führende Register sollte als eine Straffolge dem Richter nur freistehen und die Eintragung müßte nach Verlauf einer bestimmten Zeit, besonders bei geringfügigen Übertretungen, gelöscht oder besser vernichtet werden, da doch ein kleiner einmaliger Fehltritt niemandem auf Lebenslang die Unbeischoltenheit rauben darf, deren Mangel das sociale Fortkommen erschwert.

„Armann und Fraß, als große Reformatoren, beschränken sich nicht darauf, die Handelsangestellten glücklich zu machen, sie ziehen aus, den ganzen Handels- und Gewerbestand zu retten und zu verjüngen. Und da wir ja auch sozusagen zum „Gewerbestand“ gehören, interessiert es uns zu erfahren, wie die beiden Reformatoren die Rettung desselben bestelligen wollen. Unter dem Titel: „Die Forderungen des Handels- und Gewerbestandes“ veröffentlichten die genannten Herren im „Deutschen Volksblatte“ vom 3. November 1895 einen Artikel, worin gesagt wird, was zu geschehen hätte, damit der Handels- und Gewerbestand zu seiner alten Blüte zurückkomme. In erster Linie wird verlangt, daß der Befähigungsnachweis stricte durchgeführt werde, denn so lange es „dem Nächstbesten gestattet ist, in die einzelnen Gewerbe- und Berufsgruppen zu pfuschen, diese immer in ihrer Existenz bedroht sein werden.“ Vom „Pfuschen“ sollten die Herren Fraß und Armann schweigen, denn darin kommt ihnen Niemand gleich. „Gegen diese mehr als unerläßliche Forderung des Gewerbestandes haben bisher — zum großen Schmerz Armanns — nur die Socialdemokraten und Liberalen Front gemacht“. Mit den erstern lassen sich die beiden Retter des Gewerbestandes in eine Discussion nicht ein, dafür heben sie von den letztern lobend hervor, daß sie nach einer lezthin gehaltenen Rede des Hofrathes Erner zu schließen, sich zum Befähigungsnachweis bekehrt haben. Denn der Hofrath Erner soll in seiner Rede gesagt haben, daß die „ordentliche Durchführung des Befähigungsnachweises nothwendig, weil seine Handhabung bis jetzt nur ein Scheinmanöver gewesen sei.“ Es bleiben daher nur noch als die einzigen Gegner des Befähigungsnachweises die Socialdemokraten übrig, mit denen aber Armann und Fraß nicht discutieren wollen. Die Socialdemokraten verfügen leider nicht über einen Hofrath Erner, wer weiß, ob im entgegengesetzten Falle nicht auch sie sich für den Befähigungsnachweis begeistern würden. Warten wir also, bis uns die Borschung einen Erner bescheert. In weiterm verlangen Fraß und Armann die Abschaffung der Consumvereine, weil sie höchstens nur 8000 bis 10.000 Personen zugute kommen. Die Herren scheinen zu vergessen, daß die, denen die Consumvereine nicht in den Kram passen, nicht einmal die Zahl 10.000 ausmachen. Neben den „schädlichen“ Consumvereinen liegen Fraß und Armann auch die Hausierer im Magen. „Der Hausierhandel muß abgeschafft werden, denn es ist bereits schwer möglich einen Unterschied zu machen zwischen einem Hausierer, der auf Grund eines Gewerbescheines oder eines Hausierscheines das Gewerbe betreibt, oder zu constatieren, ob ein solches Gewerbe befugt oder unbefugt ausgeübt wird. Es ist in

dieser Beziehung leider schon soweit gekommen, daß mit wenigen Ausnahmen jeder Gewerbetreibende, um etwas zu verkaufen, haufieren geht, wodurch naturgemäß die anständig gebliebenen Gewerbsleute geschädigt werden, sich stets mehr und mehr vermindern und die Bevölkerung außerdem wegen Unsittlichkeitszunahme, Einbruchgefährlichkeit und Krankheitsverschleppung, Gefahren, die nicht unterschätzt werden sollen, ausgesetzt ist.“ Was die armen Haufierer nicht alles am Gewissen haben: Unsittlichkeitszunahme, Einbruchgefährlichkeit, Krankheitsverschleppung und wer weiß, ob nicht auch die Klauen- und Schweinepeste. Bis jetzt wußten wir nicht, daß die Einbrecher in den verschiedensten Strafanstalten durch die Haufierer erzeugt worden sind. Diese Bestien von Haufierern! Von den weiteren Schmerzen der Herren Fraß und Armann wollen wir absehen und nur noch bemerken, daß alle diese „Forderungen des Gewerbestandes“ in Form einer Petition dem Handelsminister überreicht worden sind. Hoffentlich wird sich das Handelsministerium beeilen, alle Haufierer als gefährliche Subjecte ins Loch zu stecken, alle Consumgeschäfte als schädliche Giftbuden zu schließen, und alle Fabrikanten und Kaufleute, die den Befähigungsnachweis nicht erbracht haben, abzuschieben.“

Es ist wohl überflüssig zu bemerken, daß das Organ nicht so gereizt thun würde, wenn es nicht ahnte, daß — die Kaufleute aus dem Osten als Schädlinge des soliden Handelsstandes zu gelten pflegen. Darum mögen die einheimischen Geschäftsleute immerhin zugrunde gehen. Die ganze Welt gehört den Juden. Was diesen schadet, muß verschwinden. Das ist sociale Gerechtigkeit. Oder irren wir uns?

Regulierung der Getreidepreise. Wir haben seinerzeit die Idee Tills sowie den Antrag Kanitz in der Monatschrift erwähnt und gesagt, daß die Regierungen höchste Zeit hätten, sich der Landwirtschaft anzunehmen. Es ist bis jetzt weder in Oesterreich noch in Deutschland etwas Ernstliches geschehen. Praktische Socialpolitiker lassen jedoch die dringliche Angelegenheit nicht ruhen.

In der „Rhein. Volksstimme“ fanden wir folgende Nachrichten:

1. Auf der Generalversammlung in Jülich beantragte Herr Stupp im Anschluß an eine Rede über die Lage der Landwirtschaft, die Annahme folgender Resolution:

Die am 28. Juli 1895 in Jülich tagende General-Versammlung des Rheinischen Bauern-Vereins erkennt nach reiflicher Erwägung der äußerst schweren Nothlage der deutschen Landwirtschaft eine rasche und nachhaltige Hilfe von Seite der Regierung als dringend geboten und bringt als Mittel zu diesem Zweck in Vorschlag:

Von diesem Punkte wollen wir nun zur Frage übergehen — ob überhaupt heutzutage die Arbeiterbevölkerung den Lohn in der Minimalhöhe beziehe oder nicht. Die Urtheile gehen weit auseinander. Optimisten behaupten, den Arbeitern gehe es besser, sie verfügten über opulenteren Lebenshaltung, als ihre Standesgenossen in früheren Zeiten. Uns scheint, daß im allgemeinen diese Behauptung nicht stichhältig ist. Wir geben jedoch gerne zu, daß oberflächliche Beobachter dieselbe als begründet und wahr anzunehmen veranlaßt sein können.

Die heutige Welt liebt im allgemeinen den Schein mehr als die Wahrheit. Insbesondere ist es angelegentliches Streben unserer Zeitgenossen, den Schein der Wohlhabenheit und des Reichthumes hervorzurufen. Vermuthlich hängt das mit dem Materialismus, der falschen Einbildung, daß Reichthum Surrogat für Tugend, Weisheit 2c. sei, zusammen, woraus bekanntlich das Wettfrieren vor den Millionären entstanden ist. Ja vielleicht ist es noch mehr von der Fleisch gewordenen krankhaften Eitelkeit der Zeit abzuleiten. Eine Beamtensfrau aus den unteren Rangclassen geht gekleidet wie eine Hofrätthin, hat ihr Empfangszimmer, vielleicht sogar ihren jour fix wie jene, aber die ganze Familie muß für diese Eitelkeit sich große Entbehrungen im Essen und Trinken auferlegen. Vanitas vanitatum hat der alte Salomo gesagt.

Auch Arbeiterfamilien sind vom Geiste der Zeit influenciirt. Die Talmiringe an den Fingern, die Olfarbendruckbilder an den Wänden der Wohnung mögen den Eindruck hervorrufen, daß der Arbeiter des fin de siècle einen Lebenshalt führe, wie ihn ein reicher Bürger des Mittelalters nicht hatte, daß er Bedürfnisse habe und befriedigen könne, die manch Rittersmann einst nicht einmal laut werden lassen durfte.

Zum Theile ist es so, zum Theile jedoch ist es ebenso sicher, daß dem Arbeiter nur der Schein eines opulenteren Lebenshaltes zukommt. Dabei sei durchaus nicht verschwiegen und verkleistert jene allbekannte und vielleicht auch allbeklagte aber doch allgeübte Thatfache, daß unsere Zeitgenossen vergnügungslustig und genußsüchtig sind. Die Rothen zwar thun in ihren Zeitungen böse, wenn ihnen Genußsucht nachgesagt wird. Wir haben es ja nicht dazu, sagen sie.

Letzteres mag richtig sein, aber die Sache selbst ist trotz-
dem nicht zu bezweifeln. Man lese in Zeitungen oder auf den
Anschlagtafeln der Ortschaften die Festlichkeiten und Unter-
haltungen, welche jeden Sonn- und Feiertag für Arbeiter und
Dienstleute arrangiert werden. Man zähle wenn man kann, die
sogenannten Kirchweihen, die Feuerwehr- und Sängersfeste, die
Jubiläumsfeierlichkeiten 2c. 2c. und man wird finden, daß viel
Geld dazu gehört, an denselben theilnehmen zu können. Bekannt
ist auch die Klage der Dienstgeber, daß Knechte und Mägde
über den Stand gekleidet gehen, daß sie Wirtshausbesuch als
ein Bedürfnis betrachten, wovon alle deren Vorgänger vor
vierzig, fünfzig Jahren keine Ahnung hatten.

Man kann im allgemeinen so manche Leute heute öfters
behaupten hören, daß die Dienstboten der älteren Zeit sich
etwas, relativ sogar ziemlich viel erspart hätten, daß die heutigen
jedoch außer einem bißchen Flitter nicht den mindesten Betrag
zurückzulegen müßten. Alles das gebe ich zu, ebenso daß an dem
bejagten Nichtersparen nicht etwa zurückgegangener Arbeitslohn
schuld ist. Wenn die Arbeiterklasse unserer Tage heute so leben
wollte, wie die Vorgänger der alten Zeit gelebt haben, wenn sie Roden-
kleider, Sackleinen 2c. tragen wollte, wenn die Magd keinen Kleider-
luxus, der Knecht kein Begehren nach Tabak und Cigarren, nach
Bier oder Schnaps hätte; wenn beide am Sonntage nach dem
Kirchengange sich mit einem Buche oder einer Näherei unter
den Nußbaum oder Birnbaum setzen, in Winter an den Tisch
der Gesindestube: ja da wäre es vielleicht ganz gut möglich,
daß auch sie Ersparnisse machten, daß sie es nicht noth hätten
für Alter oder Krankheit auf die Landes- oder Gemeinde-Armen-
pflege zu rechnen.

Für einen nicht unbeträchtlichen Theil der industriellen
beziehungsweise Fabrikarbeiter-Bevölkerung könnte man mutatis
mutandis so ziemlich daselbe sagen. Allein jetzt kommt ein
großes Aber. Darüber müssen wir nothwendig einiges sagen.

Man kann gerechter- und vernünftigerweise nie verlangen,
daß eine Menschenklasse andere Principien verfolge als die
Zeitgenossen im allgemeinen. Einzelne Individuen werden es
vielleicht thun, eine Klasse nie. Die Dienstboten und Arbeiter
lebten einfach und sparsam, so lange der Zeitgeist das so mit

arbeitender Tagelöhner durchschnittlich für sechs Arbeitstage sich anschaffen: ein Viertelscheffel Roggen, zehn Pfund Schweinefleisch oder zwölf Pfund Kalbfleisch, sechs große Kannen Milch, zwei Bündel Holz — und er behielt außerdem noch in vier bis fünf Wochen so viel Geld, übrig als ein gemeiner Arbeitskittel, sechs Ellen Leinwand und ein paar Schuhe kosteten. In Aachen verdiente am Ende des vierzehnten Jahrhunderts ein Tagelöhner in fünf Tagen ein Schaf, in sieben einen Hammel, in acht ein Schwein, in einem Tage beinahe zwei Gänse. In Augsburg (fünfzehntes Jahrhundert) konnte sich der Tagelöhner für seinen Lohn täglich ein Pfund Fleisch oder sieben Eier, ein Viertel Erbsen, eine Maß Wein und das nöthige Brot dazu anschaffen — und erübrigte doch noch die Hälfte der Einnahmen für Wohnung, Kleidung und sonstige Bedürfnisse.

Auch in Österreich herrschten ähnliche Verhältnisse. Wir haben Aufzeichnungen aus dem 14. und 15. Jahrhundert aus Klosterneuburg. Der Tagwerker bekam täglich 14 Denare nebst Kost. Nun kostete damals das Pfund Ochsenfleisch nur zwei Denare und ein paar Mannschuhe sechzehn Denare. Dabei ist bemerkenswert, daß die Arbeit der Handwerker verhältnißmäßig theurer war. Der Macherlohn für einen gewöhnlichen Bauernrock betrug vierundzwanzig Denare. Daraus geht hervor, daß man in jener Zeit das Leben und leben lassen verstanden zu haben scheint. Für die Arbeit war der reelle Lohn hoch, denn der Arbeiter konnte sich viele und gute Lebensmittel dafür verschaffen.

Heute ist es bekanntlich anders. Der Lohn scheint hoch zu sein, aber der Arbeiter bekommt nur wenig gesunde Lebensmittel dafür, muß schlecht wohnen u. Woher kommt das, da bekanntlich die Erzeuger von Lebensmitteln ihrerseits nicht das einnehmen, was ihnen zur Bestreitung der auferlegten Lasten nothwendig wäre?

Das verursacht, allgemein gesprochen, der Capitalismus, in specie recht einschneidend auch das fictive Capital. Es hat sich wie ein ausgetrockneter Schwamm an jedem Arbeitsertragnisse angelegt. Der saugt und saugt! Chevor wir weiter darauf eingehen, sei uns gestattet ein Citat aus einem erst kürzlich erschienenen Werke zu bringen.¹ A. Spir ist Philosoph (Religionsphilosoph)

¹ Moralität und Religion. Von A. Spir, Stuttgart, Paul Neff. S. 265 f.

machen als sie sind. Sie bilden die Grundlage, auf der es ruht, die Voraussetzung, nach der es sich richten muß und auf die es immer wieder zurückkommt. Nur in den seltensten Fällen wird es gelingen, durch privatrechtliche Vorschriften allein dem Leben und Verkehr eines Volkes andere Richtungen anzuweisen. Das Recht muß sich überall an die historisch gegebenen Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens anschließen, und es wäre ein thörichtes Vermessen, wenn die Gesetzgebung die gegebenen ökonomischen Bedingungen einfachhin ignorieren und mit ihnen in scharfem Widerspruch treten wollte.

Je inniger daher das römische Recht mit dem Leben des römischen Volkes zusammenhieng, desto bedenklicher muß seine unmittelbare Anwendung für die Gegenwart erscheinen.¹

„Der Geist des Volkes und der Geist der Zeit, ist auch der Geist des Rechts.“²

Entweder haben also die socialpolitischen Verhältnisse des „fortgeschrittenen“ 19. Jahrhunderts eine frappante Ähnlichkeit mit denen des sinkenden Roms, oder aber das römische Recht paßt für unsere Zeit ganz und gar nicht mehr.

Lernen freilich werden wir am fremden Recht immer, am meisten dann, wenn wir von seinen Fesseln uns befreit und die Einsicht erlangt haben, was daran eigentlich zu lernen ist. Mehr als dreihundert Jahre lang ist indes die Reception des römischen Rechts nur eine mechanische gewesen. „In der That, wir haben zu viel herübernommen, aber zu wenig gelernt vom römischen Rechte.“³

Der bekannte Rechtsphilosoph Ahrens, einer von den wenigen Gelehrten, die in unseren Tagen endlich eine kritische Würdigung und richtige Beurtheilung des römischen Rechts angebahnt haben, sagt treffend: „Die richtige Ansicht, daß das Recht stets eine Seite und ein Ausdruck der Gesamtsitte eines Volkes, hätte längst auf das römische Recht selbst eine Anwendung finden und zu einer richtigeren Würdigung desselben

¹ Arnold, Cultur und Recht der Römer, 1868. S. 42, 53, 56, 102, 106, 121, 464.

² Ihering, Geist des römischen Rechts. I, 45.

³ Moddermann, Die Reception des römischen Rechts. 1875, S. 111.

auch in dieser Epoche — das heißt in seiner, maßlos und einsichtslos bewunderten sogenannten „classischen“ Periode, von Augustus bis Constantin — führen sollen.“¹

„Die Römer waren kein Arbeitsvolk und konnten kein Arbeitsrecht erzeugen, und das römische Recht kann hierfür auch gar keine Richtschnur geben.“ — Als ein besonderes Verdienst muß aber dem Christenthum zugerechnet werden, daß es der vornehmsten Quelle aller Güter, der menschlichen Arbeit, ihre Ehre vor Gott und der Gesellschaft wieder gegeben hat.“²

Das römische Privatrecht ist das Recht eines Volkes, dessen Volkswirtschaft auf dem Herrschaftsprincip der Eroberung und Sklaverei, nicht auf dem Princip des Erwerbes durch eigene Arbeit beruht.“³

Der Arbeiter, das war zur Zeit des classischen Römerrechts der Sklave. Der Sklave aber erwarb rechtlich nicht für sich, sondern für seinen Herrn. Und selbst auch der freie besitzlose Arbeiter war nicht besser daran und in seinem Erwerb vom Recht nicht mehr geschützt als der rechtlose Sklave.

Der Erwerb durch eigene Arbeit (quaestus) war verachtet, ihm klebte ein Makel an; für anständig und des freien Mannes würdig galt allein das arbeitslose Renteneinkommen, das reine Vermögenseinkommen (fructus), das unabhängig von jeder eigenen Arbeit lediglich auf Grund des Eigenthumsrechtes an einem Güterbestande bezogen wird.

Im diametralsten Gegensatze zum classischen römischen Rechte liegt nun aber dem canonischen und germanischen Rechte der Gedanke zugrunde, daß möglichst alles Einkommen verdientes Arbeitseinkommen sein, und daß es arbeitsloses Vermögenseinkommen gar nicht geben solle.

Mit vollstem Recht sagt Freiherr R. v. Vogeljang: „Die Kirche verwarf jeden Fruchtgenuß ohne Arbeit, aus dem bloßen Besizrechte, als einen Frevel gegen die Gerechtigkeit. — Die christliche Socialordnung hat das arbeitslose Einkommen

¹ Ahrens, Juristische Encyclopädie. Wien 1855. S. 302.

² Ahrens, Naturrecht oder Philosophie des Rechts. 6. Aufl. 1870. II., 140, 168.

³ Wagner, Lehrbuch der polit. Ökonomie. I, § 196.

Der sittliche und rechtliche Begriff wirtschaftlicher Arbeit mangelt ganz und gar.

„Dieselbe Rechtstheorie, welche eine so durchdringende Erkenntnis der objectiven Güter aufweist, bietet den Begriff der Arbeit unglaublich verkümmert dar. Jedesmal geräth die an den positiven Überlieferungen des römischen Rechts festhaltende Rechtslehre in Verlegenheit, sobald im Rechtsverkehr der Begriff der Arbeit in Frage kommt. Was war dem kriegs- und heute- lustigen Römervolke die productive Arbeit? Eine Fessel, eine Entwürdigung des freien Mannes. Wenn irgendwo, so läßt sich bei den Römern von dem Fluche der Sklaven- oder unfreien Arbeit, oder von dem Fluche, die Arbeit mißachtet zu haben, sprechen. Den Gewinn, den Erwerb von Geld und Gut liebte man; das Arbeiten, von keiner Idee einer höheren sittlichen Pflicht getragen, ohne die Freude des Schaffens, nur um des blanken Gewinnes willen geübt, blieb höchstens ein Übel.

„Daß auf den maßlosen Materialismus dieser Geldwirtschaft eine Reaction folgte, war nothwendig. Das Christenthum war berufen, eine sociale Umgestaltung zu vollziehen. Nicht die unbedingte, egoistische, für sich stehende Einzelpersönlichkeit, sondern die in brüderlicher Liebe vereinigte Gesamtheit Aller ist nun der Ausgangspunkt.

„Die christliche Ethik und die darauf gebaute wirtschaftliche Auffassung der Canonisten kennt das eine, was der heidnisch-römischen Welt gefehlt hatte: den Wert der freien Arbeit, die Unterordnung der Person unter die Lebensaufgabe der Arbeit, die Hingabe an den Zweck der Arbeit, ohne Aufopferung der individuellen Freiheit, ohne Schaden an der politischen oder socialen Würde.

„Über das ganze von uns durchstreifte Gebiet (des canonischen Rechts und der mittelalterlichen canonistischen und moraltheologischen Schriften) hin zieht sich der Grundsatz, daß die Arbeit es ist, welche allein oder in Verbindung mit der vom Schöpfer dargebotenen Naturkraft Güter erzeugt. Das Capital, das Haben ist nichts, das thatkräftige Producieren alles. Unbestreitbar ist es eine entscheidende That, die Arbeit in ihr Recht einzusetzen. Und wir, die wir auch heute die Arbeit als den Grundpfeiler unseres Seins, als die Erzeugerin aller

Güter und als die Herrschaft des menschlichen Geistes über alles Stöfliche betrachten, werden dies Verdienst am wenigsten mißachten.

„Als Hauptsätze der wirtschaftlichen Lehre, die als Ausdruck des canonischen Zeitalters eine eigene Phase in der Entwicklung der wirtschaftlichen Begriffe bildet, haben wir etwa folgende erkannt. Zunächst wird die Productivität des Geldes oder Capitals, in erster Linie bei darlehensmäßiger Benutzung, dann aber auch bei jeder anderen Art von Creditgewähr geleugnet . . . Die nämliche Erscheinung zeigt sich bei allen anderen consumptiblen und fungiblen Dingen. Durch das Verbot einer Vergütung für den vorübergehenden, d. h. unter Vorbehalt der Rückerstattung, bewilligten Gebrauch wird der Begriff des Capitals zunächst bei diesen Sachen zerstört. Dasselbe gilt aber auch bei allen anderen Sachen, beweglichen und unbeweglichen, Einzel- und Gattungssachen.“¹

„Wenn Capital heutzutage alle Werte sind, welche zu fernerer Production dienlich aufbewahrt werden, so können alle Dinge Capital sein, welche nicht bloß als sinnliche Körper, sondern als Wertrepräsentanten sich geltend machen. Vorzugsweise erscheint zwar das Geld als Capital, weil es vorzugsweise Repräsentant des Wertes ist. — Das canonische Recht aber verleugnete sogar im Gelde die Productivität. Es vernichtete den wahren Begriff des Capitals, d. h. des zur Production benutzbaren und daher zu einem Mietgeld für seine Benutzung berechtigten Wertes selbst in dem Gelde. Neben den Sätzen: pecunia pecuniam parere non potest, pecunia fructum non habet, konnte der Begriff des Wertcapitals nicht bestehen. Capital als productiver Wert existiert nicht. Daß der Wert, das Capital, Erträgnisse bringen könne, erschien nicht möglich.“²

Alle gelehrten Forscher, die in unseren Tagen mit genügender Unbefangenheit und Gründlichkeit an diese Frage herangetreten sind, stimmen darin überein, daß das canonische Recht principiell jede Productivität des Capitals negierte und

¹ Endemann, Die nationalökonomischen Grundsätze der canonischen Lehre. 1863. S. 190, 196, 199.

² Endemann, S. 135, 137, 138.

sondern vielmehr in der Vertheilung der Production und ihres Ertrages lag, geht überall erkennbar der Zug besonderer Vorsorge für die Person des Producenten. Kein (capitalistischer) Großbetrieb, keine freie Concurrenz war gestattet und die werbende Kraft des Capitals durch eine Reihe von Präventivmaßregeln gehindert. Der Einzelne konnte nicht durch Vereinigung von Capital und Arbeitskräften und Vergrößerung seines Absatzes zum Nachtheil seiner Mitproducenten seine Production vermehren. Die Zunft-Institutionen zielten vielmehr dahin, zur möglichst gleichmäßigen Vertheilung der zu producierenden Güter unter die einzelnen Producenten zu gelangen.⁰ Deshalb wird für die Production und den Absatz die freie Concurrenz ausgeschlossen, an ihrer Stelle wird das sie negierende Princip der **Gleichheit und Brüderlichkeit** zum Fundamentalsatz des wirtschaftlichen Zusammenlebens der Zunftgenossen gemacht, und dessen Verwirklichung soweit es möglich, angestrebt. . . . Dabei berichtet uns die Geschichte des vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts von einem Aufschwung der gewerblichen Arbeit und einem allgemeinen Wohlstand der Handwerker, wie beides vereint wir zu keiner Zeit wiederfinden. . . . Die einzelnen Gewerbetreibenden sind, das ist ihr charakteristisches Merkmal, keine Unternehmer, sondern Arbeiter. Eine Folge war, daß niemand, mit Ausnahme der Witwen, sein Gewerbe durch einen Andern, durch Verführer, betreiben durfte. Die freie Vereinigung von Arbeitskräften und Capital in einer Hand, diese Voraussetzung der (capitalistischen) Wirtschaftsunternehmung und das unfehlbare Mittel, die Ungleichheit zwischen den Einzelnen immer größer zu machen, war den Zunftmitgliedern nicht gestattet; das Capital selber hat als solches keine werbende Kraft und keinen Antheil an dem Gewinn. Der Gewinn, den sie erzielten, hat daher auch nicht die Natur des Unternehmergewinns. Will man jenen Gewinn unter moderne Wirtschaftskategorien bringen, so könnte man ihn nur als Arbeitsgewinn bezeichnen. . . . Die Gesellenschaft trat damals für den Arbeiter noch nicht als wirtschaftliches Endziel, sondern als bloße Durchgangsstufe für die später zu errei-

⁰ Daher findet sich in vielen Zunftstatuten ausdrücklich der Grundsatz ausgesprochen: „Der eine Meister soll sich ebenso gut ernähren als der andere.“ Schanz, Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände, 1870, S. 11.

chende Meisterchaft auf. Und was die wirtschaftliche Lage der Gesellen, die sich gemeinhin in einem jüngeren Alter befanden, betrifft, so muß sie eine relativ bessere gewesen sein, weil das Lohngesetz der freien Concurrenz den Preis der Arbeit noch nicht auf das Äquivalent für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse des Durchschnittsmenschen herabdrückte, weil überdies der Kampf zwischen dem Besitz und der Arbeit noch ruhte und kein wirtschaftlicher Classenunterschied die Meister und Gesellen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer von einander trennte . . . Gegenüber dem Bestreben des Besitzes, den Arbeitslohn der nur ihre Arbeitskraft besitzenden Arbeiter auf den nothwendigen Lebensunterhalt herabzudrücken, schuf die Zunftorganisation Einrichtungen, welche für alle Arbeiter den Gewinn nur auf die Arbeit basieren, ihn überdies für die einzelne Arbeitskraft möglichst gleichmäßig gestalten sollten. Dahin zielten die Abgrenzung des Absatzgebietes, der Zunftzwang, die Verhinderung des Großbetriebes in der Hand einzelner Unternehmer, die Lohnregulirungen und vor allem die Negation der selbständigen Productivität des Capitals. Unter der Herrschaft dieser Institutionen war in der That das Recht der Arbeit auf Theilnahme an dem Product mehr wie gewahrt.“¹

Auf allen Gebieten war „das deutsche Recht der Schutz der Arbeit“. Für die ganze Bergwerks-Gesetzgebung charakteristisch und maßgebend ist die Bestimmung der Rutenberger Bergordnung: „Jeder solle seiner Arbeit froh werden und es solle keiner, was ein anderer mit Mühe und Arbeit schuf, mit Nichtsthun sich aneignen dürfen.“²

Wie das städtische und industrielle Recht, so geht auch das agrarische und ländliche Recht durchaus von dem Grundsatz aus, daß es kein reines Renteneinkommen oder Vermögenseinkommen, sondern nur durch eigene Arbeit verdientes Einkommen, verdientes Gut („verdenet Gut“) geben solle.

Der Bauer soll regelmäßig sein Gut selbst bewirtschaften und nicht verpachten.³ Überhaupt waren Miete und

¹ Schönberg, Zur wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Zunftwesens im Mittelalter, 1868, S. 65, 76, 116, 121, 133.

² Weiske, Das deutsche Recht der Schutz der Arbeit, 1849.

³ Pfeiffer, Das deutsche Meierrecht, 1848, S. 113 ff. Stobbe, Deutsches Privatrecht, 1875, II., 462.

4%ige „Erbabfindungsrente“ zu zahlen hat; der Anerbe kann seinerseits diese Rente ablösen (auch durch die Vermittelung der Rentenbank), die anderen Erben können sie nicht kündigen. Erst durch dieses Gesetz ist vorgebeugt, daß nicht schon die nächsten Erben des Rentengutsnehmers oder des Angefiedelten das Gut veräußern und die Scholle verlassen müssen; wir haben hiemit auch den ersten Versuch eines obligatorischen Anerbenrechtes in Deutschland, wenn auch nur für einen kleineren Kreis von Gütern, vor uns.

Einer Reform des bürgerlichen Erbrechts geht nun auch die Schweiz entgegen. Professor Eugen Huber in Bern, welchem die Bundesregierung die Ausarbeitung eines Entwurfes für ein einheitliches schweizerisches Erbrecht übertrug, hat in einigen Vorträgen bereits die Grundzüge seines Entwurfes entwickelt.¹ Vom Standpunkte der Agrarpolitik ist namentlich Folgendes hervorzuheben: Für das bürgerliche Erbrecht wird der Grundsatz aufgestellt, daß Grundstücke, die landwirtschaftlich bebaut werden, nicht zum Schaden der Landwirtschaft zerstückelt werden dürfen. Wenn also bei der Zertheilung solchen Grundbesitzes unter ein gewisses Maß herabgegangen würde — das Maß selbst mit Rücksicht auf die Cultur-Gattungen und die localen Verhältnisse festzusetzen, bleibt den Cantonen überlassen — so soll der Einspruch auch nur eines Miterben diese Zerstückelung aufhalten können.

Bei Erbtheilungen ist nicht der Verkehrswert der Grundstücke, sondern ihr Nutzwert (Ertragswert) in Anschlag zu bringen, aber mit folgendem zweckmäßigen Vorbehalte: Wenn der Gutsübernehmer, innerhalb einer bestimmten, ziemlich lang bemessenen Frist, das übernommene Gut zu Speculationszwecken veräußert, so ist er gehalten, seinen Miterben einen entsprechenden Antheil an seinem Gewinne einzuräumen; dieser Verpflichtung kann der Gutsübernehmer nur dadurch ausweichen, daß er bei der Erbtheilung seinen Miterben ein Vorkaufsrecht einräumt.

Wenn der Eigenthümer eines bürgerlichen Gutes mehrere Erben hinterläßt, so können diese das Gut auch gemeinsam als „Gemeinschaft“ bewirtschaften; sie sollen dann einen Leiter

¹ Mitgetheilt von Dr. Ehrlich im „Archiv für sociale Gesetzgebung“, 1896, 1. und 2. Heft.

schlossenen Labour-Commission hatte sich der bekannte Arbeiterführer und Abgeordnete Keir Hardie für die Arbeiter-Colonien ausgesprochen; in der kürzlich abgehaltenen Enquete über die Arbeitslosigkeit befürwortete M. Mather die systematische Errichtung von Arbeiter-Colonien auf Kosten des Staates. Das Schlagwort: Back to the land! (Zurück aufs Land!) besitzt bereits eine gewisse Popularität.

Das Washingtoner Arbeitsamt ließ sich kürzlich durch Professor Gore einen Bericht über die holländischen Armen-Colonien erstatten, aus welchem wir einige Daten anführen wollen:¹

1818 kaufte die holländische Wohlthätigkeits-Gesellschaft (Maatschappij van Beldadigheid) einen Landstrich bei Steenwijk, nordöstlich der Zuidersee, an; hier wurden lange Zeit hindurch neben unbescholtenen Armen auch die von den Gerichten für Zwangsarbeits-Anstalten bestimmten Individuen, welche der Staat der Gesellschaft überwies, angesiedelt. Erst 1859 erfolgte die Trennung der beiden Kategorien. Die Leitung der Colonie liegt in der Hand einer fünfgliedrigen Commission; sie bestellt als eigentliches Executivorgan einen Director. Alljährlich findet eine Generalversammlung des Vereines statt, zu welcher die Zweig-Gesellschaften Delegierte senden. Jede Zweig-Gesellschaft hat das Recht, gegen eine jährliche Zahlung von 50 fl. (holländ.) eine Familie der Colonie einzuverleiben. Die neuen Ankömmlinge treten als Lohnarbeiter in die Colonie. Sie erhalten Wohnung und ein Schaf, das sie versichern lassen müssen und das auf den Wiesen der Farm weiden kann. Die Kosten ihrer Ansiedlung haben die Colonisten in wöchentlichen Raten zu tilgen. Sie arbeiten theils auf dem Felde, theils in Werkstätten. Nach Ablauf von zwei Jahren kann der Colonist seine Aufnahme als Freibauer verlangen, wenn er die ihm gewährten Vorschüsse getilgt hat. Im Juli 1895 lebten auf der Colonie 1826 Personen; man zählte 199 Freibauer-Familien und 85 Arbeiter-Familien. Der Berichterstatter verzeichnet übrigens die Wahrnehmung, daß weniger die städtischen Arbeitslosen als ländliche verarmte Arbeiter für die Colonie taugen.

¹ Vgl. „Sociale Praxis“ (1896. Sp. 1090).

Eine Farm für Arbeitslose hat auch der Staat New-York im Winter 1894 errichtet. Die Colonie umfaßt nach dem jüngsten Bericht 430 Acres, auf denen 945 Familien angesiedelt sind.

Der Gedanke der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Landwirtschaft faßt namentlich in Oesterreich in immer weiteren Kreisen Fuß, selbst in solchen, welche der christlichen Socialreform nicht principiell zugethan sind. Im Laufe der letzten Monate haben sich für die obligatorischen Genossenschaften der Landwirte, resp. für den vom jetzigen Ackerbauminister vorgelegten Entwurf ausgesprochen:¹ Der Landesverband der Landwirte Niederösterreichs im am 14. Juni in Stankau bei Pilsen versammelten czechischen Bauerntag in einer einstimmig gefaßten Resolution, ein deutscher Bauerntag in Bischofteinitz in Böhmen (2300 Theilnehmer), ein von der liberalen Partei nach Brünn einberufener Bauerntag. In einer kürzlich in einem deutsch-böhmischen Orte abgehaltenen Versammlung besprach, wie die „N. F. Presse“ meldete, der Abgeordnete Milner unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden, „die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften; er verwies auf den diesbezüglichen Gesetzentwurf, ermahnte die Anwesenden, sich der Idee der Association voll und ganz anzuschließen und überall und unablässig für dieselbe zu wirken.“ Die Forderung nach landwirtschaftlichen Zwangs-Genossenschaften wurde ferner erhoben von der böhmischen christlich-socialen Partei in ihrem Programme vom 1. März 1896, von der katholischen Nationalpartei in Mähren in ihrem Aufruf vom 27. Juli 1896. Außerhalb des Parlamentes scheinen also die heterogensten Parteien in dieser Frage einig zu werden.

Dr. Victor Kienböck.

Unsere Sparcassen.

Ihr Wirkungskreis und ihre Gegnerschaften.

I.

Das Manchesterthum hat es binnen wenigen Decennien fertig gebracht, daß der vordem noch so blühende Gewerbestand nur mehr ein Scheindasein führt. Sociologen, welche Mittel und

¹ Vergl. Nr. 6 dieser Zeitschrift.

Wege suchen, um diese betäubende Thatfache zu corrigieren und die gesamte gewerbliche Thätigkeit wieder in ersprießlichere Bahnen zu lenken, begegnen dabei dem Widerstande der Partijane des Manchesterthums, die da meinen, der allgemeine Zug der Zeit im Vereine mit dem Fortschritte der technischen Hilfsmittel habe dem Gewerbebestande den Lebensfaden für immer abgeschnitten; nicht Geld- und Herrschsucht einzelner tonangebender Kreise — nein, ein Naturgesetz vollziehe die Erwerbs- und Besizenteignung des kleinen Mannes.

An diesen Widerstreit wurde ich erinnert, als ich die letzten statistisch-officiellen Berichte über die Sparcassen Österreich-Ungarns las.

Diesen amtlichen Daten zufolge hatte Österreich (Cisleithanien) Ende 1894 schon 472 Sparcassen, denen nicht weniger als 1,530,713.348 Gulden Spareinlagen anvertraut waren, eine Summe, die sich wieder auf 2,786.448 Sparcassebücher vertheilte. Ende 1890 war der Gesamt-Einlagenstand unserer Sparcassen noch 1,282,767.504 Gulden mit 2,397.591 Einlagebüchern, und wie im Laufe der Jahre 1890/94 befinden sich schon seit Decennien diese Ziffern in steter Zunahme.

Diese Ziffern zeigen, daß trotz aller wirtschaftlicher Hemmnisse und Schwierigkeiten die kleinen Leute, welche die Hauptclientel der Sparcassen bilden, doch noch immer soviel Spannkraft und Sparkraft besitzen, um sich Spar- und Nothpfennige zurückzulegen.

Die günstige Entwicklung unseres Sparcassenwesens sollte nun für unsere leitenden wirtschaftlichen Factoren gleichfalls ein Ansporn sein, der Entwicklung des Kleincapitals — und dieses repräsentieren doch unsere Sparcassen thatsächlich — entgegenzukommen oder doch derselben nicht entgegenzutreten. Dem aufmerksamen, ruhigen Beobachter entgehen nun in letzter Zeit nicht gewisse Symptome, daß den Organen des Großcapitals die Sparcassen unbequem zu werden beginnen und daß auch die Gesetzgebung und die Regierung in ihrer Fürsorge für diese Institution zu erlahmen scheinen.

Schon bei Errichtung der Postsparcasse gab deren Gründer, wohl reserviert, aber für den Nahestehenden doch noch immer deutlich genug, der Anschauung Ausdruck, daß sich unsere Spar-

cassen überlebt hätten und dem modernen Zuge der Geldwirtschaft nicht so recht folgen wollten. Leider erlebte er nicht mehr die Hinfälligkeit seiner Ansichten, denn die Errichtung der Postsparcassen hat den Sparcassen (wie die fortsteigenden Capital- und Einlageziffern derselben seit Errichtung der Postsparcasse zeigen) keinen Eintrag gethan. Die Postsparcasse füllte vielmehr nur eine Lücke des Sparwesens aus, indem sie die wirtschaftlich schwächsten Kreise zur Sparthätigkeit heranzog.

Seitdem hat die Postsparcasse wieder einen Sprung über die eigentlichen Kleincapitalisten hinweg versucht und sich mit Erfolg als Staats-Girobank dem Handel und der Geschäftswelt zur Verfügung gestellt. Sie ist damit heute nur mehr so nebenbei ein Sparinstitut. Unsere alten Sparcassen arbeiten auf dem bewährten, angeblich veralteten Wege fort.

Die von der Regierung angeregte Besteuerung der Spareinlagen ist gleichfalls ein Anzeichen, daß die Fürsorge für die Sparcassen erlahmt. Nicht die geplante, heute geringfügige Besteuerung der Spareinlagen ist der Sturmbock, welcher das feste Gebäude der Sparcasse erschüttern wird, aber die Thatsache, daß der Fiskus in das stille, emsige Getriebe dieses Bienenkorbes ungeheuer Einblick nehmen kann, ist dazu geeignet, unsere Sparer kopfscheu zu machen. Vorerst handelt es sich nur um eine kleine Steuer vom Sparcapital; später wird eine Erhöhung dieser Steuer geplant und eingeführt werden — und wieder eine geraume Zeit, und vom objectiven Verfahren der Besteuerung der Einlagen wird sich der Fiskus für das subjective Verfahren entscheiden und mit der Persönlichkeit der einzelnen Einleger zu beschäftigen beginnen. Damit wäre die erste gefährliche Bresche in das feste Gefüge unserer Sparcassen geschossen.

Daß sich die Sparcassen keiner besonderen Gunst des Großcapitalis erfreuen, ist schon oben angedeutet worden, und ein Vorkommnis der jüngsten Tage scheint fast eine Action derselben gegen die Sparcassen befürchten zu lassen. Wenn Professoren und Gelehrte vom Katheder aus neue wirtschaftliche Lehrsätze und Hypothesen zu propagieren beginnen, beschleicht mich stets ein Gefühl des Mißtrauens und eine Ahnung kommender Ereignisse — die Herren Gelehrten mögen die besten Ideen in die Welt setzen — die Erfahrung der letzten Decen-

diese Steuerfreiheit, die eigentlich für die kleinsten Leute gedacht war, von den großen Geldmännern ausgenützt wurde, um ihren Geldsack vor der Besteuerung zu schützen.

So weit die Ausführungen des Hofrath-Professors. Bei Fachleuten und eingeweihten Statistikern eingeholte Erkundigungen bewiesen uns die Hinfälligkeit der Ausführungen Dr. Menger's. Gewiß hat er dieselben wieder auf Daten und Mittheilungen von Gewährsleuten aufgebaut. Wider Willen ist hier damit der Herr Professor auf ein solches Geleise gerathen. Allerdings kommen, wie man uns mittheilt, Fälle vor, daß einzelne Einleger sich mehrere Einlagebücher sammeln? Bis zu Bibliotheken von 2000 und von ganzen Wagenladungen ist es aber noch nicht gekommen. Es wäre aber auch ein sonderbarer Geschmack eines noch sonderbareren „Großcapitalisten“, seine Gelder auf diese Weise zu placieren. Denn für diese Herrschaften weist heute der Kurszettel immer noch günstigere Anlageobjecte auf — als Wagenladungen von Sparcassebüchern.

Sonderbarerweise stieg die Menger'sche Rakete kurz nach Einführung des neuen französischen Sparcassegesetzes. Die anlässlich dessen erschienenen Abhandlungen mögen den Herrn Professor zu manchen Ideen geführt haben, aber der Professor der Finanzwissenschaft sollte stets den Professor der Volkswirtschaft zu Rathe ziehen, das scheint aber hier verabsäumt worden zu sein.

Wie wohlwollend nun die französische Gesetzgebung dem dortigen Sparcassenwesen gesinnt ist und wie ängstlich dort dafür gesorgt ist, daß ja nicht die berufenen Kreise des Großcapital's von den Sparcassen belästigt werden, mögen nachfolgende Stellen aus dem französischen Sparcassegesetz darthun, welche eine Verbesserung zu Gunsten der Sparcassen darstellt. — In Frankreich ist jüngst ein neues Sparcassengesetz in Wirksamkeit getreten, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende sind: „Die Sparcassen werden ermächtigt, ihre verfügbaren Fonds und ihr Privatvermögen in viel zahlreicheren Werthen als bisher anzulegen. Im Artikel 10 des Gesetzes wird nämlich ausgeführt, daß die Sparcassen nicht nur Staatspapiere, Obligationen des Departements, Gemeinden, Handelskammern und des Credit Foncier, sondern auch locale Werte ankaufen können, die von Instituten der De-

Erklärung der Leibeigenschaft in den Ländern Westeuropas bei dem Bauernstande ausgeübt hatte, kann man in Böhmen nicht feststellen; vielleicht weil Böhmen und besonders die ärmeren Schichten seiner Bevölkerung sich mehr mit reformatorischen Bestrebungen auf religiösem und sittlichem Gebiete beschäftigten, wodurch die volkswirtschaftliche und socialpolitische Bewegung zurückblieb. Erst nach dem dreißigjährigen Kriege zeigt sich in Böhmen ausgedehntere, sozusagen organisierte Unzufriedenheit des Bauernstandes mit dem Drucke des Feudalwesens und der damit zusammenhängenden Leibeigenschaft des Bauern. Der Adel und der Ritterstand, welche nach ihrem Siege bei Lipan im Jahre 1434 den hussitischen Bauern vollkommen zurückgedrängt und entkräftet und auf Grund dessen ihre Macht auf zwei Hundert Jahre befestigt hatten, wurden nämlich nach dem dreißigjährigen Kriege einerseits enteignet und andererseits vertrieben. Zugleich wurden aber die größten Güter Böhmens den fremden Häuptern des obliegenden kaiserlichen Heeres geschenkt oder billig verkauft. Diese neuen Grund-Herrschaften bedrückten oft hart die niedere Bevölkerung, die ihnen auf Gnade und Ungnade preisgegeben wurde, und der Bauernstand entwickelte gegen den fremden Adel größeres Mißtrauen und somit auch größere Widerstandsfähigkeit als früher gegen den einheimischen. Im ganzen kleinwirtschaftlichen Volke Böhmens entstand nun eine tiefere revolutionäre Stimmung.

So kam es, daß ein großer Bauernaufstand in Böhmen, erst im Jahre 1680 stattfand, also viel später als in Deutschland, England und Frankreich, und daß somit erst damals eine social-politische Agrarbewegung des kleinen Grundbesitzes zur Geltung gelangte. Allerdings hatte diese Bewegung in Böhmen bereits ihre Vorläufer in der böhmischen Literatur der nachhussitischen böhmischen Brüder, besonders des Peter Chelčický, die nicht nur den Robot, sondern auch die Leibeigenschaft selbst und die personenrechtliche Ungleichheit der Staatsbürger bekämpften. Der böhmische Bauer war nämlich ein fleißiger Leser der Bibel und ihrer nachhussitischen Ausleger, und zwar weit bis in das 17. und 18. Jahrhundert, und wenn er seine vermögensrechtlichen Verhältnisse und seine sociale Umgebung mit seiner frommen Lectüre verglich, konnte er sehr leicht zu dem Schlusse

Ihr Programm ist viel besser, als ihre Methode. Denn die Bauernpartei hat bereits bei ihrer Entstehung den keineswegs geringen Fehler begangen, daß sie, oder ihre Führung, sich an den großen landwirtschaftlichen Adel angeschlossen und sich von ihm politisch mehr oder weniger bevormunden ließ. Der andere Fehler, der dieser Partei mit Recht vorgeworfen wird und der allerdings mit dem ersten socialen Fehler zusammenhängt, ist ihr Widerstreben gegen die politisch gesinnte Arbeiterschaft und gegen das Grundbegehren derselben: das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Die böhmische Bauernpartei will nur allgemeines, jedoch nicht gleiches Wahlrecht.

Selbstverständlich ist die neue Bauernpartei durch ihre antiliberalen Bestrebungen und noch mehr durch die an den Adel anschließende Taktik in Böhmen gar nicht populär und es werden wahrscheinlich noch zahlreiche Tage verfließen, bevor der Bauernstand der böhmischen Nation seine ständische zweckentsprechende Funktion ausüben wird.

Literatur.

Der Reichthum der katholischen Kirche. Von Dr. Aug. Rößler C. Ss. R., Wien, Mayer & Comp. 1896, 26 Seiten.

Es ist keine ziffernmäßige Zusammenstellung dessen was die katholische Kirche besitzt, die uns der Autor bieten will. Er gibt sich vielmehr Mühe, die christliche Lehre über Geld, Reichthum und richtige Verwendung desselben darzulegen und zu zeigen, daß, Judasseele ausgenommen, die kirchlichen Güter stets gute Verwendung gefunden haben. Sch.

Liberalismus, Socialismus der christl. Gesellschaftsordnung. Von Heinrich Pesch. Freiburg, Herder 1896. 1 M. 60 Pfg.

Der Autor hat sich vorgenommen, dem Clerus und wohl auch den Laien die Möglichkeit zu bieten, sich gründlich über die sociale Frage zu orientieren. Dazu entwarf er den Plan, in einem groß angelegten Werke alle Lehren aus dem Gebiete der Philosophie, der Jurisprudenz, der Moral, der Nationalökonomie und der Geschichte einheitlich zusammenzuziehen, welche ein tieferes Verständnis ermöglichen. Im Jahre 1893 erschien der Anhang der ersten Hälfte des ersten Theiles der dreitheiligen Schrift (Christliche Gesellschaftslehre, liberale Gesellschaftslehre und Lehren

Frage und sociale Ordnung oder Handbuch der Gesellschaftslehre, Herder, Freiburg 1896.

Im Jahre 1884 ist die erste Auflage des IV. Bandes von Weiß' Apo'logie erschienen. Wenn man sie mit der vorstehenden 3. Auflage vergleicht, findet man, daß diese ein ganz neues Werk geworden ist. Wir haben hier wirklich ein Handbuch der Gesellschaftslehre in der Hand, dessen Handhabung ein fleißig gearbeitetes Sach- und Namensregister wesentlich unterstützt. Was die sociale Lage betrifft, so leitet vielleicht der Autor S. 174 ff. die üble Seite derselben zu apodiktisch vom Geiste der Zeit, den modernen Ideen in erster Linie ab, und gibt die Noth der Zeit erst in die zweite. Ich meine, daß wohl beides zusammenwirken mag, daß man also beides ziemlich gleichmäßig als Ursache dessen wird bezeichnen müssen, was der Autor mit den Worten des Dichter Bruck ausspricht:

Es gibt viel Unzufriedene, viele gibt es,
Die neue Dinge sinnen, die gerüstet
Zu Bette gehen, ja die um Mitternacht
Vom Lager fahren und mit gierigem Ohr
Hinaus sich lehnen in die stumme Nacht,
Daß sie die Lärmkanone nicht verschlafen
Denn einer Pulverkammer gleicht die Welt.

Doch wie dem immer sei, das Werk des berühmten Dominikaners verdient, daß es beachtet, gelesen, studiert und tief beherzigt werde. Es ist kein Schablonenwerk, kein trockenes Abhandeln über sociale Themata, es ist Geist und Leben, das über der Materie der Seele nicht vergißt.

Dr. Scheicher.

Grundriß der Nationalökonomie von Paul Leroy-Beaulieu. Frankfurt, Sauerländer 1896, VIII und 255 S., 3 Mark, gebunden.

Das Werk eines geachteten Professors, der klar und deutlich vorzutragen und zu schreiben versteht. In dieser Beziehung wird jeder Leser zufrieden sein und ein Anfänger eine Vorstellung von Nationalökonomie sich aneignen. Die Schule jedoch, welcher Leroy-Beaulieu hier seine Stimme leiht, ist die altliberale; seine Anschauungen über Lohn, über Capitalbildungen oder gar den Zins werden von den Sociologen unserer Zeit nicht mehr getheilt. In den Schulen liest man aus den gewohnten Hefen in herkömmlicher Weise, das Leben kümmert sich darum nicht.

Sch.

Die katholische Welt. Illustr. Familienblatt. M.-Gladbach, A. Riffarth. Jährlich 12 Hefte à 25 fr.

Wir haben in die Nummern dieses Jahres Einsicht genommen und können freudig constatieren, daß das Volk in diesem Journale eine gute, billige und auf die sociale Bewegung unserer Zeit Bedacht nehmende Lectüre besitzt, die daher bestens empfohlen werden kann.

Sch.

ist bereits vollständig kaserniert. Für Bayern erhöht sich den Forderungen für das übrige Reichsheer entsprechend das Militär-Bausch-quantum.“

Offentlich kommt doch noch einmal der Erlöser des Volkes aus der militärischen Noth. Die Massen der Völker erliegen unter den Lasten. Die Mächtigen der Zeit, d. h. die herrschenden Classen finden sich wohl. Ihre Söhne nehmen beim Militär die gutbezahlten, ehrenvollen Stellungen ein; ihre handeltreibenden Mitglieder gewinnen Millionen bei den Lieferungen für das Militär, die industriellen Großmächte derselben ebenso viel durch Anfertigungen von Waffen und Munition. Wer nichts gewinnt, wer hartem Dienst allein sich unterziehen muß und eventuell zum Krüppel geschossen wird, das — ist der kleine Mann.

Wie lang das noch halten wird! Vielleicht kann es jemand ausrechnen, wenn wir ihm die Höhe der Schulden Preußens bekannt geben. Am 1. April 1896 betrugen sie nach einer Aufstellung der Staatsschuldenverwaltung 6,476.691.805 Mark. Es ist dabei eine Zunahme von 89,663.487 Mark gegen den 1. April 1895. Für die Verzinsung dieser Schulden sind im Etatsjahr 1896/97 erforderlich 242,088.891 Mark.

Sociale Zustände in Sardinien. Nicht nur die Concentration des Grundbesitzes in den Händen Weniger, auch die allzu große Zersplitterung des ländlichen Besitzes kann die ackerbautreibende Bevölkerung eines Landes in das Elend bringen. Der Latifundienbesitz ist der Grund der unglücklichen Lage der Landbevölkerung in Sizilien; in Sardinien ist es die übergroße Zersplitterung des Besitzes, welche Zustände herbeigeführt hat, die an Traurigkeit diejenigen Siziliens noch bei weitem überbieten.

Die Grundstücke der sardinischen Bauern sind so winzig klein, daß jede Mißernte sie sofort der Mittel zur Fristung des Lebens beraubt. Nach einer solchen Mißernte, wie sie im letzten Jahre eingetreten ist, ziehen diese „Grundbesitzer“ scharenweise aus, um in der Umgegend Nahrungsmittel als Almosen zu erbitten. Sie ziehen sogar vor die Gefängnisanstalten, um sich das Brot geben zu lassen, das die Strafgefangenen ungenießbar finden. Mißernten sind in dem des Regens entbehrenden Lande sehr häufig und die ländliche Bevölkerung ist durch sie körperlich und geistig so zerrüttet worden, daß sie unfähig ist, ihre Lage irgendwie zu verbessern; zur Nahrungslosigkeit kommen noch die Malariafieber, denen schlecht genährte Körper stets ausgesetzt sind.

Das Capital und die Arbeitslöhne.

II.

Insoferne man mit dem Capitale den richtigen Begriff verbindet, bedeutet das Wort einen volkswirtschaftlich wichtigen Factor. Hohoff hat in den vorhergehenden Nummern deutlich und klar jedem Leser Alles vor Augen gestellt, was diesbezüglich zu beachten ist. Wir wiederholen Gesagtes nicht. Wir wollen nur die Frage zur Lösung bringen, warum die Arbeit so wenig einzubringen pflegt, warum jene Volksclassen, welche den Factor Arbeit auf dem Felde oder in der Werkstatt, der Fabrik leisten, über den niedersten Standard nicht hinauskommen, im Gegentheile in England zum Beispiel unterschiedlich, wenigstens ein Theil derselben, im Werkhause auf eine Zeit verschwinden, bei uns die Armenversorgung eventuell auch den Schub praktisch zu studieren Gelegenheit haben.

Wir wollen dabei nicht einseitig vorgehen und behaupten, daß nur eine einzige Ursache vorhanden sei und das sei der Capitalismus, der Geldcapitalismus insbesondere, der wie ein Bluteigel das Erträgnis jeglicher Arbeit nach Möglichkeit halb oder ganz auffauge. Allein einer der schädigenden Factoren, ja es ist nicht zu viel gesagt, der schädlichste ist er.

Oßermann¹, dessen Werk uns den unmittelbaren Anlaß gegeben hat, diese Artikelserie zu verfassen, unterscheidet wirkliches und fictives Capital. Das wirkliche Capital ist ihm nicht ein Factor der Production; als solche bezeichnet er Arbeit und Natur, sondern es ist ihm nur Productionswerkzeug. Mit seiner Hilfe, schreibt er, gelingt der menschlichen Intelligenz gleichsam das „Einfangen von Naturkräften“, die zur Erzeugung der Sachgüter willfährig mithelfen, immer besser und vollständiger als ohne seine Hilfe. Je mehr von diesen Productionswerkzeugen ein Volk besitzt, desto weitere vortheilhaftere Productionsumwege kann es einschlagen, desto weiter kann es gleichsam

¹ Das fictive Capital als Ursache niedrigen Arbeitslohnes, Wien, Manz 1896.

ausholen, um Naturkräfte, die seinem Gebote folgen, einzufangen. Aus der Function, die diese Productionswerkzeuge zwischenproducte, bei der Production versehen, geht von selbst hervor, daß ein Volk ihrer niemals genug besitzen kann. Ihre Anhäufung macht die menschliche Arbeit immer fruchtbarer und reicher: aus ihnen strömt dann eine immer größere Fülle von Genußmitteln hervor, deren größerer oder geringerer regelmäßige Verbrauch das Niveau des allgemeinen Wohlstandes bestimmt.

Wohl hat die gesammte Production am Ende nur die Erzeugung von Genußmitteln zum Ziele, denn diese allein dienen ja dem Menschen zur Befriedigung seiner Bedürfnisse. Der Begriff des Productionswerkzeuges, Productionsmittel, steht gleichsam zu dem der Genußmittel, die das letzte Resultat aller Production sein sollen, in einem gewissen Gegensatz. Obwohl der Sinn dieses Gegensatzes ziemlich klar ist, so kann man doch behaupten, daß aus seiner ungenügenden Erfassung die sonderbare Verwirrung über den Capitalbegriff unter den Nationalökonomen entspringt.

Was Cffermann unter Capital versteht, ebenso seine Unterscheidung zwischen Social- und Privatcapital haben wir bereits in der Mainummer angeführt. Derselbe Autor erkennt dem wirklichen Capitale in seinem Sinne einen berechtigten Capitalszins zu, nur will er die Grenze nicht zu hoch bemessen haben, damit die Arbeit das möglichst hohe Erträgnis abwerfe. Direct schädlich, ja unerträglich, findet er das fictive Capital, von dem wir auch bereits einige Species kennen gelernt haben. Dieses ist ihm der Blutezel, die Ursache des Elendes, des niederen Arbeitslohnes und so weiter.

Chevor wir seine diesbezüglichen Auseinandersetzungen zur Betrachtung vorlegen, sei uns gestattet, seine Ansicht über das Geld kurz anzuführen. Cffermann schreibt: Das Geld, obwohl selbst Bestandtheil des wirklichen Capitals, ist doch eine Ware, sui generis, die Gegenwartsware kat exochen. Wie alle anderen Capitalsgüter in unserer heutigen Warenwirtschaft unaufhörlich streben, sich in Geld umzusetzen, so erhält auch das fictive Capital, das an sich ganz ohne Gebrauchswert ist, ausschließlich seinen Wert aus der Möglichkeit, stets in Geld umgesetzt werden zu können. Die

fictiven Werte gründen sich gerade auf die Nothwendigkeit der Umläufe. Ihr Marktwert entsteht erst mit den Umläufen und steigt sich mit deren Häufigkeit. Durch Geld kann also nicht nur jeden Augenblick das fictive Capital in wirkliches Capital und umgekehrt, wirkliches Capital in fictives umgesetzt werden, sondern das Anwachsen und Anschwellen des fictiven Capitaless vollzieht sich auch nicht anders, als daß die durch seine erhöhten Umläufe benötigten großen Geld- und Kaufmittelmengen dem wirklichen Capitalsvorrathe entzogen werden. Die gleich hohen Geldsummen, die das fictive Capital repräsentieren und es in seinem Umlaufe unterhalten, sind für die Güterproduction thatsächlich gebunden, sie sind für das Socialcapital und seinen ferneren Bildungsproceß so gut wie verloren.

Wir haben, so macht Töffermann dann den Uebergang zur Frage, die uns heute beschäftigt, Anhaltspunkte genug, die erkennen lassen, daß die willkürlich erzeugten Bewegungen und die grenzenlose Accumulation des fictiven Capitaless die Arbeiter um einen Theil ihres, ihnen sonst zufallenden Arbeitsertrages bringen. Es ist auch kein geschichtlicher Zufall, warum die Arbeiterbewegung fortwährend im Wachsen begriffen ist und warum sich überall, auch in dem gelobten Amerika, die Lage der Arbeiter thatsächlich mit dem schwindelnden Überhandnehmen der fictiven Werte immerfort verschlimmert. Der innere Zusammenhang dieser Erscheinungen wäre uns vielleicht schon längst klar, wenn sich der Socialismus als großes kritisches, national-ökonomisches System nicht auf falscher Grundlage bewegen würde. Man erklärt, in bewußter Erkenntniß all der herrschenden Leiden der arbeitenden Classe, kurzweg dem gesamten Eigenthume an Capital den Krieg, während es sich, um den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen, nur um einen Widerstand gegen das Vorhandensein und die Vermehrung des fictiven Capitaless, jener ganz besonderen Eigenthumsform, handeln sollte.

Es ist unbedachter Undank, wenn die Arbeiter das wirkliche Capital, welches der schaffende Geist zum Wohle der Menschheit erzeugt und vermehrt, als ihre Plage ansehen; wenn sie das Maschinenwesen, das ihnen einen immer wachsenden Theil ihres schweren Werkes abnimmt, verfluchen. Nicht gegen das in der Production thatsächlich beschäftigte Capital, das die Arbeit fort-

während ergiebiger macht, sondern nur gegen das fictive Capital, nur gegen jene, capitalistischer Phantasie entstammenden Eigenthumstitel sollte sich ihr Haß und ihre Verfolgung wenden. Diese allein schwächen und schmälern die Wirksamkeit des wirklichen Capitals, sie züchten eine Classe unproductiven Rentnerthumes auf Kosten der in der Production Betheiligten, das heißt auf Kosten der an der Erhaltung und Vermehrung des Socialcapitals Mitwirkenden . . .

Ehe wir weiter gehen und Dffermanns Ansichten Raum geben, sei uns eine Bemerkung gestattet. Es unterliegt für den denkenden Menschen gar keinem Zweifel, daß auf der Effecten- wie Productenbörse das fictive Capital die erste Rolle spielt, ja wir möchten sagen, in sein Schatten — Dasein gerufen wird. Es kann uns und keinem vernünftigen Menschen einfallen, die Börse selbst, das heißt die reelle Börse, welche reellen Bedürfnissen dient, anzugreifen. Allein wer weiß es nicht, daß auf der Börse gespielt wird, wenn ist es unbekannt, daß dort imaginäre Werte geschaffen werden, mit ihnen gehandelt wird? Wer ist so unerfahren, nicht zu wissen, daß der Handel mit fictiven Erträgen der industriellen Unternehmungen, mit Weizen, Korn und sonstigen Producten der Landwirtschaft schließlich die Folge hat, daß der wirkliche Nutzen nicht den Arbeitern und Landwirten, sondern den geriebensten Börsenspielern zutheil wird?! Auf der Börse feiert das fictive Capital nach Dffermanns Begriffsbestimmung wahre Orgien. Es ist und bleibt aber immun. Selbst die publicistischen Vertreter der Socialdemokraten rühren höchstens platonisch daran, denn die Börse ist — verjudet und die Publicistik ist es auch.

Nun wieder zu Dffermann zurück. Seite 146 ff. schreibt er:

Die engere Umgrenzung unserer Aufgabe, auf das Verhältnis von Arbeitslohn und Capitalzins durch Hinzutritt des fictiven Capitals, findet die beste Entschuldigung in der jetzigen großen agrarischen Coniunctur, die ein steter Preisrückgang aller Bodenerzeugnisse infolge des Aufschlusses immer neuer Länder charakterisiert. Diese Bewegung dürfte angesichts der unermesslichen Flächen halber Continente, die noch des Anbaues harren, und der noch verbesserungsfähigen Anbaumethode und Transportmittel, in den nächsten Jahrzehnten kaum schon zum Still-

stande kommen. Erst bis sich die Erde, trotz der genannten Culturverbesserungen und Erweiterungen, wirklich zu klein zum Unterhalte der sie bevölkernden Menschheit erweisen wird, werden jene sogenannten Bodengesetze ihr ganzes Gewicht in das Verhältniß zwischen Arbeiter, Capitalisten und Bodeneigenthümer zu Gunsten der Letzteren werfen. Erst dann wird die Bereicherung mittelst der Grundrente eine Gefahr für die Arbeiter und die Productionsmittel-Besitzer einschließen, aber dann werden auch Weisere — als wir sind — die sociale Gefahr von dieser Seite aus aufzuhellen nicht verjäumen. Wir glauben demnach, unserer Zeit genug zu thun, wenn es uns nur annähernd gelingt, die gegenwärtige Anhäufung der papierenen Werte, als die Ursache des sinkenden Arbeitslohnes, ins gehörige Licht gerückt zu haben.

Betrachtet man zunächst die Wirtschaft eines Volkes als ein geschlossenes Ganze, so ist einleuchtend, daß auf die Dauer das Einkommen des Volkes gleich dem Gesammtetrage seiner wirklichen Production ist. Das raschere oder langsamere Tempo der weiteren Capitalbildung oder Vermehrung des Socialcapitals hängt davon ab, wie viel das Volk von seinem jährlichen Einkommen in Form von Genußmitteln und Dienstleistungen aufbraucht und wie viel es von seinen verfügbaren Productionskräften neuerlich in die Production investiert. Entscheidend ist hiernach die Verwendung der jährlich disponiblen Productionskräfte. Wenn jeder Einzelne im Volke sein ganzes jährliche Einkommen in Nahrungs- und Luxusgegenständen verzehrt, so würde die innerhalb des Jahres entstehende große Nachfrage nach den betreffenden Nahrungs- und Luxusmitteln die Unternehmer (durch das Spiel der Preise) veranlassen, die Production in der Weise zu lenken, daß das Erträgniß aller innerhalb des Jahres thätigen Productionskräfte in den begehrten Nahrungs- und Luxusgegenständen aufginge. Würde hingegen jeder Einzelne im Volke, statt sein ganzes Einkommen aufzuzehren, ein Dritttheil desselben ersparen und neuerlich der Reproduction von Gütern widmen, („der Production widmen“ ist aber hier durchaus nicht identisch, mit dem Ankaufe von Wertpapieren etwa), so würde diese Entscheidung, wieder auf dem Wege der Preisveränderungen, die Production=Unternehmer

derart beeinflussen, daß sie nur $\frac{2}{3}$ des Erträgnisses der ganzjährigen Productivkräfte-Summen in Gestalt von Genuß- und Luxusmittel aufgehen ließen und das letzte Drittel zur Anfertigung neuer Productionswerkzeuge oder überhaupt Zwischenproducte benützten. Dieses Drittel der gesamten Productivkräfte, welches der Erzeugung von Zwischenproducten gewidmet wäre, würde also der Vermehrung des Socialcapital's thatächlich dienen, während im ersten Falle, wo angenommen wurde, daß Jeder sein Einkommen vollständig aufzehre, keine Productionskräfte zur Capitalvermehrung disponibel blieben. Hier würde höchstens der Beharrungszustand in Betreff des Socialcapital-Vorrathes erreicht werden. Es gibt noch einen dritten möglichen Fall, nämlich, daß Jeder mehr als sein durchschnittliches Einkommen verzehre. Es ist naheliegend, daß dann eine Minderung des Socialcapital-Standes eintrete, indem eben mehr, als das Erträgnis der Jahressumme von Productionskräften in Genußmittel übergeführt werden würde, und zwar müßte dieses „Mehr“ von jener Arbeitsdotaton genommen werden, welche zum Erlaße des im laufenden Jahre verzehrten Capitals hätte verwendet werden sollen, um das Socialcapital auf seinem alten Stande zu erhalten. Aus alledem soll nur der Hauptgrundsatz der Capitalbildung festgehalten werden, nämlich, daß die wirkliche Capitalvermehrung nur in dem Maße fortichreiten kann, als die im Jahre disponiblen Productionskräfte dem Genußdienste der Gegenwart entzogen und der Production neuer Capitalgüter — natürlich immer zugleich auch den Erlaß der aufgezehrten vorausgesetzt — zugeführt werden.

Wenn wir annehmen, daß Jeder sein Einkommen in natura erhalte, nämlich, genau so viele Zwischenproducte und Genußmittel, als auf seinen Arbeitsertragsantheil entfallen, und wenn wir außerdem annehmen, daß jeder zugleich $\frac{1}{3}$ seines bezüglichen Einkommens erspare, es also nicht verzehre, so wäre selbstverständlich für jeden, der sein Ersparnis in der Folge „verzinst“ haben wollte, die Nothwendigkeit gegeben, dieses erübrigte Drittel seines Einkommens, bestehend zum Beispiel aus Maschinen, Werkzeugen, Nahrungsmitteln, Möbeln u. j. w., nicht bei sich unbenützt liegen und verderben zu lassen, sondern möglichst schnell einer entsprechenden Verwendung zum Zwecke

Fernerer Güterproduction zu überweisen. Nun denken wir die Geldwirtschaft hinzu!

Die bloße Einführung der Geldwirtschaft ändert an diesen Vorgängen nichts Wesentliches, sondern erleichtert nur die Zuführung aller Capitalgüter zu ihren schließlichen Productions- und Consumtionszwecken. Erhält Jeder seine Einkommensquote in Geld, so wird ihm dadurch auf beste Art ermöglicht, genau nach seinen Lebens- und Gewerbebedürfnissen Waren aus dem Markte zu holen und die restliche Geldsumme an andere zu verleihen, wenn er sie nicht unbenützt oder ertraglos einschließen will. Jeder ersparte (nicht aufgezehrte) Einkommens- theil, in Geld oder natura, der nicht etwa verschlossen und unbenützt liegen bleibe, kommt der productiven Wirtschaft gleichermaßen zugute. Eine andere Art Capitalprofit, als derjenige, der sich aus der Wirksamkeit der originären Productionsfactoren, Arbeit und Naturkräfte, unmittelbar ergibt, wäre auch hier noch nicht denkbar.¹ Nachdem sich jeder ersparte Einkommens- theil in der Production wieder nutzbar und ergiebig erweisen würde und, wie wir sagen können, auf Grund der wachsenden Capital- gütermenge sich immer von neuem ergiebigere Productionsumwege einschlagen ließen, würden sich schließlich auch verfügbare Pro- ductenvorräthe in stets höherer Progression einstellen. Die Folge hiervon wäre aber eine entschiedene Tendenz, daß sich das Ver- hältniß der Arbeitskräfte zu der Menge vorhandener Capital- güter immer mehr zu Gunsten der ersteren verschieben müßte. Nämlich es würden sich Fabriksstätten, Werkzeuge, Maschinen, Nahrungsmittel u. i. w. verhältnißmäßig rascher vermehren, als die Arbeitskräfte, so daß dann bei Zujuwunghaltung der Pro- duction — nach dem Wertgesetz der complementären Güter — die Arbeitskräfte inmitten der anwachsenden, der Beschäftigung harrenden Productionswerkzeuge einen immer höheren Wert (auch Substitutionswert) und die Capitalgüter, die bei ihrer überhand- nehmenden Menge immer leichter ersetzbar würden, einen niedrigen Wert (auch Substitutionswert) erhielten.

¹ Allerlei Schuldverhältnisse können freilich schon entstehen; aber das ändert daran nichts, daß im großen und ganzen hier noch kein Sellen, der Zinsen tragen soll, den Zwecken der Reproduction vorenthalten werden könnte.

Diese Sachlage verändert aber sofort ihr Aussehen, wenn wir uns zwischen die Arbeit und die wirklichen Capitalgüter eine gehörige Summe fictiver Werte eingeschoben vorstellen. Jetzt kann jeder sein überschüssiges Einkommen, statt in die Production, wie früher, auch in jene Wertpapiermassen einfließen lassen. Die Bewegung, die durch dieses Vorgehen auf dem Wertpapiermarkte hervorgebracht wird, hat wohl ihre theilweise Rückwirkung auf die Bewegung des wirklichen Capitals, aber keine parallel gehende in dem Sinne, daß die Accumulation des fictiven Capitals die Accumulation des wirklichen Capitals förderte, sondern eine conträre, indem alle Ersparnisse, die der ersteren zugeführt werden, dem Zwecke der Förderung der anderen vollständig verloren gehen. Aus der Möglichkeit und der Thatfache, daß nunmehr die Erträgnisse einfach in fictive Werte investiert werden, resultiert für die Arbeiter ein doppelter Nachtheil: der erste trifft sie dadurch, daß die solcher Art investierten Ersparnisse dem ferneren Reproductionsproceß des wirklichen Capitals vorenthalten werden, also, daß das Verhältniß von Arbeitskräften zu der vorhandenen wirklichen Capitalsumme in der Zukunft nicht günstiger in der Richtung der Arbeit gestellt wird.

Das Beschäftigungsfeld der Arbeiter gewinnt nicht die Ausdehnung, die es in dem Falle, als alle ersparten Erträgnisse direct der Production zugeführt worden wären, erfahren hätte. Und der zweite, nicht geringere Nachtheil entsteht für die Arbeiter außerdem indirect dadurch, daß die Wertpapierbesitzer und Speculanten, die ihre Erträgnisse nur zum kleinsten Theile aus dem Productionszuwachs empfangen (nämlich nur die Dividenden der Eisenbahn- und Industrieactien, während die Rententitres, Pfandbriefe, Obligationenzinsen u. s. w., ebenso wie der Gewinn durch Agiozuwachs, Report- und Lombardgeschäfte mit der Production in gar keinem Zusammenhange stehen), dennoch mit jenem Theile ihrer Gewinne, den sie zu ihrem Lebensunterhalte wieder verbrauchen, auf dem Subsistenzmittelmarkte als Bewerber von Genuss- und Luxusgegenständen, die sie selbstverständlich um das ganze Maß ihres Begehres vertheuern, erscheinen. Diese Vertheuerung der Lebensmittel bedeutet für den Arbeiter soviel, wie eine Verkleinerung seines Lohnes.

Man denke daran, daß sich nun die Classe unproductiver Wertpapierbesitzer an Zahl und Reichthum täglich vergrößere, und auch daran, daß die leichte Art, wie in diesen Kreisen das Geld gewonnen wird, sie umso geneigter zur Verschwendung mache. Es wird sich sonach die Production wieder, durch den Impuls der Preise genöthigt, zunächst auf die Herstellung von Genuszmitteln und Luxusgegenständen, die diese Classe begehrt, richten.

Je breiter in einer Gesellschaft jene Schichte von Wertpapierbesitzern und Speculanten in fictiven Werten wird, eine desto nachtheiligere Richtung mit Bezug auf die wirkliche Vermehrung des Socialcapitals, beziehungsweise auf die Aufbesserung des Arbeitslohnes, schlägt die Production ein; das vorhandene Socialcapital, welches allein die Fruchtbarkeit der Arbeit und dadurch die Steigerung des Arbeitslohnes fördert, kann nie gehörig vermehrt werden, wenn die Volkswirtschaft nicht einen möglichst großen Theil vom Dienste der Gegenwart frei macht, erspart und zu einer „additionellen Zukunftsproduction“ verwendet. All der sinnlose Luxus der Reichen: im Wohnen, Kleiden, Essen, Fahren u. s. w. — wer ist phantasievoll genug, um alle kostspieligen Paunen millionenreicher Müßiggänger aufzuzählen¹ — nimmt unzählige der laufenden Productivkräfte für sich in Anspruch; man benützt sie zur unmittelbaren Gegenwartsproduction und bringt dem zukünftigen Capitalvorrathe nicht nur keinen Zuwachs, sondern oft nicht einmal den Ersatz für die bei dieser Verwendung aufgezehrten oder verschleißten Capitalsgüter. Die unheilvolle Wirkung auch schon auf die bloße Richtung der Production (natürlich vom Standpunkte der gesamten Volkswirtschaft aus), die eine immer zahlreichere, vom Zins- und Agiogewinnste lebende Classe ausübt, möge durchaus nicht

¹ Es werden jetzt gar schon Rennpferde hunderte von Meilen weit mittelst Extrazüge, die einen Kostenaufwand von 10–20.000 Gulden erfordern, expediert. Überhaupt ist das ganze heutige Rennwesen, bei dem längst, statt des Zuchtzweckes, Wetten und Totalisateure die Hauptrollen spielen, zum Übungsfelde der Schwindler und Abenteurer geworden. Das große, immer neugierige, spielsüchtige Publicum zahlt mittelst Wetten und Totalisateure die nicht geringen Kosten, die der rühmenswürdige Lebenswandel der eingeweihten „Sportmen“ verschlingt. Und so Etwas wird auch in manchen Ländern noch vom Staate aus subventioniert!

als geringfügig veranschlagt werden. Zudem sie die Production um jeden Preis zur Deckung ihrer dazu noch täglich raffinierteren Bedürfnisse zwingt, lenkt sie verhältnismäßig nicht wenige Productivkräfte von der Anschaffung von Gütern entfernterer Ordnung ab; sie hindert den Umformungsproceß in seiner Entwicklung, sie hindert, daß derselbe sich unter sonst gleichen Umständen auf eine stets entsprechend erweiterte, das heißt ergiebigere Stufenfolge erhebe. Sie wirkt — mit anderen Worten — der Ansammlung des wirklichen Volksvermögens entgegen.

So Dffermann. Dem Wesen nach treffen die von ihm entwickelten Gründe des niederen Arbeitslohnes mit den von Bogelsang und seiner Schule entwickelten Anschauungen über den Zins zusammen. Was immer auf der Welt produciert wird, unterliegt bekanntlich einer Verzinsung. Die ganze Welt schmachtet in der Schuldknechtschaft. Erst wenn alle Zinstitelbesitzer sich satt gegessen haben, darf der Arbeiter an den Tisch und darf nehmen, was jene übrig gelassen haben von dem, was er produciert, geschaffen hat. Es ist nicht immer gleich viel, wenig ist's immer.

Trotzdem gibt es heute noch Leute, welche diesen Zustand als moralisch erlaubt ansehen und für dauerhaft halten. Lassen wir die Todten ihre Todten begraben.

Dr. Scheicher.

Unsere Sparcassen.

Ihr Wirkungskreis und ihre Gegnerschaften.¹

II.

Das neue französische Sparcassengesetz stellt schon eine Verbesserung zu Gunsten der dortigen Sparcassen dar, welche, soweit mir bekannt ist, ihre Fonds früher nur in französischer Rente anlegen durften. Heute dürfen auch „locale“ Werte als Anlagepapier der Sparcassen fungieren. Bekanntlich ist nun die französische Rente von jeher Spiel- und Anlagepapier gewesen. Durch die Bestimmung, daß die französischen Sparcassen ihre Fonds hauptsächlich nur in Rente erlegen sollten, war eine große Port der dortigen Rente stets in ruhigen und thatächlich festen Händen, denn in Zeiten des Coursniederganges

¹ Siehe Augustheft Seite 353.

war der operierende Spielring sicher, daß die Renten der Sparcassen nicht auf den Markt geworfen werden und dies bot eine feste Operationsbasis. Diese für die Rentenoperateure so günstige Combinationen scheinen nun die Provinzfinanziers durchschaut zu haben, und ihr Einfluß ist es wahrscheinlich der veranlaßte, daß auch Localpapiere auf die Verkaufsliste der Sparcassen gesetzt wurden. Damit ist den Fajeurs in Localpapieren ein wertvolles Zugeständnis gemacht. Die Sparcassen der gesamten Departements werden bei Emission von [natürlich nur „sicheren“ Localwerten durch mannigfache Gründe bewogen werden, eine große Post der Emission zu übernehmen; es fällt dem finanzierenden Consortium schon eine schwere Last vom Herzen, denn das „schwimmende Material“, wie man die bei der Emission nicht angebrachten Stücke nennt, ist vermindert. Das Emissions-Consortium kann die von ihm übernommenen Stücke ruhig an feste Hände absetzen, es kann die Course „regulieren“, da keine Gefahr besteht, daß die von den Sparcassen übernommenen Stücke ungerufen und ungerufen auf den Markt kommen. Scheint es aber dem Consortium zweckmäßig, über die vergebenen Papiere wieder zu verfügen, so wird sich dasselbe insoweit bei den Sparcassen Einfluß verschaffen, daß diese das betreffende „Localpapier“ gegen ein anderes, etwa ein neues vertauschen. Insoweit ist es daher möglich — und bei dem colossalen Einflusse, welchen in Frankreich die haute finance auf allen Gebieten und bei allen Factoren genießt, wird es auch thatächlich dahin kommen — daß die gesamten Sparcassen Frankreichs zum gefügigem Werkzeuge der Börsen- und Finanzleute herabsinken.

Frauen und Minderjährige dürfen dem neuen Statute nach Einlagen machen — ein Bestimmung, welche wohl geeignet ist den Spar Sinn zu heben.

Daß aber hiefür ein eigenes Gesetz gemacht werden mußte, ist für die rechtliche und sociale Stellung der Frau in Frankreich sehr bezeichnend. Diese Thatfache allein würde einer recht interessanten socialen Studie zur Grundlage dienen können.

Die Beschränkung des Maximums der Einlagen auf 1500 Francs zeigt wieder so recht die Fürsorge des Gesetzes für die Börse und deren Ausläufer. Jeder Sparer, welcher mehr als 1500 erwirbt, ist mehr oder weniger gezwungen den Ueberschuß

in Rente anzulegen. Nun kann der Einwand kommen: die Sparcassen dürfen so wie so den größeren Theil ihrer Einlagen zum Ankauf von Renten verwenden, ob nun die Sparcasse oder der Sparer direct kauft, bleibt sich ja gleich — Rente wird doch gekauft! Scheinbar ist dies allerdings gleichgiltig. Doch die Sparcassen kaufen große Posten an der Börse — der kleine Sparer aber beim Wechselr.

Und so sind wir denn wieder bei einer in Frankreich sehr mächtigen Gilde angelangt! Diese will man auch etwas verdienen lassen. Beim Ankaufe von Renten in kleinen Posten und Stücken kann der Wechselr sich eine Verkaufsprämie nehmen, welche beim Ankauf an der Börse nicht möglich ist. Zudem kommt noch das Changement; heute kauft der Sparer Rente, der Wechselr verdient. Bald braucht jener wieder Geld; um den eigentlichen Stammstock nicht anzugreifen, wird wieder ein Stück Rente verkauft, und abermals verdient der Wechselr. Und so geht denn die Geschäfts- und Geldbewegung auf und ab, zum Vortheile des Zwischenhändlers.

In Oesterreich hat sich die Beschränkung der Maximalsumme des Sparcontos auch schon Eingang verschafft, aber keineswegs in so scharfer Form wie in Frankreich.

Hier in Oesterreich darf jedes Mitglied der Postsparcasse nur ein Postsparcassebuch haben: dasselbe darf nur die Höhe von 1000 Gulden erreichen, der Ueberschuß wird dann dem Sparer von der Postsparcasse direct, ohne Zwischenhändler, in Renten angelegt. Der Hauptunterschied liegt eben darin, daß in Oesterreich jeder Sparer bei einer oder mehreren Sparcassen Einlagen haben darf. Allerdings schleicht sich da schon etwas französische Bestimmung ganz unbemerkt ein. Viele Sparcassen Oesterreichs fordern nämlich — sei es aus eigenem Antriebe oder im Auftrage der Aufsichtsbehörde — von jedem Einleger außer der Angabe von Vor- und Zuname auch jene des Wohnortes. Mit dieser einerseits wohlgemeinten Forderung rütteln schon andererseits die Sparcassen an ihrer Selbständigkeit, und was heute bei einigen üblich ist, wird mit der Zeit Gesetz mit dessen weitesten Folgen.

Wir wären hier freilich bei einem Punkte angekommen, welcher das große Verhältniß der Sparcassen bedeutet. Wie die

Ziffern am Eingange des Artikels I zeigen, bedeuten heute unsere Sparcassen eine Finanz-Großmacht, der aber die Organisation fehlt. Unsere Sparcassen haben sich von geringen Anfängen binnen kurzer Zeit zu mehr oder weniger großen Anstalten entwickelt, sind sich aber gegenseitig stets schon aus dem Wege gegangen, anstatt sich zu organisieren, Landesverbände und aus diesen wieder einen Reichsverband zu gründen, welcher sofort und zu jeder Zeit als bevollmächtigter Vertreter und Wächter der ganzen Organisation und ihrer Glieder aufträte. Diese stille, nur für sich bedachte Wirksamkeit der Sparcassen hat den Gründer der Postsparcasse zu der Anschauung verleitet, die Sparcassen hätten sich überlebt.

Aufgabe eines Reichsverbandes der Sparcassen wäre es zum Beispiel gewesen, den Sparcassen die Belehnung von Grund und Boden, welche ursprünglich einer der Zwecke der Gründung der Sparcassen und lange Zeit in Österreich das fast ausschließliche Monopol der Sparcassen war, auch ausschließlich der Sparcassen zu erhalten und andere auf Gewinn berechnete Unternehmungen von demselben auszuschließen, ja sie gar nicht aufkommen zu lassen.

Zu diesem Zwecke wäre vor allem die Pflege des Pfandbriefgeschäftes durch die Sparcassen, die Erwirkung der Steuerfreiheit für Sparcassenpfandbriefe erforderlich gewesen; doch die Sparcassen versäumten den günstigen Moment, und Jahrzehnte muß der Grundbesitz die hohen Dividenden verschiedener Banken bezahlen. An eine Abwälzung dieses Tributes ist heute nicht mehr zu denken, denn zu sehr eingelebt und eingeseßten sind heute die Hypothekenbanken und ihr Anhang.

Der gewesene Finanzminister Dunajewski hatte es sich zur Aufgabe gestellt, die Sparcassen für die Anlegung ihrer Fonds in Renten mehr zu interessieren. Damals zeichneten die großen Institut bei Rentenemissionen, den kleinen wurde aber, auf gut deutsch gesagt, eine gewisse Partie der Emission einfach zugetheilt.

Wie anders und würdevoller wäre es gewesen, wenn bei diesen Emissionen der Reichsverband der Sparcassen mit dem Minister unterhandelt und die Auftheilung der übernommenen Summe selbst besorgt hätte!

Schließlich sei noch ein Geschäftszweig besprochen, welcher mehr oder weniger in das Gebiet des Sparens einschlägt: die Lebensversicherung. Eine der Spitzen der österreichischen Asscuranzwelt hat diesen Zweig direct als „Sparen“ bezeichnet.

Uns fehlen die Ziffern und Daten über die Ausbreitung der Lebensversicherung in Oesterreich; nach allem aber was in die Öffentlichkeit dringt, ist die Ausbreitung der Lebensasscuranz in Oesterreich noch in den Windeln. Die meisten Geschäfte werden nur durch den Eifer der Agenten oder durch zwingende Umstände der Versicherten zustande gebracht; von selbst meldet sich niemand, so sagte uns erst unlängst ein erfahrener Fachmann.

Und doch fällt bei dem heutigen Stande der Organisation der Gesellschaft, wo so viele Elemente derselben nur von heute auf morgen leben, der Lebensversicherung die Lösung einer großen sociologischen Aufgabe zu. Tausende und tausende von Besitzlosen, welche sich durch Fähigkeit, Fleiß und glückliche Umstände in die besser gestellten Kreise aufgeschwungen haben, fallen beim Eintritte irgend eines Unglückes ins tiefste Proletariat hinab. Ihre Familie wird mittellos wenn der Ernährer stirbt, oder dieser selbst wird Proletarier, wenn Alter oder Krankheit seine Arbeitskraft lähmen.

Und woran liegt es, daß bei dem colossalen Bedarfe das Geschäft so geringfügig und gar nicht populär ist; ja daß die meisten der Versicherten den besitzenden Classen angehören, die auf die Vortheile der Versicherung eigentlich nicht angewiesen sind?

Der Fehler liegt einfach in der Organisation und in dem Mangel an Zutrauen des Publicums zu den auf Gewinn berechneten Lebensasscurranzen.

Soll die Lebensasscuranz den volkswirtschaftlichen und socialen Gesetzen, auf welche sie aufgebaut ist, in Oesterreich entsprechen, so muß sie hier vom Grunde auf erst eingeführt werden. Diese Obliegenheit fiele aber Finanzinstituten zu, welche in Oesterreich als Anwälte des kleinen Mannes betrachtet werden — den Sparcassen.

Sempronius.

Der Magen Wiens.

Es ist das Verdienst des französischen Schriftstellers Maxime du Camp, daß der Magen von Paris auch den Mäuschen schön-

geistiger Damen nicht uninteressant erscheint. Der Magen von Wien, die Versorgung unserer Stadt mit dem, was Leib und Seele zusammenhält, hat bisher noch keinen ähnlich erfolgreichen Literaten gefunden. Wie viele Wiener kennen die ununterbrochene Reihe von Marktwagen, welche sich allnächtlich in der Porzellan-
gasse, in der Schotten- und Herrengasse, auf der Freieung und Am Hof staut? Weniger malerisch aber noch massenhafter ist der Verkehr zu der Centralmarkthalle, besonders der von der Eisenbahn bewältigte Fleischverkehr aus Galizien. So langten zum Beispiel am 30. Februar 1895 dreißig Waggons Fleischwaren im Gewichte von 90875 Kilogramm (4085 Colli) aus Galizien in der Großmarkthalle von Wien an und wurden den Fleischcommissiönären zum Verkaufe übergeben. Dieses galizische Fleisch bildet neuerdings nur mehr einen, und zwar nicht mehr überwiegenden Theil der Gesamtmenge des in der Großmarkthalle auch aus anderen Kronländern einlangenden Fleisches. Betrachten wir nur einen ganz kleinen Theil der Handgriffe, welche diese Fleischzufuhr erfordert, so haben wir ein annäherndes Bild der Arbeit, die erfordert wird, um die Wiener Suppe zustande zu bringen.

Bei normalem Zugsverkehre treffen die mit dem Eilgüterzuge Nr. 52 auf der Nordbahn in Wien um 4 Uhr früh eingelangten galizischen Fleischwaggons mit dem Erforderniszuge Nr. 1716 bei der Großmarkthalle zwischen halb 6 und $\frac{3}{4}$ 6 Uhr früh ein, worauf sie auf die Drehscheibe gebracht und auf das in die Halle führende Geleise zur Ausladung geschoben werden. Die zu diesem Fleischzuge gehörigen Bahndocumente kommen schon tags vorher mit einem Eilzuge am Wiener Nordbahnhofe an und werden nach Verfassung des Transitoverzeichnisses zumeist um 12 Uhr nachts der Station Großmarkthalle übergeben. Diese Station verfaßt noch während der Nacht auf Grund der Frachtbriefe die zum Ausladen der Waren nöthigen Verladeschein und legt weiters ein Warenverzeichnis für jeden einzelnen Empfänger an, das zur Controle nach der Ausladung bestimmt ist. So sind denn die Arbeiten für die Revision der Frachtgebühren, deren Verbuchung sowie die Verfassung der Quisi beim Eintreffen des Fleischzuges bereits beendet. Zwischen 7 und halb 8 Uhr morgens werden die Frachtbriefe der hauptzollämtlichen Expositur in der

Großmarkthalle übergeben, und zwei Finanzwachorgane, welche vorher auch die gefällsämliche Übernahme von allenfalls eingelangten Fleischwaren aus Mähren durchführen müssen, haben von diesen Frachtbriefen Abschriften nach Parteien geordnet anzulegen. Zu dieser Arbeit werden je nach der Anzahl der Frachtbriefe eine halbe bis ein und eine halbe Stunde gebraucht; die Frachtbriefe werden der Bahn zurückgestellt. Ohne Rücksicht auf diese Schreibgeschäfte hat die Ausladung der Fleischwaren sogleich nach Einlangen der Waggonz begonnen. Bei der Ausladung werden von der Station Großmarkthalle je nach Anzahl der Waggonz und je nach deren Belastung 3 bis 5 Arbeiterpartien — jede Partie bestehend aus einem Partieführer und 5 Mann — verwendet. Der plombierte Wagen wird geöffnet, ein Arbeiter reicht aus dem Laderaum unter Ausrufung des Zeichens von jedem Collo die einzelnen Stücke den Abträgern, während der Partieführer an der Hand seines Verlade Scheines den Namen des Eigenthümers bekannt gibt und den Abträgern dadurch auf den Platz dieses Empfängers dirigiert, gleichzeitig aber die Ausladung jedes Stückes auf seiner Vorzeichnung durch Abstreichen der betreffenden Post ersichtlich macht. Diese Ausladung dauert, wenn sie ohne bedeutende Anstände vor sich geht und die Waggonz regelmäßig ankommen, an Donnerstagen, Freitagen und Samstagen (an welchen besonders bedeutende Fleischmassen anlangen) gewöhnlich bis 9, auch 10 Uhr, an den übrigen Tagen bis 8, höchstens 9 Uhr. Nach Beendigung des Ausladens sämtlicher Waggonz werden von den Bahnorganen unter Verwendung der Parteienverzeichnisse alle Waren revidiert und allfällige Vertragungen richtig gestellt. Damit sind die Arbeiten der Bahnbediensteten vollendet.

Der Ausladeplatz wird dann mit Kettenneßen bis zur Beendigung der gefällsämlichen Manipulation abgeschlossen. Gleichzeitig mit der Ausladung und bahnamtlichen Revision findet auch die Sanitätsbechau der eingelangten Waren statt.

Sind diese Geschäfte vollzogen, so beginnt über Aufiso der Bahnverwaltung die gefällsämliche Manipulation. Hierzu erscheinen auf dem Ausladeplatze 8 mit bereits bereits bezeichneten Büchern versehene Finanzwachorgane und die Warenempfänger mit den bei der Bahncasse ausgelösten Frachtbriefen. Im Vereine mit

der Partei erhebt jedes Finanzwachorgan, unter Benützung seiner Vormerkungen, die Stückzahl oder das Gewicht der Waren und es wird die zur Versteuerung bestimmte Menge vom Finanzwachorgane in seinem Buche und von der Partei auf dem Frachtbriefe bei der betreffenden Post verzeichnet. Es ist sohin die Zollergpositur gleichzeitig mit der Partei in Kenntniß, was und wie viel jeder Empfänger zur Versteuerung zu bringen hat. Früher wurde denn auch nach erfolgter gefällsämtlicher Behandlung sämtlicher ausgeladener Waren ohne Rücksicht darauf, ob jede Partei die Warenerklärung bereits überreicht hatte oder nicht, die Waren dem Marktverkehre überlassen und die Abschließung des Ausladeplatzes aufgehoben. Durch manche Unregelmäßigkeiten der Parteien hinsichtlich der Versteuerung ihrer Waren und hinsichtlich des Anspruches auf den Steuerrückerlaß sah sich aber die Gefällsbehörde genöthigt, Verschärfungen anzuordnen. Nunmehr werden die Waren erst nach erfolgter Abgabe der Warenerklärung ausgefolgt. Jeder Zwischenfall, jede Zugverspätung, jeder Mangel in der Signierung, jeder Schmuggelversuch, jeder Verdacht gegen die Genießbarkeit des Fleisches, jede Chicanerie und Starrköpfigkeit einer Partei, jede Ungeschicklichkeit und Bequemlichkeit eines behördlichen Organes bewirken natürlich allseits unliebbare Verzögerungen.

Vielleicht gelingt es, die Fleischzüge binnen kurzem zur Nachtzeit in der Großmarkthalle eintreffen zu lassen, damit die erwähnten Manipulationen bereits in den Morgenstunden beendet sein können. Gingen unter der Voraussetzung kein Anstand obwalten, wenn von der Gemeinde für elektrische Beleuchtung und für eine genügende Anzahl von Thierärzten vorgesorgt wird. Gründliche Abhilfe wird allerdings erst stattfinden können, wenn die Umgestaltung des Bahnhofes „Hauptzollamt“ eine Erweiterung der Großmarkthalle ermöglicht.

K. E.

Die Verwertung des Getreides.

Der Landtags- und Reichsraths-Abgeordnete Johann Roskóšny setzt in dem von J. B. Uhliř im Jahre 1879 gegründeten Hospodář Moravský vom 25. Juli 1896 auseinander: In Mähren ist seit einigen Jahren in der Richtung

ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen, daß sich die Bauernschaft bemüht, ihre Erzeugnisse in veredeltem Zustande in Verkehr zu bringen. Besonders ist man bestrebt, die Gerste selbst zu Malz oder gleich zu Bier zu verarbeiten. Leider ist aber nichts geschehen, um der großen ungarischen Concurrnz in Weizen, in Korn und in Mehl zu begegnen. Im Gegentheil hat der mährische Bauer wegen der ungarischen Concurrnz den Anbau von Weizen und Korn außer für den Hausgebrauch ganz aufgegeben. Die so fruchtbare Hanna ist heute ausschließlich auf zwei Früchte, Zuckerrübe und Gerste, angewiesen. Wie gefährlich eine solche Selbstbeschränkung wird, zeigte die Zuckerkrisis. Da ein Ersatz schwer zu finden ist, muß ungeachtet der ungarischen und theilweise der russischen Concurrnz auf die Massenbedürfnisse nach Weizen und Korn zurückgegriffen werden. Diese Concurrnz ist nur zu besiegen, wenn das Erzeugniß in verbrauchtreifer Form auf den Markt gebracht wird. Einzig auf diese Weise kann der Consument wieder an den Verbrauch des **e i n h e i m i s c h e n** Erzeugnisses gewöhnt werden. Dieses Ziel wird der kleine Bauer allerdings nicht in seiner Vereinzelung, wohl aber in der Genossenschaft erreichen und es erscheint auf diesem Wege die Rückkehr zum Getreidebau nicht unmöglich. In Deutschland geht man mit der Errichtung **g r o ß e r b ä u e r l i c h e r B ä c k e r e i e n** voran und im Laufe weniger Jahre werden auch die mährischen Landwirte dazu gezwungen werden. Sie haben in dieser Beziehung zuhause keine Erfahrungen. Sie sehen nur in der Praxis, daß die Händler mit Mehl und Gebäck noch immer auf ihre Rechnung kommen, obwohl diese Betriebe infolge der bestehenden großen Concurrnz oft in sehr unbedeutendem Umfange geführt werden, wodurch die Regie sich beträchtlich erhöht.

Nach der Rechnung von Vincenz Till betragen die Backauslagen von 100 Kilogramm Kornmehl bei den üblichen Einrichtungen etwa 12 fl. 20 kr., dieselben lassen sich aber auf 3 fl. ermäßigen. Für Weizengebäck betragen diese Kosten bei Anwendung der üblichen Einrichtungen 35 fl. 80 kr., und sie lassen sich auf 12 fl. ermäßigen. Aus diesem Grunde wird in Deutschland die Verstaatlichung des Getreidehandels und die Monopolisierung der Backerzeugnisse in der Weise verlangt, daß der Staat die gesamte Fehung, wenigstens von den kleineren

Bauern, um im voraus festgesetzte Preise übernehme; daß der staatliche Getreidepreis jährlich mit Rücksicht auf die einheimischen, nicht aber mit Rücksicht auf die ausländischen Produktionskosten festgesetzt werde. Der vom Staate festgesetzte Brotpreis soll einen Gewinn von einem Gulden pro Kopf der Bevölkerung ergeben. Genügt nicht die einheimische Production für den einheimischen Bedarf, so kauft der Staat im Auslande so billig als möglich. Der Privathandel mit Getreide und Mehl habe aufzuhören. Die bisherigen Bäcker erhalten entweder eine Anstellung in den zu errichtenden staatlichen Bäckereien oder eine Abfindung. Der Technik des Mahl- und Backbetriebes soll die größtmögliche Aufmerksamkeit gewidmet und zu diesem Zwecke Fachschulen und Versuchstationen errichtet werden. — Mit Rücksicht auf die unangenehmen Erfahrungen, welche man in Oesterreich mit dem Tabak- und Salzmonopol gemacht haben, werden die Oesterreicher sich für ein Back- und Mahlmonopol nicht besonders erwärmen. Dagegen ist die Errichtung *genossenschaftlicher Bäckereien* ein sehr würdiger Gegenstand ernstester Erwägung. Besonders könnten wir auf diese Weise die Brotversorgung des Heeres in die eigene Hand nehmen.

Den selben Gedankengang verfolgt im Hospodar Moravský vom 10. August 1896 M. Bečej aus Groß-Meseritzsch.

Zeichen des Niederganges in österreichischen Alpensländern.

Dem Staatsvoranschlage für das Jahr 1896 liegt ein Ausweis über sämtliche aus Anlaß der Abwehr und Tilgung ansteckender Thierkrankheiten dem Staate im Jahre 1894 erwachsenen Kosten bei. Daraus ersieht man, daß die Gesamtkosten aller österreichischer Kronländer 576.946 fl. 66 kr. betragen, worunter die für Galizien und Bukowina allein 421.904 fl. 38 kr. ausmachen, die für Salzburg aber nur 682 fl. 8 kr. — und diese bestehen lediglich in Commissionskosten des Sanitätspersonales, während diese Kosten für alle übrigen Länder sich auf 81.658 fl. 75 kr. belaufen. Die großen Kosten für Galizien und Bukowina werden besonders durch Überwachung und Sperre der Grenzen mittelst Finanzwache und Gendarmen verursacht.

Vergleicht man damit den Viehstand der einzelnen Länder, so ergibt sich nach den statistischen Ausweisen der letzten Volks- und Viehzählung vom Jahre 1890 Folgendes: Alle österreichischen im Reichsrathe vertretenen Länder hatten 1890 einen Rindviehstand von 8,643.936 Stück, wovon auf Salzburg 143.484 Stück entfielen. Hierbei hat man sich gegenwärtig zu halten, daß Salzburgs Antheil an der Gesamtbevölkerung 0.73 Percent, an der Gesamtfläche 2.38 Percent, an der Gesamtproductivfläche 2.15 Percent und an der landwirtschaftlichen Fläche 2.01 Percent beträgt. Der Stand der Rinder ist in Salzburg seit dem Jahre 1851 in stetem Rückgange. Es betrug der Rindviehstand 1851: 203.000 Stück, 1857: 187.000 Stück, 1869: 167.000, 1880: 149.000 und 1890: 143.000 Stück. Ebenso verminderte sich der Stand der Schafe von 1851 mit 152.000 Stück auf 92.000 Stück im Jahre 1869 und auf 51.000 Stück im Jahre 1890. Noch bedeutender verminderte sich der Stand der Ziegen von 51.000 Stück im Jahre 1851 auf 33.000 Stück im Jahre 1869 und auf 17.000 Stück im Jahre 1890.

Die Denkschrift des Centralausschusses der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft für das Herzogthum Salzburg über die Thierseuchengesetzgebung und die Handhabung des Thierseuchengesetzes durch die politische Verwaltung, besonders in Bezug auf die Maul- und Klauenseuche, findet die Ursachen dieser betrübenden Erscheinung in den Jagdverhältnissen, in den Aufforstungen und Servituteinschränkungen, im Aufkaufen von Bauerngütern und Alpweiden durch Jagdherren und Capitalisten — kurz in Einrichtungen, die der Staat in seinem Interesse trifft, oder in Übelständen, die die Landesvertretung seit Jahren beklagt, durch Gesegentwürfe auch zu beheben suchte. Das Land Salzburg ist für Oesterreich eines der allerwichtigsten Zuchtgebiete, und trotzdem kam es dahin, daß, während im letzten Jahrzehnte der Stand der Rinde in Galizien um 13.2 Percent zunahm, derselbe im gleichen Zeitraume in Salzburg um 7.7 Percent abnahm.

Leider ist der Rückgang von Salzburgs Viehstand keine specielle salzburgische Calamität, sondern ein Zeichen der allgemeinen Stagnation der Alpenländer. Die Ergebnisse der

letzten Volkszählung vom 31. December 1890 haben gezeigt, daß zum Beispiel die Bevölkerung in Tirol in dem Jahrzehnte von 1880—1890 sich im Ganzen nur um 7.520 Seelen vermehrt hat. Mit diesem gerade unerhört niedrigen Zuwachsspercente von 0·9 bleibt Tirol nicht nur weit unter dem Staatsdurchschnitte von 7·9 Percent, sondern auch noch unter den durchschnittlichen schwachen Zuwachsspercenten der anderen Länder, Oberösterreich und Kärnten mit je 3·5 Percent und Krain mit 3·7 Percent, zurück. Dieses für Tirol bedenkliche Symptom der Bevölkerungsstatistik zeigt sich in beiden Landestheilen mindestens gleich stark. Von den zur Landes-Cultursection Trient gehörigen politischen Bezirken weisen 4, nämlich Borgo, Primiero, Gles und Tione sogar eine directe Abnahme der Bevölkerung auf, und zeigt sich die gleiche Erscheinung auch in 7 politischen Bezirken der Landes-Culturrathsection Innsbruck, nämlich in Reutte, Landeck, Imst, Riehbüchel, Bruneck, Lienz und Ampezzo.

E. W.

Die Aufhebung des Hypothekarpfandrechtes.

Wer im 6. Jahrhundert vor Christi durch die Landchaften um Athen wanderte, sah auf jedem Felde steinerne Pfeiler emporragen, die traurigen Zeichen bäuerlicher Verschuldung. Die Hypothekensteine! es war eine Wanderung wie durch einen Friedhof. Heute ist die Sache nicht viel anders. Und wo ist das Geld hingekommen? Das Geld, das dem Bauer gegen Verpfändung seines Besitzes geliehen wurde, ist im Wege des Groß- und Kleinwuchers längst wieder in die Taschen und Cassen der Capitalisten zurückgeflossen. Es ist thatjächlich zum größten Theile durch die Zinsen zurückgezahlt, die Schuld thatjächlich bereits beglichen. Dieser civilistisch nicht ganz unbedenkliche, socialpolitisch aber um so beachtenswertere Zahlungsbegriff führt den Verfasser der im Reichspostverlage erschienenen Brochüre „Die Bauernnoth“ logischerweise zu der Forderung der Aufhebung des Hypothekarpfandrechtes. Der Gedanke der Aufhebung der Verpfändbarkeit von Grund und Boden ist nicht neu. Schon Justus Möser machte in einer der Zeit des Polizeistaats und der Gutsherrlichkeit angepassten Weise den Vorschlag, daß nur ein für jeden Hof festgesetzter Freistamm mit Schulden belastet werden dürfe und

daß eine Schuldbelastung nur insoweit möglich sei, als mit zweijährigen Früchten bezahlt werden könne. Auch Robertus erklärt die Capitalverschuldung mit der Natur des Grundbesitzes unvereinbar und den Rentenbrief, der durch den Ertrag sichergestellt ist, als die richtige Form der Bodenverschuldung, welcher letzterem Vorschlage allerdings nicht zugestimmt werden kann, da dann Rentenverschuldung an Stelle der heutigen Besitzverschuldung treten würde. Kein Geringerer als der große Göttinger Agrarökonomist Hanssen hat in einem Gutachten an den Landwirtschaftsrath die Beschränkung des Immobiliarcredits und die Stärkung des Mobiliarcredits empfohlen. Der Vorschlag der Ablösung aller Hypothekenschulden und der Schließung der Hypothekenbücher für die Zukunft hat jedoch namentlich seinerzeit in Freiherrn von Bogelsang und neuerlich im Tiroler Landtagsabgeordneten Professor Dr. Schöpfer, endlich in Dr. Freiherrn von Weiss ebenso begeisterte wie beredte Fürsprecher gefunden. Angelegentlich wie Bogelsang tritt Preiser und treten neuerdings Drexler und Andere für die Unverschuldbarkeit des Bodens ein. Zur Durchführung hat zu der von allen einsichtigen Agrarpolitikern befürworteten langsamen Tilgung der Besitzschulden durch Annuitäten noch die Schuldenfreiheit dauernd gesichert zu werden. Der erste einleitende Schritt wäre die verfassungsmäßige Aufstellung des Grundsatzes, daß auf Grund und Boden keine Pfandrechte mehr errichtet werden dürfen, daß die Grundschuldbücher zu schließen und die bestehenden Besitzschulden zu tilgen seien. Damit jedoch inzwischen das Uebel nicht unheilbar werde, ist wie auch schon Bogelsang empfohlen hat, ein Moratorium zu erlassen. Das ist die gesetzlich angeordnete, an gewisse Bedingungen geknüpfte Sistierung der executiven Verkäufe von Grund und Boden und des zur Bewirtschaftung erforderlichen Inventars. Der Wohlthat des Moratoriums würde nur der eigentliche Bauernstand theilhaftig, das heißt alle jene, die etwa 10 Jahre auf ihrem Besitze ansässig sind, oder denselben im Erbgange erhalten haben und nicht in solchem Maße verschuldet sind, daß sie nicht mehr gehalten werden können. Da mit der Übernahme der Gesamtschuld in die öffentliche Verwaltung die Nothwendigkeit von besonderen Hypotheken-Abtheilungen der Landescreditgenossenschaften, entfällt und durch das Moratorium der

Gläubiger in einer ganz anderen Weise sichergestellt wird, als dieß bei den heutigen chaotischen Zuständen möglich ist, wäre die Conversion der hochverzinslichen Schulden wohlberechtigt. Um zu verhindern, daß Moratorium, Unverschuldbarkeits-Erklärung sowie Zwangsamortisation zu einer augenblicklichen, ungeheuren Mehrbelastung gewissermaßen vor Thorichluß führen, müßte der Grundsatz ausgesprochen werden, daß Anleihen, welche nach dem Datum des Einbringens bezüglich der Gesetzentwürfe abgeschlossen werden, weder dem Moratorium noch der Zwangsamortisation unterliegen. Da ein Stehenlassen von Hypotheken nicht mehr möglich wäre, würde Erwerb von Grundbesitz nur mehr gegen Barzahlung erfolgen können. Der Grundpreis würde sich zunächst dem capitalisierten Durchschnittsertrage, dann aber dem von Ruhland¹ erstrebten wahren Werte langsam nähern müssen. Durch die freiwerdenden, ungeheuren, heute auf dem Boden lastenden und dann zurückgezahlten Capitalien müßte der Zinsfuß zurückgehen, so wie bis heute der Wert der Arbeit herunterconcurriert worden ist. Dieser niedere Zinsfuß steht durch die berufsgenossenschaftliche Creditorganisation, nur um die genossenschaftlichen Verwaltungskosten erhöht, auch dem Bauern zur Verfügung. Mit einemmale würde die heutige Landflucht, der ländliche Arbeitermangel, aufhören. Die Industrie würde auf den kaufkräftig gewordenen, übersehbaren, inländischen Markt ihren Schwerpunkt verlegen. Das Gleiche gilt von dem nun vielfach aufblühenden Handwerke. Die Nachfrage nach Arbeitern würde bei beiden von den heutigen Schwankungen bewahrt werden. Kommen der Arbeiter und Bauer wieder zum Bewußtsein, daß Sparen und Fleiß und gute Sitten den Besitz nun wieder vermehren, so ist die sichere materielle Grundlage geschaffen, um das ganze gesellschaftliche und private Leben wieder nach den Geboten der christlichen Moral zu regeln. Wie kann man gegenüber den angeführten, mit Nothwendigkeit eintretenden Folgen behaupten, der Antrag zur Aufhebung des Hypothekarpfandrechts schieße weit über das Ziel hinaus? Ich aber frage, ob mit Vogelsang seine Schule gestorben ist?

K. E.

¹ Wirtschaftl. pol. Bl. vom 20. Juli 1896. „Die überproductionstheorie und die russische Getreideausfuhr.“

Socialer Rückblick.

Der Sommer brachte wieder eine Anzahl von Congressen, die sich hauptsächlich oder doch größtentheils auf socialem Gebiete bewegten. Den Reigen eröffneten die Parteitage der Socialdemokratie in Italien, Norwegen, Frankreich. Dort wurde überall constatirt, daß diese Art der Arbeiterbewegung in rascher Zunahme begriffen ist, und aus den Schilderungen der wirtschaftlichen Zustände der Arbeiterschaft gieng zur Genüge hervor, warum sich die Socialdemokratie so schnell und kräftig entwickelt.

Bei allem Fleiße, aller Sparamkeit und Genügsamkeit gelangt es den auf ihrer Hande Arbeit angewiesenen Volksschichten nicht mehr, sich und die Ihren das ganze Jahr hindurch vor Hunger zu bewahren, sich für die Zeit von Kranklichkeit und Alter Obdach und Noth zu sichern. Nur, die Noth und die Unsicherheit des Lebensunterhaltes wird immer ärger, die Unhaltbarkeit einer auf dem Capitalismus aufgebauten Wirtschaftsordnung wird immer schärfer, und dies treibt immer größere Menschenmengen in die Arme jener Partei, welche behauptet, daß sie eine Ordnung einführen werde, in der die Lebensbedingungen nicht um der Vergnügen um der Erhaltung der Menschen zu

Der italienische Socialdemokratismus besonders der Landbevölkerung hat sich sehr rasch im Reiche der sozialen demoralischen Bedenken verbreitet, und Hunger wie die schlimmste Bedenken

Die Bewegung der Arbeiterbewegung, wie sie in Italien bekannt ist, hat sich sehr rasch im Reiche der sozialen demoralischen Bedenken verbreitet, und Hunger wie die schlimmste Bedenken

angehört, und mit einer aus Socialdemokraten und Radicales zusammengesetzten Gemeinderaths-Mehrheit jene 225.000 Einwohner zählende, wichtigste Stadt Nordfrankreichs regiert. Angesichts solcher Eroberungen war es nöthig, die Thätigkeit der Parteimitglieder auf dem Gebiete der gemeindlichen Verwaltung zu regeln. Man berieth und beschloß deshalb folgende Hauptpunkte:

Für alle gemeindlichen Arbeiten ist der Achtstundentag einzuführen und ein Mindestlohn zu bestimmen, unter den die Entlohnung des Arbeiters in keinem Falle sinken darf. Diesen Mindestlohn hat der Gemeinderath im Einvernehmen mit den Gewerkschaften festzusetzen. Es dürfen keine gemeindlichen Arbeiten in die Hände von Subunternehmern gelangen. Die Gemeinden haben für unentgeltliche ärztliche Behandlung zu sorgen und Gemeinde-Apotheken zu errichten, in denen die Arzneien zum Selbstkostenpreise verkauft werden. Die Gemeinderäthe sollen Diäten erhalten.

Ferner beschloß man, energisch theilzunehmen an den Wahlen für den Senat (das Herrenhaus) von Frankreich, welche durch die Generalräthe (aus Wahlen hervorgehende Departements-Vertretungen) und Vertreter der Gemeinderäthe vollzogen werden. Diese Wahlen finden im nächsten Jahre statt. Gelingt es den Socialisten, Vertreter ihrer Ansichten in diese höchste gesetzgebende Körperschaft zu senden, so muß sich dieselbe auf heftige Stürme gefaßt machen, wenn sie ihre Gesplogenheit, von der Kammer (dem Abgeordnetenhaus) beschlossene Social-reformen zu verichleppen und bis zur Auflösung abzustumpfen, in der bisherigen Weise fortsetzen will.

Der Parteitag stellte ferner eine Reihe praktischer Forderungen bezüglich der Wasserarbeiterchaft (der Matrosen, Fischer etc.) auf, betreffend Lohn, Versorgung im Alter, von Witwen, Waisen, alten, durch den Seemann oder Fischer erhaltenen Eltern, betreffend Matrosenheime in Hafenstädten und andere Dinge mehr. Diese sowie andere Beschlüsse zeigen, daß die französische Socialdemokratie geneigt ist, ihre Kräfte in erster Linie praktischen, in absehbarer Zeit zu lösenden Aufgaben zu widmen. Dies zeigt auch der vom Parteitage den Delegierten zum internationalen Arbeitercongreß in London

ertheilte Auftrag, einen Beschluß zu erwirken, der den Arbeiterparteien der einzelnen Länder gestattet, ihre Stellung in der Agrarfrage den besonderen Verhältnissen gemäß einzurichten — ein Wunsch, dem die Mehrheit jenes internationalen Congresses zustimmte.

Dieser allgemeine, von gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern Europas und auch von einigen solchen Gruppen in Nordamerika und Australien besuchte Congress konnte zu seiner eigentlichen, sachlichen Aufgabe der Verathung von Arbeiterfragen erst schreiten, als es gelungen war, die unruhigsten anarchistischen Theilnehmer zu entfernen, durch die nach stürmischen Debatten von der Mehrheit ausgesprochene Zustimmung zu dem Beschlusse des vorhergehenden (Züricher) internationalen Arbeitercongresses, der die anarchistische Partei von der Theilnahme an den internationalen Delegierten-Versammlungen der organisierten Arbeiterchaft ausschließt. Hiemit war aber nicht die Theilnahme von Anarchisten untersagt, die als ordnungsmäßig gewählte Vertreter von Gewerkschaften erschienen und so nahmen denn auch nach jenem Beschlusse eine bedeutende Anzahl von Anarchisten, unter ihnen deren hervorragendster Führer, der ehemalige protestantische Geistliche Domela Nieuwenhuis, an den weiteren Verhandlungen theil.

Für Zulassung der anarchistischen Partei zum Congress sprachen nicht nur Mitglieder derselben, sondern auch Angehörige der englischen Gewerkschaftsbewegung und der unabhängigen Arbeiterpartei, die von den Principien des Anarchismus — unbeschränkte Freiheit des Individuums und Anwendung von Gewalt zur Umgestaltung der Verhältnisse — durchaus nichts wissen wollen. Aber sie meinten: Brüderlichkeit und Freiheitsliebe erfordere, daß man die Vertreter auch dieser Strömung unter der Arbeiterchaft zu Worte kommen lasse. Sei es wirklich die Absicht der Anarchisten, die Arbeit des Congresses zu stören, so könne man sie ja zu ruhigem Verhalten zwingen. Auf diesen Standpunkt stellte sich der englische Gewerkschaftsführer Tom Mann, ferner Keir Hardie, Haupt der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und noch andere. Sie vermochten aber nicht, die Mehrheit der Delegierten zu überzeugen. Denn dieselben fürchteten von dem oft bewährten Ungestüme der Anarchisten

fortwährende Verhinderung der sachlichen Berathungen und wollten auch nicht Hand in Hand mit einer Partei gehen, die den ihrigen entgegengesetzte Ziele durch Mittel anstrebt, welche den nicht anarchistischen Arbeitergruppen verwerflich oder unmöglich erscheinen.

Zahlreiche nichtsocialistische Blätter Englands und des Festlandes überhäuften die Mehrheit des Congresses mit Vorwürfen wegen der Ausschließung der anarchistischen Partei — ein recht grelles Beispiel der Unehrllichkeit, mit welcher der Krieg gegen die Arbeiterbewegung von manchen Seiten geführt wird. Was hätte dieselbe Presse gesagt, wenn der die gesetzlichen politischen Kampfmittel verpönnende und deshalb auf Gewaltmittel angewiesene Anarchismus — die „Partei von Dolch und Dynamit, wie sich jene Presse auszudrücken liebt — vom Arbeitercongresse als gleichberechtigt erklärt, ihm Sitz und Stimme eingeräumt worden wäre?

Bezüglich der Agrarfrage entsprach der Congress dem Wunsche der Franzosen, daß in dieser Hinsicht der Arbeiterschaft jeden Landes freie Hand gelassen werde. Er oder vielmehr seine Mehrheit, gab nur folgende principielle Erklärung ab:

„Die Mißstände, welche die capitalistische Ausbeutung der Landwirtschaft für die Bebauer des Bodens, wie für die gesamte Gesellschaft in stets steigendem Maße hervorruft, können ihre endgiltige und vollkommene Beseitigung nur in einer Gesellschaft finden, wo der Grund und Boden gleich den übrigen Productionsmitteln in Gemeingut verwandelt ist, welches die Gesellschaft im Gemeininteresse auf das Zweckmäßigste bewirtschaften läßt.“

In der Commission, wo der Agrarbeschluß vorbereitet wurde, waren die englischen Mitglieder anderer Meinung als die festländischen und sie faßten ihre Ansicht in einen Minoritätsantrag zusammen, der so recht die Gewohnheit des Engländer zeigt, die ihm nöthig erscheinenden Änderungen in Anlehnung an das Bestehende vorzunehmen. Der Antrag lautet:

1. Abgesehen von der unmittelbaren Ausbeutung der Landarbeiter durch die Grundeigenthümer und Capitalisten, werden die Landarbeiter in verschiedenen Ländern noch besonders dadurch bedrückt, daß ihnen die Vertheilung des Ueberschusses ihres

Arbeitsproductes erschwert wird, weil die Eisenbahnen wie die übrigen Verkehrsmittel und die Märkte sich in capitalistischem Privatbesitz befinden. Die Hindernisse der wirtschaftlichen Ausnützung des Landes können nur durch Vergesellschaftung der Verkehrs- und Austauschmittel entfernt werden.

2. Da in vielen Ländern die Entwicklung des capitalistischen Systems zu starkem Abströmen der Landarbeiter nach der Stadt geführt hat, ist es an der Zeit, daß die landwirtschaftliche Arbeit von den dazu geeignetsten Behörden systematisch organisiert werde.

3. Es sind die Unterrichtsbehörden der verschiedenen Länder zu ersuchen:

a) daß sie in allen öffentlichen Schulen Unterricht in landwirtschaftlichen Arbeiten einrichten;

b) sich mit den anderen staatlichen, communalen und sonstigen Behörden in Verbindung setzen, um ein zweckmäßiges System des landwirtschaftlichen technischen Unterrichtes einzuführen.

Mit diesem Antrage bezweckten die Engländer offenbar zweierlei:

1. Die Verhältnisse der Landwirtschaft sollen gebessert werden, damit dieselbe ihre Arbeiter so entlohnem könne, daß sie nicht, wie es jetzt geschieht, in Massen den Städten und Industriebezirken zuströmen und dort der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verderbliche Concurrenz bereiten, den Lohn und die anderen Arbeitsverhältnisse verschlechtern.

2. Die gewerblichen und industriellen Arbeiter sollen fähig gemacht werden, bei zeitweiligem Mangel an Beschäftigung in Stadt und Industriebezirk sich durch Landarbeit ihr Brot zu verdienen.

Bei Verathung der Wirtschaftspolitik der Arbeiter wurde beschlossen, es sei die Vergesellschaftung der Productions-, Transport- und Vertheilungsmittel, sowie die Organisation der Gütererzeugung unter demokratischer Controle der gesamten Gesellschaft anzustreben. Dies sei um so dringender, als die nationalen und internationalen Cartelle und Ringe, hinter denen große capitalistische Organisationen stehen und die freie Concurrenz unterdrücken, in raschem Wachsthum begriffen sind.

Es soll deshalb von den dazu fähigen Arbeiterparteien eine internationale Agentur errichtet werden, die das Vorgehen jener capitalistischen Verbindungen beobachtet und auf Vergeßlichkeit der internationalen Unternehmen durch nationale und internationale Gesetzgebung hinarbeitet.

Als nächste Ziele der von der Arbeiterchaft anzustrebenden internationalen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung nannte der Congreß: 1. den achtstündigen Normal-Arbeitstag; 2. Abschaffung des Schwiksystemes und Schutz für die Arbeiterchaft der Hausindustrie; 3. freies Vereins- und Versammlungsrecht für beide Geschlechter.

Ausdrücklich erklärte sich der Congreß nochmals für Gebrauch der politischen Mittel zu den von der Arbeiterchaft angestrebten Zwecken. Die von den deutschen und französischen Socialdemokraten sehr eifrig vertretene Forderung, daß die Arbeiterchaft auf dem politischen Kampfsplatz nicht als Bundesgenossin anderer Parteien, sondern als vollkommen selbstständige Partei ercheine, wurde von der Mehrzahl der Engländer entschieden bekämpft. Der französische Socialdemokrat Professor Jaures und August Bebel mußten aber die Vortheile selbständigen Handels in so günstigem Lichte zu zeigen, daß außer den Anarchisten nur die weitaus kleinere Hälfte der englischen Gewerkschaften sich bei der Abstimmung gegen die unbedingte Selbständigkeit aussprach.

Dieser Erfolg der festländischen Socialdemokratie, sowie der noch auffallendere, daß sich die Congreßmehrheit für Erziehung der Arbeiterchaft zu socialdemokratischen Grundsätzen erklärte, sind aber nicht gar zu hoch anzuschlagen. England hat sich bisher als ein durchaus ungünstiger Boden für die Socialdemokratie erwiesen. Die politische Freiheit, welche die Arbeiterchaft dort genießt, ihre Mitarbeit auf politischem und socialem Gebiete mit den anderen Classen, verhindern jene Loslösung von der Gesamtheit, jenes Aufgeben der Traditionen, jenes Gefühl der Verlassenheit und jene Erbitterung gegen das Bestehende, die auf dem Festlande der Socialdemokratie einen so günstigen Nährboden gewähren.

In Osterreich, Deutschland und Italien fanden im letzten Sommermonate Katholikentage statt, die einen Theil ihrer

Zeit auch socialen Fragen widmeten. Der Deutsche sprach seine Übereinstimmung mit der Socialpolitik des Centrum aus, zeigte seine Sympathie für die nach kräftiger Organisation ringenden Handwerkerchaft und hielt Revue über das im Deutschen Reich prächtig blühende Vereinswesen.

Der österreichische Katholikentag hatte mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen; er fiel in die Zeit der dringenden Vorbereitungen für eine Reihe von Landtagswahlen und dadurch litt die Beschiedung sehr bedeutend. Es blieben die christlich-socialen Führer fast alle ferne, einige derselben sandten Grüße und Glückwünsche. Mit großer Freude nahm der Katholikentag eine Zuschrift des österreichischen Episkopates auf, die sie zur Einigkeit ermahnt und ihnen Rath ertheilt. Bezüglich der socialen Bestrebungen des Katholikentages sagt dies Schreiben:

„Die allgemeine wirtschaftliche Lage stellt an alle maßgebenden Factoren ernste Forderungen. Als eine der dringendsten betrachten die Katholiken Österreichs die Hebung der Landwirtschaft und des kleinen Gewerbes und eine wohlwollende Berücksichtigung der ärmeren Classen mittelst einer diesem Zwecke entsprechenden Steuerreform. Nebstdem halten sie insbesondere für nothwendig: Für die Landwirtschaft genossenschaftliche Gliederung und darauf gegründete Vertretung ihrer Interessen; für den Gewerbebestand weitere Ausgestaltung des Genossenschaftswesens zum Schutze der Schwächeren, bessere Ausbildung der gewerblichen Jugend und Fernhaltung eines unredlichen schwindelhaften Wettbewerbes. Wenn auch auf dem Gebiete der socialen Gesetzgebung glückliche Fortschritte zu verzeichnen sind, so bedarf dieselbe noch weiterer und rascherer Förderung. Die österreichischen Katholiken werden darum neben energischer Durchführung der gesetzlichen Sonntagsruhe im Gewerbe die Ausdehnung derselben auf die gebotenen Feiertage, auf die öffentlichen Betriebe, insbesondere bei der Post und im Eisenbahnverkehr, sowie auch auf alle Beamten und Angestellte im öffentlichen Dienste verlangen. Sie werden unnachlässige Durchführung der bestehenden Schutzbestimmungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen und zweckentsprechende Fortbildung der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, sowie ausgiebige Fürsorge für die religiöse Erziehung und Bildung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen

fordern. In den ernstesten socialen Kämpfen, welche die Gegenwart bewegen, werden sie freudig und bereitwillig alles fordern, was geeignet ist, berechnete Ansprüche zu befriedigen und vorhandene Mißstände zu beseitigen.“

Auß nicht in die Öffentlichkeit gelangten Ursachen wurden die Sectionsberathungen für geheim erklärt, und die öffentliche Versammlung, welche über die in der Section entworfenen socialen Beschlüssanträge entscheiden sollte, war durch widrige Umstände auf eine so kurze Zeit beschränkt, daß jene Beschlüssanträge nicht mitgetheilt werden konnten. Sie wurden deshalb von der Versammlung im Vertrauen auf die Fähigkeiten und Gesinnungen der Sectionsmitglieder ohne Bekanntgabe und Debatte einfach in Pausch und Bogen angenommen.

An der Spitze dieser Beschlüsse befindet sich folgender grundlegende:

„1. Der IV. allgemeine österreichische Katholikentag spricht sich öffentlich und feierlich aus für die Nothwendigkeit der Wiederaufnahme einer christlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Er steht fest und treu zu der Encyclika Leo XIII., welche die Grundzüge dieser Ordnung enthält, und fordert alle, die auf die Gestaltung der socialen Verhältnisse Einfluß haben, auf, die Erhaltung und Wiederherstellung des wirtschaftlichen Mittelstandes mit allen Kräften anzustreben.

2. Für die Anbahnung geordneter gesellschaftlicher Zustände hält es der Katholikentag für nothwendig, daß der Staat in seiner Gesetzgebung und Verwaltung mit den Grundsätzen des wirtschaftlichen Liberalismus vollkommen breche, die Existenz natürlicher, sittlicher Pflichten und Rechte aller Menschen anerkenne, und seine Aufgabe nicht nur in der Wahrung der Rechtsordnung erblicke, sondern auch in einer solchen Regelung der Erwerbsthätigkeit aller Unterthanen, daß aus ihr das wahre Gemeinwohl erwachse.“

Es wurde ferner beschlossen:

I. Der IV. allgemeine österreichische Katholikentag anerkennt die dringende Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. In dem liberal-capitalistischen modernen Wirtschaftssysteme, das zur Bildung von nicht verwendbaren Reichtümern einerseits und zur Bildung eines

besitzlosen Massenproletariates anderseits geführt, und in schrankenloser Freiheit die menschliche Arbeitskraft dem Capital dienstbar gemacht und der schmachlichsten Ausbeutung preisgegeben hat, erkennt der IV. allgemeine österreichische Katholikentag eine Hauptursache der socialen Übelstände und er fordert daher die Beseitigung dieses Systems durch eine derartige Organisation der gesamten Stände, welche geeignet ist, die Herrschaft des Capitalismus zu überwinden.

II. Zur Lösung der Arbeiterfrage verlangt der IV. allgemeine österreichische Katholikentag folgende zunächst in Angriff zu nehmende Reformen:

1. In Erwägung, daß die Arbeit Recht und Pflicht jedes Menschen ist, daß die Arbeit für einen großen Theil der Menschen das einzige Mittel ist, sich das zum Leben Nothwendige zu verschaffen, wird der weitgehendste Schutz für die menschliche Arbeit verlangt und jede Ausbeutung derselben entschieden verurtheilt.

2. In Erwägung, daß der Staat die Pflicht hat, für das Wohl aller seiner Unterthanen zu sorgen, sich besonders der wirtschaftlich Schwachen anzunehmen, verlangt der IV. allgemeine österreichische Katholikentag die ernste Mitwirkung der staatlichen Gesetzgebung bei der Lösung der Arbeiterfrage.

Insbefondere verlangt der IV. allgemeine österreichische Katholikentag:

1. Die strenge Durchführung der bereits bestehenden Arbeiterschutzgesetze zur Wahrung des religiösen, moralischen und physischen Wohles des Arbeiters.

2. Regelung der Arbeitszeit und Arbeitspausen in Anpassung an die verschiedene Art der Betriebe und mit ernstester Berücksichtigung der Kräfte und der Gesundheit des Arbeiters und der Förderung des Familienlebens.

3. Strenge Durchführung der Sonntagsruhe und Einführung der Feiertagsruhe. Der christliche Arbeiter hat ein Recht, die christlichen Feiertage zu halten. Der Staat hat ihn in diesem Rechte zu schützen. Der IV. allgemeine österreichische Katholikentag spricht sein tiefes Bedauern darüber aus, daß der Staat selbst bei seinen Angestellten die Sonntagsruhe und Feiertagsruhe nicht strenger durchführt. Die Sonn- und Feiertagsruhe soll thunlichst auf 36 Stunden ausgedehnt werden.

4. Daß vollständige Verbot der Nachtarbeit in den Fabriken für Frauen und Kinder, sowie größtmögliche Beschränkung derselben für die männlichen Arbeiter. Nur dort, wo aus technischen oder Verkehrsrücksichten eine Unterbrechung nicht möglich ist, soll die Nachtarbeit gestattet sein.

5. In Erwägung, daß durch die Frauen und Kinderarbeit die Familienbände gelockert und besonders von Seite der verheirateten Fabrikarbeiterin die Pflichten als Mutter vernachlässigt werden müssen; in Erwägung ferner daß durch Frauen- und Kinderarbeit die Löhne ungebührlich herabgedrückt werden, verlangt der IV. allgemeine österreichische Katholikentag möglichste Einschränkung der Arbeit der Frauen, insbesondere der verheirateten Frauen und Kinder im Fabrikbetriebe.

6. Der IV. allgemeine österreichische Katholikentag anerkennt es als Pflicht des Staates, auch die Sittlichkeit der Arbeiter zu schützen, darum verlangt er stättliche Verordnung zur möglichsten Durchführung der Trennung der Arbeiter nach Geschlechtern in allen wirtschaftlichen Betrieben.

7. Die Durchführung einer ausreichenden obligatorischen Kranken-, Unfall- und Invalidenversorgung, sowie die baldige Durchführung der Altersversorgung, Witwen- und Waisenversorgung auf Grundlage der mit entsprechender Autonomie auszugestaltenden Berufsgenossenschaft.

8. Ausgiebige Vorsorge für die Zeit der unverschuldeten Arbeitslosigkeit. In dieser Beziehung verlangt der IV. allgemeine österreichische Katholikentag:

a) Daß solche Betriebe, welche voraussichtlich für kurze Zeit große Arbeitermassen benöthigen, nur unter der Bedingung zugelassen werden, daß sie den Arbeitern für die Zeit der Entlassung Schutz gegen momentane Noth im voraus sichern.

b) Die Errichtung von Arbeitsämtern mit der Aufgabe der Arbeitsvermittlung, wie sie bereits in verschiedenen Ländern eingeführt sind.

c) Die Einführung einer Versicherung für die Zeit unverschuldeter Arbeitslosigkeit.

9. Aufhebung oder wenigstens Herabminderung der Steuern auf Lebensmittel; er spricht sich entschieden gegen die Einführung von neuen Steuern auf allgemeine Consumartifel aus.

10. Verpflichtung der Unternehmungen zur Vorsorge für eine entsprechende Unterkunft der Arbeiter, insbesondere daß neue Fabriken erst dann in Betrieb gesetzt werden dürfen, wenn für die Unterkunft der Arbeiter in hinreichender Weise gesorgt ist.

11. Die möglichst baldige Festsetzung gesetzlicher Maßnahmen zur Sicherung eines ausreichenden Lohnes für die Arbeiter.

12. Ein Mitaufsichtsrecht der Arbeiter bei Durchführung der Arbeiterschutzgesetze.

13. Er hält die Hintanhaltung der weiteren Proletarisierung des Gewerbe- und Bauernstandes, durch welche dem Arbeiterstande neue Concurrenz entsteht, für nothwendig und er begrüßt daher alle Bestrebungen, welche dieser Proletarisierung entgegenarbeiten.

III. 1. Um den immer mehr um sich greifenden Socialismus, der auf Umsturz aller bestehenden Verhältnisse hinarbeitet, entgegen zu treten, hält der IV. allgemeine österreichische Katholikentag den weiteren Ausbau der katholischen Arbeitervereine für nothwendig. Er wünscht daher, daß an allen Orten, wo eine größere Anzahl von Arbeitern sich befindet, katholische Arbeitervereine gegründet werden, sowie deren Vereinigung zu größeren Verbänden.

2. Da zur Förderung der katholischen Arbeiterorganisation eine wohlorganisierte und gut geleitete Presse nothwendig ist, so begrüßt der IV. allgemeine österreichische Katholikentag mit Freuden die Gründung der neuen, auf christlicher Grundlage beruhenden Arbeiterblätter und empfiehlt sie der kräftigsten Unterstützung aller Katholiken.

3. Der IV. allgemeine österreichische Katholikentag empfiehlt die Gründung der in anderen Ländern sehr wohlthätig wirkenden Volksbureaux. In diesen soll den Arbeitern Rechtsschutz und Unterstützung geboten werden, bei Geltendmachung ihrer berechtigten Forderungen aller Art, sei es bezüglich der Lohnstreitigkeiten oder Ansprüche, welche aus den Kranken-, Unfall- und Altersversorgungsgesetzen hervorgehen, seien es civilrechtliche Forderungen.

4. Der IV. allgemeine österreichische Katholikentag spricht den dringenden Wunsch aus, es möge von den theilhaftigen Kreisen durch Errichtung von Kirchen und Seelsorgen in den größeren Arbeitercentren für die religiösen Bedürfnisse der Arbeiter gesorgt werden.

IV. Der IV. allgemeine österreichische Katholikentag erlaubt sich, in tiefer Ehrfurcht an die hochw. Herren Bischöfe Österreichs die Bitte zu richten, an den theologischen Lehranstalten entsprechende Vorlesungen über die sociale Frage einführen zu wollen.

Der größte Theil dieser Reihe von Forderungen und Wünschen stimmt überein mit den Vorschlägen, welche der mit dem Berichte über die Arbeiterfrage betraute hochwürdige Dr. Leopold Kern, Domprediger in Linz, der Section vorgelegt hatte. Da einige dieser Vorschläge einem Theile der Sectionsmitglieder zu weit zu gehen schienen, fanden Streichungen und Änderungen statt, so daß sich die jetzige Gestalt des Beschlusses ergab.

Dr. Kerns Standpunkt wird von nicht wenigen Katholiken, geistlichen und weltlichen Standes in und außerhalb Österreichs getheilt, und so werden die beseitigten Stellen seines Beschlusses, soweit sie von principieller Wichtigkeit sind, den Leser interessieren.

Punkt 1 lautet: „Der vierte allgemeine österreichische Katholikentag anerkennt die dringende Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu Gunsten der arbeitenden Stände. In dem liberal-capitalistischen modernen Wirtschaftssystem, das zur Bildung von nicht verwendbaren Riesenvermögen einerseits und zur Bildung eines besitzlosen Massenproletariats andererseits geführt und in schrankenloser Freiheit die menschliche Arbeitskraft dem Capital dienstbar gemacht und der schmachlichsten Ausbeutung preisgegeben hat, erkennt der vierte allgemeine österreichische Katholikentag eine Hauptursache der socialen Übelstände und fordert daher die Beseitigung des Systems durch sociale Gesetzgebung. Da dieses System durch schrankenloses Zinsnehmen, wodurch das Capital ohne Arbeit und oft ohne Risiko fast den vollen Gewinn der Arbeit an sich zieht, am allerzerstörendsten wirkt, so verlangt der vierte allgemeine österreichische Katholikentag Änderung oder doch wenigstens Einschränkung des Zinsnehmens.

Punkt 2 lautet: „Regelung, resp. Abkürzung der Arbeitszeit, welche wohl nach verschiedenen Betrieben verschieden sein kann, jedoch im Fabrikbetriebe nie zehn, im Bergbaue und in gesundheitschädlichen Betrieben nie acht Stunden überschreiten

darf. Der vierte allgemeine österreichische Katholikentag bedauert die häufige, oft ganz unnöthige Bewilligung zur Verlängerung der Arbeitszeit von Seite der Behörden.“

Bei Punkt 3 wird die Sonn- und Feiertagsruhe von 36 Stunden nicht „thunlichst“ sondern unbedingt gefordert.

Punkt 6 lautet: „In Erwägung, daß Mädchen und Frauen, die in Fabriken verwendet werden, durch Aufsichtsorgane zc. nicht selten die schwersten sittlichen Gefahren erwachsen, verlangt der vierte allgemeine österreichische Katholikentag für alle Betriebe, wo Frauen und Mädchen verwendet werden, weibliche Aufsichtsorgane.“

Punkt 13 verlangt: „Gesetzliche Bestimmungen eines Minimal-Arbeitslohnes, der wenigstens eine solche Höhe haben muß, daß ein Arbeiter anständig leben, eventuell eine Familie erhalten kann. In dieser Beziehung verlangt er, daß dem Arbeiter ein gerechter Lohn zuerkannt werde, welcher dem Producte der Arbeit entspricht und zwar in der Weise, daß dem Arbeiter ein Theil seiner Forderung in fester Form und entsprechend dem unmittelbaren Lebensbedürfnisse zukomme, der andere Theil in der Gestalt der Theilnahme am Reingewinne. Der Arbeiter soll zum Theilnehmer am Capital des Unternehmens erhoben werden, indem die aus dem Reingewinne für den Arbeiter entfallende Quote verwendet wird zu auf Namen lautende Actien des Unternehmens.“

Eine wesentliche Ergänzung und Verbesserung erhielten die Vorschläge Dr. Kerns in der Section durch die entsprechende Einfügung der Berufsgenossenschaft. Nach den Versicherungen von Theilnehmern verliefen die Beratungen in ruhigster, brüderlichsten Weise. Nur ein Mißton drang in die Öffentlichkeit: von der socialen Section und damit auch vom Katholikentage wurde der Herausgeber der „Politischen Fragmente“ in Wien, Herr Beruth, ausgeschlossen.

Wer Beruths temperamentvoll geschriebenes Blatt kennt, weiß, daß dasselbe nicht gerade auf der Höhe theologischer Wissenschaft steht, aber in jeder Zeile von den besten Absichten zeugt. Es müßte deshalb überraschen, daß die sonst doch so milde und nachsichtige sociale Section über diesen Mann die

schwere Strafe der Ausschließung verhängte, und das Ereignis hat denn auch ungeheures Aufsehen erregt.

Der Ausgeschlossene, der die Sache in seinem Blatte erzählte, scheint sein Mißgeschick hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß er versuchte, in der Section von den strengen Gesetzen der katholischen Kirche gegen das Zinsnehmen zu reden. Anlaß zu diesem Versuch bot ihm wahrscheinlich die Beseitigung der von der Schädlichkeit des Zinsnehmens handelnde Stelle im Beschlusßantrage des Dompredigers Dr. Kern. Aber ein höchst angesehener Theilnehmer jener Sectionssitzung versichert, Herr Beruth sei keineswegs um jenes Versuches willen ausgewiesen worden, sondern weil er am Abende vorher in einer Socialdemokraten-Versammlung gesprochen hatte.

Aus dieser Erklärung müssen wir schließen, daß Herr Beruth in jener Versammlung etwas für einen Katholiken durchaus Ungehöriges sprach, denn sonst wäre seine Ausschließung unbegründet. Der Verkehr mit Socialdemokraten, das Sprechen in ihren Versammlungen ist nichts Unerlaubtes und auch nichts Unerhörtes. Sehr fromme und hervorragende Katholiken Frankreichs und Belgiens haben ohne irgendwelche Verheimlichung internationalen und nationalen Congressen der Socialdemokraten beigewohnt, dort gesprochen, mit deren Theilnehmern aufs freundlichste verkehrt. Papst Leo XIII. hat den Schweizer Katholiken auf Anfrage ihres Führers Dr. Decurtius ausdrücklich erklärt, daß sie auf politischem und socialem Gebiete sich mit den Socialdemokraten verbünden können. Größere Rechte als der zum Wächter von Glaube und Sitten der Christenheit berufene Heilige Vater kann sich die sociale Section des Katholikentages nicht zugeschrieben haben, und so bleibt keine andere Annahme für jene sensationelle Ausschließung möglich, als die oben ausgesprochene. Sie allein kann jene Maßregel erklären.

In einer der letzten Festversammlungen gewährte Prälat und Universitätsprofessor Dr. Schindler, als Leiter der socialen Arbeiten in der Leogesellschaft und in der socialpolitischen Vereinigung zu Wien dazu besonders berufen, dem Katholikentage einen klaren und umfassenden Überblick über seine und seiner Mitarbeiter Überzeugungen und Bestrebungen auf socialem Gebiete. Aus dieser Darlegung ergibt sich, daß manche der gefaßten

Beschlüsse in einem weit entschiedeneren, strengeren Sinne aufzufassen sind, als es der Wortlaut sagt. Schonungslos enthüllte der Redner die Wirkungen des Capitalismus, „jenes Systemes, welches das Geld zum Könige der Erde macht, welches dem Golde die Herrschaft zuschreibt über Religion, Gewissen, Ehre, Leben, Gesundheit, über die ganze Gesellschaft.“

Nachdrücklich betonte Prälat Schindler auch, daß die Lösung der socialen Frage keineswegs, wie es die Liberalkatholiken in Frankreich und Belgien behaupten, allein der Kirche obliege: auch dem Staate sei auf diesem Gebiete eine bedeutende Aufgabe gestellt. Es werde den österreichischen Socialpolitikern zu dauerndem Ruhme gereichen, daß diese Frage in Oesterreich schon lange entschieden war, als man in Belgien, Frankreich und Deutschland noch darüber stritt; daß man hier, unter Vorantritt Karl von Bogelsang, die Mitberechtigung und Mitverpflichtung des Staates zur Arbeit auf socialen Gebiete seit langem anerkannt und vertheidigt hat. Auf Autorität und Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe — legte der socialpolitische Führer des weiteren dar — soll sich das Gebäude der Gesellschaft gründen.

In Italien fand Ende August und Anfang September erst der II. katholisch-italienische Congress für sociale Studien und gleich darauf der italienische Katholiken-Congress statt. Der erstere wurde veranstaltet durch den erst seit ein paar Jahren bestehenden „katholischen Bund für sociale Studien“, dessen Haupt Professor Toniolo ist. Man hatte sich zur Behandlung hauptsächlich drei der brennendsten Fragen des heutigen Italien: die Lage der Landbevölkerung, der Zins, und das communale Steuerwesen gewählt.

Über die erste, die Landwirtschafts-Frage, berichtete Dr. Angelo Mauri. Er begann damit, die Eigenthumslehre der katholischen Kirche darzulegen. Das Eigenthum — erinnerte der Referent — ist ein Recht, mit welchem strenge Pflichten verbunden sind und ohne die letzteren würde das erstere gar nicht bestehen. Der Eigenthümer besitzt nicht nur zu seinem eigenen Nutzen, sondern auch zu dem seiner Mitmenschen. Auf Grundlage dieser Lehre sagte nun Mauri den italienischen Großgrundbesitzern ohne Furcht und Schen eine Reihe bitterer Wahrheiten: Sie haben der Mehrzahl nach fast gänzlich ihre sittlichen und bürger-

lichen Pflichten gegenüber den Bauern ihres Grund und Bodens vergessen und verlegt. Sie haben ihre Güter wie eine Ware betrachtet, wie ein Finanzpapier, das man kauft und verkauft, und das nur den Zweck hat, Gewinn zu bringen. Der Grundbesitz ist in gemeine Speculation ausgeartet, der Eigenthümer kümmert sich um nichts anderes, als aus dem Fleiße und den Entbehrungen der Landbebauer soviel Profit wie möglich herauszuschlagen.

In Folge dieser Anschauung blieben die Besitzer von ihrem Besitze ferne und unterließen die Fürsorge für die ihnen arbeitenden Landleute, zu der sie streng verpflichtet waren. Die Güter wurden Großpächtern, Subunternehmern verschiedener Art zur Ausnützung übergeben, die den Landmann aufs schonungsloseste ausjaugen. Die Grundbesitzer aber verzehren das von den Landleuten erarbeitete Einkommen in Prunk und Wohlleben in den Städten. Durch ihren Absentismus trugen die Grundbesitzer auch wesentlich bei, die Landbevölkerung nach den Städten zu ziehen; denn dorthin, wo die Masse der üppigen Nur-Verbraucher eine Menge Dienste erheischt, wo es fortwährend Arbeit gibt, muß der Landmann ziehen, wenn er der häufigen Arbeitslosigkeit auf dem Lande entfliehen, einen etwas genügenderen Verdienst finden will.

Daß diese Wahrheiten unter der Ägide Toniolo's, von dem der Heilige Vater erst vor kurzem erklärt hat, daß er ihn für den competentesten Sociologen des heutigen Italiens halte, gesagt werden konnte und auf einem Congresse, dem Cardinal Sarto und fünf andere Bischöfe, ferner eine Reihe der vornehmsten und angesehensten Mitglieder des italienischen Adels beimohnten, ist ein Beweis des tiefen Ernstes, des glühenden Eifers, mit dem die katholischen Sociologen Italiens an ihre Aufgabe herantreten.

Die praktischen Forderungen, die Mauri aufstellt und der Congress annahm, sind folgende:

1. Der kleine, selbstarbeitende Grundbesitzerstand, „der die social-wichtigste und vollkommendste Form des Landwirtschaftsbetriebes bildet“, muß gekräftigt werden, indem man ihn vor Zersplitterung durch Erbtheilung, vor der meist nutzlosen und immer verderblichen Hypothekarverschuldung schützt mittelst An-erbenrecht, Errichtung von Heimstätten, Festsetzung eines erb-

steuerfreien Besitzminimums und Zusammenfassung des unhaltbaren Parzellenbesitzes zu existenzfähigem Bauernbesitz.

2. Wo immer möglich, soll die Theilungspacht, die Mezzadria, eingeführt werden, mit langer Pachtdauer, dem Rechte der Berufung an ländliche Schiedsgerichte, mit Betheiligung des Grundbesizers an der Production durch Capital, unmittelbare oder mittelbare Aufsicht, Steuerzahlung, Versicherung. Ferner sollen im Pachtvertrage dem Pächter Vergütung für von ihm gemachte Verbesserungen des Pachtgutes gesichert werden, sowie für den Bedarfsfall (besonders in schlechten Erntejahren) Erleichterungen der Pacht, Vorschüsse auf seine Ernte und anderes mehr.

3. Der Kleinpächter und zugleich der jetzt von ihm aus Noth ausgejogene Grund und Boden sollen geschützt werden durch langdauernde Verträge und eine (vom Congresse aufgezählte) Reihe eingehender Bestimmungen, welche die jetzt im Pachtverhältnisse allgemeine Ausbeutung des Kleinpächters verhindern. Hierzu gehört das Verbot der Asterpacht, sowie der Specialcontracte, durch die der Pächter seines Anspruches auf Pachtzinznachlaß bei erntezerstörenden Naturereignissen und ähnlichen Unglücksfällen entiaßt.

4. Der „ungeficherte und elende Stand der ländlichen Lohnarbeiter“ soll in bessere Verhältnisse geleitet, und mit seinem Arbeitsorte verbunden werden durch Antheil am Reinertrage der Landwirtschaft, durch dauernde Beschäftigung, durch Übergabe von Theilpachtgütern, oder theilweiser Entlohnung mittelst des Nutzrechtes an Grund und Boden, oder mittelst Übergabe von etwas Geld in der Nähe seiner Wohnung. Ferner wird für ihn verlangt: obligatorische Versicherung gegen Berufsunfall, Arbeitsunfähigkeit und Alter, Einführung von Ausbilsindustrien und von Gewerben, die in der landwirtschaftlich stillen Zeit dem Landarbeiter Verdienst bieten, durch landwirtschaftliche Coöperativgenossenschaften zur Ausführung langdauernder Arbeiten.

5. Die Landwirtschaft soll gegen den Wucher und gegen Unglücksfälle geschützt werden durch genossenschaftliche Organisation von Credit, Kauf der Bedarfsachen und Verkauf der Erzeugnisse, Versicherung gegen Feuer, Hagel, Viehkrankheiten und so weiter.

6. Die innere Colonisation, das Nutzbarmachen des unnützen Grundes und Bodens in Italien, soll gefördert werden durch Wiedereinführung der Erbpacht, und zwar der unablösbaren und untheilbaren, sowie der Rentengüter mit vom Gläubiger unkündbarem, aber vom Schuldner amortisierbarem Capitale; durch Einschränkung des Latifundienwesens, wo dies zweckmäßig ist, mittelst gesetzlicher Verpflichtung, es zu Culturzwecken zu zertheilen.

7. Im Steuerwesen soll ein gerechtes Gleichmaß zwischen den der Landwirtschaft und der anderen Erwerbsarten obliegenden Lasten eingeführt werden.

8. Von Staatsgewalt und Gesetzgebung ist zu fordern:

a) gesetzliche Unterdrückung des Wuchers durch leichtere Strafen für den einfachen Wucher und schwere für dessen ärgere Arten;

b) Einführung von aus Wahlen hervorgehenden ländlichen Schiedsgerichten;

c) Wiedereinführung eines ergänzenden Eigenthums der Landleute und Armen in Gestalt von Collectiv-Grundeigenthum (gemeindlichem und genossenschaftlichem) und Erweiterung des Verwaltungsrechtes der Landgemeinden für gemeinnützige Einrichtungen;

d) Unterweisung der Landbevölkerung in den besten landwirtschaftlichen Betriebsarten;

e) öffentliche Maßregeln zur (auch cooperativen) Verbesserung der elenden Pächter- und Landarbeiterwohnungen; genauere Aufsicht über deren Bewohnbarkeit durch die Behörden;

f) Fürsorge für die Auswanderer, sowohl für jene, die vorübergehend als für jene die dauernd ihre Heimat verlassen. Die Staatsgewalt soll hierin gemeinsam mit wohlthätigen Privatgesellschaften wirken;

g) Besitzer und Bearbeiter von Grund und Boden sollen sich zu territorialen landwirtschaftlichen Vereinen verbinden, und hiedurch den Übergang in landwirtschaftliche Genossenschaften vorbereiten.

Über die Zinsfrage referierte Professor Tonio lo; er legte in glänzender Weise die Unfruchtbarkeit des Capitaless dar. Seine Ansicht schien einem Theile der Congressmitglieder zu

strenge und nach eingehenden Erörterungen ließ er sich herbei, seine Beschlusssanträge etwas abzuschwächen, die Forderung, daß sich das Capital der Arbeit unterzuordnen habe, zu vertauschen mit jener, daß es beizuordnen sei. Der betreffende Punkt lautet nun: „In jedem Falle soll das Darlehen innerhalb seiner rechtmäßigen Grenzen nach jenen Grundsätzen behandelt werden, die aus seiner wirtschaftlich-rechtlichen Natur hervorgehen, so daß sich das Capital der Arbeit bei- und nicht überordnet.“

Nach einer gründlichen Darlegung des Referenten über den Nutzen, der dem Wirtschaftsleben erwachsen würde, wenn die christlichen Grundsätze über das Einkommen wieder zur Geltung gelangen würden, beschloß der Congress:

„Das Credit-System, wenn es wie heute allgemein geworden ist, führt die Entartung aller sittlich-rechtlichen, wirtschaftlichen und socialen Verhältnisse herbei und deshalb müssen socialer Brauch und Gesetzgebung zusammenwirken, um die ungehörige und gefährliche Ausdehnung des gegenwärtigen Creditwesens einzukengen, und sie müssen das Capital so viel wie möglich dahin bringen, sich, wie sich dies gehört, unmittelbar und dauernd mit der Arbeit zu verbinden.“

Die Berathung über das Steuerwesen der Gemeinden und Provinzen gieng aus von dem fast von allen Congressmitgliedern getheilten Grundsatz, daß die Autonomie von Provinz und Gemeinde auf diesem Gebiete ein ihnen innewohnendes Recht ist. Es drehte sich der Meinungskampf hauptsächlich um die Progressivität der Steuern. Professor Toniolo und Dr. Mauri waren für dieselbe, und auf ihrer Seite stand auch eine Gruppe von Männern, welche bei Verwirklichung des Principes tüchtig zu zahlen hätten.

Professor Toniolo erklärte:

„Die Progressiv-Steuer setzt eine organische Verfassung der Gesellschaft voraus; sie entspringt dem christlichen Begriffe des Eigenthumes; die Steuerleistung ist eine sociale Function, sie hat deshalb im Verhältniß zur Leistungsfähigkeit zu stehen.“

Dr. Meda vertheidigte die progressive Steuer im Namen der vertheilenden Gerechtigkeit. Mit großer Energie suchten die Gegner der Progressivität, da sie deren Ablehnung nicht erreichen

konnten, wenigstens den Aufschub der Berathung bis zum nächsten Congresse zu erlangen. Aber trotz mehrmaliger Abstimmung zeigte es sich, daß die Mehrheit für sofortige Erledigung und zwar im Sinne der Progressivität war. Diese wurde denn auch angenommen.

Der italienische Katholiken-Congreß befaßte sich auch auf socialem Gebiete fast ausschließlich mit praktischen Fragen. Landwirtschaftliche Spar- und Vorstufscassen, Hilfsvereine anderer Art, die Erschöpfung des Bodens und die Mittel zur Heilung dieses Uebelstandes durch zweckmäßigere Wirtschaftsarten und durch bewährte Düngmethoden wurde eingehend und mit vollem Verständniß erörtert. Man beschloß die Gründung und Erweiterung von Wirtschafts-Genossenschaften verschiedener Art, besonders von Molkerei-Genossenschaften. Höchst interessant ist der Beschluß, den der Katholikencongreß über Gründung landwirtschaftlicher Colonien faßte.

Da es — sagt derselbe — für die Gesellschaft von großem Vortheile ist, wenn die Söhne der Bauern nicht der Landwirtschaft entjagen, um sich dem Gewerbe und der Industrie zuzuwenden und da diese Veränderung auch den Landjöhnen schaden könnte, weil sie als Arbeiter vielleicht nicht immer Beschäftigung fänden oder in eine weniger moralische Umgebung kämen; da es ferner zweckmäßig ist, tüchtige und ordentliche Landwirte zu erziehen, die den andern das Beispiel vernünftiger Landwirtschaft geben und die für sich und die Gesellschaft jenen wahren Reichtum erzeugen, der die Völker wohlhabend und zufrieden macht — so wünscht der Congreß die Gründung landwirtschaftlicher Colonien, welche die Waisen von Landleuten, sowie von den Eltern zugeführte Landkinder aufnehmen. Dieselben sollen gut erzogen und zu rationellen Landwirten ausgebildet werden.

Der Congreß fordert ferner die großen katholischen Grundbesitzer auf, Grund und Boden für diesen Zweck in dauernde Pacht zu geben, oder wenigstens bei Gründung solcher Colonien kräftig zu helfen.

Wenn sich der eminent praktische Sinn der Italiener, unterstützt durch Wissenschaft und religiösen Eifer, den agrarischen Fragen ihres Vaterlandes zuwendet, so sind große Erfolge zu hoffen. Auf dem Gebiete des Hilfscassenwesens waren deren

- : -

... ..
... ..

... ..
... ..
... ..

... ..
... ..

... ..
... ..

... ..

... ..

... ..
... ..

... ..
... ..
... ..

... ..
... ..

... ..

... ..
... ..
... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

liche Thätigkeit auch bei „Kirchenfürsten“ beim richtigen Namen zu nennen, werden der Fehler immer weniger. So lange das Kriechen und Schönfärben aus erlogenem Autoritätsvorwande Mode war, nahmen sie zu. Sch.

Staatslexikon. Herausgegeben im Auftrage der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland durch Dr. Adolf Bruder, nach dessen Tode fortgesetzt durch Julius Bachem, Rechtsanwalt in Köln. — Herder Freiburg.

Das ausgegebene Heft 39 (M. i:57) enthält u. a. folgende Artikel: Schwurgerichte (Hintelen); Seerecht (Schaffeld); Selbstmord und Selbstverstümmelung (Stöckl); Seminarien (Hipler); Serbien (Böppelmann); Siam (Böppelmann); Sittenpolizei (Bjetichka); Sittlichkeit, Verbrechen gegen die (Stieve); Slaverei (Stöckl); Smith Adam (Bach); Socialdemokratie (Brüll); Socialismus (Kämpfe); Socialpolitik (Brüll); Sonntagsfeier (Stieve); Souveränität, staatsrechtliche. (Kämpfe.)

Heft 40: Souveränität, staatsrechtliche, Schluss (Kämpfe); Souveränität, völkerrechtliche (Wenzinger); Spanien (Böppelmann); Sparcassen (Bjetichka); Spinoza (Stöckl); Staat (B. Cathrein S. J.); Staat, der antike (Stöckl); Staat, der, des Mittelalters (Kämpfe); Staat, der moderne (Kämpfe); Staatenverbindungen (Spahn); Staatsangehörigkeit (Wenzinger); Staatsanwaltschaft (Stieve); Staatsbürger, staatsbürgerliche Rechte (G. Ludewig S. J.); Staatseigenthum (v. Huene); Staatsgebiet (Rulf); Staatsgewalt (B. Cathrein S. J.); Staatshaushalt.

Das folgende 4. Heft enthält u. a. folgende Artikel: Staatshaushalt (Schluss, v. Huene); Staatskirchentum (Biederlack S. J.); Staatslexikon (+ Bruder); Staatsministerium (B. Hintelen); Staatsoberhaupt (B. Cathrein S. J.); Staatsprüfungen (+ Bruder); Staatsrath (B. Hintelen); Staatsrecht (Wenzinger); Staatsromane (Stöckl); Staatsschulden (noch ohne Schluss).

Wir müssen es als Glück betrachten, daß sich für den leider viel zu früh verstorbenen Bruder der Erlass in Dr. Bachem gefunden hat. Das Publicum bedarf dringend eines Werkes wie das Staatslexikon und freut sich darauf, wenn es vollendet in seiner Hand sein wird. Sch.

Socialreform in Oesterreich. Von Dr. Leo Verkauf. Wien, Ignaz Brand 1895, 32 Seiten, 10 kr.

Dr. Verkauf gehört jenem Volke an, dessen Mitglieder einerseits rührig sind, anderseits für Stetigkeit, Aufrechthaltung einer soliden Firma im Gewerbe und Handel kein Verständnis haben. Er steht natürlich intellectuell weitaus höher. Allein von dem alten Abweide-Maxim seines Volkes vermag er, der dessen nicht noth hätte sich nicht zu emancipieren. Nur daraus erklärt sich seine Abneigung gegen den Befähigungsnachweis und die Sucht, ihn lächerlich zu machen. Der Jude will keinen. Er geht von einem Geschäfte zum anderen; er will Geld machen. Was andere Geschäftstolz zc. nennen, begreift er nicht. Ob er einen Zweig versteht, ist ihm gleich. Es gibt ja Christen, die ihn verstehen und die man in seine Dienst nehmen kann.

Fällt ein Product schlecht aus, thut's auch nichts. Dann schmiert man das Publicum an und wenn der Credit eines Hauses erschöpft ist, so geht man zu einem anderen Geschäftsbetrieb über. Probatum est

Es wundert mich, daß Verlauf auch sich in diesem Birkel bewegt. Daß er die österreichische Gewerbegesetzgebung bemängelt, ist recht. Auch die Gewerbe-Novelle, für die das Abgeordnetenhaus noch keine Zeit gefunden, verdient seinen Spott. Allein er ist doch einseitig. Kein Christlich-Socialer verlangt eine Galvanisierung einer Leiche. Das Kleingewerbe wird in manchen Branchen mit der Zeit verschwinden, ja. Aber da ist es Aufgabe einer Socialreform, den Handwerkern den gemeinsamen Großbetrieb zu ermöglichen. Alle zu Arbeiter machen und sie dem privatcapitalistischen Großbetriebe überliefern, heißt nichts. Suchen wir möglichst viele selbständige Leute zu erhalten. Das ist Socialpolitik. In einem stimme ich vollkommen zu. Es war vom Anfange an unsinnig für den Kleinbetrieb einschränkende Bestimmungen zu geben und den Großbetrieb zu privilegieren. Hier muß zunächst eingegriffen werden. Sch.

Socialpolitische Randglossen.

Die Maschine. Es hat Zeiten gegeben, in welchen unter der arbeitenden Bevölkerung eine große Abneigung gegen maschinellen Betrieb herrschte. Man hat sie dafür dumm und einseitig genannt. Nun hielt vor kurzer Zeit Professor Dr. Grashey, ein berühmter Nationalökonom, einen Vortrag, in welchem er unter anderem sagte: „Was haben die Maschinen dem Handwerker für Vortheile gebracht? Haben sie ihm seine Arbeit erleichtert, seine Arbeitszeit abgekürzt? Sie haben ihm im Gegentheil sein friedliches Heim geraubt, ihn in der Fabrik mit Hunderten zusammengepfercht, ihm vielleicht sogar die Arbeitszeit erhöht; sie haben ihn aus einfachen Verhältnissen, aus kleinen Orten in die großen Mietstasernen der Fabrikstädte getrieben; und mit der Behaglichkeit und beschaulichen Ruhe ist dem Arbeiter eine große Garantie gegen die geistigen Störungen verloren gegangen. — Auch die Landwirtschaft hat profitiert von den Culturfortschritten; wenn man früher den ganzen Winter über gedroschen hat, so ist heutzutage ein großer Bauer in vierzehn Tagen mit dem Dreschen fertig. Aber ist der Knecht durch diese Arbeitserleichterung nun in den Stand gesetzt, Eigenthümer der Scholle zu werden, die er bebaut? In Wirklichkeit wird bekanntlich der Zuzug in die Städte immer größer, der Landarbeiter wird der Industrie in die Arme getrieben.“ Wir könnten noch manchen Zusatz machen, beschränken uns aber auf einen. Die Maschine schadet den Arbeitern dadurch, daß sie viele entbehrlich macht. Allein das kommt nicht daher, weil sie etwas schädliches an sich ist, sondern weil sie dem Profite der Capitalisten und nicht den Menschen dienstbar gemacht wurde. Sie sollte die

Arbeit erleichtern, nimmt aber vielen Arbeitern das Brot ganz, zwingt andere mit ihr zu concurrieren, die nicht concurrieren können. Man stelle sie in den Dienst der Menschen, statt des Capitals. Dann wird sie diesen helfen.

Die europäische Cultur. „An thierischen Motoren stehen außer dem Neger in Ostafrika zur Verfügung der Ochse und der Esel, bezw. das Maulthier.“ So zu lesen in der dem deutschen Reichstage zugegangenen Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1894/95. Der Neger ist also ein „thierischer Motor“ und steht auf derselben Stufe mit Ochsen, Eseln und Maulthieren, ist also nur Vieh! Derselben Meinung waren bekanntlich auch Kanzler Leist und Assessor Wehlau, die famosen Cultur—träger in Afrika, welche Pfandweiber schändeten und Neger zu Tode peitschen ließen. Werden da die Afrikaner Respect haben vor der europäischen Cultur?!

Verfehlte Socialpolitik. Hätten wir in Europa genügend fruchtbaren Grund und Boden zur Verfügung, dann könnten wir einem großen Theile der hungernden Masse leicht Brot verschaffen. Wir waren jedoch einst so dumm, bezw. unsere Vorfahren, den Boden dem Großcapitale zur Ausnützung zu überlassen oder ihn zu Gunsten einzelner Schoßkinder des Glückes festzulegen. Die Folgen müssen wir heute tragen. Wir haben übrigens eine Entschuldigung, man verstand es damals nicht besser. Was aber soll man von Nordamerika sagen? Dort hatte man die schlimmen Folgen einer unrichtigen Agrarpolitik in dem europäischen Glende vor Augen und that doch das Dümme, was man thun konnte.

Den Ureinwohnern nahm man das Bodeneigenthum ab, entweder mit dem Rechte der Gewalt oder des Scheinkaufes von trunksüchtigen sogenannten Häuptlingen. Letzteres war übrigens selbstverständlich nur Formsache. Vor der Moral rechtfertigte man sich mit dem Satze, daß Grund und Boden nur für die Menschen da sei, also nur von jemand in Besitz behalten werden könne, der ihn unter den Pflug nehme. Ein Jäger oder Nomadenvolk habe kein Recht auf den Boden.

Wir wollen über die Sache hier nicht streiten. Es wird einst mehr darüber die Rede sein, wenn der Zukunftsstaat die privatbesitzlichen Jagd- und Weideflächen beanspruchen wird. Hier wollen wir nur darauf aufmerksam machen, daß Nordamerika in der letzten Zeit erst das usurpierte Land freiwillig dem Großcapitale in den Rücken geworfen hat. Dadurch kam es glücklich dahin, daß die Freistaaten heute 60 Millionen Einwohner haben, wo hundertsechzig leicht leben könnten und daß die amerikanischen Bauern gerade so wie die euro-

päischen in Glend und Entbehrung verkommen müssen. Eine kleine Übersicht des amerikanischen Bodenbesizes sagt uns Folgendes: Die Eisenbahnen der vereinigten Staaten besizen 211 Millionen Acker Land. Das wäre genug, um daraus sechs Staaten von der Größe Pennsylvaniens zu machen. Die Vanderbilts, also eine Familie, besizen zwei Millionen Acker; Herr Diston von Pennsylvanien besizt vier Millionen Acker; Murphy von Californien hat einen Landbesiz so groß wie der Staat Massachusetts. Der Schamoy-Landbesiz ist so groß, daß seine Erben jährlich eine Million Zinsen daraus ziehen; 21 Millionen Acker sind im Besize von Ausländern.

Immer dieselbe Geschichte. In Deutschland hat sich ein Schutzverband gegen agrarische Übergriffe gebildet. Ob die Agrarier sich sehr fürchten, wissen wir nicht. Der neue Verein dürfte so eine Art Pendant zu unserem „Verein gegen den Antisemitismus“ sein, weil die Aufforderung zum Beitritt gezeichnet war: Bamberger, Canthal, Cohn, Feistmann, Friedländer, Hamburger, Herzfelder, Heumann, Joachimsthal, Landau, Lilienfeld, Loewe, Maison (sprich Maier-Sohn), Reichenberger, Samson, Simon, Simson, Sommerfeld, Steinthal, Stern zc. Die Juden verkennen allüberall ihre Lage. Statt sich dessen zu enthalten, was sie mißliebig macht, statt das Augenmerk auf productive Arbeit zu richten, gründen sie Vereine, die ihnen das Recht von der Arbeit anderer — hier der Agrarier — den Löwenantheil zu nehmen, wahren sollen. Vergebliche Mühe! Auch die ins Lager der Socialdemokratie abcommandierten Heß- und Preßjuden können am Schlußschicksale nichts ändern

Zukunftsmusik. Der antisemitische Reichstags-Abgeordnete M. Liebermann aus Sonnenberg schrieb irgendwo kürzlich in das Fremdenbuch:

„Bald reiten in mächtiger Schar wir an,
Wir dulden nichts Laues, nichts Salbes,
Erlösen die Herzen aus hartem Baun
Vom Dienste des goldenen Kalbes.“

Wenn der Mann das nur auch können und vermögen wird! Die Genossen sind, wie jede junge Partei, außerordentlich optimistisch und groß im Selbstvertrauen. Die gewöhnlichen Arbeiter darum, weil ihr Horizont beengt ist. Sie denken manchmal wie der Bauernknecht der „Fliegenden Blätter“, der mit seinem Stuhgesspann dem Locomotivführer drohte, ihn über den Haufen zu fahren. Etwas mehr Bescheidenheit würde den Genossen nicht schaden und zugleich ein baldiges Erreichen berechtigter Ziele leichter möglich machen.

Et nunc intelligite!

Ich habe es für meine Leser wahrscheinlich nicht notwendig, die lateinischen Worte der Aufschrift erst zu übersetzen. Sie sind genommen aus Psalm 2 und bedeuten: Und nun (Ihr Könige) werdet weise oder nehmt Weisheit an! Selbstverständlich braucht man hier auf das reges oder Könige kein Gewicht zu legen. Darum habe ich es weggelassen. Die Mahnung zur Erwerbung von richtiger Einsicht kann, ja muß an alle Menschen gerichtet gedacht werden. Heute mehr als in der biblischen Zeit.

In der Vergangenheit waren zumeist Könige die Obrigkeiten. In der ältesten Vergangenheit, wenn ich so sagen darf, gab es allerdings auch Republiken, man denke an Rom, viele griechische Gemeinwesen etc. In letzteren war jedoch die Republik selten eine demokratische; also eigentlich gar keine Republik. Oligarchie war es, Republik nannte man es oder vielleicht besser benennen es unsere Mittelschulprofessoren vor naiven Gymnasisten, die alles glauben müssen, was ihnen vorgelegt wird, weil sie sonst einen Sechser ins Zeugnis bekämen.

Heute ist die obrigkeitliche Gewalt sehr getheilt, ist vertheilt unter verschiedene Personen und Ämter. Allen nun qui praesunt, welche Vorsteherstellen bekleiden, vom Ministerpräsidenten bis zum Dorfbürgermeister, dem Finanzminister bis zum Finanzwachaufseher, dem Justizminister bis zum Polizeiwachmann, dem Orts- und Bettelvogt des letzten Dorfes, sowie allen, qui subsunt, welche gemeine Staatsbürger oder Unterthanen sind rufe ich zu: Et nunc heute, gerade jetzt, schaut einmal aufmerksam auf die Tagesereignisse, damit ihr richtig verstehen könnt und zu urtheilen in die Lage kommt.

Es mag das Gesagte fast wie eine Predigt klingen, soll jedoch keine sein. Ich bin hier Publicist nicht Kanzelredner. Der Prediger reflectiert bekanntlich auf das Gewissen der Menschen, der Publicist überläßt ihm das gerne. Er wendet sich an den natürlichen Verstand, die Vernunft des Menschen. Das will auch ich. Viel-

leicht gelingt es mir, ein kleines socialpolitisches Lichtlein anzuzünden und so die dichte Finsterniß in der Welt etwas mit-erhellen zu helfen.

Wir leben in einer Zeit des Überganges. Es wird wohl kaum ein Duzend Menschen geben von jenen, welche den öffentlichen Angelegenheiten ihr Augenmerk zugewendet haben, die nicht fest überzeugt wären, daß in ziemlich absehbarer Zeit in Europa eine sehr einschneidende Systemänderung vorgehen wird. Nach welcher Richtung das geschehen wird, muß heute allerdings noch als eine Controversfrage erklärt werden. Bei meinem Grundsatze, weder intolerant zu sein, noch für mich je die Unfehlbarkeit zu beanspruchen, deute ich ohne weitere Kritik die hauptsächlichsten Meinungen und Anschauungen einfach an.

Eine geht dahin, daß mit Meister- und Gesellenvereinen mit gesteigerter Thätigkeit der christlichen Charitas die sociale, mit Betonung der unzweifelhaft dem Umsturze gegenjäglichen bischöflichen Autorität die politische Misère der Zeit werde geheilt werden. Einen Katholikentag, bei dem sehr viele Geistliche mit vielen Adeligen und wenigen Bauern und Arbeitern unzweifelhaft katholische Begeisterung laut werden lassen, halten die Anhänger derselben ohne Zagen und Bangen für die Morgenröthe einer besseren katholischen Zukunft.

Andere hinwieder glauben mehr an die Wirksamkeiten der sieben- und fünfmillimetrigen Geschosse, die Überzeugungskraft der Bajonnette und Kanonen.

Wieder andere erhoffen aus den Blutströmen und den Knochen der Gestorbenen und Verdorbenen (*ex ossibus ultor.*) den Zukunfts-Messias erstehen zu sehen. Nun und ich? Ich weiß nicht, welche Eventualität *de facto* eintreten wird. Ich meine nur, aber das im vollen Ernste, daß eine beschleunigte sociale Reform bei freiheitlichen Zugeständnissen Staaten und Menschen erhaltend wirken würde. Ich gebe dabei auf das Dictieren von Ansichten und Meinungen nicht viel. Diejenigen, welche sich dictieren lassen, die stürzen ohnedies nichts. Ich ziehe jene Geister in meine Rechnung, welche frei und selbstthätigen Entschlusses wirken wollen, welche nach Argumenten urtheilen und solchen Personen nur Einfluß auf sich gestatten, welche ihr Vertrauen haben. Nicht die physische Gewalt, auch nicht einmal

die ideelle oder moralische wird den Siegespreis im Weltkampf davontragen, sondern das freie Zusammenwirken der mit richtiger Erkenntnis, christlicher Nächstenliebe und selbstthätiger Begeisterung und Opferwilligkeit ausgestatteten Geister.

Sollte letzteres nicht zustande kommen, so könnte das von zweifacher Seite verschuldet sein. Entweder erschlagen die von Juden geführten Genossen unsere Christlich-Socialen, beziehungsweise deren Begeisterung oder es rafft sich irgend eine Autoritätsperson auf und greift zum verfehlten Schritte in Dr. Eisenbarts Weise curieren zu wollen, indem sie alle auf Selbstthätigkeit basierten Parteien als nicht genügend katholisch oder verlässlich erklärt.

Bei der großen Macht, welche auch heute noch, wenigstens nach der schlechten Seite hin, die brutale Gewaltthätigkeit sowohl als die Überraschung wenig denkkräftiger Geister zu entfalten vermag, ist es nothwendig vor Allem Klarheit zu schaffen. Darum schreibe ich den Artikel: Et nunc intelligite! Nun habt wohl acht und bemüht euch richtig zu sehen, die bisher leider nur zu ausgiebig eingesaugten Vorurtheile abzulegen!

Die politische und socialpolitische Partei der Christlich-Socialen ist vielen Menschen ein Stein des Anstoßes. Es ist selbst das Unerhörte deswegen vorgekommen, daß vier Großmächte gegen sie diplomatisch mobilisiert haben und durch den österreichischen Minister Kalnoky vom Heiligen Stuhle Verdamnung derselben begehrten. Es ist heute noch nicht an der Zeit Alles zu sagen, was ich diesbezüglich weiß. Genug, daß Rom sich viel besser unterrichtet erwies und die Verhältnisse klarer durchschaute, als die Diplomaten der vier ad hoc geeinigten und verbundenen Großmächte. Ich hoffe darum, daß der geschehene Vorstoß oder Verstoß nicht zu arge, üble Folgen haben werde. So lange Christlich-Sociale da sind, non est timendum und mögen ehrliche Staatenlenker in Frieden schlafen. Wenn National-Sociale und International-Sociale sich um die Herrschaft streiten, dürfte die weltliche Gewalt vielleicht noch ihr Fortkommen finden, die geistliche würde jedoch alsogleich sehen, daß der beliebte und seit längerem gewohnte katholisch-conservative Stab kein haltbarer Wanderstab, nur ein Rohr gewesen. Wenn endlich auch die Nationalen einst von den Internationalen untergefrüht werden sollten, dann beginnt der ewige Friede der Socialdemokraten.

Er lächelt uns durchaus nicht an, dieser Friede. Wir alle wären Knechte, die Juden — die Oberknechte. Man mag das heute leugnen, und man leugnet es auch. Wer jedoch beobachtet, wie brutal, wie rücksichtslos die Genossen alle Andersdenkenden heute schon anfallen, der kann nicht zweifeln, daß die Genossen-Zukunft von der hehren Freiheit nicht einmal den armseligen Rest übrig lassen würde, der uns heute beim officiellen bureaukratischen Regime leider genügen muß. Schlagen, stechen, stoßen, anspucken, beschimpfen, scheinen die Mittel zu sein, mit welchen die liberalen wie die socialdemokratischen Juden alle jene zu behandeln gedenken, welche Europa den Europäern erhalten wollen.

Ich kann nicht wissen, ob auch Graf Badeni der Anschauung der Juden und derjenigen Christen ist, welche erst seit den letzten Jahrzehnten das Recht haben, einen Taufnamen zu tragen. Diese alle würden es gerne sehen, beziehungsweise gesehen haben, wenn Dr. Lueger in Budweis, Fürst Liechtenstein in Wien, deren Partei überhaupt allüberall entwaſſnet, ja erschlagen würde. Vielleicht glaubt er sogar, daß wenn letzteres geschehen sein würde, die Regierung Herr sei, social nur soweit zu reformieren brauche als sie wolle, keine freiheitliche Entwicklung der staatlichen Einrichtungen mehr ins Auge zu fassen nothwendig haben werde. Die Plutokraten kümmern sich um die Gefuba der ideellen Dinge gewiß nicht, die feudalen Erben alter Namen könnte man mit hohen Staats-Stellen, eventuell mit Präsidentenstellen von geldtragenden Banken, Eisenbahnen, Actiengesellschaften 2c. 2c. bei voller Zufriedenheit erhalten.

Wie die Socialdemokraten denken?! Mit diesen Herren ist es eine eigene Sache. Durch das Regime der Brutalität streben sie nach dem Regime der Welt. Der Liberalismus hat arg gewirtschaftet; wo er kann, ich möchte sagen, wo sein böser Mund nicht ungefährlich zahlos geworden ist, wie zum Beispiel in Ungarn, da brutalisiert er bis heute. Es gibt kein in Theorie und Praxis sich so widersprechendes politisches System als das des Liberalismus. Die armen Teufel von Gewerbetreibenden und Bauern durch die Mittel der wirtschaftlichen oder Geldübermacht zwingen die rücksichtslosesten, eigennützigsten Feinde und Gegner ihres Standes selbst noch in die Vertretungen zu wählen, also mit Macht auszustatten, ist ein starkes Stück, um

nicht mehr zu sagen. In Ungarn muß der Bauer liberal wählen, oder er wird eingesperrt, geprügelt 2c. vide Wahl in Stampsen. Bei uns im namenlosen oder pseudonymen Eis-leithanien haben diverse jüdische Confectionäre auch schon wiederholt die Hungerpeitsche geschwungen, haben viele arme Teufel gezwungen, Zähne knirschend Schinder und Ausbeuter mit ihrem Vertrauen (?) zu beehren, allein im Ganzen ist es trotz alledem mit der liberalen Partei abend geworden. Weder die Plutokraten konnten sie auf die Dauer erhalten, noch werden die Liberal-Feudalen ihr einen Nachsommer schaffen.

Die Socialdemokraten, die Rothen, die Genossenpartei, ich weiß nicht recht, welchen Namen ich den Herren geben soll, copieren leider die dümmsten und brutalsten Seiten des Liberalismus.

Es wird manche geben, welche sich denken: Gott sei Dank dafür! Ja, es ist auch gewiß, daß die Judenführer, welche die Partei zur Dummheit der Brutalität verleitet haben, derselben damit zugleich das erhaltende Wasser des Lebens abgraben. Ich wenigstens möchte die Partei oder die Menschen kennen, welche eine Zukunft für wünschenswert halten würden, in der halbflügge Burjke nach jüdischem Diktate alle Andersdenkenden schlagen, stoßen, stechen auspucken 2c. Es ist geradezu blöde, mit der Brutalität der Unreifen die Regierung der Welt antreten wollen. Es kann da nur Eines folgen: Wie die Franzosen einst sich lieber den erbärmlichsten Militarismus und Cäsarismus gefallen ließen als die halzabschneiderische Brutalität der Freiheits-, Gleichheits- und Brüderlichkeits-Schwindler, so werden die Wiener Genossen es noch dahinbringen, daß die anständigen Menschen der dreinhauenden Soldateska zujubeln. Und das soll eine gute Politik sein, die dahin führt?

Es ist durchaus nicht Alles schlecht am socialdemokratischen Programme. So ferne darin ein gemäßigter Staatssocialismus enthalten ist, sagen wir Christlich-Socialen ziemlich dasselbe. Wir enthalten uns nur des Überstürzens, wir wollen nicht alles Eigenthum einfach aufheben, communifizieren oder vergesellschaften, wo die Menschen für die Idee nicht reif sind, im Gegentheile durch eine unerträgliche Tyrannei nur in die neue Form geschmiedet werden könnten. Gewiß wird die Zukunft Associationen im Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe bringen, gewiß wird der

heute Arbeiter genannte Mitichöpfer von Producten noch in die Lage kommen müssen mitzureden, wenn es sich um Participation an den Arbeitsfrüchten, um Arbeitszeit 2c. handeln wird. Aber das muß sich organisch aus der Gesellschaftseinrichtung herauswachsen, es muß nicht ein Kopf über Nacht dictiren beziehungsweise tyrannisieren wollen.

Die Juden kommen aus der erblichen Belastung scheint es gar nicht heraus. Heute trotz jahrhundertelanger Anwesenheit ihres Stammes in Europa, haben sich selbst die geistreichsten derselben von der orientalischen Sultanidee noch immer nicht emancipiert, ja man kann sagen, daß jeder einzelne am liebsten selbst Sultan sein oder spielen möchte.

Der orientalische Despot kennt bekanntlich so ein Ding wie den subjectiven Willen eines Menschen nicht; er dictiert, Sklaven eilen seinen Willen anderen Sklaven aufzuzwingen. Er meint's vielleicht öfter gut, er will die Menschen sogar glücklich sehen. Allein Sklaven müssen sie sein, nach seiner Facon müssen sie sich glücklich machen lassen. Sonst bekommen sie Hiebe.

Ist es, ich frage jeden vernünftigen Menschen im vollen Ernste, ist es eine andere Philosophie, welche die jüdengeführten Genossen heute beobachten, wenn sie keine andere als social-demokratische Volksversammlungen zulassen zu wollen erklären, keine anderen Grundsätze ausgesprochen wissen wollen als die von den Juden-Sociologen puncierten und approbierten? Nein, der orientalische Despot hat nur das Gewand eines Genossen-Tyrannen angenommen. Er schickt die jugendlichen Sklaven, um die christlich-socialen Versammlungen zu sprengen, die Theilnehmer zu prügeln. Denn — es kommen die Wahlen der fünften Curie. Nicht darum handelt es sich, daß sogenannte Reformer gewählt werden, welche sociales Unrecht corrigieren, nein, daß die jüdischen Führer zur Macht emporsteigen. Ob sie dann für sich und ihren Stamm oder die Genossen die Macht anwenden, das weiß heute, gelinde gesagt, noch niemand.

Ernst ist es ihnen, jeden niederzutreten, das heißt von den armen Jungen der Gefolgschaft niedertreten zu lassen, der das Entstehen einer jüdisch-genossenschaftlichen Curie gefährden könnte. Zum Beweise, daß ich hiemit nicht eine unbegründete frivole Beschuldigung, sondern eine nackte Thatjache vorbringe,

sei mir gestattet, ein Citat aus der „Reichspost“ vom 23. September l. J. zu bringen.

„Seit,“ so heißt es dort im Leitartikel, „die Christlich-Socialen Versammlungen für die Wähler der allgemeinen Wahlrechtscurie abzuhalten begannen, wird ganz offen und ungeniert im rothen Amtsblatte die Parole ausgegeben, alle derartigen Versammlungen zu sprengen, durch rohe Gewalt die Aufklärung der Massen über den rothen Schwindel zu verhindern. Dieser Aufruf zur Propaganda der That hat auch bereits seine Wirkung gethan. Zuerst äußerte sich die Wirkung in rohen Lärmiscenen, gestern bereits durch wüste Gewaltthaten. Ein wahres Pölcher-corps war aufgeboten, die Wiener Sansculotten sah man gestern aufmarschirt, der rothe Landsturm war ausgerückt, Messer, Knüttel und Steine sollten die Mittel sein, um die Überzeugungskraft der weltverbessernden Sentenzen zu verstärken. An anderer Stelle schildern wir den Verlauf des rothen Sturmangriffes gegen die Versammlung der Christlich-Socialen, die cynischen Versuche, dieselbe zu sprengen. Brantweinhäuser waren die Verbelocale der rothen Zukunftsmusikanten, die Vorreiter der Burgmusik drängten sich, dort ihr Handgeld zu erhalten und stundenlang vor Beginn der Versammlung war die würdige Garde unter jüdischer Führung mobilisirt. Auf Fahrrädern jagten die Adjutanten durch die Straßen, um einen Heerbann aufzubieten, der nicht aus Arbeitern, sondern aus arbeitsscheuen Pölchern der großen Mehrheit nach bestand. Die gesetzliche Theorie wurde an den Nagel gehängt, die Praxis der Ravachol und Most kam gestern zur Anwendung. Erfolg hatte der Sturmangriff freilich keinen, nicht unvorbereitet traf er die christliche Phalanx der Ordnung und Gesetzmäßigkeit und die Versammlung konnte trotz Knüttel und Messer beginnen.“

Doch damit gaben die Helden der „Redefreiheit“ ihre Versuche der Sprengung nicht auf, was dem Messer und Knüttel, der offenen Gewaltthat nicht gelungen, das wollte man durch Schreien und Toben, durch Föhlen und bühische Unterbrechungen erreichen. Aber auch das mißlang. Die musterhafte Unparteilichkeit und Energie des Versammlungsleiters machte alle diese Attentate zu Schanden, drei socialdemokratische Redner gelangten zum Worte, freilich nur, um sich zu blamieren. Es zeigte sich

deutlich, wie sehr sich die Rothen bewußt sind, daß sie nicht im Stande sind, die Wahrheit und Richtigkeit der christlich-socialen Idee zu widerlegen, daß sie den Boden unter ihren Füßen weichen sehen, sobald diese Idee den Männern der fünften Curie vernehmlich und verständlich wird. Darum die blinde Wuth, darum die rohe Gewalt, das Pölkeraufgebot, sie fühlen sich im innersten Nerv getroffen, sie sehen sich verloren, darum statt der rothen Theorie, die rothe Praxis der sonst so ängstlich verleugneten Propaganda der That.

Wahlverwandt haben wir die Rothen genannt mit der Propaganda der That, doch damit ist ihre Wahlverwandtschaft nicht erschöpft; stehen ihnen diese nahe nach links, so winken ihnen auch Freunde von rechts: die Judenpresse. Mit der gewöhnlichen Verlogenheit wird der Verlauf der gestrigen Affaire entstellt und verdreht und die famose rothe Praxis mit verständnisinniger Bereitwilligkeit einfach escamotiert. Entgegen den Thatfachen werden die „socialdemokratischen Arbeiter“ als diejenigen hingestellt, welche von den Versammlungsordnern brutalisiert wurden und die beiden Tagblätter registrieren mit Behagen einen Ausspruch des „Arbeiters Feigl“ — entschieden ein guter Witz — daß 150 Ochsenknechte von den Christlich-Socialen gemietet worden seien, um auf die „Arbeiter“ loszuhauen. Der „Arbeiter“ — wer lacht da nicht — Feigl ist ein Jude, der beim Sturm gewissermaßen Generalstabchef war und die braven Scribler der Judenzeitungen, welche ihn citieren, sind natürlich seine engeren Stammesgenossen. So reimt sich das zusammen und die Gelder, welche in den diversen Gifthütten zur Austheilung gelangten, sind ebenjowenig aus christlichen Taschen herrührend, als die Besitzer jener Gifthütten von christlichen Eltern. Wenn das Heilo-Winkelblatt zwar kurz, aber desto wahrheitschändender sich an die Seite der rothen und liberalen Judenpresse stellt, wenn es in einem solchen Falle von offener Gewaltthätigkeit noch mit ordinären Schimpfsworten auf die Christlich-Socialen losschlägt, dann darf es sich nicht mehr über Fälle beklagen, wo die „Ostdeutsche“ sogar von der Illustrierten Gasse aus christlichen Gesellschaften verdrängt wird. Es ist ein sicherlich nicht beneidenswertes aber nicht unverdientes Los, wenn Christen selbst eine jüdische Schandschmiere einem

solchen Arierblatte vorziehen. Jedenfalls eine charakteristische Concurrency."

Das „Heilo-Blatt“, wir bemerken das für unsere fremdländischen Leser, ist die größte Merkwürdigkeit Österreichs. Unter der Leitung des Antisemiten (!) Wolf vertritt es die Ideen des Antisemiten (!) Schönerer, der einst das christliche Volk Österreichs aus der Juden knechtschaft heraus ins gelobte Land arischer Freiheit führen wollte. Heute drucken die Judenblätter das Heilo-Blatt nach, denn — jüdischer können sie nicht schreiben. Auch Schönerer und Wolf haben die Philosophie des orientalischen Sultanats adoptiert. Wer sich nicht glücklich machen lassen will nach ihrer Facon, der wird anathematisiert, mit Roth beworfen, beziehungsweise, wenn er eine Versammlung zum Beispiel in Ottenschlag abhalten will, wird dem Wirt die Hausfront durch Werfen fauler Eier ruiniert, beschmutzt zc.

In dem Versammlungsberichte der citierten „Reichspost“ hieß es über die eine projectierte Versammlungstörung durch Genossen:

Die für gestern abends (den 22. September) angesagte Versammlung des christlich-socialen Arbeitervereines in der „Weintraube“ im V. Bezirk, in welcher die christlich-socialen Arbeiterpartei Stellung zum Wahlrecht der V. Curie nehmen sollte, nahm einen stürmischen Verlauf.

Eines aber hat sich gestern klar gezeigt. Die so oft geleugnete christlich-socialen Arbeiterpartei hat sich bereits festen Boden geschaffen. Sie hat gestern ihre erste massenhaft besuchte Wählerversammlung abgehalten, die trotz des brutalsten Terrorismus, dessen sich die Socialdemokraten schuldig machten, Zeugnis von dem vortrefflichen Geist gab, der in ihr herrscht.

In christlichen Arbeiterkreisen war man auf die beabsichtigte Sprengung der Versammlung wohl vorbereitet. Schon um 5 Uhr nachmittags besetzten etwa 30 Ordner die Saaleingänge. Kurz vor $\frac{3}{4}$ 6 Uhr rückten in dichten Massen die „Rothten“ heran und suchten mit Gewalt den Eingang zu erzwingen. Mit Stöcken hieben sie auf die Ordner ein, und einem christlichen Arbeiter, dem Schlosser Schwarz, wurden zwei Finger der rechten Hand von einem Socialdemokraten zerschnitten. Nur mit größter Mühe gelang es der Wache, die Ruhe wieder herzustellen. In der Nähe

sie längst keine Versammlung mehr halten können, nachdem die letzten derselben stets antiliberal geworden waren, mochten sie noch so sorgsam in der Zulassung der Theilnehmer zu denselben gewesen sein. Es wird vermuthlich unter den Liberalen nicht an Leuten fehlen, welche meinen, daß jetzt die Nemesis für sie in der Gestalt der Nothen ihres Amtes walte.

Wenn wirklich solche Menschen vorhanden sind, so kann man ihre Kurzsichtigkeit nur beklagen. Die liberalen Versammlungen wurden nicht durch Scandalmacher gesprengt, sondern sie hörten aus Mangel an gläubigem Volksmateriale auf. Wie sehr gesiebt auch die Zuhörer sein mochten, den liberalen Theorien glaubte keiner. Da bei Versammlungen jedermann seine Ansichten auch durch Beifall oder Mißfall äußert, so wurden die der Liberalen eben durch letzteren gesprengt. Das war legal.

Die Sozi könnten ruhig in unsere Versammlungen gehen, auch Beifall oder Mißfallen ausdrücken, man erteilt ihnen dortselbst das Wort sehr gerne, was bekanntlich die Liberalen uns gegenüber nie gethan haben. Sie wollen das nicht, sie wollen sprengen. Sie rechnen eben nicht auf die Gewalt der Argumente, sondern der Knüttel. Darum die versuchte Störung in der vorher erwähnten Weise. Man wird sie zu zähmen wissen, auch ohne Hilfe der uniformierten Macht.

So lange die Christlich-Socialen an ihrem Programme festhalten, so lange sie sich nicht zu Schleppträgern der Plutokratie und der sonstigen Drohnen des Welt-Bienenstaates hergeben, werden sie Anhänger genug haben, um die (mittels Judengeld?!) aufgebotenen Feinde ihres eigenen und des Gesamt-Wohles unschädlich zu machen.

Die sogenannten Conservativen, die den Christlich-Socialen manchmal nicht weniger feindlich gegenüberstehen, werden hoffentlich keine unchristliche Schadenfreude bei dem Vorgehen der Juden-Socialen gehabt haben. Jedenfalls ist es nothwendig, daß auch sie das: Et nunc intelligite zu Herzen nehmen.

Conservativ sein ist sehr bequem. Allein, wenn jemand nichts zu conservieren hat, wenn jemand nicht einmal einen halbwegs sicheren wirtschaftlichen Boden unter den Füßen hat, dann hält er es für eine Ironie, sobald ihm jemand Conservativismus predigen will, ganz gleich, ob letzterer christlich oder

staatsmännisch drapiert ist. So lange unser Adel wohl situiert war, war er conservativ; so lange ein Bauernstand, ein Handwerkerstand existierte, der seine — strebsamen Leute gut nährte, gab es Conservativismus an allen Ecken und Enden. Heute sind die wenig aufrechten Säulen der besagten Stände, die conservativ sind, leicht zu zählen. Selbst jener Adel, der zum Hofadel geworden ist und dafür die Spitzen der Ämter als seine berechtigten Ansprüche betrachtet, ist es nicht mehr in der alten Weise, er ist es nur für sich, für seine Privilegien.

Allen Vernünftigen ist eben klar, daß sich die heutige sogenannte Ordnung nicht halten läßt, weil die große Menge nichts zu conservieren hat. Da hilft selbst der Mißbrauch des Christenthumes nichts. Man kann niemand einreden, daß er die Standesvorthelle der wenigen Menschen, die heute ein erhaltenswerthes Loß haben, selbst bis zum eigenen Hungertode hochhalten müsse. Man hat auch kein Recht dazu. Die Gesellschaft ist nicht wegen einzelner Menschen oder ihrer Privatvorthelle wegen da. Wer den Fürsten der christlichen Philosophie kennt, weiß wie ernst er sich über das bonum commune als Zweck der Gesellschaft beziehungsweise des Staates ausspricht. St. Thomas ist es, der die schlechteste Staatsform jene nennt, in welcher alle Gesellschaftsvorthelle nur einer Person zufließen, die beste jene, in welcher sie auf alle Staatsbürger vertheilt erscheinen.

Ist das heute alles wohlgeordnet? Nur dann könnte man conservieren. Wenn nicht, dann muß man reformieren. Über den socialistischen Zukunftsstaat zu sprechen, sei die Aufgabe eines besonderen Artikels.

Dr. Scheicher.

Neue Vorschläge zur Grundentlastung.

Von Dr. Wiard Kopp.

Der IV. allgemeine österreichische Katholikentag hat im würdigen Anschlusse an seine Vorgänger von Neuem die Forderung der im Naturrechte begründeten Agrarreform an die Spitze seiner Resolutionen über die sociale Frage gestellt. Er erkennt die Agrarreform als nothwendige Grundlage für die Neugestaltung der socialen Ordnung im christlichen Sinne, und bezeichnet als Ziele dieser Reform in erster Reihe:

a) Die Einführung einer den gesellschaftlichen Zwecken des Bodens entsprechende und die Erfüllung derselben sichernde Grundbesitzordnung (Regelung der Erbfolge, Heimstättengejes und dergleichen).

b) Die dauernde Entlastung des Grundbesizes von den drückenden Hypothekarschulden.

Seit Baron Bogelsang mit markigen Worten die Nothwendigkeit einer neuen Grundentlastung nachgewiesen und die Angriffspunkte einer Reform skizzirt hat, ist dieselbe ein ständiger Programmpunkt der christlich-socialen Bestrebungen geblieben, leider ohne daß bis jetzt greifbare praktische Resultate sich gezeigt hätten. Die Bewegung zu Gunsten solcher Resultate hat eben weder in den Regierungskreisen noch in den verschiedenen Vertretungskörpern jenen Einfluß erlangt, der zu gesetzlichen Maßnahmen gedrängt hätte. Ein deutlicher Beweis dessen ist die erst kürzlich im Tiroler Landtage erfolgte Ablehnung des von Director Schöpfer gestellten Antrages auf Schließung der Hypothekenbücher.

Diese Mißerfolge werden jedoch das zielbewußte Streben derjenigen nicht aufhalten, welche die überaus große Bedeutung der Agrarreform nicht bloß für den Stand der Landwirte, sondern des weiteren für Land und Staat, ja für die ganze menschliche Gesellschaft zu würdigen wissen.

Diese sind es zunächst, an welche wir die folgende Auseinandersetzung richten. Wir setzen in diesem Kreise die Kenntniß der traurigen Lage der Landwirtschaft voraus, wie sie ja oft von berufeneren Federn als die unserige geschildert worden ist, und werden auch die betreffenden statistischen Ziffern nicht wiederholen. Es handelt sich uns nicht darum, von neuem zu constataren, sondern Schlüsse aus dem zu ziehen, was längst constatiert ist.

Auf dem kürzlich zu Pest stattgefundenem internationalen landwirtschaftlichen Congresse sind — soweit die vorläufigen Berichte der Tagesblätter erkennen lassen — hauptsächlich der internationale Preisfall des Getreides und die Währungsfragen, sowie die Getreidespeculation Gegenstand der Berathungen gewesen. Die gleichfalls internationale Erscheinung der Bedrängniß der Landwirtschaft durch unermess-

Was ist es nun, was die Zinsenlast für die Landwirtschaft so besonders drückend macht? Man sollte annehmen, daß der Landwirt, der eine grundbücherliche Schuld auf sein Gut eintragen ließ, sich auch der Verpflichtungen, die er damit auf sich genommen, voll bewußt war; daß er insbesondere berechnet habe, wie er seine Zinsenverbindlichkeit erfüllen könne!

Gewiß wird das der Anleihe suchende Landwirt in der Regel gethan haben und in den ersten Jahren wird ihm die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten auch gelungen sein, so lange ihm nämlich eine Durchschnittsrente und Getreidepreise, wie zur Zeit des Darlehensabschlusses zuhülfe kamen. Wie stellt es sich aber, sobald eine Mißernte oder ein Preisfall der Feldfrüchte oder gar Beides im Vereine eintritt? Die Zinsen des Darlehens und die Amortisations-Quote bleiben unerbittlich dieselben. Der Ertrag eines Grundbesitzes dagegen, sei er klein oder groß, ist niemals der gleiche; er schwankt unaufhörlich — und im letzten Jahrzehnte sinkt er leider unaufhörlich nach abwärts. Dieser Widerspruch zwischen der Wirklichkeit und den willkürlichen Bestimmungen eines Vertrages, welcher ohne die geringste Rücksicht auf die Gesetze der Natur und damit der Production abgeschlossen wird, rächt sich an der Landwirtschaft in furchtbarer Weise. Der Landwirt versucht der ersten Bedrängnis durch die Aufnahme eines neuen Darlehens zu begegnen, selbstverständlich nur mit dem Erfolge, daß die zweite Zahlungsschwierigkeit mit doppelter Wucht auf ihn einstürzt. Von da an ist er bereits dem Verhängnis zum Opfer geworden.

Der Grund also, warum die Zinsenlast, wie sie das verzinsliche Darlehen ausnahmslos vom Landwirte fordert, für ihn so besonders drückend wird, liegt darin, daß dies Verhältnis dem wechselnden Ertrage der Landwirtschaft nicht im geringsten Rechnung trägt. Zu dem kommt noch, daß der Darlehensgläubiger sich von vorneherein durchaus nicht mit niedrigem Zinsfuße begnügt, sondern denselben gerade mit Hinweis auf die unsichere Lage der Landwirtschaft so hoch wie nur irgend möglich schraubt. Wenn höchstens der Durchschnittszinsfuß, zu welchem sich die Landwirtschaft im betreffenden Lande rentiert, zugrunde gelegt würde, könnte selbst das verzinsliche Darlehen nicht so unmittelbar Verderben bringend wirken, aber solche An-

sondern steht im geraden Verhältniß zur Noth der Landwirtschaft und überdies noch des einzelnen. Sie haftet nicht an einem bestimmten Grundstücke, sondern für ihre Bezahlung haftet gleicherweise der gesammte Grundbesitz des Schuldners. Da gibt es keine Nachlässe wegen Mißernte, sondern die Darlehenszinsen stehen unveränderlich fest. Sie beruhen eben weder auf der Fruchtbarkeit von Grund und Boden, noch auf der Fruchtbarkeit der Arbeit mit der dieser doppelten Fruchtbarkeit wie ein Schatten anhaftenden Ertragsunsicherheit, sondern sie beruhen auf der eingebildeten, von der Habsucht erfundenen Fruchtbarkeit des Geldes. Der Landwirt hat in den meisten Fällen kein Kündigungsrecht, sondern ist an die ratenweise Rückzahlung der Darlehenssumme durch eine Reihe von Jahren gebunden, während welcher er den hohen, zur Zeit des Vertragsabschlusses festgesetzten Zins fortzahlen muß. Er kann auf diese Art nicht einmal von dem allgemeinen Sinken des Zinsfußes für sich Gebrauch machen. Er kann seine Anleihe nicht convertieren wie eine Eisenbahngesellschaft. Ist es doch vor einigen Jahren bei den 5% österreichischen Staats-Domänen-Pfandbriefen vorgekommen, daß die Gläubiger gegen die beabsichtigte raschere Rückzahlung der Schuld durch vermehrte Auslosungen protestierten, ein Protest, dem die österreichische Boden-Credit-Anstalt sofort nachgeben mußte.

Bis jetzt haben wir eines Umstandes noch gar nicht erwähnt, der in überreichlichem Maße die stets ansteigende Hypothekarbelastung namentlich des bäuerlichen Grundbesitzes nach sich zieht, nämlich der für die Landwirtschaft im höchsten Grade nachtheiligen gesetzlichen gleichen Erbtheilung. Nur der Vollständigkeit halber soll hier gesagt werden, daß dieses dem Bauernstande todfeindliche Gesetz die hohen Erbabfindungen zur Folge hat, die dann regelmäßig in Form hypothecierter Darlehen auf das Gut gewälzt werden. Eine weitere, wenn auch verhältnismäßig seltenere Ursache ist die Übernahme der Rausschillingsreste als Hypothekar-Darlehen auf den Hof. Auch an diese häufigsten Ursachen der Hypothekarbelastung muß der Hebel angelegt werden, soll die Wiedergenesung der Landwirtschaft von der Wurzel aus geschehen. Wie die Dinge aber jetzt liegen, müssen wir uns fragen: Was würde dem Landwirt rasche Hilfe, wesentliche Erleichterung bringen?

Der Bauer würde aufathmen, wenn seine jährliche Zinsenleistung im Verhältniß stände zu dem wirklichen Jahresertrage seiner Wirtschaft.

Er würde zweitens aufathmen, wenn sein bisheriger Darlehensgläubiger Miteigenthümer an dem landwirtschaftlichen Gute würde und zwar im Verhältniß der Höhe des Darlehens zum Schätzungswerte des Gutes, mit dem leicht ersichtlichen Erfolge, daß der neue Miteigenthümer nunmehr Last und Gefahr seines Antheils wie der Haupteigenthümer zu tragen hätte.

Das Verhältniß des Geldgebenden zu dem Landwirte würde durch diesen Vorgang aus dem wirtschaftlich und moralisch unhaltbaren Verhältnisse des verzinßlichen Darlehens in das wirtschaftlich und moralisch unanfechtbare des Capitalsgeschäfts übergehen.

Zweifellos kann und muß es eine Rechtsform geben, in welcher sich der Eigenthümer von barem Gelde an der landwirtschaftlichen Production betheiligen kann, ohne daß wucherische Ausbeutung dabei unterläuft. Der jetzt regelmäßig mittelst des verzinßlichen Darlehens eingehaltene Vorgang, wonach der Landwirt von dem Ertrage seiner Wirtschaft — ja häufig außerdem von seinem sonstigen Vermögen — so viel herzugeben gezwungen ist, daß er in vielen Fällen dem wirtschaftlichen Ruin entgegengeht, stellt sich als ein objectiv wucherischer heraus, so wenig dem einzelnen Darlehensgläubiger wucherische Absicht innewohnen mag. Das verzinßliche Darlehen ist daher schon seiner Wirkungen wegen eine absolut verwerfliche Form der Betheiligung des Geldbesitzenden an der landwirtschaftlichen Production. Gerecht kann nur eine Betheiligung sein, wobei der dem Gläubiger zu zahlende Zins im Verhältniß zu dem Ertrage steht, welchen das Landgut abwirft, denn die Übernahme einer derartigen Verpflichtung kann dem Landwirte niemals zum Verderben gereichen.

So sehr wir einerseits die Betheiligung der Geldbesitzenden an der Landwirtschaft in Form des verzinßlichen Darlehens verwerfen, so wenig wollen wir eine solche Betheiligung überhaupt abweisen. Wir theilen nämlich nicht die Ansicht, daß jede Betheiligung der Geldreichen an der landwirtschaftlichen Production

verwerflich sei, weil sie den Zins im Auge habe und der Zins unbegründet, unerlaubt und von vorn herein gleichbedeutend mit Wucher sei. Diejenigen welche so argumentieren, unterscheiden zu wenig zwischen Zins aus naturrechtlich durchaus unanfechtbaren Verträgen (Capitalverträgen) — und Zins aus naturrechtlich bestreitbaren Rechtsgeschäften. Zu den letzteren zählen wir das verzinssliche Darlehen, das denn auch in Wirklichkeit seine für den Schuldner ruinöse Wirkung glänzend erwiesen hat. Der Schrei der Entrüstung über die Verheerungen, welche das verzinssliche Darlehen angerichtet hat, ist allgemein; es stimmen darein auch jene, welche sich in der Theorie zu Vertheidigern desselben aufwerfen. Wir wollen nicht in diesen Zwiespalt kommen, in der Praxis etwas zu verurtheilen, was wir in der Theorie loben, denn wir wollen consequent sein und dasjenige in Theorie und Praxis bekämpfen und verurtheilen, was wir in beiden als verwerflich erkannt haben. Diese Verurtheilung der Betheiligung des Geldes als solchem, das ist als Darlehen, an der landwirtschaftlichen Production, soll uns, wie gesagt, nicht abhalten die Betheiligung des Geldes in verwandelter Form, nämlich als Capital, zu rechtfertigen, wie wir gleich unten zeigen wollen. Aus dieser mangelhaften Unterscheidung zwischen Geld und Capital erklärt es sich vielfach, daß manche das verzinssliche Darlehen für die Landwirtschaft rechtfertigen. Sie haben das dunkle Bewußtsein, daß irgendeine Betheiligung des Geldes nicht ganz in Abrede gestellt werden könne — und in Ermangelung, oder vielmehr in Unkenntniß eines besseren nehmen sie das verzinssliche Darlehen als die richtige Form des grundlegenden Vertrages an.

Es mag dem übrigens sein wie ihm wolle — wir bleiben in den durch Natur und Recht gewiesenen Schranken, und im Bestreben diesen Geboten gerecht zu werden, kommen wir auch zu den unten ausgeführten Vorschlägen.

Vorher erübrigt es noch den Beweis zu erbringen, daß die Betheiligung des Geldes an der landwirtschaftlichen Production in einer gewissen Form gerechtfertigt ist:

Dem Landwirte, der sich an den Gelbbesitzenden wendet, gebietet es an Mitteln zur Arbeit und zum Gewinne. Nicht minder sucht der Gelbbesitzende eine Gelegenheit, sein Geld in

einer Weise zu verwenden, daß er dauernden Nießbrauch zieht ohne Aufzehrung der Substanz; er will sein Geld anlegen. Er muß es zu diesem Zwecke in der Production des Landwirthes völlig aufgehen lassen, aber so, daß ihm nicht mehr Geld bleibt, sondern ein productives Äquivalent des Geldes, welches sich zur Bearbeitung schickt. Das ist aber offenbar nur Grund und Boden selbst oder die Mittel um Grund und Boden zu bearbeiten. Erst wenn der Geldbesitzer sein Geld in solche Arbeitsmittel oder Capital umgewandelt hat, hat er in Wirklichkeit sein Geld in der Landwirthschaft angelegt und hat die wirtschaftliche wie moralische Möglichkeit davon Zins zu ziehen. Das ist heutzutage aber kaum anders möglich, als durch Erlangung von alleinigem Eigenthum oder Miteigenthum an Grund und Boden. Den Ankauf eines landwirthschaftlichen Pfandbriefes halten wir durchaus nicht für eine Verwandlung von Geld in Capital. Der Geldbesitzer hat sich damit für bares Geld nur eine Geldforderung gekauft, die auch wieder nur Geld darstellt. Den Zins, den er von dem Pfandbriefe zieht, halten wir für eine Fiction; er zieht nicht Zins von einer fruchttragenden Sache, sondern vom Gelde, vom Darlehen, welches der Pfandbrief repräsentiert. Das Geld kann aber bekanntlich keinen Zins bringen, weder wirtschaftlich noch rechtlich, denn es ist keine fruchttragende Sache wie der Acker. Der Pfandbriefbesitzer kann sich auch nicht darauf berufen, um den Zins zu rechtfertigen, den der Pfandbrief ihm abwirft, daß der Landwirth das Geld welches seinerzeit für den Pfandbrief gegeben worden, in den Acker des Landwirthes gesteckt habe; denn das Geld ist seinerzeit freies Eigenthum des Landwirthes geworden und was derselbe damit gemacht hat, entzieht sich ebensowohl der Kenntniß wie der Einflussnahme des Darleihers.

Wir wollen aus diesen Gründen das Darlehen von vorneherein von dem Zusammenhange zwischen Geldbesitzenden und Landwirth ausgeschlossen haben; denn der Darleiher stellt dem Landwirth nicht Mittel zu Arbeit und Gewinn zur Verfügung, sondern überträgt ihm Geld ins Eigenthum, damit er daraus mache was er wolle, und verlangt dann von dem hingegebenen Zinsen. Wer dagegen dem Landwirth wirklich die Mittel zu Arbeit und Gewinn zur Verfügung stellt, die er selbst im Eigenthum behält, der erlangt einen Anspruch an dem Gewinne theilzu-

nehmen. Der vermehrt den Fruchtgenuss des Landwirthes und bedingt sich mit Recht einen Antheil dieser Vermehrung. Die Gegenseitigkeit der Leistungen liegt in der Beistellung von Capital im weitesten Sinne, (also mit Einschluss von Grund und Boden) einerseits), von Arbeit andererseits.

Bis hieher wird, wenn wir von den hartnäckigen Vertheidigern des verzinßlichen Darlehens absehen, der wirtschaftliche Vorgang von niemanden bestritten als von den unbedingten Leugnern des Capitalzinßes, die dann freilich consequenter Weise auch Leugner jemedes Privateigenthums sein müssen, welches über die eigene Bewirtschaftungs-Möglichkeit hinausgeht.

Mit dieser Gegenseitigkeit der Leistungen ist das Geschäft jedoch nur erst begonnen; es kommt jetzt der eigentliche Act der Production und da tritt die weitere Frage heran: Wer steht für das Risiko, wer trägt die Gefahr? Nur die nackte Habsucht konnte diese Frage damit beantworten, daß dem Arbeiter, hier also dem Landwirth, das ganze Risiko nicht nur für seine Arbeit sondern auch für das fremde Capital aufgebürdet werden müsse. Verstand und Recht aber antworten auf diese Frage: selbstverständliche trägt jeder der Contrahenten das Risiko für seinen Antheil. Mißrath die Ernte, so hat — bitter genug — der Landwirt seine Arbeit verloren; daß er aber obendrein noch den Verlust des Capitalisten decken, das heißt diesem Zins zahlen soll, wäre offenbare Ungerechtigkeit. Zündet der Blitz im Bauernhof, so trägt der Bauer fürwahr Schaden genug für seinen Theil, als daß er noch den seines Contrahenten übernehmen müßte.

Man kann also, ohne sich einer wucherischen Ungerechtigkeit schuldig zu machen, nicht dem Landwirth außer Arbeitslast auch noch die Haftbarkeit für den Antheil des Capitals am gemeinsamen Geschäft aufbürden — und dennoch ist gerade dieser Vorgang heutzutage die Regel. Die Handhabe dazu bietet, wie gesagt, das verzinßliche Darlehen. Mit dem verzinßlichen Darlehen muß der Landwirt das Risiko in doppelter Weise übernehmen; er muß das Risiko des jährlichen Ertrages prästieren und die Gefahr des Verlustes der Hauptsumme tragen. Ihn trifft es also ebenjowohl einzig und allein, wenn der Hagel die Ernte zerschlägt, als wenn die Mähre seine Felder verschüttet; der

Darlehensgläubiger thut in beiden Fällen seine harte Hand auf, um Zins und Anfangssumme auf Heller und Pfennig zurückzuempfangen. Es ist daraus ersichtlich, wie die Form des Vertrages aus dem Wesen desselben entspringt. Haben wir den Geldgeber als Miteigenthümer zu einer bestimmten Quote im Grundbuche eingetragen, so kann daraus niemals jenes verderbliche Verhältniß erwachsen, welches die festbegrenzte Darlehenszahl auf dem Lastenblatte stets mit sich bringt. Steht ein Darlehensposten auf dem Lastenblatte, so triumphiert er stets am Schlusse, die Ziffern im Grundbuche leiden keinen Schaden weder durch Dürre noch durch Mißwachs, nicht durch Überschwemmung, nicht durch Feuersbrunst und wenn der abgehauste Bauer sein Bündel schnürt und zum Wanderstabe greift, dann grinst dem neuen Besitzer, der vielleicht kein Bauer mehr ist, sondern nur ein landwirtschaftlicher Producent, die Ziffer mit ihren Nullen aus dem Grundbuch unheilverkündend entgegen.

Es liegt im hohen Interesse, nicht nur der Landwirtschaft sondern der Allgemeinheit, daß nicht der wichtigste Stand im Staat, der Grundbebauende, durch den Druck des Darlehenswuchers zugrunde gehe; es obliegt aber auch dem Staate als Hüter des Rechtes die Pflicht, den Forderungen von Natur und Recht endlich wieder Geltung zu verschaffen.

Wie kann man diese Forderungen von Natur und Recht in die Wirklichkeit übertragen?

Nehmen wir an, der Landwirt Numerius, dessen Anwesen auf 20.000 fl. geschätzt wird, verbinde sich mit Mulus, dem Besitzer von 5000 fl., zur Hebung der landwirtschaftlichen Production, so würde sich folgender Vertrag als allen Anforderungen der Gerechtigkeit genügend darstellen: Mulus wird als Miteigenthümer am Anwesen des Numerius zu ein Fünftel grundbücherlich eingetragen. Numerius ist verpflichtet die 5000 fl. zur Verbesserung und Vervollständigung des Fundus instructus unverfürt in das Gut zu stecken. Die landwirtschaftliche Arbeit und die Verwaltung leistet Numerius allein. Am Reinertrage des Gutes nimmt Mulus zu einem Fünftel theil. Nur Numerius kann Aufhebung des Miteigenthumsverhältnisses verlangen, und zwar unter Zahlung eines Fünftels des Schätzungswertes des Anwesens zur Zeit der

Auflösung des Vertragsverhältnisses. Numerius hat den Capitalzins an Mulus in barem Gelde zu entrichten.

Man wird einwenden, es sei nicht möglich, den Ertrag zu bestimmen. Es sei zugegeben, daß die gerechte Bemessung der reinen Grundrente in einem gewissen Bezirke mit Sicherheit erst von der überall im Werden begriffenen berufsgenossenschaftlichen Organisation der Landwirtschaft zu erwarten ist. Aber auch bevor dieselbe besteht, gibt es allerorten Organe genug, welchen der behördliche Auftrag erteilt werden kann, für einen gewissen Bezirk den Zinsfuß zu berechnen, zu dem sich im abgelaufenen Jahre die Landwirtschaft rentiert hat. Dieselben Organe, welche heute die Ernteaussichten und die Ernteergebnisse feststellen, sind auch in der Lage, den fraglichen Zinsfuß zu finden, der dann für die Gewinntheilung zwischen dem Landwirt und den dabei beteiligten Capitalisten maßgebend wäre. In einzelnen Fällen besonderer Schäden durch Naturereignisse wird ja immer noch eine Abweichung von dem für den ganzen Bezirk festgesetzten Percentsatz sich als nothwendig herausstellen ebenjogut gut wie eine solche Abweisung nach oben hinaus, sich als nothwendig herausstellen kann bei Grundcomplexen, welche von einer allgemeinen Katastrophe des Bezirkes verschont geblieben sind. Es müßte für Streitigkeiten in solchen Fällen eine Instanz von landwirtschaftlichen Berufsgenossen und Vertretern der Gläubiger festgesetzt werden, eventuell auch mit einer Berufungs-Instanz.

Auf diese Weise wird es sich herausstellen, daß das an der Landwirtschaft beteiligte Capital vielleicht in einem Jahre nur 2% oder gar nur 1%, dann aber vielleicht auch 5% und 6% mit Fug und Recht bezieht. Die Vermittlerinnen zwischen dem anlageSuchenden Capital und der Landwirtschaft können nach wie vor die Bodencredit-Banken sein; nur die Form wird anders werden müssen. Wir werden fortan keine Pfandbriefe mehr haben, sondern Miteigenthums-Antheilscheine an landwirtschaftlichen Gütern. Es werden Dividendenscheine zur Einlösung gelangen, deren Wert wie bei einer Actien-Gesellschaft am Schluß des Jahres bestimmt wird. Selbstverständlich kann im Schoße der Bodencredit-Bank eine Ausgleichung des aus den verschiedenen Theilen des Landes in verschiedener Höhe eingehenden Zinsfußes stattfinden, so daß für sämtliche Antheil-

scheine einer bestimmten Bank eine gleich hohe Durchschnitts-Dividende gezahlt wird.

Das sind in aller Kürze die Vorschläge, welche wir wegen der zukünftigen Abänderung der Betheiligung des Capitals an der Landwirtschaft machen. In festem Zusammenhange damit stehen Vorschläge für die Umwandlung der bestehenden Hypothekar-Darlehens-Verhältnisse. Es wurde vor einigen Jahren der Vorschlag gemacht, eine allgemeine Reduction der hypothekarijchen Darlehenssummen eintreten zu lassen. Es wurde nachgewiesen, daß der Ausfall für die Darlehensgläubiger bei den executiven Feilbietungen 7.55% der Hauptsumme beträgt. Deshalb sollten die gesammten Darlehensgläubiger in die Reduction ihrer Forderungen um denselben Satz von 7.55% freiwillig eingehen.

Gewiß wäre die Durchführung einer solchen oder ähnlichen Maßregel im Interesse der bedrängten Grundschuldner wärmstens zu begrüßen aber würde damit ausgiebig geholfen sein? Würde dadurch die Zinsenlast — und diese ist ja gerade das zunächst Drückende — gemindert oder, wenn auch gemindert, erträglich werden?

Unsere Vorschläge gehen nach einer anderen Richtung und betreffen sowohl die Hauptsumme wie die Zinsenzahlung. Bezüglich sämmtlicher grundbücherlich eingetragener Darlehen lautet unser Vorschlag:

Es werden die Landgüter, auf denen eine Hypothek haftet, amtlich geschätzt, mit diesem Schätzungsergebnis die Höhe des Darlehens verglichen und der bisherige Darlehensgläubiger als verhältnismäßiger Miteigenthümer des Landgutes im Grundbuch eingetragen, das Darlehen aber gelöscht. Wenn also ein Besizthum, welches auf 35.000 fl. geschätzt wird, mit 7000 fl. belastet ist, dann wird der Darlehensgläubiger von 7000 fl. mit einem Fünftel als Miteigenthümer des Besizthumes eingetragen und sodann sein Pfandrecht gelöscht.

Gleichzeitig wird jedoch dem Grundstücke die Last auferlegt, von einem Fünftel des Grundwertes dem ursprünglichen Darleiher jährlich die entsprechende Grundrente zu bezahlen,

welche, wie wir oben ausgeführt haben, die betheiligten Factoren festsetzen.

Die Maßregeln, die wir in Vorschlag bringen, sind unwälzend; aber Ziele, wie sie in der Grundentscheidung vor Augen schweben, können auch nicht mit unzulänglichen Mitteln erreicht werden.

Den einen Vorzug wird unserem Vorschlage vor allen anderen niemand bestreiten können: daß er folgerichtig ist. Es handelt sich bei allen Klagen über die Last der Landwirtschaft um das verzinssliche Darlehen. Dieses nun würde in der vorliegend skizzierten Weise aus dem Verkehrsleben des Grundbesitzes völlig entfernt sein. An seine Stelle würde treten der Capitalvertrag mit verhältnismäßigem Antheil des Capitalisten an dem wirklichen Ertrage von Grund und Boden.

Bismarck sagte vor längerer Zeit: man solle der nach seiner Ansicht für das Wohl der Landwirtschaft zu interesselosen Beamtenchaft die Besoldungen in einer jährlich nach Maßgabe des Gedeihens der Landwirtschaft wechselnden Höhe zahlen, dann würde sie an der Landwirtschaft und deren Förderung Interesse gewinnen. Zweifellos ist der Gedanke, daß die Prosperität des Reiches in erster Linie auf dem Blühen der Landwirtschaft fußt, naheliegend, wenn auch heutzutage sehr verdunkelt. Ob die Beamtenchaft ein Factor ist, der mit der Landwirtschaft unmittelbar leiden und gewinnen soll, ist eine Frage, über die sich streiten läßt. Eine Frage aber, über welche vernünftigerweise nicht gestritten werden sollte ist, ob diejenigen, welche sich an der Production der Landwirtschaft statt mit der Arbeit, mit dem Gelde betheiligen, nicht auch in ihren Einnahmen von der Gunst und Ungunst der Verhältnisse berührt werden sollen. Darüber hätte vernünftiger und gerechter Weise nie ein Zweifel aufkommen dürfen. In der Wirklichkeit ist es anders: das ganze Risiko lastet auf der landwirtschaftlichen Arbeit und auf dem landwirtschaftlichen Besitze. Und die Form, in welcher das möglich gemacht wurde, ist eine traurige Specialität des 19. Jahrhunderts, das verzinssliche Darlehen.

Darum hinweg mit dem verzinsslichen Darlehen aus dem rechtlichen Verkehre mit der Landwirtschaft! Zinsenleistung

des Landwirthes entsprechend seinem wirklichen Ertrage. Tragung von Last und Gefahr für den Darlehensgläubiger durch Umwandlung desselben in einen Miteigenthümer des verpflichteten Grundstückes und damit von selbst Schließung der Hypothekenbücher!

Socialer Rückblick.

Der 29. Congress der englischen Arbeiter-Gewerkschaften, der im September zu Edinburgh stattfand, bot ein interessantes Bild der Strömungen in der Arbeiterbewegung des Inselreiches. Die conservativen Vertreter der alten Gewerkschaften, welche durch die Art ihrer gewerblichen Arbeit noch vor der lohndrückenden Concurrenz des Auslandes und der einheimischen Arbeiterreserve geschützt sind, und die Vertreter der neueren, jenem Wettbewerbe ausgesetzten Organisationen zeigten sich uneins über das zukünftige Verhalten zur internationalen Arbeiterbewegung. Vom letzten internationalen Arbeitercongresse zu London waren viele Gewerkschafter ziemlich unzufrieden heimgekehrt: Die durch die Anarchisten veranlaßten Sturmscenen, die Ausschließung der Anarchisten, manche der gefaßten Beschlüsse hatten ihnen mißfallen. Dieser Stimmung gab der dem Gewerkschafts-Congresse vorgelegte Bericht des Parlaments-Comités der Gewerkschaften Ausdruck, indem er die Zweckmäßigkeit der Theilnahme an jenen internationalen Berathungen in Frage stellte und indirect aufforderte zum Beschlusse, sie künftig nicht zu beschicken. Eine Anzahl von Delegierten, unter ihnen die Parlamentsmitglieder Pickard und Wilson, traten sehr entschieden für den Rath des Parlaments-Comités ein. Wenn diese internationalen Congresse — meinte einer — nur aus Arbeitern bestünden, so könnten sie nützen; bei ihrer jetzigen Zusammensetzung mit so manchen fremden Elementen seien sie aber nutzlos. Und ein anderer sprach die Ansicht aus, daß ein Congress, auf dem so verschiedene Ansichten über die von der Arbeiterschaft zu beschreitenden Wege vertreten seien, wie es in London der Fall war, immer mißlingen müsse.

Andere Delegierte aber erinnerten, daß die wenigen internationalen Arbeitercongresse, an denen die Gewerkschaften bisher theilnahmen, bereits die Arbeiterschaft Englands jener

des Continentes viel näher gebracht, der ersteren wertvolle wirtschaftliche Bundesgenossen verschafft haben. Wolle man die Bundesgenossen nicht verlieren, so dürfe man die Socialisten nicht zurückstoßen, denn in manchen Ländern Europas gebe es überhaupt keine andere Arbeiterorganisation als die socialistische. Sei man mit der letzten internationalen Versammlung nicht zufrieden, so möge man das Vertretungssystem ändern. Um keinen Preis aber solle man die internationale Brüderlichkeit des Arbeiterstandes erschüttern.

Diese Ansicht hatte die Mehrheit für sich; man beschloß, auch in Zukunft an der internationalen Berathungen theilzunehmen.

Die neueren Elemente der Gewerkschaften, die großen Arbeitergruppen, welche die Concurrenz ungelernter oder nur wenig geübter Arbeitskräfte zu fürchten haben und denen deshalb auch die strammste Organisation erfahrungsgemäß nur geringen Schutz gegen Lohndruck, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit gewährt, hegen nicht das Vertrauen auf die eigene Kraft, wie die Aristokratie der gelernten und nicht leicht ersetzbaren Arbeitergruppen, sind auch infolge ihrer unsicheren Stellung nicht so conservativ gesinnt wie jene und halten deshalb auch die umfassenden Weltverbesserungspläne der Socialisten nicht für so überflüssig, als es die älteren thun. Aber auch unter den alten und conservativ gesinnten Gewerkschaftern finden sich Männer, die an der socialistischen Bewegung eine praktische Seite erblicken, so wenig sie auch von socialistischen Grundsätzen wissen wollen. So der Präsident des Gewerkschaftscongresses Mallison, der Secretär des Gewerkschaftsrathes von Edinburgh und Berichterstatter der Arbeitsabtheilung des englischen Handelsministeriums ist. Bei Eröffnung der Berathungen drückte er seine Freude aus über den Wechsel der Ansichten, der seit dem letzten Gewerkschaftscongresse in Edinburgh (vor 16 Jahren) in der öffentlichen Meinung über das Streben der Arbeiter stattgefunden hat. Dies danke man größtentheils den Socialisten, welche durch Darlegung des durch das gegenwärtige Wirtschaftssystem verursachten Elendes die Aufmerksamkeit auf die Lage der Arbeiterschaft gelenkt haben. Die Socialisten thun — meinte Mallison — noch weit mehr Gutes als sie meinen, indem sie fortwährend predigen, daß es

niedrig ist, zu genießen ohne zu arbeiten auf Unkosten jener, die da arbeiten ohne zu genießen. Aber es sei zweifelhaft, ob die von den Socialisten vorgeschlagenen Heilmittel zu den gewünschten Zielen führen; diese seien wohl nur dadurch zu erreichen, daß gerechtere Ansichten und liebevollere Gefinnungen sich in allen Classen ausbreiten. Das sociale Millennium ist noch sehr ferne, und inzwischen herrscht große Meinungsverschiedenheit über die beste Kampfweise. Die einen erklären das Gewerkschaftswesen für veraltet und wollen dasselbe politisch reorganisieren; die andern wollen bei der alten Einrichtung verbleiben, durch die bereits wesentliche Besserung der Verhältnisse erreicht worden ist. Es ist aber kein Streit nöthig. Eine politische Arbeiterpartei mag bestehen, aber sie soll sich außerhalb des Gewerkschaftswesens halten, dem sie wertvollen Beistand leisten, aber dessen Platz sie nicht einnehmen kann, da sie die Arbeiter nicht auf gleiche Art zu einigen vermag.

Auf dem vorjährigen Gewerkschaftscongresse war durch eine jener augenblicklichen Mehrheiten, wie sie der parlamentarische Zufall manchmal schafft, der Übergang von Grund und Boden, sowie überhaupt aller Productions- und Verkehrsmittel in das Eigenthum der Gesamtheit beschlossen worden. Der englische Maschinistenverband ließ nun durch seinen Delegierten, Mr. Sidebottom, beantragen, daß dieser Beschluß aufgehoben und ersetzt werde durch Aufforderung der Gesetzgeber, den landwirtschaftlichen Boden, die Bergwerke und die Bahnen zu Staatseigenthum zu machen, die Straßenbahnen, Wasserleitungen und Beleuchtungs-Anstalten aber zu Gemeinde-Unternehmen. Zwischen den Freunden dieses Vorschlages und jenen des vorjährigen weitgehenden Beschlusses entbrannte ein lebhafter Meinungskampf. Selbst Delegierte, die sich als Socialisten erklärten, hielten den Uebergang der gesamten Productions- und Verkehrsmittel für zu radical und das Parlamentsmitglied Fenrick sagte unter lebhaftestem Beifalle: Er werde jedem Beschlusse dieser Art widerstreben, bis er überzeugt sei, daß die Antragsteller ihr Ziel durch erlaubte Mittel anstreben und nicht durch Wegnehmen des ehrlich Erworbenen — eine Maßregel, wider die sich der religiöse und sittliche Sinn des ganzen Volkes empören würde.

Die Gegner des socialistischen Beschlusses siegten: mit 172 gegen 47 Stimmen wurde Sidebottoms Antrag angenommen. Die Forderungen desselben wurden später noch ergänzt durch jene nach Übergang — auch der Schiffswerften — und Docks in die Gemeinden, da der Privatbesitz auf diesem Gebiete wirtschaftlich ungesund sei und der Gesamtheit schade.

Bei dem kräftigen Gemeindeleben, das in England herrscht, sind solche Wünsche wohl erfüllbar und die sie aussprechende Arbeiterschaft darf hoffen, sie wenigstens zum Theile verwirklicht zu sehen, da sie ja directen Einfluß darauf zu üben vermag.

Es wurden ferner der Gesetzgebung noch eine ganze Reihe anderer Aufgaben gestellt und das Parlamentscomité erhielt den Auftrag, stets von neuem an sie zu erinnern und für sie einzutreten. Die wichtigsten davon sind: der gesetzliche Achtstundentag; Verbesserung und Ausdehnung des Gesetzes über Unternehmerhaftpflicht; Verbesserung des Armengesetzes, so daß die Arbeitsunfähigen ausreichende Unterstützung, die Arbeitslosen Arbeit zu gerechtem Lohne und die Kinder gute Erziehung erhalten; Altersversicherung für Arbeiter; Ausdehnung des besonderen Schutzes der Arbeiter in ungesunden und gefährlichen Betrieben auf weitere Betriebszweige; Ausdehnung des Trucagesetzes; Verbot der Arbeit von Kindern unter 15 Jahren und der Nachtarbeit von Personen unter 18 Jahren; Diäten für Parlamentsmitglieder.

Wie schon seit längerer Zeit, beschäftigten sich die Gewerkschaften auch diesmal wieder mit der Frage, wie der starke, lohndrückende Zufluß der Landarbeiterschaft nach den Städten zu hemmen sei. Man sprach schließlich aus: Es ist für alle Gewerkschaften überaus wichtig, daß alles für die Landwirtschaft geeignete Land auch von ihr benützt werde. Hierauf soll das Steuersystem hinwirken, und bei den nächsten Wahlen ist diese Forderung als Hauptpunkt zu betrachten, von dem die Annahme oder Verwerfung der Parlaments-Candidaten durch die Arbeiter abhängt.

Damit war schon ausgesprochen, daß die Gewerkschaften auch in Zukunft keine eigene Arbeiterpartei gründen, sondern die bestehenden Parteien im Parlamente zur Erreichung ihrer Zwecke benützen wollen, wie sie das seit langem thun. Der Congress sprach sich auch noch ausdrücklich über diesen Punkt aus, und der

Antrag auf Bildung einer unabhängigen Arbeiterpartei fiel mit 62 Stimmen gegen 136.

Einige Handlungen der englischen Regierung oder einzelner Mitglieder derselben wurden scharf kritisiert, verschiedene an sie zu richtende Ansuchen wurden beschlossen.

Auf Antrag des Parlamentsmitgliedes Havelock Wilson tadelte der Congress die Regierung, daß sie, entgegen einem Parlamentsbeschlusse, Arbeiten an die Arbeiter ungenügend entlohnende Unternehmer vergibt. Es wurde ferner beschlossen, ein Gewerkschaftscomité zur Untersuchung dieser Angelegenheit einzusetzen und einem von der Regierung zur Aufklärung der Arbeitsverhältnisse gebildeten Comité Daten mitzutheilen.

Von der Arbeitsabtheilung im Handelsministerium erklärte der Congress, daß sie ihrem Zwecke keineswegs entspreche.

Ohne Debatte wurde ein Beschluß angenommen, der den Oberpostmeister von England und den Kriegsminister scharf tadelte, weil sie sich weigerten, Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen, die Beschwerden über Arbeitsverhältnisse im Post- und Kriegsdepartement vortragen wollten. Das Parlamentscomité wurde beauftragt, in der Debatte über die Thronrede bei der nächsten Parlamentssession die Aufmerksamkeit auf diese Weigerung zu lenken und für das Recht der Regierungsangestellten auf Organisation und bürgerliche Freiheit so lange zu arbeiten, bis dasselbe verwirklicht sei.

Ferner wurde die Regierung aufgefordert, bei Vergebung von Arbeiten die Bedingung zu stellen, daß alles Material und alle Waren, soweit dies irgendwo möglich, britischer oder irischer Herkunft seien. Der Brauch, auf Regierungswerften beim Schiffsbau ungelernte Arbeiter anstatt der gelernten zu verwenden, wurde nachdrücklich getadelt.

Nachdem der Congress die Berufsangelegenheiten der Gewerkschaften erledigt hatte, that er einen Ausblick auf weiteres Gebiet. Er drückte seine Entrüstung aus über die entsetzlichen Verbrechen, die an den christlichen Armeniern verübt werden, und fordert alle christlichen und civilisierten Regierungen auf, zu verhindern, daß sich solche Gräuel wiederholen.

Im Großen und Ganzen bewies der englische Gewerkschaftscongress von neuem, daß der englische Arbeiter, wenn er

sich mit seinen eigenen Angelegenheiten befaßt, also mit Dingen die er gründlich versteht, große Klugheit und Umsicht, zugleich aber auch eine bewundernswerte Mäßigung entfaltet. Dies ist eine Wirkung der Freiheit und der politischen Rechte, welche die Gesetze Englands der Arbeiterschaft gewähren.

Im Sommer veröffentlichte die Bundesregierung des deutschen Reiches einen Organisationsplan für das Handwerk, der demnächst dem Reichstage vorgelegt werden soll. Dieser Plan gliedert das Handwerk zu Innungen und Innungs-Ausschüssen und Handwerkskammern, deren Aufgabe die Förderung gewisser wirtschaftlicher Interessen, die Aufrechterhaltung der gewerblichen Ordnung, die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten und gewerbliche Gesetzgebung im kleinsten Stile ist; all dies unter genauer Leitung und strenger Aufsicht von Behörden, in welche offenbar nach Ansicht des Autors dieses, wie der Autoren anderer socialpolitischer Gesetze, Verstand und Sittlichkeit des Volkes vollständig und ausschließlich übergegangen sind. Zum Beitritte zu dieser Organisation ist der Handwerksmeister verpflichtet.

Auch der Gehilfenschaft ist ein Platz in dieser Organisation zugetheilt: sie soll in jeder Gruppe ihre Vertretung in Gestalt eines Ausschusses haben und bei jenen Angelegenheiten mitsprechen und mitstimmen, die sie angehen und wofür sie Opfer an Mühe oder Geld zu bringen hat. Der von der organisierten Handwerkerschaft sehnsüchtig gewünschte Befähigungsnachweis wird nicht gewährt, wohl aber Anjäge zu demselben in Gestalt einer Meisterprüfung und der Beschränkung des Rechtes, den Meistertitel zu führen.

In ganz Deutschland fanden nun während der letzten Wochen große und kleinere Versammlungen von Handwerkern statt, um den Plan zu untersuchen und sich über denselben auszusprechen. Es zeigte sich, daß überall dort, wo das Handwerk noch einigermaßen auf eigenen Füßen steht, besonders im Südosten Deutschlands, die Aussicht auf feste Organisation mit Freude begrüßt wird. So sprach sich der zu Mibling abgehaltene allgemeine Congress der bayerischen Handwerker entschieden für den Organisationsplan aus, wenn er auch an demselben so manches noch verbessert wünschte.

Außerdem die Gewerbevereine. Hier führen Lehrer und Professoren das große Wort, und der Handwerker muß vor deren Gewandtheit zurücktreten. Hier wurde gegen „Zwang und Kastengeist“ protestiert, die Organisation verworfen. Freilich wurden daneben auch manchmal nicht näher bestimmte Hilfsmittel für das zugrunde gehende Handwerk dringend verlangt.

In Berlin fand eine Konferenz von Delegierten des Handwerkes aus ganz Deutschland statt, an der sich die Regierung betheiligte. Hier wurde jeder einzelne Punkt des Organisationsplanes durchberathen und zu mehreren derselben Änderungsanträge gestellt, welche der Regierungsvertreter und Verfasser des Gesetzentwurfes geheimer Oberregierungsrath Dr. Sieffert theils annahm, theils ablehnte. So wird den der Entwurf bereits in einer von der Handwerkerchaft beeinflussten Gestalt dem Reichstage vorgelegt werden — immerhin ein Fortschritt gegen früher, wo solche Gesetze ganz ohne Mitwirkung der durch sie berührten kamen.

Unter den Einwänden, welche die Handwerker-Konferenz erhob, befand sich die übergroße Vormundgewalt der Behörden gegenüber der Handwerkerchaft und die den Arbeitern vom Entwurfe eingeräumten Rechte. Die Meister wollen ihr Selbstregierungsrecht wahren — aber ihren Gehilfen, wollen sie von diesem Rechte nicht so viel gewähren, als selbst dem überaus vorsichtigen Verfasser des Entwurfes unbedingt nöthig schien. Sie fürchten sich vor den Gehilfen erkennen offenbar nicht den mäßigenden, zur Selbstbeschränkung erziehenden Einfluß des Rechtes der Selbstregierung. Es ist dies eine Kurzsichtigkeit, die sich noch schwer an deutschen Handwerksmeistern rächen kann.

Auch in Frankreich fand ein Gewerkschafts-Congreß statt, derselbe vereinigte jedoch nicht wie der englische die Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf ihre politischen, sondern beschränkte sich auf jene, welche nicht durch politische Mittel, sondern nur durch gewerkschaftliche ihren Zweck erreichen wollen. Sie haben sich seit dem Congresse zu Nantes im Jahre 1894 von den andern Gewerkschaftern geschieden und im Jahre 1895 zum erstenmale ihren eigenen Congreß zu Tours abgehalten.

Auf dem diesjährigen zu Tours waren durch 71 Delegierte 826 Gewerkschaften und 203 Gewerkschaftsverbände ver-

treten, denen gegen 400.000 Arbeiter angehören. Einige große, gleichfalls die politischen Mittel verwerfende Gruppen, wie der „Nationale Bund der Buch-Arbeiter“ waren ferngeblieben, da ihnen das Streben der Mehrheit der Gewerkschaften zu weit geht und sie ausschließlich den Schutz und die Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Berufsgenossen, Reformen einfacher und naheliegender Art, im Auge haben.

Die Mehrheit der auf dem Congresse vertretenen Gewerkschaften hat sich aber eine gründliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ziele gesetzt und als Mittel hiezu betrachtet sie den Generalstreik. Auf dem Congresse zu Tours erklärte man sich von neuem im Principe für seine Anwendung und berieth über verschiedene Arten seiner Durchführung, ohne jedoch zu einem praktischen Plane zu gelangen. Auch gieng aus dem Berichte über den Inhalt der bestehenden Generalstreik-Casse hervor, daß die Gewerkschafter für die nothwendige finanzielle Vorbereitung eines so umfassenden Planes fast gar keine Opfer bringen wollen.

Von größerer wirklicher Bedeutung als die Reden und Beschlüsse über den nebelhaften Generalstreik waren die sachlichen Beratungen der Gewerkschafter über verschiedene naheliegende Reformen, wie Achtstundentag, Minimallohn, Regelung des Lehrwesens, Ausdehnung des Wirkungskreises der Gewerbegerichte, Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern, Verbot der Zwischen-Unternehmerschaft, durch welche der Arbeitslohn so arg gefürzt zu werden pflegt.

Während des Congresses trat nicht selten die starke Abneigung zutage, die in den nicht-socialdemokratischen Gewerkschaftskreisen gegen die Socialdemokratie herrscht. Man tadelte aufs entschiedenste das Bestreben, durch politische Mittel die Ziele der Arbeiterchaft zu erreichen, und beschloß von neuem, einen internationalen Gewerkschaftscongress vorzubereiten, von dem alle Arbeiterorganisationen mit politischer Richtung strenge fernzuhalten sind.

Der internationale Frauencongress zu Berlin, der stark und aus fast allen Ländern Europas sowie aus Amerika beschiedt war, befaßte sich hauptsächlich mit Fragen der Ausdehnung des weiblichen Wirkungskreises und der Rechte des

Weibes auf wirtschaftlichem, socialen und politischem Gebiete, des sittlichen Schutzes des weiblichen Geschlechtes und mit Wohlfühlthätigkeitsfragen. Das Hauptcontingent der Theilnehmerinnen stellte die Frauenrechts-Bewegung.

Auch Vertreterinnen der evangelisch-socialen sowie der socialdemokratischen Bewegung waren zur Theilnahme aufgesordert worden, hatten dieselbe jedoch abgelehnt — die zweiten, weil ihnen das Streben der Frauenrechte einseitig und ungenügend erscheint, die ersten, weil auf dem Congresse keine eingehenden Darlegungen, sowie keine Debatten und Beschlüsse gestattet sein sollten, praktische Resultate also nicht zu erreichen waren.

Dennoch bot der Congreß viel des Beachtenswerthen. Von einer Anzahl tüchtiger Rednerinnen wurden die schweren Übel aufgedeckt, welche wirtschaftliche, rechtliche und sociale Einrichtungen der Gegenwart auf zahlreiche Angehörige des weiblichen Geschlechtes häufen. Die Schutzlosigkeit der verheirateten Frauen gegen wirtschaftliche Ausbeutung und Veraubung durch schlechte Ehemänner, die wirtschaftlichen und sittlichen Ursachen der heute so furchtbar angewachsenen Prostitution und deren verderbliche Folgen für das Familienleben und die Nachkommenschaft der unteren, mittleren und höheren Schichten; die elende Entlohnung der Frauenarbeit, der directe Zwang zur Unsitte, den Unternehmer und deren Stellvertreter häufig auf die junge Arbeiterin ausüben, die zerstörenden Wirkungen der Frauenarbeit auf Familienleben und Kindererziehung der handarbeitenden Classen, wurden von klugen und wohlwollenden auf Grund il

nehmerinn

Veranstalt

hin auf

und Entw

stischen L

Widerprü

Vor

conservati

geneigteste

zuhalten.

der Bauer

oder wenn er dieselbe gar verlangt. Wien war nun Mitte September der Schauplatz eines solchen Ereignisses: des niederösterreichischen Bauerntages. An demselben nahmen ungefähr 10.000 Bauern Theil. Sie wurden vom Statthalter Grafen Kielmansegg begrüßt und durch ein sympathisches Telegramm des in der Bukowina reisenden Ackerbauministers sowie durch die Gegenwart sämtlicher christlich-socialer Reichs- und Landtagsabgeordneter ausgezeichnet. Nach Anhörung der Referate erklärten sich die Bauern durch Beschlüsse:

Für die berufsgenossenschaftliche Organisation des Bauernstandes;

für allmähliche Herabsetzung und Aufhebung der Grund-, Erwerb- und Einkommensteuer und für deren Ersatz durch die progressive Einkommensteuer;

für Einreihung der einzigen Söhne von Bauern in die Ersatzreserve;

für gründliche Änderung des Jagdrechtes zu Gunsten des Landwirthes;

für Änderung des Heimatsrechtes und des Armenrechtes;

für obligatorische landwirtschaftliche Fortbildungsschulen;

für allgemeine Viehversicherung und Ermäßigung des Viehsalzpreises um ein Drittel;

für Verbot des Getreide-Terminhandels;

für eine der Landwirtschaft entsprechende Regelung des Mahl- und Getreideverkehrs mit dem Auslande;

für Feuer- und Hagelversicherung durch das Land;

für gesetzliche Alters- und Krankenversicherung des Bauernstandes.

Ferner wurde eine Erklärung abgegeben über die Stellung des Bauernstandes zu den Handelsverträgen und zum Ausgleiche mit Ungarn und für Errichtung einer selbständigen Staatsbank.

Wenn durch das Anhören der Referate und die debatteloße Annahme der Beschlüsse der niederösterreichischen Bauern auch nichts Besonderes geleistet wurde, so ist es doch schon ein großer Fortschritt, daß eine solche Anzahl kleiner Landleute sich entschloß, nach der Reichshauptstadt zu kommen, um hier über ihrem Stande gemeinsame Interessen sich informieren zu lassen. Damit ist das Eis gebrochen, die Aufmerksamkeit des bereits seit langem

individualistisch verjumpten Landmannes nachdrücklichst auf die wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft der Berufsgenossen gelenkt worden. Die Saat wird keimen und vielfache Frucht tragen. Wohl werden die ausgestreuten Ideen sich nicht so schnell entwickeln, als es in der Stadt geschehen würde, aber sie werden tiefer wurzeln und sich kräftiger entfalten. Denn der Mensch auf dem Lande denkt in der Regel viel mehr und viel tiefer als der Städter, bei dem fortwährend ein Eindruck den anderen verjagt.

Der internationale landwirtschaftliche Congress zu Budapest wird seine Wirkung auf die öffentliche Meinung erst dann ausüben, wenn das Protokoll der Berathungen und Debatten vorliegt, welche dort zwischen einer großen Anzahl hervorragender Fachmänner stattfanden über die vom ungarischen Ackerbauminister vorgelegte Frage:

Was hat den Preisfall des Getreides verursacht?

So viel steht bereits fest: die Mehrzahl der Theilnehmer stimmte überein in dem Urtheile, daß Währung und Speculation die Hauptursachen der Getreide-Entwertung sind.

Einen gedrängten Überblick über die Ergebnisse der Berathungen über Getreideproduction und Währungsverhältnisse gibt uns bereits folgende Erklärung, die zum Schlusse des Congresses abgegeben wurde:

Die unterzeichneten Mitglieder des Internationalen landwirtschaftlichen Congresses zu Budapest stellen als Ergebnis der Verhandlungen in der Währungsfrage fest:

1. Daß in der dreitägigen Debatte von keinem Redner die Nothlage der Landwirtschaft infolge der abnormal niedrigen Getreidepreise in Abrede gestellt wurde.

2. Daß der Zusammenhang der Währungsfrage und der Agrarfrage nahezu allseitig von den Vertretern der Landwirtschaft auf dem Congress hervorgehoben wurde.

3. Daß von der großen Mehrheit aller Redner, ohne Unterschied des währungspolitischen Standpunktes, die Ansicht der hervorragendsten Autoritäten, daß Überproduction an Getreide nicht vorhanden und die niedrigen Getreidepreise hiedurch nicht verschuldet sind, anerkannt wurde.

4. Daß allseitig auch von den Anhängern der Goldwährung zugegeben werden mußte, daß der Bimetallismus eine Steigerung der Getreidepreise herbeiführen werde.

5. Daß die Anhänger der Goldwährung nicht mehr die Argumente vorgebracht haben, mit welchen die öffentliche Meinung bisher gegen den Bimetallismus irreführt wurde und wonach der Bimetallismus nur bezweckt, daß verschuldete Grundbesitzer ihre Gläubiger durch die Zahlung mit schlechtem Gelde betrügen werden.

Die Unterzeichneten nehmen die Überzeugung mit sich, daß die landwirtschaftliche Krise durch die internationale Regelung der Währungsfrage zu beseitigen ist, und halten es deshalb für die ernste Aufgabe der Regierungen, so schnell als möglich im Sinne dieser Regelung mit einander in Verhandlung zu treten.

Allard Alphonse, membre du Conseil central de la Société de l'agriculture, Belgien; Arendt, Dr. Otto, Landtagsabgeordneter, Berlin; Aschendorff, Gutsbesitzer; Baudoin, President de la Société d'agriculture, Holland; Boutmy, Grundbesitzer, Rußland; Field, Member of Parliament, London; Fremes, Moreton, Grundbesitzer, Irland; Granville-Smith, London; Goensbroech, Graf, Grundbesitzer, Rheinprovinz; Hohenblum, Ritter v., Grundbesitzer, Niederösterreich; Kardorff-Wabnitz, Grundbesitzer, Mitglied des Deutschen Reichstages; Károlyi, Graf Alexander, Grundbesitzer, Mitglied des ung. Reichstages; Kolowrat, Graf Leopold, Grundbesitzer, Böhmen; Meyer-Danzig, Grundbesitzer, Mitglied des Deutschen Reichstages; Noek v., Grundbesitzer, Mitglied des Deutschen Reichstages; Raeder, Grundbesitzer, Dänemark; Raffalovich, Président de la Banque de commerce, Petersburg; Roesske, Dr., Grundbesitzer, Deutschland; Sagnier, H., Delegierter der französischen Regierung, Paris; Schack-Sommer, Manchester; Schwerin, Graf, Mitglied des Deutschen Reichstages; Széchényi, Graf Emmerich, Grundbesitzer, Ungarn; Széchényi, Graf B., Grundbesitzer, Ungarn.

M. Vogelsang.

Literatur.

Arbeiter-Kalender für das Jahr 1897. Von Dr. Josef Neubauer, Graz, A. Moser, 137 S., 30 kr.

Das ist der 3. Jahrgang eines Unternehmens, welches in schwieriger Zeit begonnen wurde. Das Pflänzlein wächst. Der Volkston ist getroffen, der Inhalt ist reichhaltig, Ausstattung und Illustrationen sehr gelungen.

Arbeiter-Kalender für das Jahr 1897. Herausgegeben von der Parteivertretung der österreichischen Socialdemokratie. Wien, Ignaz Brand 152 S., 40 kr.

Enthält viel Wahres, Brauchbares, verliert aber der Tendenz wegen jeden Wert. Wenn jemand aus der Thatsache, daß die Mutter und nicht das Christkind die schönen Weihnachtsfächer bringt, die Folge zieht:

Wer einmal nur die Wahrheit hat gesehen,

Glaubt nimmer an der Dogmen irres Licht,

so redet man als Deutscher nicht weiter über ihn. Das Kind glaubt an persönliches Eingreifen des Christkinds, wie es an unsere herzinnigen deutschen Märchen glaubt. Älter geworden, erfährt es den Sinn beider. Mit den Dogmen hat das nichts zu thun, aber — in der Leitung der Socialdemokratie haßt man den Namen Christi. Der Kalender ist weder deutsch noch christlich.

Sozialpolitische Randglossen.

Das Auswanderungs-Fieber in Italien. Im „glücklich geeinigten“ Italien hat laut deutschl. Blätternachricht die Auswanderung eine bedenkliche Ausdehnung genommen. Im Jahre 1885 wanderten 159.293 Personen aus, 1890 waren es 217.500, 1895 293.181. Im ganzen Jahrzehnt von 1885 bis 1895 sind 2,511.026 Personen ausgewandert, darunter 1,347.652 nach überseeischen Ländern, 1,163.373 nach Ländern innerhalb Europas. Im Gegensatz zu früher, wo die Auswanderung fast nur auf Lombardei, Venetien, Basilicata und Campanien beschränkt war, stellen heute alle Provinzen, sogar das so menschenarme Sardinien, ihre theilweise beträchtlichen Contingente. Am aller schlimmsten und ein schweres Zeichen der Zeit ist aber, daß diese Massenflucht vor dem Hungergespens und dem Steuer-Vampyr das Ackerbau treibende Land gerade derjenigen Elemente beraubt, deren es am nothwendigsten bedarf. Es sind nämlich von 100 Auswanderern in Ober-Italien 70 Percent Bauern, in Süd-Italien gar 90 Percent. „Und weshalb“ verlassen diese braven, rechtschaffenen und arbeitsamen Leute die heimische Scholle? Weil der italienische Bauer nicht einmal mehr das trockene Brod zu erringen mag, weil der Fiscus den letzten Heller aus der Tasche, das Hemd vom Leibe stiehlt! So wandert also der gesündeste Bestandtheil des Volkes aus und läßt die Parasiten, die Tagdiebe und die Hunderttausende von Beamten, die Talongos, Rabulisten und Advocaten zurück. Das Verbot der Auswanderung kann dagegen nichts helfen; wer es zu-

hause nicht aushalten kann, der findet schon einen Weg, der ihn hinausführt.

Der Götze Geld. Welch' verheerende Wirkungen für Menschenwohl und Menschenglück mit der Sucht nach Gold verbunden zu sein pflegen, ist zu bekannt, als daß wie darüber Worte zu verlieren nöthig hätten. Es scheint jedoch, daß sich hierin Salomons Worte: Nil sub sole novum Eccl. I. 10 — der Spruch wird heute bei der üblichen Verjudung als Erfindung des Rabbi Ben Akiba angeführt um ja nicht auf die heiligen Schrift kommen zu müssen, obwohl schließlich Salomon auch Jude war — erfüllen. In der Antigone von Sophokles steht:

Noch nie erwuchs der Welt ein schlimmeres Übel als
Das Geld. Das Geld verödet Städte und vertreibt
Aus ihren Wohnungen die Menschen, es verkehrt
Den geraden Sinn des Mannes und lehrt ihn, wie er
Sich schändlichen Thuns befleißigen soll. Des Menschen Fuß
Leitet es auf den Pfaden der Verschlagenheit,
Kein Thun so gottlos, d'rin es nicht unterweist.

Man könnte höchstens sagen, daß das Geld heute die Städte nicht veröde, höchstens die Landstriche, welche die Geldleute zu Jagdgebieten aufkaufen und die Bauern vertreiben. Allein in einer Hinsicht ist doch etwas Wahres daran. Große Zinspaläste stehen ganz oder halbleer, während arme Proletarier in Kellern und Böchern, Schuppen und Scheunen hausen müssen.

Wird Geld immer die Funktion haben, die Menschen zu corumpieren? Die Genossen sagen, daß in ihrem Zukunftsreiche das Geld keinen Wert haben werde, folglich auch keine üble Wirkung werde ausüben können. Wenn's so kommt, wird es uns freuen.

Das Wesen des Terminhandels. Das „B. B.“ behauptet, der Terminhandel gehe ungefähr in folgender Weise vor sich: „Kohn verkauft Levi 1000 Ctr. Weizen. Kohn hat keinen Weizen und Levi will keinen haben. Beide können vielleicht keinen Scheffel bezahlen; Kohn kann Weizen von Roggen nicht unterscheiden und Levi ebenso wenig. Was sie thun ist eine reine Wette. Kohn glaubt, daß der Getreidepreis fallen, Levi, daß er steigen wird. Am Liefertage, dem letzten des Monats, wird bloß die Herauszahlung des Unterschiedes im Preise zwischen Abschluß- (Vertrag-) Tag und Liefertag verlangt. Also Kohn zahlt dem Levi, wenn der Preis steigt, und Levi dem Kohn, wenn er fällt. Ein Beispiel! Vom betreffenden Getreide mag am Tage des Geschäftes der Centner an der Börse mit einem Preise von 7 Mk. notiert sein, an dem Ultimo-Tage (dem letzten des Monats) mit 6.80 Mk. 1000 Centner mit 7000

bezw. 6800 Ml. Den Unterschied von 200 Ml. hat jetzt Levi dem Kohn zu zahlen. Das Unglück dabei ist nur, daß das oft massenhafte Angebot von solchem nur auf dem Papier stehenden Getreide den Preis des wirklichen Getreides fortwährend drückt.

Ein ehrliches Wort. In der jüngsten Generalversammlung des katholischen Waisenhilfsvereines hielt Dr. Friedrich Graf Schönborn eine Rede und sagte darin wie das „Vaterland“ berichtete:

„Ich war in einer früheren Epoche meiner Amtsthätigkeit längere Zeit in Brünn anwesend. Brünn hat bekanntlich eine sehr starke Arbeiterbevölkerung, die größtentheils der böhmischen Nationalität angehört. Und da kamen denn alljährlich oder doch mehrere Jahre nacheinander im Monate Mai die ehrw. Mitglieder der Prager Redemptoristen nach Brünn, um daselbst die Mai-Andacht zu halten. Mit einem der hochw. Herren bekannt, wurde ich freundlich eingeladen, auch manchmal dort zu erscheinen; ich folgte der Einladung, und habe davon eine Erinnerung behalten, die ich mein ganzes Leben lang nicht vergessen werde. In der großen Minoritenkirche fand die Andacht statt; die Kirche war gedrängt voll bis auf das letzte Plätzchen, und wer, wie ich, den ganzen Raum oder doch den größten Theil desselben mustern konnte, der sah sofort, daß fast alle Anwesenden — nach ihrer Kleidung zu schließen — der ärmsten arbeitenden Bevölkerung angehörten; und diese armen Arbeiter hielten sich musterhaft während der ganzen Predigt, sie waren voll Andacht, sie sangen dann ihre schönen böhmischen Lieder, und bei der Predigt lauchten sie auf jedes Wort, das von dem Munde des breiten Predigers fiel. Und noch ergreifender war es für mich, als ich nach beendeter Andacht auf die Straße hinaus trat und da sah, wie ganze Massen von Leuten, die keinen Platz mehr in der Kirche gefunden, draußen ruhig ausgeharrt hatten vom Anfang bis zum Ende, um wenigstens passiv zu assistieren. Bei einem solchen Anblicke bekam ich Respekt vor dem Auditorium, welches ich da sah und welches ich — ich bitte mir dies nicht zu verübeln — wohl manchem eleganten Auditorium in einer großen Stadt hätte zum Muster geben können. Angesichts solcher Erscheinungen — ich habe aus meinen vielen Erfahrungen nur diese angeführt, ich könnte aber noch mit manchen anderen dienen — muß man sich wohl fragen, ob es denn ein berechtigter Sprachgebrauch ist, die reicheren und gebildeteren Classen der Gesellschaft immer ohneweiters die „besseren“ zu nennen?“ Sehr richtig!

Der Zukunftsstaat.

I.

Gerade nicht gerne aber aufrichtig muß ich gestehen, nicht zu wissen, wie der Zukunftsstaat des 20. Jahrhunderts aussehen wird. Dabei ist mir jedoch vollständig klar, daß die gegenwärtige Form der gesellschaftlichen Einrichtungen sich nicht halten kann, daß sie in absehbarer Zeit großen Veränderungen unterliegen muß. Es ist auch, meine ich für jedermann undenkbar, daß sich eine Einrichtung auf die Dauer halten könne, welche mit einer gewissen Naturnothwendigkeit die Scheidung der Menschheit in nur wenige sehr Reiche und viele ganz Arme zuwege bringt. Die Culturgeschichte der Menschheit berichtet und bezeugt weiter, daß die Verhältnisse, wie sie heutzutage vorherrschend sind, schon wiederholt bei verschiedenen Culturvölkern vorhanden waren und daß sie aber auch stets zum Untergange ganzer Völker und Staaten geführt haben, weil und wenn sie nicht corrigiert wurden. Ich weise an dieser Stelle nur auf ein Beispiel hin, das weiland Reich der Römer. Die Aehnlichkeit der Zustände dort und heute bei uns in Europa, nicht minder in der sogenannten neuen Welt ist gar nicht zu verkennen. Der Bauernstand enteignet, die alten Optimaten verschuldet und theilweise verliederlicht! Dafür die Parvenü der erst kürzlich Freigelassenen, der Plutokraten im Besitze der Latifundien, des mobilen Vermögens, der Schuldtitel 2c. 2c.. Wer denkt da nicht an die Emancipierten der Gegenwart, die Rothschild, Girsch, Bleichröder und Genossen, denen die Welt der Werte gehört, wenn sie auch einen Grafen oder Fürsten noch manchmal als Aushängeschild an die Spitze einer Bank oder einer Eisenbahn-Unternehmung setzen. Wo der Reichthum König ist, müssen sich die Menschen vor dem goldenen Kalbe verneigen. Da wird stets die Corruption früher oder später allgemein. Im Schlamme vermag jedoch keine Gesellschafts-Organisation auf die Dauer zu bestehen.

Das Gesagte wird von niemand geleugnet, ich glaube nicht einmal von den modernen Freigelassenen selbst. Wenn sie die

Früchte des Augenblickes genießen, so thun sie es unter Furcht und Bangigkeit, daß es nicht immer und vielleicht nicht einmal lange so bleiben wird. Wer an der Quelle sitzt, trinkt, wenn auch in der weiten Wüste einstweilen Tausende versterben.

Das System, durch welches dieser unnatürliche Zustand hervorgerufen wurde, nennt man den Capitalismus. Derselbe baut sich, wenn ich so sagen darf, auf dem Sachenrechte auf; er vernachlässigt das Personen- oder Menschenrecht. Der Capitalismus proclamirt, um mit Vogelsang zu reden, die Production von Werten als Zweck der Gesellschaft und unterordnet diesem die Menschen als Mittel oder Werkzeuge. Die Bezeichnung der Arbeiter als „Hände“ drückt diese Thatsache sehr prägnant aus. Ich habe daher nicht nothwendig specificierend in die Frage einzugehen.

Die capitalistische Gesellschafts-Einrichtung ist die Staatsbeziehungsweise die Gesellschafts-Form der Gegenwart. Um sie abzuändern, arbeiten viele Männer und auch ganze Parteien auf sociale Reformen hin. Die einen lassen sich vielleicht Zeit, indem sie langsam mit Detailreformen vorgehen wollen, um so die Gesellschaft vor Erschütterungen zu bewahren und die einzelnen Macht- oder Vermögensträger der Gegenwart successive auf einen Zustand vorzubereiten, welcher sie den übrigen Menschen gleichsetzt. Die anderen sind für stärkere Mittel, scheuen auch vor Ueberstürzungen nicht zurück. Sie meinen oder geben vor zu meinen, daß man die Gesellschaft so umgestalten oder einrichten könne, wie man etwa eine Herde Schafe auf die Weide treibt. Der Hirte knallt mit der Peitsche, eine Schar geht links auf die Wiese, die andere rechts auf das Ackerfeld: gemeinsam grasen, gemeinsam zum Wasser geführt werden. Das Schaf, das auspringen möchte, bekommt die Peitsche zu fühlen, beziehungsweise wird von Schäferhunden in die Herde zurückgegrault.

Ja, wenn die Menschen Schafe wären! Oder wenn sie Schachfiguren wären! Uebrigens erkennen es auch die Einsichtigeren der für ein bißchen brutalere Beschleunigung der Reform eintretenden Socialpolitiker an, daß neue Ordnungen gefunden werden müssen, daß es nicht genügend sein würde, die alte Ausartung zu bekämpfen und zu stürzen.

Wie malt sich die neue Gesellschaft in den Köpfen unserer zeitgenössischen Socialdemokraten? Diese Frage verdient es heute

mehr als je beantwortet zu werden. Die Herren sind nicht immer sehr aufgeklopft, wenn sie vor der Welt für ihren Zukunftsstaat Propaganda machen wollen. Zu einem Theile stammt die Reserve von der ganz berechtigten Einsicht, daß die Praxis höchst wahrscheinlich sich an keine voraus aufgestellte Theorie halten würde. Nur die *dii minorum gentium*, die Agitatoren von mehr Zungen- als Hirngewandtheit, welche das Kanonensfutter der jungen Fabrikarbeiter in den socialdemokratischen Zwinger zu locken den Beruf haben oder bezahlt bekommen, sind aufgeklopfter. Sie haben keinen Ruf zu verlieren, sie schaden auch nicht sehr nach oben, wenn sie Dummheiten machen. Man kann sie desavouieren.

Ich weiß nicht, ob es gut ist, ja selbst ob es erlaubt ist, die Aussprüche dieser Bursche als Programmpunkte der Socialdemokratie zu erklären, mit ihnen den weltunerfahrenen Philistern Gruseln einzujagen. Mir wollte schon öfter scheinen, daß man den Bajchi-Bozufs der Socialdemokratie damit eigentlich zu viel Ehre einräumt. Wahr ist es allerdings, daß gerade diese gegen die Religion und die katholische Kirche mit Berserfermuth losgehen, daß diese oft gegen die monarchische Staatsform in einem Tone reden, als stünde es im Belieben der Zwanzigjährigen schon übermorgen die Republik zu proclamieren, in der Präsident Adler sich ein Ministerium von Tulpenbäumen und Mandelblühen an die Seite stellen würde. Ich will schließlich selbst das noch zugeben, daß die besagten Agitatoren heute oder morgen Putzche und Scandale hervorrufen könnten. Allein, trotz allem haben sie für den Zukunftsstaat keine eigentliche Bedeutung. Krawallmacher stürzen einen bestehenden Staat heute nicht. Möchten deren noch so viele sein, der „Herr von Manlicher“ würde ihnen sehr bald den Beweis erbringen, daß sie nicht berufen seien, Weltgeschichte zu machen.

Wenn man wissen will, wie der socialdemokratische Zukunftsstaat in den Augen tiefer Denkender sich anläßt, so muß man geschicktere Leute consultieren! Selbstverständlich braucht dieser Staat nicht jedermanns Gefallen zu erregen oder jedes Zeitgenossen Billigung zu finden. Man kann ihn bekämpfen, beziehungsweise die Zirkel jener stören, die ihn vorbereiten wollen, wenn er jemand nicht gefällt oder jemand ihn nicht für erlaubt, eriprißlich, nützlich hält. Erbärmliche Feigheit wäre es, im

Herzen ein Gegner zu sein, äußerlich jedoch nicht zu müssen, sondern sich nach der Schafphilosophie zur Schlachtbank führen zu lassen, ohne auch nur zu blöcken.

Die bis vor kurzem noch ziemlich allmächtige Wiener judenliberale Partei scheint bereits in dieses Stadium eingetreten zu sein. Die bekannte socialdemokratische Gruppe Philippovich ist an die Wähler der Wiener City, also der Geld- und Machtmenschen herangetreten und hat sie eingeladen, sogenannte Socialpolitiker, recte Socialdemokraten in den niederösterreichischen Landtag zu wählen. Obgleich die zumeist jüdische Capitalistenclique der inneren Stadt socialpolitisch und politisch auf ganz anderem Boden steht als die besagte Gruppe, hat sie letzterer doch alljogleich ein Compromiß angetragen und ihr die Hälfte (drei) der Candidaten concediert, allerdings ohne Erfolg. Die Socialpolitiker wollten sich durch keine Coalition mit dieser Partei compromittieren. Die Polizei-Liberalen gelten ihnen nur mehr als Leichen. Mit einer solchen schließt man kein Bündniß.

Was mich betrifft, so schließe ich aus dem Vorgehen der Socialpolitiker, daß auch sie die Morgenröthe einer wirtschaftlichen Neuordnung bereits im Anbruche glauben. Sie würden sonst kaum noch aus der stillen Studierstube des Katheder-Socialismus herauszutreten an der Zeit gehalten haben. Um so dringender scheint mir daher die Aufgabe der Monatschrift dahin zu gehen, ihre Leser das Bild eines oder des Zukunftsstaates schauen zu lassen. Daß ich mir dabei das Recht der Kritik nicht bestreiten lasse, versteht sich ebenso, als ich das nämliche Recht jedem unterrichteten Leser rückhaltlos zugestehe.

Auf meinem Redactionstische liegen eine Menge Bücher, Broschüren und Flugblätter, welche sich alle mit der Socialreform beziehungsweise dem Zukunftsstaate beschäftigen. Ich glaube den Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn ich sie mit dem Bilde bekannt mache, das sich in den Köpfen literarischer Sociologen abspiegelt. Dabei gedenke ich heute zunächst ein paar kleine, populäre Schriften zu berücksichtigen, soweit sie von ernst zunehmenden Autoren ausgehen. Diese haben sich ja die Aufgabe gesetzt, Proselyten zu werben, die Zukunft vorzubereiten.

Eine aus dem Holländischen des Nienzi übersetzte, viel verbreitete Gelegenheitschrift hat den packenden Titel: Warum

sind wir arm? ¹ Das in meinen Händen befindliche Exemplar trägt die Bezeichnung sechzehntes bis dreißigstes Tausend. Es ist also Massenverbreitung beabsichtigt. Man wünscht die Idee des Zukunftsstaates popularisiert und verallgemeinert. Der Titel ist gut gewählt, er ist packend. Er greift dort an, wo Millionen Menschen ohnehin nur auf das erlösende Wort warten.

Mienzi findet den Grund des socialen Elendes gerade so wie wir im capitalistischen Systeme. Dagegen ist nichts zu sagen. Das ist einfache Wahrheit. Allein der Autor fasziniert vorher die Leser, indem er mit der glühenden Sprache eines Bußpredigers des alten oder neuen Testaments der gegenwärtigen Gesellschaft ein abschreckendes Spiegelbild vor Augen hält.

Sind die Menschen glücklich? fragt er Seite 5 und antwortet: Ein Blick auf das Treiben der Menschen rund um uns beantwortet uns die Frage mit Nein. Die Einen, in Müßiggang und Wohlleben versunken, jagen täglich nach neuen Auschweifungen und Vergnügungen, weil ihre im Übergenuße abgestumpften Nerven stets neuer Reize bedürfen. Die anderen vergehen in Noth und Freudlosigkeit, im Entbehren des Nöthigsten der menschlichen Bedürfnisse. Der unsinnigste, roheste Luxus dort, der menschenunwürdigste Mangel hier. Wir haben gesehen, wie fl. 12.000 ausgelegt wurden, um die Reise eines Rennpferdes von Oesterreich nach England zu bewerkstelligen. Das Rennpferd fuhr mit schier fürstlicher Bedienung, aber arme Auswanderer werden im Zwischen-deck wie Schafe eingepfercht, und der Staat läßt auch im Frieden Soldaten im Viehwaggon fahren. Der Wiener Kohlenbaron Gutmann konnte Zehntausende für ein Festessen ausgeben, Rothschild hält in der Nähe Wiens einen Garten, der Hunderttausende im Werte hat. Die Gewänder der an den Millenniums-Festlichkeiten theilnehmenden Wiener Adelsfrauen(?) waren um den Preis Tausender von Gulden hergestellt und mit Juwelen verziert, die ein Vermögen bedeuten. An jedem Renntag werden Zehntausende verloren. Als das berühmte Rennpferd „Tokio“ in England seine glorreiche Niederlage erlitt, war die Rede von einer Viertel-million Wettverlusten in der Wiener „Gesellschaft“. Die Theilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau beanspruchte

¹ Warum sind wir arm? Ein Mahnwort an alle, die arbeiten. Wien, Erste Volksbuchhandlung (Ignaz Brand) 20 S. Preis 6 Kreuzer.

Bewohner. 9·24 Percent aller Wiener Wohnungen mit 76.330 Personen sind kochenlos. Was die Dichtigkeit, das heißt Überfüllung der Zimmer anbelangt, so marschirt Wien an der Spitze der Weltstädte mit 2·1 Personen auf ein Zimmer. Dann erst folgen Berlin mit 1·9, Paris mit 1·1. Das Gleiche gilt von den Altermietern. Wien hat deren 179.611, so viel wie 14·13 Percent der ganzen Bevölkerung, Berlin dagegen nur 133.359, so viel wie 8·6 Percent. Bettgeher sind in Wien 6·4 Percent der Bevölkerung, in Berlin 6·1. Und wie sieht es nun in den kleinsten, überfüllten Wohnungen aus? Sechsz, auch acht Personen in einem kleinen Zimmer bei dem ungenügendsten Luftraum. Alles durcheinander: Eltern, halbwüchsige Knaben und Mädchen und fremde Schlafleute. Das Zimmer im Kellergeschoß, naß, finster oder im dämmerigen, schmutzigen Hinterhause. Ein Abtritt für 50, auch für 80 Personen. Der Urath fließt schon vorne bei der Thür hinaus, künstlich gelegte Ansteckungsherde aller Krankheiten. Wo bist du auf einmal geblieben, heilige Moral, durch Strafgesetzkparagraphe wohlbeschützte? Was ist es denn mit der Gefährdung der Sicherheit des Lebens? Ist ein Klippenstoß schlimmer als diese von habgierigen Hauseigenthümern aufgestellten Mordsfallen für Proletarierkinder? Im ersten Bezirke, wo die Wohnungsverhältnisse am besten sind, weil dort die Reichen hausen, sterben jährlich 11 von tausend Personen, in Favoriten, wo es am schlimmsten steht, 35. Die einzige Antwort auf diese Fragen lautet, daß sich die Höhlen für die Armen auch besser rentieren als die Prachtwohnungen für die Reichen, und eine einräumige Wohnung verhältnismäßig theurer ist als eine zehn- und zwanzig-räumige auf der Ringstraße.

So stehen die Dinge in Wien. Aber nun bilde man sich ja nicht ein, daß sie draußen in der Provinz besser stünden.

Die mährischen Zuckerplantagenbesitzer stecken ihre Wanderarbeiter in leergemachte Stallräume ihrer Meierhöfe. Da liegt alles, Weib, Mann, Jüngling, Mädchen, auf ein und derselben Strohschütte. Aber kaum zwei Schritte vor der Thür breitet sich der riesige Düngerhaufen des Meierhofes aus, über den sich die Jauche aus den Ställen ergießt und wo auch die Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen. — Und endlich der „freie“ grundsässige Bauer zum Beispiel Ostgaliziens. Seine Hütte ist aus

Lehmflößen erbaut, ohne Rauchfang, mit nur einem Fensterchen, das Winters nie geöffnet wird, sonst müßten die Inwohner erfrieren, denn Holz haben sie weder, noch können sie es kaufen. Der Dunghaufen vor dem Hause sorgt weiters für frische, gesunde Luft. Und damit die Pestilenz der „Zimmer“luft den Höhegrad erreiche, wohnt meist alles Vieh, das der Bauer hat, mit ihm in ein und derselben Stube, die also Wohngemach, Schlafkammer, Küche und Stall zugleich ist. Doch warum baut er wenigstens keinen eigenen Stall und verlegt nicht den Platz für den Düngerhaufen? Weil ein Bauer, der vier bis fünf Joch zu eigen hat, mit dem Raume geizen muß, will er nicht verhungern. Woher aber sollte er erst Bauholz nehmen, da die Wälder den Schlachzigen gehören.

Nicht wahr, das ist die Deutlichkeit des Höllen-Breughel. Man wird vielleicht sagen, daß der Autor übertreibe, daß er zu sehr generalisiere. Zugegeben. Unwahr ist das Gesagte jedoch nicht, wenigstens bezüglich eines sehr nennenswerten Percentiages unserer Zeitgenossen. Darum wird die Schrift verschlungen werden auch von Menschen, welche nicht in der geschilderten trüben Lage sich befinden.

Wünsche nach Besserung der Lage hat schließlich jeder Mensch. Wer ihm Erfüllung verheißt, dem glaubt er gerne. Die Soci sind mit Versprechungen am wenigsten farg. Die früher von mir schon gebrachten Wander- und Hezprediger gehen am weitesten. Sie versprechen das sagenhafte goldene Zeitalter herbeizubringen, sie kommen immer auf Heines bekannten Spruch:

„Es gibt hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Und Rosen und Myrrhen und Schönheit und Lust
Und Zuckererbjen nicht minder.“

Es braucht keine specielle Erwähnung, daß die Myrrhen mit den Myrten verwechselt ist. Die Myrrhe ist ja ein bitteres Gummiharz, das der genüßgierigen Menschheit nicht abgeht. Aber die Myrte ist eine Pflanze, die einst der Aphrodite geweiht war und heute noch symbolisch eine viel beliebte Bedeutung hat.

Von dem ganz abgesehen ist es jedenfalls unbestreitbar, daß diese Welt genügend Raum für alle Menschen hätte und daß sie fruchtbar genug sein könnte, allen Menschen ihr Auskommen

zu liefern. Es fragt sich nur, wie man sie einzurichten habe, daß die Production eine ausreichende sei und die Vertheilung nicht etwa einzelne übergehe.

Der ängstliche Spießbürger erwartet von der Socialdemokratie, schreibt Fehlinger,¹ sobald dieselbe zur Herrschaft gelangt, daß ihm seine Habseligkeiten, sein erspartes Geld, weggenommen und er selbst von Haus und Hof verjagt wird. Die Socialdemokratie hätte nicht Anlaß auch nur eins von all dem zu thun. Sie will es jedem möglich machen, das zu bekommen, was er braucht; sie bedarf kein Geld, in dem Moment, in welchem sich ihr Ziel verwirklicht.

Es wird von uns das Gegentheil von dem gesagt, was wir wollen. Nicht theilen wollen die Socialdemokraten, sie wollen alle Reichthümer vereinigen und das Volk das arbeitet, soll aller Vortheile, die ja doch nur aus der Arbeit entstehen, auch theilhaftig werden. Der Autor wendet sich dann zum socialdemokratischen Zukunftsstaat und sagt von ihm: „Ein Beharren in der capitalistischen Civilisation ist unmöglich; es heißt entweder vorwärts zum Socialismus oder rückwärts in die Barbarei.“ Auch dieser Autor constatirt, daß die Völker immer tiefer sinken. „Könnte der Socialismus nicht siegen, so würde die Menschheit verkommen, verwildern, und auch der Capitalismus verschwinden müssen, wenn die Sterblichkeit so groß geworden, daß er nicht mehr die nöthigen Arbeitskräfte findet. Die Errettung der Völker ist der Socialismus.“ Was er unter Socialismus versteht ist eine Art Communismus. Er stellt fest, daß die Erzeugung fast aller Gegenstände für den menschlichen Verbrauch schon gegenwärtig durch gesellschaftliches Zusammenwirken geschieht; was auf den communistischen (oder socialdemokratischen) Staat fehlt, ist das Verschwinden jener, welche das Arbeitsproduct anderer sich aneignen: der Capitalistenklasse. „Wie es im socialdemokratischen Staat im einzelnen zugehen wird, ist nicht recht möglich zu schildern. Nur soviel ist sicher, daß jeder (und jede) Arbeitsfähige an der Erzeugung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, der Bedürfnisse aller mitzuwirken habe, und daß jeder alles bekommt, was er braucht.

¹ Grundzüge des Socialismus. Erörtert von Hans Fehlinger. Wien, 1896, Genossenschafts-Buchdruckerei.

ein Urtheil zu bilden, es sei möglich, aus solcher Versclavung, aus geradezu menschenunwürdigen Zuständen direct zu Zuständen hinüber zu gelangen, die das Ideal der Menschheit sein sollen.

Das Proletariat für den Socialismus vorzubereiten, es aufzuklären und zu organisieren, ist die Aufgabe der Socialdemokratie.

Der Träger der Entwicklung der Menschheit zum Socialismus kann nur das classenbewußte und als politische Partei organisierte Proletariat sein.

Den Capitalisten mangelt meist die Fähigkeit, die historische Entwicklung zu verstehen und damit die Naturnothwendigkeit des Socialismus einzusehen. Könnten sie dies aber, so bleiben sie trotzdem, in Rücksicht auf ihr behagliches Dasein, Gegner desselben. Die Männer der Wissenschaft aber stehen im Dienste des Capitals, sie können nicht Propaganda machen für das, was ihre Classengenossen am meisten fürchten. Der Socialismus würde den Bourgeois die „Freiheit“ nehmen, er macht Nichtsthun und Verschwendung unmöglich.

Bauern und Handwerker halten frampshast fest an den kargen Resten ihres Besizes, sie fürchten ihren Untergang ins Proletariat.“

Wie hier zu sehen, fühlen die Pionniere des Zukunftsstaates die Nothwendigkeit apologetisch vorzugehen und jene zu beruhigen, welche aus der Dualität der auf den Zukunftsstaat hinarbeitenden Genossen, sowie deren — wie in der letzten Nummer geschildert wurde — abstoßenden Brutalität und Terrorismus sich und der Menschheit nichts Gutes zu erwarten getrauen. Sie gehen dabei auf die Gegenwart nicht ein, vermuthlich weil sie einsehen, daß sie die Helden der Gewaltthatigkeit, die überspannten Narren des Materialismus und der Religionsfeindschaft doch nicht weißwaschen könnten. Fehlinger drückt sich übrigens auch in Bezug auf den socialdemokratischen Zukunftsstaat nur mit allgemeinen Worten aus, unter welchen man sich denken mag, was man will. Eingehender und specifischer befaßt sich Rienzi damit. Wir wollen in der nächsten Nummer auf seine Worte eingehen und sie kritisch beleuchten.

Dr. Scheicher.

Die sogenannte „Fruchtbarkeit“ oder „Productivität“ des Capitals.

Von W. Hohoff.

(Fortsetzung.)

Albert W e i ß sagt: „Capital ist fruchtbar gemachtes Geld. Geld aber als solches ist unfruchtbar, nicht absolut unfähig Frucht zu bringen, sondern nur actuell nicht fruchttragend, aber potentiell allerdings mit der Fähigkeit begabt, daß durch eine weitere active Macht, die A r b e i t, actuelle Früchte daraus gezogen werden können.“¹ „Das Geld wird nie eine andere Natur haben als es im Mittelalter und zur Zeit Alexander des Großen hatte. Wenn wir die Augen dem Lichte öffnen, so entdecken wir heute trotz all unserer Fortschritte an ihm eben auch keinen anderen Wert als den einen, welchen bereits Alexanders großer Lehrer (Aristoteles) und des Mittelalters größter Lehrer (Thomas von Aquin), die klarsten, nüchternsten, schärfsten Geister entdeckt haben, welche die Welt kennt. Der Wert des Geldes ist nur einer und kann nur einer sein und wird in Ewigkeit nur einer sein. Geld als Geld ist Tauschmittel. Ist es hingegeben und gegen ein anderes Geld umgesetzt, so ist alles geschehen, wozu es gebraucht werden konnte . . . Das Geld ist unproductiv, unfruchtbar, ohne Ertrag. Eben aber weil es Geld, das heißt Tauschmittel ist, ist es productibel, fruchtfähig, vorausgesetzt, daß es in ein Äquivalent umgesetzt wird, aus dem durch Verbindung mit Arbeit etwas produciert, Frucht gezogen, Ertrag gewonnen wird . . . Capital ist also das gerade Gegentheil von Geld . . . Während Geld bloß productibel oder fruchtfähig ist, und zwar bloß in entfernterer Weise, insofern es die Möglichkeit des Umsazes in selbst fruchtfähige Dinge bietet, muß das Capital, der Natur der Sache nach eine productive, eine fruchtbare, das heißt thatächlich fruchtbringende oder doch bereits in den Proceß des Fruchttragens verwickelte Sache sein.

„Der Capitalzins ist also eine von innen heraus erzeugte Frucht . . . Zins kommt organisch aus dem Innern einer nicht bloß fruchtfähigen, sondern wirklich fruchtbaren Sache, und wird durch Arbeit aus derselben gezogen . . . Der Zins

¹ Zins und Wucher. Als Manuscript gedruckt. Graz, 1882, S. 7.

beim Capital ist eine Frucht, die vermittelt der Arbeit aus dem Capital selber herauswächst.

„Davon kann also keine Rede sein, es habe die Kirche jetzt ihre Lehre geändert oder jemals Zinsnehmen verboten. Verboten ist Zins nur dort, wo kein Zins ist und kein Zins sein kann, das heißt bei unfruchtbaren Geschäften, also insbesondere beim Darlehen im strengen Sinne des Wortes. Bei anderen Geschäften dagegen, welche juridisch und wirtschaftlich betrachtet innerlich eine ganz andere Natur haben, also bei fruchtbringenden Geschäften, auch wenn sie äußerlich dem Darlehen ähnlich sehen, hat dieses Verbot keine Geltung. Das sind aber jene Geschäfte, die man jetzt mit dem gemeinsamen Namen Capitalgeschäft bezeichnet.“¹

Dagegen sagt Proudhon: „Die Productivität des Capitals ist eine Fiction. Um den Wucher zu vertheidigen, haben die Ökonomen behauptet, das Capital sei productiv, und so eine Metapher in eine Wirklichkeit verwandelt.“² Und an einer anderen Stelle schreibt er: „Die Productivität des Capitals, das ist gerade das, was das Christenthum unter dem Namen Wucher verdammt; sie ist die wahre Ursache des Elendes, der wahre Grund und Urquell des Proletariates, (der Besitzlosigkeit der Masse der Arbeiter).“³

Freilich ist Proudhon nichts weniger als eine wissenschaftliche Autorität, und sein Name hat einen üblen Klang. Aber auch andere Autoren vor und nach ihm haben sich in dieser Frage ähnlich ausgesprochen. So sagt z. B. E. Pecqueur: „In thatsächlicher Wirklichkeit bringt das Capital seinem Eigenthümer einen Ertrag ein . . . Aber absolut gesprochen, gibt das Capital keinen Ertrag, es schafft nichts, es produciert nichts; den Ertrag produciert vielmehr derjenige, welcher das Capital anwendet oder verwertet, der Creditnehmer, der Anleiher. Er

¹ Weiß, Apologie. 1834. IV., 484–87. 521–22. Sociale Frage und sociale Ordnung. 1892. II., 656 ff. 673 f. 695–97.

² Proudhon, Die Widersprüche der Nationalökonomie. Cap. 6, § 1. Deutsch von Jordan. 1847. I. 287, 28-.

³ Idées révolutionnaires. Par P. J. Proudhon. Paris 1849. p. 202: „La productivité du capital, ce que le christianisme a condamné sous le nom d'usure, telle est la vraie cause de la misère, le vrai principe du proletariat.“

allein ist es, welcher dem Capitalisten den Zins gibt, der durch seinen Schweiß, durch seine (des Anleiher's) Arbeit entstanden ist . . . Was ist in der That ein Capital? Todte Materie und nichts mehr; und diese träge, unthätige, todte Materie wird nur dadurch und nur dann productiv, wenn ein Mensch seine Arbeit darauf verwendet, das heißt seine Intelligenz, seine Kraft, seinen Willen, kurz sein Ich, sein Selbst, seine Persönlichkeit, oder mit anderen Worten die wahren religiösen Bedingungen der Appropriation. Daher ist der Zins der Wucher, der Ertrag des Capitals unter allen seinen Formen logischer Weise eine nach der Anschauung des Katholicismus unmoralische Erscheinung, und noch mehr ist sie es in den Augen des heutigen Ökonomen . . . Die Hauptursache der Ungleichheit des Vermögensbesitzes, des Wissens und der Moralität unter den Menschen, ist nicht das Eigenthum — sondern der Zins, die productive Kraft oder Ertragsfähigkeit, welche man dem Capitale beilegt hat . . . An die Stelle des Darlehenszinses — dieses Mittels, Capitalien zu accumulieren ohne daß man arbeitet, indem man einfach sein Capital Zins tragen läßt, das heißt indem man einen Theil der Früchte des Schweißes seiner Mitmenschen sich aneignet — muß vielmehr eine Rechts- und Wirtschaftsordnung treten, die bewirkt, daß die Anhäufung von Reichthum nur möglich sei auf Grund und im Maße der persönlichen Arbeit . . . Heutzutage genügt es, daß man von einem Menschen abstammt, der niemals gearbeitet hat, um selbst niemals arbeiten zu brauchen; und im Gegentheil, wenn euer Vater sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, so ist es so gut wie sicher, daß auch ihr euer ganzes Leben lang arbeiten müßt. Kurz, was antisocial ist, was ein bleibendes, schweres Hinderniß für die Besserung der Lage der großen Masse bildet, das ist nicht das individuelle Eigenthum, das ist nicht die Anhäufung von Conjunctiv-Gütern, die der, welcher sie durch seine Arbeit hervorgebracht hat, nach Belieben verzehren kann; das ist selbst nicht das Erbrecht; das ist vielmehr der Zins des einmal accumulierten Capitals, welcher Zins diesem Capital ins Endlose eine productive Kraft verleiht auf Kosten und zum Schaden derjenigen, die kein Capital accumulieren konnten.“¹

¹ Pecqueur, Des améliorations matérielles dans leurs rapports avec la liberté. 2. Ed. Paris 1841, p. 273: „En réalité, le capital

Ein neuerer socialpolitischer Autor, der orthodox-katholische J. Roesewitz schreibt: Die angebliche „Productivität des Capitals“, diese große Ungerechtigkeit der heidnischen Gesellschaften, und, vom Standpunkt der politischen Ökonomie aus angesehen, die eigentliche, letzte Ursache aller socialen Leiden — ist nichts anderes als eine Phrase, erfunden um die Thatfache zu verschleiern, daß die Früchte fremder Arbeit angeeignet werden von denen, welchen die Productionsmittel gehören . . . nicht als ob das Capital nicht ein wichtiger Factor der Production wäre; aber die Früchte der vereinigten Thätigkeit von menschlicher Arbeit und Capital müssen demjenigen zukommen, der persönlich die Productionsmittel anwendet.“¹

rapporte à son propriétaire . . . Mais, absolument, le capital ne rapporte rien, ne crée rien, ne reproduit rien; c'est celui qui le fait valoir, le crédit, ou emprunteur. Lui seul donne l'intérêt au capitaliste, intérêt né de ses sueurs, de son travail . . . Qu' est - ce, en effet, qu' un capital? De la matière inerte, et rien de plus, laquelle matière ne devient reproductrice d'une autre utilité qu' à la condition qu' un homme y mette son travail, c'est-à-dire son intelligence, sa force, sa volonté, son moi enfin, ou en d'autres termes, les vraies conditions religieuses d'appropriation. Voilà pour quoi l'intérêt, l'usure, le rapport du capital, sous toutes ses formes, est, logiquement, une chose immorale aux yeux du catholicisme, et de plus d'un économiste moderne.“ p. 46: „Or, la cause la plus générale et la plus persévérante de l'inégalité de richesse, de savoir et de la moralité parmi les hommes, c'est non pas la propriété — mais l'intérêt, la **vertu reproductrice** attribuée au capital . . . Au prêt à intérêt, au moyen d'accumuler des capitaux sans travailler en faisant produire un intérêt à vos capitaux accumulés, c'est-à-dire en prenant une partie des fruits des sueurs de vos semblables, substituez un ordre de choses qui fasse que cette accumulation ne soit possible qu' en raison du travail personnel.“ p. 348: „En résumé, ce qui est antisocial, ce qui met obstacle éternel et sérieux au mieux être de la masse des hommes, ce n'est pas la propriété individuelle, ce n'est pas l'accumulation de richesses consommables au gré de l'individu qui les crée par son travail, ce n'est pas même l'héritage; c'est l'intérêt du capital une fois accumulé, lequel intérêt donne à ce capital une vertu reproductive à l'infini au préjudice des non — accumulateurs.“

¹ Association catholique, 15. Février 1886: „La prétendue productivité du capital, la grande iniquité des sociétés païennes et, au point de vue économique, la dernière cause de toutes les souffrances sociales, n'est autre chose qu' un mot inventé pour dissimuler

Wer hat nun Recht? Ist das Geld wirklich productibel, fruchtfähig, potentiell fruchtbar? Ist das Capital in Wahrheit productiv, fruchttragend? Oder ist die sogenannte „Productivität des Capitals“ nur eine Fiction, eine Metapher, eine Phrase, erfunden um den Wucher zu beschönigen?

Der Satz: „Geld kann kein Geld gebären“, heißt nicht, wie die meisten irrig glauben: „Ein Metallstück kann kein Metall gebären“, sondern: **Wert** kann keinen **Wert** gebären.

Geld ist durchaus nicht nothwendig Metall. Geld kann Glasperlen, Baumwolle, Tabak, Schokolade, Pelze, Muscheln, Getreide sein. Geld war ursprünglich, und ist noch in manchen Ländern, **Vieh**; daher sein Name pecunia. Eine Kuh kann zwar ein Kalb, aber kein Geld und keinen Wert gebären. Für Metallgeld konnte man immer Vieh und Getreide kaufen. Wäre also Geld nicht absolut unfruchtbar, könnte es mittelbar fruchttragend, das heißt werterzeugend werden, dann war die ganze Argumentation der Scholastik, daß der Darlehenszins unberechtigt sei, weil das Geld steril ist, durchaus sophistisch und haltlos.

Was ist Geld seinem Begriffe nach? Daß Geld Metall ist, ist zufällig. Es gehört ganz und gar nicht zum Wesen des Geldes, daß es aus Metall besteht. Geld ist der für sich selbst constituirte Wert aller Dinge, die selbständig gewordene Form des Wertes, das heißt ein Ding, das begrifflich nichts vorstellt als Wert; es ist der verkörperte, sozusagen incarnierte Wert. Ob der stoffliche Träger dieses Wertes Metall, Getreide, Vieh oder irgend eine sonstige Ware ist, ist ganz gleichgiltig. Könnte man das Geld einfach dadurch productiv machen, daß man es in einen Gegenstand „umwandelt“, der natürliche Fruchtbarkeit besitzt, so wäre der Zinsverbot im früheren Mittelalter noch viel weniger berechtigt gewesen als heute. Denn damals war das häufigste und gebräuchlichste Tauschmittel noch Vieh und Getreide. Man hätte also sein „Geld“, das heißt sein Vieh, gar nicht erst in ein fruchtbares Äquivalent umzusetzen brauchen.

le fait réel: l'appropriation des fruits du travail d'autrui par ceux qui possèdent les instruments du travail . . .; non que le capital ne soit pas un facteur important de la production; mais les fruits de l'action combinée du travail humain et du capital ne doivent revenir qu' à celui qui a mis personnellement en oeuvre l'instrument du travail.*

Wenn man gar keine Ahnung davon hat, was Wert, Geld, Capital ist, kann man freilich das Blaue vom Himmel herunter deducieren und alles beweisen, was man will.

Prof. E n d e m a n n hat vollständig recht, wenn er sagt: „Neben den von der Scholastik und Canonistik allgemein festgehaltenen Sätzen: pecunia pecuniam parere non potest. pecunia fructum non habet, konnte der Begriff des Wertcapitals nicht bestehen. Capital als productiver Wert existiert nicht. Dafs der Wert, das Capital, Erträgnisse bringen könne, erschien unmöglich“.

Geld ist das, was gilt (valet), was Geltung oder Wert (valor) hat. Wert kann so wenig Wert erzeugen oder producieren, als wie Geld, Geld erzeugen kann. Die gesammte kirchliche Wucherdoctrin hat nicht bloß den Zins vom Gelddarlehen verworfen und verpönt, sondern auch jeden Zins vom Darlehen, von Getreide, obgleich Getreide von Natur fruchtfähig ist. Es kann also gar nicht darauf ankommen, ob der stoffliche Träger des Wertes natürliche Fruchtbarkeit besitzt oder nicht. Der Wert kann in keinem Falle Wert gebären, mag der Träger des Wertes nun seiner Natur nach fruchtbar oder unfruchtbar sein. Aber hier ist es die doppelsinnige Bedeutung der Worte „Frucht“ und „fruchtbar“, die zu den schönsten Sophismen oder Paralogismen die Veranlassung gibt. Weizen kann Weizen erzeugen, also eine Frucht im Sinne der Naturwissenschaft. Nun hat aber das Wort (fructus) auch noch die zweite Bedeutung: reines Einkommen, arbeitsloses Vermögens-Einkommen; und ein solches kann der Weizen nie und nimmer erzeugen. Auch Grund und Boden, so groß seine natürliche Fruchtbarkeit auch immer sein mag, hat seit der Erschaffung der Welt bis zum heutigen Tage noch nie für einen Pfennig Geld, Wert oder Einkommen erzeugt. Die Rente entspringt nicht aus dem Boden, wächst nicht aus der Erde hervor, sondern sie entstammt einzig und allein den bestimmten, historisch gewordenen, gesellschaftlichen Verhältnissen.

Es ist von den Gegnern der scholastischen Wucherdoctrin durchaus consequent gedacht, wenn sie die Anschauung von der Unfruchtbarkeit des Geldes gänzlich verwerfen, falls man zugibt, dafs das Geld mittelbar productiv oder productibel sei. Mit vollem Recht sagt Prof. Funk: „Man könnte das Geld nur unter der Bedingung zu den unfruchtbaren Gütern zählen, dafs

man zugleich die mannigfaltigen anderen Güter, deren Erwerbung wenigstens in allen Fällen der mögliche Zweck der Geldverwendung ist, mit demselben Prädicate belegen würde".¹

Entweder ist das Geld absolut unproductiv oder man ist gar nicht berechtigt, auf die Sterilität des Geldes Zinsverbote zu begründen. In der eigentlichen Industrie sind alle Productionsmittel, Rohstoffe, Maschinen, Fabrikgebäude, Steinkohlen, Wolle, Baumwolle zc. ebenso unfruchtbar von Natur, wie Gold und Silber. Da ist es doch eine handgreifliche Absurdität, die angebliche Productivität des Capitals, das meist aus natürlich unfruchtbaren Dingen besteht, theoretisch und allgemein aus der natürlichen Fruchtbarkeit der Productionsmittel ableiten zu wollen. Grund und Boden, Vieh, Obstbäume, Getreide können Früchte tragen im naturwissenschaftlichen Sinne, sie können aber keine Früchte tragen in dem Sinne worauf es hier allein ankommt, das heißt sie können keinen Mehrwert erzeugen, kein Einkommen producieren. Wenn die natürliche Fruchtbarkeit der Güter oder Productionsmittel die Ursache der Wertproduction wäre, dann müßte der Kartoffelbau mindestens doppelt so productiv an Wert oder Geld sein, wie der Getreidebau, und die Kaninchenzucht ein mindestens fünfzigmal so hohes Einkommen producieren, wie die Pferde- oder Rindviehzucht; denn die Kartoffeln sind von Natur viel fruchtbarer als Weizen, Roggen, Gerste und Hafer, und die Kaninchen sind viel fruchtbarer als Pferde und Rühe. Wenn ferner die natürliche Fruchtbarkeit des Ackerbodens die Ursache der Rente wäre, so müßte der Ackerbau ein höheres Einkommen abwerfen, als die Baumwollspinnerei, Maschinen-Fabrikation und alle sonstige Industrie, die es ausschließlich mit natürlich unfruchtbaren Productionsmitteln zu thun hat. Dann müßte ein fruchtbarer Weizenacker ein viel größeres Einkommen bringen, als ein gänzlich unfruchtbarer felsiger Bauplatz. In Wirklichkeit verhält sich das alles aber bekanntlich geradezu umgekehrt. Geld in fruchtbarem Ackerland angelegt, wirft ein viel geringeres Einkommen ab, als Geld, das in Handel und Industrie angelegt ist; und die allerhöchste Rente „trägt“ der von Natur gänzlich unfruchtbare Bauplatz in einer

¹ Funt, Zins und Wucher, 1868. S. 165, 166, 168.

großen Stadt ein. „Für denjenigen, der reich werden will, gibt es keine schlechtere Capitalanlage als Land, in jeder anderen Weise kann man sein Geld besser verzinzen, und wenn man an die Möglichkeit eine Veräußerung denkt, nirgends so gefährlich an- und festlegen.“ So sagt ein gründlicher Kenner des Geschäftslebens, Dr. Stroußberg.¹ Und schon im Talmud heißt es: „Es gibt keine schlechtere Hantierung als Feldbau. Wenn jemand hundert Silbermünzen in der Handlung hat, so kann er alle Tage Fleisch und Wein genießen; wenn er aber hundert Silbermünzen zum Feldbau anwendet, so kann er nur Salz und Kraut essen“.²

Der gelehrte Jesuit P. Joannes Azor faßt die übereinstimmende Doctrin der Scholastik und Canonistik bezüglich unserer Frage treffend, wie folgt, zusammen: „Usura est prohibita, quia pecunia, in qua mutuum et usura versantur, sua natura fructum non parit, nissi industria et opera utentium: ergo contra rationem naturalem est, ut ex mutuata pecunia lucrum accipiamus, quia illud lucrum non provenit ex ipsa pecunia, sed ex industria et opera mutuatarii: et ideo pertinet ad ipsum mutuatarium tamquam res sua . . . Deinde, non potest exigi lucrum pro usu, vel fructu, vel emolumento pecuniae mutuatae; tum quia usus pecuniae una cum dominio pecuniae transfertur in mutuatarium; tum quia pecunia ex se nullum fructum et emolumentum parit: ergo nihil est in mutuo, pro quo lucrum possit exigi ultra ipsum mutuum“.³ Noch schärfer sagt der hl. Alphonsus v. Liguori: „Lucrum, quod recipitur ex pecunia, totum non oritur ex ipsa pecunia, quae cum omnino sterilis sit, fructum parere haud potest, sed oritur ex mera industria hominum: nec pro eo, quod

¹ Dr. Stroußberg und sein Wirken. 1876. S. 406.

² Rohling, der Talmudjude. 5. Aufl. S. 104. Tr. Jebam fol. 63 l. — „L'argent converti en fonds de terre rapporte moins que l'argent prêté, et l'argent prêté rapporte moins que l'argent employé dans les entreprises“. Turgot, Réflexions sur la formation et la distribution des richesses. § 87. Oeuvres, ed. Daire. Paris, 1844. I, 58.

³ Azorii, Institutionum Moralium T. III, 455. Colon. 1612. Azor war nicht aus Vorch am Rhein, wie Endemann irrig angibt, sondern aus der Stadt Vorrca in Spanien, daher „Lorcitanus“.

mea pecunia alteri proderit ob suam industriam, possum ego ultra sortem ab eo exigere“.¹

„Pecunia“ aber ist aller Besitz, dessen Wert nach Geld gemessen wird; pecunia ist nicht bloß gemünztes Metallgeld, sondern pecunia bedeutet allen Geldwert, alles Vermögen. Pecunia pecuniam parere non potest ist also richtig zu übersetzen: Geldwert kann keinen Geldwert, Vermögen kann kein Vermögen erzeugen, oder kurz: Wert kann keinen Wert erzeugen; valor valorem parere non potest.

Georg Ratzinger hat durchaus Recht, wenn er sagt, daß die Scholastiker mit Adam Smith und Ricardo, Proudhon, Lassalle und Marx darin übereinstimmen, daß das Geld absolut unfruchtbar und die menschliche Arbeit allein die Quelle aller Wertbildung sei. Er schreibt: „Das Geld ist absolut unfruchtbar (omnino sterilis), folglich ist aller Wert, welcher aus einer Verbindung von Capital und Arbeit entspringt, einzig und allein auf Rechnung der Arbeit zu setzen (lucrum oritur ex mera industria). In dieser Definition folgten Adam Smith und Ricardo, Proudhon und Lassalle den Scholastikern“.² Albert Weiß irrt sehr, wenn er diese Behauptung Ratzingers lebhaft bestreitet.³ Aber Ratzinger irrt gleichfalls, wenn er in den stärksten Ausdrücken die scholastische Lehre als einen höchst gefährlichen Irrtum denunziert.

Mit Recht sagt P. Daniel Concina: „Pecuniae sterilitas semper catholicis certa fuit et adversa sententia haereseos suspecta“.⁴ Die Frage, ob das Geld steril sei, ist zwar an sich ein rein profanwissenschaftliches, nationalökonomisches Problem, und der Verdacht der Häresie kann also nur darin gefunden werden, daß man die Unfruchtbarkeit des Geldes in der Absicht leugnet, um die kirchliche Wucherdoctrin als irrig zu erweisen. Aber es ist klar, daß die scholastischen Theologen sich bewußt sind, daß sie eine Wahrheit von großer Bedeutung und Tragweite aussprechen, wenn sie einstimmig und nachdrücklich lehren:

¹ Liguori, Theol. moralis. Rastisb. 1846. III, n. 759.

² Ratzinger, Volkswirtschaft 1881. S. 226.

³ Weiß, Apologie. 1. Aufl. IV, 450, 451.

⁴ Concina, Usura contractus trini. Romae 1746, p. 289. — Migne, Theol. cursus compl. XVI, 1021.

pecunia pecuniam parere non potest. Falls dieser Satz jedoch bloß besagen wollte, Geld könne unmittelbar kein Geld erzeugen, dann enthielte er keine wichtige Wahrheit, sondern es wäre das die überflüssigste, selbstverständlichste, unnütze Trivialität, die sich erdenken läßt. Denn daß Metalle Münzen direct Metalle Münzen gebären könnten, das hat natürlich niemals ein irgendwie zu rechnungsfähiger Mensch behauptet oder geglaubt. So dumm und albern waren auch die Bucherer und Krämer nicht, die zuerst den Satz aufbrachten, daß Geld, Geld gebäre und die den Zins τόκος, partus, fructus nannten. Wenn also der Satz, daß das Geld unfruchtbar sei, überhaupt einen Sinn und Zweck und irgendwelche wissenschaftliche Bedeutung haben soll, dann kann er nur bedeuten, daß das Geld absolut unfruchtbar, weder mittelbar noch unmittelbar productiv sei.

Wenn das Geld fruchtbar ist, dann war es immer fruchtbar, denn es kann seine Natur nicht ändern; dann ist der Hohn und Spott berechtigt, den Calmasius, Turgot, Bentham u. über Aristoteles und die Scholastik ausschütteten, weil diese die Natur- und Vernunftwidrigkeit des Darlehenszinses auf die Unfruchtbarkeit des Geldes begründet haben. (Schluß folgt.)

Über das Charakteristische und Wesentliche der Raiffeisen-Cassen.

Von P. Matthäus Kurz.

A. Einleitung.

Die seit hundert Jahren vollzogene Umwandlung des ganzen Wirtschaftslebens hatte in fast allen Culturstaaten die Bildung von Körperschaften zur Folge, durch welche der Mittelstand sich vor dem drohenden Untergange zu retten suchte.

Zu diesen Körperschaften gehören auch jene Cassenvereine, welche der Mittelstand zum Schutze und zur Verwertung seines Crediten gegründet hat.

Die Verschiedenheit der einzelnen Ländern in ihren Erwerbs- und Rechtsanschauungen, sowie in der Pflege des praktischen Christenthumes brachte es mit sich, daß diese Cassenvereine in verschiedenen Ländern sehr verschieden eingerichtet wurden.

Anders gestalteten sich jene Vereine, welche (nach dem Systeme von Hermann Schulze-Delitzsch) in solchen Gegenden

entstanden, wo die Rechtsanschauungen tief ins Volk gedrungen waren — anders die vom Kapuziner Ludovic des Besse in Frankreich gegündeten Cassenvereine, denen es durch staatliche Gesetze verwehrt ist, die unbeschränkte Haftpflicht in das Statut aufzunehmen — anders die in Italien von L. Luzzatti und F. Vigano gegründeten Vereine, welche wegen des großen Bildungsmangels im Volke mehr nach Art von Banken eingerichtet werden mußten — und anders endlich die besonders in Süddeutschland so schnell verbreiteten Darlehenscassen nach dem Systeme Raiffeisen. Dieses System selbst wieder ist bei seiner Einführung in Oesterreich in einzelnen Punkten nicht unwesentlich geändert worden.

Alle diese Cassenvereine, so verschieden sie auch organisiert sein mögen, haben das eine Merkwürdige gemeinsam, daß sie (wenigstens nach ihrer ursprünglichen Bestimmung und Einrichtung) einen Doppelcharakter zeigen: sie sind einerseits auf Gewinn berechnete Unternehmen — anderseits aber doch als sociale und wirtschaftliche Wohlfahrts-Einrichtungen gedacht.

Vielleicht erklärt es gerade dieser Doppelcharakter der genannten Cassenvereine, daß die ländersweise Verschiedenheit derselben gar so groß ist, es ringt eben in der Geschäftsführung selbst bald diese Seite, bald jene stärker nach Geltung.

Im Folgenden soll von den Eigenthümlichkeiten der Raiffeisen-Cassen die Rede sein.

Da aber alles Studieren ein Vergleichen ist, so will ich hiebei diese Cassenvereine mit den Vorschußcassen vergleichen, wie sie bei uns in Oesterreich längere Zeit vor Einführung der Raiffeisen-Cassen gegründet wurden und in der Hauptsache nach dem Systeme von Schulze-Dehlig eingerichtet sind.

Von diesen Vorschußcassen sind leider viele ihrer ursprünglichen Bestimmung insoferne etwas untreu geworden, als sie den oben erwähnten Doppelcharakter, nicht bloß gewinnbringende Unternehmen, sondern auch Wohlfahrts-Einrichtungen zu sein, fast ganz verloren haben und heute in ihnen das Streben nach hochprocentigem Profite fast einzig maßgebend geworden ist.

In diesem Vergleiche zwischen den Raiffeisen-Cassen und den Vorschußvereinen wollen wir uns aber letztere nicht ausschließlich in ihrer bedauerlichen Entartung vor Augen halten, sondern auch in jener Gestalt, welche ihrer ursprünglichen Bestimmung entspricht.

Schließlich sei bemerkt, daß im Folgenden das Wertpapiergeschäft dieser Cassen gar nicht in die Erörterung einbezogen werden wird.

B) Der Hauptzweck der Raiffeisen-Cassen.

Bei der Gründung der Vorschusscassen hat man ursprünglich wohl daran gedacht, daß sie nicht einzig und allein des Profits wegen, sondern auch zur Förderung des Gemeinwohles errichtet werden. Doch sollte das Ziel nicht aus dem Auge gelassen werden, wenigstens einen mäßigen bürgerlichen Gewinn zu erreichen.

Der Gewinn, G , dieser Cassen hängt aber hauptsächlich ab von den Zinsen, Zd , welche sie einnehmen für gewährte Darlehen, von den Zinsen, Ze , welche sie selbst zahlen für die Spareinlagen und Anlehen, von den Verwaltungskosten, V , und von dem Risiko, R — und zwar so, daß

$$G = Zd - (Ze + V + R).$$

Hieraus ergibt sich sofort, daß diese Cassen, um sich einen Gewinn zu sichern, einen zweifachen Weg einzuschlagen die Wahl hatten: einerseits nämlich konnten sie danach trachten, den Gewinn auf die Art zu erzielen, daß sie den negativen Summanden des obigen Ausdruckes zu verringern bemüht waren, d. h., daß sie den Einlagenzinsfuß herabsetzten, billig verwalteten und vorsichtig wirtschafteten; andererseits aber konnten sie — wenn die Versuchung dazu vorhanden war — sich darauf einlassen, den Einlagenzinsfuß zu erhöhen, kostspieliger zu verwalten und riskante Geschäfte zu wagen, also den negativen Summanden zu erhöhen, wenn sie nur auch den positiven Summanden entsprechend vergrößerten — d. h. den Darlehenszinsfuß in die Höhe trieben.

Die Wahl zwischen zwei so verschiedenen Wegen ganz offen gelassen zu haben, ist das Charakteristische der Vorschusscassen!

Welchen dieser zwei Wege haben sie nun zumeist gewählt?

Das Sinken der wahren Religiosität, das Schwinden des socialen Pflichtgefühles und die damit Hand in Hand gehende Sucht nach möglichst schnellem und mühelosem Erwerbe machen es begreiflich, daß in der Verwaltung dieser Cassen zumeist der gute Genius dem nicht guten unterlag und ein falscher Geschäftsgeist zur Geltung kam, daß kostspieliges Protectionz-

wesen in der Verwaltung einriß, daß man in der Hoffnung großen Gewinnes sich in gewagten Geschäften versuchte und daß man gar nicht oder nur wenig beitrug, während der Zinsfuß im allgemeinen sank, denselben auch für den Mittelstand herabzusetzen.

Alle jene Mehrauslagen scheute man nicht, weil man ein bequemes Mittel in der Hand hatte, sich schadlos zu halten, indem man den armen Schuldnern den Darlehenszinsfuß hinauftrieb.

So ist es denn gekommen, daß manche dieser Vorschußcassen in kurzer Zeit zu großem Reichthume gelangten, während der Bauernstand und die Gewerbetreibenden durch dieselben ausgewuchert und zugrunde gerichtet wurden.

Wenn man auf österreichischen Bahnen in einem Wagen dritter Classe fährt und da ein bißchen auf die Reden der Leute hört, kennt man's ganz genau, wenn der Zug sich einem Städtchen oder einem jener größeren Marktflecken nähert, in welchen eine solche Vorschußcasse besteht; denn wie ein solcher Ort in Sicht kommt, ändern allmählig die Leute ihren Gesprächsgegenstand, und während sie eben noch vom Wasser, von den Ernte-Aussichten, von Dr. Lueger und vom Badeni sprachen, fängt jetzt der Eine an zu erzählen, daß sein Nachbar Haus und Hof verkaufen muß, und der Andere, wie sein Vetter das Elternhaus übernahm und dazu 10.000 fl. aus der Vorschußcassa aufgenommen hat, und der Dritte, daß am Bezirksgerichte schon wieder so und soviel Bauern „angenagelt“ sind; ein paar andere wiederum erzählen, wie die Vorschußcasse sich ein neues Haus baut, an dem die Steinmetzarbeiten allein 20.000 fl. kosten; ein anderer aber fügt gleich wieder bei, daß der oder jener Bauer sich erhenkt hat in der Verzweiflung über seine Schulden; und zum Schlusse sagt dann vielleicht Einer: „Na, man hört wohl, die Leut' gründen eine neue Cassé, daß sich die armen Teufeln ein bißchen rühren können; sie'nennen's eine Raiffeisen-Cassé; bin wohl schier neugierig, ob's was wird!“

Ob nun so oder so über die Cassé geredet wird — das eine bleibt sich gleich, daß es für die Bauern und Geschäftsleute keinen anderen Gesprächsstoff gibt als den Vorschußvereine, solange sie den Ort dort vor Augen haben, der die Ehre genießt, der Sitz desselben zu sein.

Wenn man aber die Gegend nicht bloß durch das Coupéfenster, also gleichsam im Vorüberfliegen kennen lernt, sondern Gelegenheit hat, Jahre und Jahre mitten im Volke selbst zu leben, dann kann man sich's erklären, wie es kommt, daß es innerhalb des Bannkreises dieser Classen fast keinen wichtigeren Gesprächsstoff gibt als eben die Cassen. Denn abhängig von ihr sind die Leute fast alle. Dabei sind Darlehen zu (effectiv) 12% nichts weniger als eine Seltenheit; die Darlehen werden meist nur auf Wechsel gegeben. Es ist viel zu wenig bekannt, daß diese kleinen Vorschusscassen am Lande ihre Darlehen nicht bloß an Bauern und Gewerbetreibende geben, sondern daß unter ihren Schuldnern auch Fabrikanten und Großgrundbesitzer sind; solchen Darlehensjuchern werden manchmal in kopfloser Waghalsigkeit große Summen gegen Accepte zweifelhafter Güte gegeben, wenn nur die Verzinsung hoch ist. Gerade in dieser Hinsicht kommen die allernunlaublichsten Dinge vor.

Während dergestalt viele von diesen Cassen (die rühmenswerten Ausnahmen abgerechnet) in wirtschaftlicher und socialer Hinsicht ein Unglück für die betreffende Gegend bedeuten, üben sie im politischen Leben, sowie nicht minder in religiöser, oder vielmehr antireligiöser Hinsicht einen solchen Terrorismus, daß ihre Wirtschaft hie und da geradewegs zu einem öffentlichen Übel geworden ist.

Auf diesen Irrweg kommen aber die Cassen, um es zu wiederholen — nur deshalb, weil ihr Statut sie in Versuchung brachte, den Gewinn mehr durch Erhöhung der Darlehenszinsen zu erzielen, als durch Herabsetzung des Einlagezinsfußes, der Verwaltungskosten und des Risico's.

Wie verhält es sich nun in dieser Hinsicht mit den sogenannten Raiffeisen-Cassen?

Ihr Statut verhindert nach Möglichkeit, daß die drei Factoren, Einlagezinsfuß, Verwaltungskosten und Risico zu sehr in die Höhe getrieben werden; die Cassen sind so eingerichtet, daß ihr Zweck, billige und bequeme Darlehen zu gewähren, keinem Nebenzwecke geopfert wird.

Die Darlehenszinsen sind die hauptsächlichste Einnahmequelle, und nach ihr sollen die anderen Factoren reguliert werden:

$$Z_d = Z_e + R + V + G.$$

geschlossen sind, — ein wohlthuerender Gegensatz zu den früher geschilderten Vorschusscassen, welche wohl hauptsächlich durch ihre Wechselgeschäfte aufgehört haben, eine wirtschaftliche Wohlfahrts-Einrichtung zu sein.

Es soll damit den Vorschusscassen durchaus kein Vorwurf gemacht werden, daß sie mit Wechselgeschäften sich befassen. Denn diese Cassen haben viele Mitglieder und Kunden in gewerblichen und kaufmännischen Kreisen, für welche Darlehen auf Wechsel oft vortheilhafter sind, als solche gegen Schuldscheine; es soll hier nur hervorgehoben werden, daß durch das Wechselgeschäft das Risiko erhöht wird und die Darlehen theurer werden, daß also die Raiffeisen-Cassen durch Beschränkung in dieser Hinsicht leichter segensreich wirken.

2. In Bezug auf den Ort ist bei den Raiffeisen-Cassen die Beschränkung festgesetzt, daß in der Regel nur Mitglieder einer einzigen Gemeinde Darlehen aufnehmen können; die Statuten verlangen, daß das Vereinsgebiet so klein sei, daß die persönlichen Verhältnisse des Darlehenswerbers dem Vorstande genau bekannt sein können; es entfällt hiedurch nicht nur der kostspielige Informationsdienst, der bei den Vorschusscassen die Darlehen vertheuert, sondern es wird auch bezüglich der Evidenzhaltung der Creditfähigkeit und Creditwürdigkeit der Schuldner eine Genauigkeit erreicht, welche andere Cassen bei dem besten Willen nicht erreichen können.

Die Vorschusscassen haben ein ungleich größeres Vereinsgebiet — einen ganzen Bezirk oder ein ganzes Kronland.

Dem gegenüber ist eine einzelne Gemeinde allerdings etwas Kleines, aber diese örtliche Beschränkung trägt wesentlich bei zur Herabsetzung des Risikos.

3. Bezüglich der Dauer ist statutenmäßig festgesetzt, daß das Darlehen wenigsten ratenweise binnen vier Jahren zurückgezahlt werden muß. Diese Bestimmung ist für die Verringerung des Risikos deshalb von Wichtigkeit, weil der Vorstand der Casse sich darüber zu unterrichten verpflichtet ist, ob der Darlehenswerber auch über Einnahmequellen verfügt, welche die Rückzahlung binnen dieser Frist gewährleisten. Es ist allerdings unter allen Beschränkungen, an welche bei den Raiffeisen-Cassen die Darlehens-Bewilligung gebunden ist, vielleicht nicht eine,

welche sowohl dem Schuldner als dem Vereine so lästig werden kann, als gerade diese, und doch halten die Raiffeisenmänner fest an ihr; denn abgesehen davon, daß gerade die genaue Einhaltung dieser Bestimmung eine Bedingung gewisser staatlicher Gebüreneuerleichterungen ist, wissen die Raiffeisenmänner recht gut, daß gerade durch diese Bestimmung die Cassen sehr gegen Verluste im Darlehensgeschäfte geschützt werden.

Die Vorschusscassen kennen keine Verpflichtung zu solcher Beschränkung, die da wohl unter Umständen sehr lästig werden kann, aber das Risiko mindert.

4. Bezüglich der Höhe der Darlehen ist den Raiffeisen-Cassen durch die Statuten selbst keine directe Beschränkung auferlegt. Jedoch in Wirklichkeit führt die soeben in Punkt 3 erwähnte Beschränkung der Dauer der Darlehensbewilligung auch zu indirecter Beschränkung der Höhe des Darlehens.

Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen des Mittelstandes und bei den für Raiffeisen-Cassen in Betracht kommenden Arten von Geldgeschäften, kann man als Regel annehmen, daß kleine Darlehen in kürzerer Zeit abgezahlt werden, größere Darlehen aber erst nach längerer Zeit vollständig zurückerstattet werden können.

Hieraus ergibt sich, daß durch die Rückzahlungsfrist von vier Jahren der Höhe der Darlehen nach oben eine bestimmte Grenze gesetzt ist.

Es scheint freilich, als ob durch diese Beschränkung der Höhe der Darlehen die Cassen gehindert würden, gerade dort ihre volle und segensreichste Thätigkeit zu entfalten, wo sie am nöthigsten wäre, nämlich dort, wo der Mittelstand tief verschuldet ist.

In der That ist es wiederholt vorgekommen, daß in Gegenden, wo die Raiffeisen-Cassen einerseits viele Spareinlagen hatten und anderseits unter den Mitgliedern tief verschuldete Bauern waren, sie sich versucht fühlten, diesen Mitgliedern höhere Darlehen (zum Beispiel solche über 10.000 fl.) zu gewähren, jedoch aus diesem Grunde die fraglichen Darlehen nicht gegen einfachen Schuldschein mit Bürgenunterschrift auszufolgen, sondern

sie grundbücherlich sicherzustellen und hiebei natürlich von der vierjährigen Rückzahlungsfrist abzu sehen.

Dies ist aber ein Geldgeschäft, das den Statuten nicht entspricht und deshalb hätten die betreffenden Cassen die Absicht eine Statutenänderung vorzunehmen, welche solche langfristige Darlehen gegen grundbücherliche Sicherstellung ermöglicht.

In Niederösterreich haben sich in früheren Jahren wiederholt bei den Raiffeisen-Cassen aus obenerwähnten Ursachen (hohe Spareinlagen und tiefe Verschuldung) derartige Bestrebungen gezeigt; doch ist es den Bemühungen des Landes-Ausschusses fast immer gelungen (soweit mir bekannt, bloß zwei besonders schwierige Fälle ausgenommen) zu erreichen, daß von einer Statutenänderung in diesem Sinne Abstand genommen wurde.

Es fragt sich nur: ist es nicht eine beklagenswerte Hemmung der Raiffeisen-Cassen in ihrer segensvollen Wirksamkeit den Credit des Mittelstandes zu schützen und zu verwerten, daß ihnen die Gewährung größerer und langfristiger Darlehen unmöglich gemacht ist?

Nun, um diese Frage zu beantworten, muß man (was überhaupt nothwendig ist, um das Wirken dieser Cassen richtig zu beurtheilen) berücksichtigen, daß schon nach Absicht des Gründers dieser Cassen dieselben nicht eine isolierte wirtschaftliche Einrichtung sein sollten, sondern ein wichtiges Glied in einer ganzen Reihe bestimmter anderweitiger socialer und wirtschaftlicher Organisationen.

Für Niederösterreich zum Beispiel sind in dieser Hinsicht vor allem drei zu nennen: die landwirtschaftlichen Orts- und Bezirksvereine, die niederösterreichische Landes-Hypothekenanstalt und die k. k. Postsparkasse.

Wer die Raiffeisen-Cassen beurtheilen wollte ohne Rücksicht auf ihr wunder schönes Zusammenarbeiten mit diesen genannten Organisationen, der würde sehr bald vor unlösbaren Räthseln stehen.

Mit der Lösung eben eines solchen Räthfels haben wir es hier zu thun bei der Beantwortung der Frage: warum schließen die Raiffeisen-Cassen größere und langfristige Darlehen selbst dann aus, wenn sowohl sie selbst Geld genug haben, als auch Bedürfnis nach solchen Darlehen vorhanden ist, und überdies die Darlehen vollständigst sichergestellt würden?

Die Lösung dieses Räthfels liegt im Zusammenarbeiten dieser Cassen mit der Landes-Hypothekenanstalt.

Wenn zum Beispiel die Raiffeisen-Casse 20.000 fl. verfügbares Geld hat und ein Mitglied der Raiffeisen-Casse ein Darlehen in dieser Höhe aufnehmen will, so wird dieses Geld der Hypothekenanstalt gegen Pfandbriefe übergeben, und die Hypothekenanstalt gewährt dann dem Darlehenswerber den genannten Betrag gegen grundbücherliche Sicherstellung.

Dieser Vorgang hat große Vortheile für die Raiffeisen-Cassen, für den Schuldner und für die Landes-Hypothekenanstalt selbst.

Die detaillierte Ausführung dieses Gegenstandes würde zu weit führen und muß hier unterbleiben, nur das Eine sei hervorgehoben, daß auf diese Art die Raiffeisen-Cassen außerordentlich viel beitragen, auch den Realcredit des Mittelstandes zu schützen und zu verwerten, ohne daß sie genöthigt wären, mit Hypothekengeschäften sich unmittelbar zu befassen.

Die Beschränkung der Raiffeisen-Cassen auf die Gewährung niedrigerer und kurzfristiger Darlehen auf bloßem Personalcredit erscheint jetzt nicht mehr als Hemmung ihre Wirksamkeit, sondern einerseits als Entlastung von Geschäften und von Verbindlichkeiten, für deren Erledigung ihre Einrichtung minder geeignet ist, und worin sie auch von der Landes-Hypothekenanstalt in der vortheilhaftesten Weise abgelöst werden, und andererseits — worauf es uns hier hauptsächlich ankommt — ist das eine wesentliche Verminderung des Risicos.

Es erweist sich also auch diese Beschränkung als Vortheil, den eine Vorschusscasse, wenn sie auch noch so vorzüglich arbeitet, entbehrt.

(Fortsetzung folgt.)

Socialer Rückblick.

Die österreichische Gesetzgebung beschäftigte sich in der letzten Zeit mit einer Frage, die besonders geeignet ist uns von der socialen und wirtschaftlichen Unordnung der Gegenwart einen Begriff zu geben mit dem Heimatrechte. Um dem Uebelstande abzuhelpen, daß viele Heimatgemeinden für die Bedürfnisse arbeitsunfähiger oder arbeitsloser Menschen und ihrer Familien aufkommen müssen,

die ihr Leben größtentheils oder vollständig in anderen Gemeinden zugebracht, nur diesen durch ihre Arbeit, ihren Verbrauch, ihre Steuerleistung Nutzen geschafft haben, legte die Regierung dem Reichsrathe ein Gesetz vor, daß dem Gemeindefremden nach zehnjährigem Aufenthalte das Recht der Aufnahme in den Gemeindeverband seines Wohnsitzes gewährt. Der lebhafteste Meinungskampf über dies Gesetz, der zwischen seinen Gegnern — den Vertretern der großen Städte und einigen, gründlichere Verbesserungen wünschenden Socialreformern — und seinen Freunden — den Vertretern der Landgemeinden — entbrannte, warf manchen Lichtstrahl auf die gegenwärtigen Heimatsverhältnisse und deren Wirkungen. Nicht weniger als 8,1897.000 Oesterreicher halten sich in ihrem Vaterlande außerhalb ihres Heimatsortes auf, viele davon bereits seit mehreren Generationen. Mehr und mehr entvölkern sich die landwirtschaftlichen Gegenden, und die sie verlassende Bevölkerung drängt sich in Industrieorte und große Städte. In dem ohnehin schwach bevölkerten Tirol zum Beispiel nahm die Bewohnerschaft mancher Landstriche — wie der Abgeordnete Gasser mittheilte — seit 1880 um 6% ab. Fast überall leidet die Landwirtschaft Mangel an den zur Arbeit nöthigen Händen. Zugleich aber steigen die Lasten der verarmenden Landgemeinden, denn wenn die ihnen angehörenden Landflüchtlinge in Stadt und Industriebezirk durch Überanstrengung und Noth heruntergekommen, oder infolge schlechter Industrieconjuncturen arbeitslos, der Armenpflege anheimfallen, so muß die Heimat diese Last auf sich nehmen. Dies ist es zum großen Theile, was die Gemeinde-Umlagen der Land-Ortschaften so ungeheuer anschwellt. Sie erheben sich nicht selten auf mehr als 400, 500 ja 600 Percent der allgemeinen Steuern. Und bei vielen Landgemeinden beträgt die Armenlast mehr als die Hälfte der Gesamt-Ausgaben, während dieselbe Last in großen Städten einen viel geringeren Theil, so in Wien ein Sechstel des Budgets ausmacht.

Es ist wirklich ein modernes Nomadenthum, was der Capitalismus in Oesterreich erzeugt hat, und des Abgeordneten Scheicher Forderung, daß die Industrie herangezogen werde zur Armenhilfe der in ihrem Dienste verelenden Arbeitsnomaden, hat offenbar die Gerechtigkeit für sich. Bei solcher Unstätigkeit eines großen Theiles der Bevölkerung ist es begreiflich, daß das

sittliche Niveau nicht nur der Erwachsenen, sondern auch der Jugend rapide sinkt, obgleich sich die Schulbildung im Volke fortwährend ausbreitet. Wie das zuletzt erschienene Heft der von der statistischen Centralcommission herausgegebenen „Österreichischen Statistik“ berichtet, zeigte von 1881 bis 1893 die Zahl der jugendlichen Verbrecher im Alter von 11 bis 20 Jahren rasche Zunahme. Im Jahre 1881 kamen auf 100 Verurtheilte 17 unter 20 Jahren; 1893 aber deren 23. Und diese Zunahme beruht größtentheils auf Unmündigen unter 14 Jahren!

Bis die Industriellen aus freiem Willen den ihnen gebührenden Theil der Versorgung der Arbeiterschaft übernehmen, wird es noch eine Weile dauern. Auf dem österreichischen Industriellentag, der Ende October zu Wien etwa 800 Großunternehmer vereinte, wurde sogar der Wunsch als Beschluß ausgesprochen, der Staat solle ausgiebig zur Unfallversicherung der Industrie-Arbeiter beitragen. Daß Ministerpräsident Badeni gegen jedes Opfer aus Staatsmitteln für die Unfallversicherung verwahrt hatte, schien den Herren kein Hinderniß.

Der Industriellentag beschloß ferner: „Ausdehnung der Unfallversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter im Wege selbständiger Anstalten. Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter in allen gewerblichen Betrieben. Anbahnung eines Zusammenhanges der Unfallversicherung mit der bestehenden Krankenversicherung und der successive einzuführenden Alters- und Invalidenversicherung. Gegenstand der Unfallversicherung soll nicht die Minderung des wirklichen Verdienstes, sondern die durch den Unfall herbeigeführte Minderung der Verdienstfähigkeit bilden. Der als Grundlage der Prämienberechnung dienende Arbeitslohn, sowie die allenfallsigen Renten, sollen nicht individuell für einzelne Arbeiter, sondern nach Lohnkategorien berechnet werden. Die Unfall-Versicherungsanstalten sind an das Votum der Gewerbe-Inspection insoweit gebunden, daß sie solche industrielle Betriebe, bezüglich derer der Gewerbe-Inspector einen Anstand nicht erhebt, unter keinen Umständen in die höchste, sondern äußersten Falles in die mittleren Gefahrenprocente der zulässigen Gefahrenklassen einreihen dürfen. Den Unfall-Versicherungsanstalten ist lediglich die Revision der über die Lohnkategorien geführten Aufschreibungen gestattet, dagegen ist eine meritorische Besichtigung der Betriebe

selbst und insbesondere jedwede Anordnung der Betriebseinrichtung absolut ausgeschlossen.“

Gegenwärtig wird im österreichischen Reichsrathe eine von der Regierung vorgelegte und vom Gewerbe-Ausschusse etwas geänderte *Gewerbenovelle* berathen, deren Hauptzweck die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens und die Regelung des Lehrwesens ist. Bei der Generaldebatte über dieses Gesetz äußerte sich ein gründlicher Kenner der österreichischen Gewerbe-frage, Dr. Ebenhoch, über die Ursache der bisherigen langjamen Entwicklung der Genossenschaften in folgender Weise:

„In erster Linie muß wahrheitsgemäß constatirt werden, daß das individualistische Princip der rücksichtslosen Concurrenz noch viel zu viel in den einzelnen Menschen der heutigen Gesellschaft steckt, als daß die Grundsätze der Zusammengehörigkeit und christliche Nächstenliebe so recht Wurzel fassen könnten. Unsere Zeit leidet an dem Uebel, daß sie einerseits zu individualistisch, anderseits zu socialistisch sich fühlt und sich gibt. Die mit Glücksgütern Bedachten, die Capitalzkraftigen, wollen am individualistischen Principe unbedingt festhalten; die Capitalsschwachen, mit Glücksgütern nicht Bedachten dagegen werfen sich der socialistischen Richtung in die Arme — und die goldene Mittelstraße, welche einen Individualismus im Rahmen der genossenschaftlichen Grenzen schaffen will, hat bis heute auch in Mitte der Gewerbetreibenden leider noch nicht großen Boden gewonnen. Deswegen ist gerade die Erziehung durch die Genossenschaften außerordentlich nothwendig.

Ein anderer Umstand, der die Genossenschaften in der vollen Lebensentwicklung hemmte, ist, daß sie in eine bureaukratische Zwangsjacke gesteckt wurden, welche sie gehindert hat und noch hindert, ihre Angelegenheiten autonom, in ihrem eigenen Wirkungskreise zu berathen, zu beschließen und durchzuführen. Auf Schritt und Tritt sind heute die Genossenschaften von den Gewerbebehörden begleitet; ihren Berathungen wohnt ein Gewerbe-commissär bei; ihre Beschlüsse unterliegen vielfach der Zustimmung oder Genehmigung der Behörden; ihre Eingaben ersticken — um mit einem Worte Seiner Excellenz des Ministerpräsidenten zu sprechen — in dem Actenstaube der Behörde oder erlaufen in der Tinte. Ich will damit den politischen Beamten keinen persönlichen Vorwurf machen. Ich weiß sehr wohl, daß die politischen

Beamten in einem Kreise anderer Ansicht aufgewachsen sind, daß sie anders herangebildet worden sind, als zu genossenschaftlicher Auffassung des Staatslebens. Sie haben auf der Hochschule den Staat in seiner vollen Omnipotenz kennen gelernt. Sie sind gewohnt von oben herab zu dirigieren und können noch immer nicht recht begreifen, wenn einmal vom genossenschaftlichen Standpunkte, von unten herauf etwas entwickelt werden soll. Es wird auch in dieser Beziehung die Zeit Wandel schaffen, und die heutigen Zustände sind gerade danach angethan, bei den politischen Behörden, in der Beamtenschaft selbst eine andere Auffassung der Gesellschaft zu erwecken.

Ein anderer Umstand, durch den die Genossenschaften vielfach an der Entwicklung gehindert wurden, ist der, daß man sie mit allen möglichen Bureau-Arbeiten überhäuft hat, besonders mit statistischen Arbeiten und so weiter. Dazu sind die Genossenschaften nicht da; dazu gibt sich ein Vorsteher einer Genossenschaft und ein Mitglied des Ausschusses und die Genossenschaft selbst nicht gerne her, die Zeit, welche ihnen vom Handwerke im Tage erübrigt, zu verwenden, um für die vorgesetzten Behörden alle möglichen Rechenschaftsberichte, statistischen Daten und so weiter zusammenzuschreiben und abzuliefern. Das ist es, was das Genossenschaftswesen im Keime ersticht hat; das ist es, was die Lust und Liebe an den Arbeiten der Genossenschaft genommen hat. Gesetze können freilich in dieser Beziehung wenig ändern, weil man derartige Bestimmungen in das Gesetz schwer aufnehmen kann. Es muß ein anderer, freier, genossenschaftlicher Geist nicht bloß in den Genossenschaften selbst, sondern thatsächlich auch bei den Behörden Eingang finden. Merkwürdig! Wir leben heute noch immer im Zeitalter der Freiwirtschaft einerseits und anderseits der Ringe und Cartelle, ohne daß man ernstlich daran denkt, den Unzukömmlichkeiten beider Einrichtungen gehörig an den Leib zu gehen. Sobald aber auf Grund dieser Freiwirtschaft und sobald auf Grund des gesunden Principes des Associationswesens die Gewerbetreibenden, die Handwerker sich zusammenthun — da läuft man und rennt man und begutachtet man und pflegt Erhebungen und fordert Berichte ab über alle möglichen Beschlüsse, als ob man nicht selbständige Gewerbetreibende, sondern als ob man Lehrlinge oder noch jüngere Kinder vor sich hätte.

Ein weiterer Umstand, welcher es verhindert hat, daß die Genossenschaften lebensvoller auftreten, ist auch der, daß sie bei dem öffentlichen Submissionswesen viel zu wenig berücksichtigt werden und man in dieser Beziehung ihnen zu weit entgegenkommt.

Noch ein wichtiger Umstand hat die Entwicklung der Genossenschaften wenigstens theilweise verhindert und das ist die oft unrichtige Auslegung oder unrichtige Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen.“

Energisch und zielbewußt schreiten die eifrigen und organisierten Katholiken Italiens vor, um die auf ihren Congressen gefassten Beschlüsse zu verwirklichen. Kürzlich überreichte die Commission des jüngsten Katholiken-Congresses dem Minister-Präsidenten Marchese di Rudini eine Gedenschrift mit den von den Katholiken gestellten Forderungen betreffend die Schule und social-wirtschaftliche Angelegenheiten. Es wird verlangt, daß die Regierung der Landwirtschaft, „der ersten Quelle des Wohlstandes“ vor allem zuhülfe komme und daß sie den Gemeinden und Provinzen jene Wirksamkeit und jene Rechte überlasse, die dem Wesen und den Zwecken dieser Organismen entsprechen. Diese Selbständigkeit der Gemeinden und Provinzen soll durch das administrative Referendum begrenzt und beeinflusst werden, von welchem die Denkschrift viel Gutes erwartet — wohl im Hinblick auf die Wirkungen des Referendums in der Schweiz, wo diese Berufung an das Volk fast stets den Sieg der größten Vorsicht und Mäßigung zur Folge hat. „Wenn auch das Volk,“ sagt die Denkschrift, „zuweilen in der Hitze der Wahlkämpfe Ausschreitungen begeht, vielleicht weil es mehr auf die Personen als die Principien sieht, so pflegt es doch bei Entscheidung von moralischen oder finanziellen Fragen seinen gesunden Sinn und seine Kenntniß des Rechts zu beweisen.“

In Sicilien scheint der mit Ordnung der agrarischen Verhältnisse betraute königliche Commissär Codronchi bereits einigen Nutzen gestiftet zu haben. Man begann mit erneuter Ausführung einiger vor hundert Jahren erlassener Gesetze über die Vertheilung von Gemeinde-Gründen zur Nutznießung unter die mittellosen Landleute, so daß im letzten Jahre 2875 Hektare Landes 1991 armen ländlichen Familienvätern zugewiesen worden

sind. 4300 weitere Hektare sind bereits zur Vertheilung in den nächsten Monaten außersehn. Noch eine andere Arbeit ist im Gange: die Freimachung von Gemeindegründen, die von einflussreichen und gewissenlosen Gemeindemitgliedern usurpiert wurden oder einfach durch Unordnung und Leichtsinm der Gemeindeverwaltung in unrechte Hände geriethen. Wie die katholische *Rivista internazionale* berichtet, war dieser in der Erinnerung des Volkes frisch gebliebene Diebstahl des Gutes der Gemeinden und der Armen durch wohlhabende Gemeinde-Potentaten die Ursache vieler agrarischer Unruhen in Sicilien, und die Landarbeiter, die — nach den von sittlicher Entrüstung strotzenden Meldungen der Blätter — sich mit Hacke und Schaufel auf fremden Grund und Boden begaben, um ihn für sich anzubauen, aber schleunigst und mit blutigen Köpfen durch Polizei und Militär fortgejagt wurden, hatten sich nur ein Gut wiedernehmen wollen, das in Wirklichkeit ihr Eigenthum war, dessen sie zur Erhaltung ihrer Existenz bedurften.

Das fremde Gut den widerrechtlichen Besitzern abzunehmen, ist keine leichte Sache: sie sind nicht hilfe- und schutzlos wie der kleine sicilianische Landmann, sondern haben alle Macht auf ihrer Seite, welche Vermögen, angesehenen Stellung, einflussreiche Verwandte und Freunde gewähren. Dennoch sind bereits fast dreitausend Hektare mit einem Werte von ungefähr 12 Millionen Lire wieder als Eigenthum von Gemeinden festgestellt und in deren Besitz zurückgeführt worden und wenn die schwebenden Untersuchungen alle erfolgreich sind, wird sich der bereits zurückgewonnene Gemeindebesitz bald noch um vierzig Percent erhöhen.

Der königliche Commissär legte bereits eine Anzahl von Special-Gesetzen für Sicilien der Regierung vor, welche die für die Insel nothwendigsten Reformen umfassen und sich auf folgende Punkte beziehen:

1. Ein Gesetz gegen das Truch-System in den Schwefelgruben. Es verbietet, daß der Gruben-Unternehmer oder dessen Vertreter seinen Arbeitern Eis- oder andere Bedarfs-Waren verkaufe.

2. Ein Gesetz, das den Arbeitern die Erlangung ihres zurückgehaltenen Lohnes auf weit raschere und billigere Weise als auf dem Civil-Rechtswege ermöglicht.

3. Bestimmungen über die landwirtschaftlichen Verträge, um die wirtschaftlich Schwachen vor der jetzt üblichen Ausbeutung zu schützen.

4. Vereinheitlichung der Gemeindefschulden.

5. Neuregelung der Forstaufsicht.

An den erstgenannten Gesetzentwürfen hat der bekannte Socialist Di Fratta mitgearbeitet, der zum Beirathe des königlichen Commissärs für Sicilien gehört. Die mehrgenannte katholische „Rivista“ findet hierin einen wichtigen Umstand, der das Wirken der gegenwärtigen Regierungen und den Stand der öffentlichen Meinung kennzeichnet: man läßt die neue Gesetzgebung direct von den ernstesten und gebildetsten Personen jener Partei ausarbeiten, die noch gestern eine Furcht erregte, welche sich als übertrieben erwies.

Di Fratta hat übrigens in Zuschriften an die italienischen Blätter erklärt, daß er in jenen Gesetzentwürfen nicht das socialistische Ideal, sondern nur die unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglichen Verbesserungen im Auge gehabt habe.

Der Parteitag der deutschen Socialdemokratie, der im October in einem Dorfe nächst der Stadt Gotha abgehalten wurde zeigte auf seiner Arbeitsliste keine so aufregenden Fragen, wie es die über Einbeziehung des Landvolkes in die Arbeiterbewegung gewesen war. Er schien sich einzig und allein mit parteigeschäftlichen Angelegenheiten und Personalfragen befassen zu sollen. Dennoch kam es auch auf ihm zu Erörterungen, von großem allgemeinen Interesse.

Den Anstoß zur ersten gab die Beschwerde Dr. Max Quark's, daß er im Centralorgane der Partei, dem Berliner Vorwärts, sehr schlecht behandelt wurde, weil er den Gewerkschaften gerathen hatte, eine kräftige Wirksamkeit auf socialpolitischem Gebiete zu entfalten, in Fragen des „Arbeiterschutzes“ ihre Erfahrungen und Wünsche öffentlich auszusprechen, Gutachten darüber an maßgebende Stellen abzugeben. Der junge, erst seit einigen Jahren der Socialdemokratie beigetretene Nationalökonom hatte offenbar nicht erkannt, daß eine solche Thätigkeit der Gewerkschaften, wenn von Erfolg begleitet, von Regierung und entscheidender Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaften achtungsvoll und wohlwollend berücksichtigt, die Gewerkschaften

mit conservativem Geiste erfüllen, den weltumwälzenden Bestrebungen der Socialdemokratie abwendig machen müßten. In der Redaction des Hauptorgans der Partei hatte man jedoch diese Befürchtung, und fiel deshalb schonungslos über Quark her. Während dieses Streites war Liebknecht, der Chefredacteur des Blattes, von Deutschland abwesend. Er war nach dem internationalen Arbeitercongresse in England geblieben, um in einer Reihe von Versammlungen für seine Überzeugungen zu wirken. Nach seiner Rückkehr zeigte er sich unzufrieden mit dem Vorgehen des Centralorgans. Er fand — wie er auf dem Parteitage erklärte — daß man den wohlmeinenden jungen Gelehrten zu schroff behandelt hatte. Vielleicht dachte der vielerfahrene alte Parteiführer auch, daß weder eine Regierung noch eine Parlamentsmehrheit je so klug sein würden, den Gewerkschaften Competenz in deren eigenen Angelegenheiten zuzuerkennen, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ein solches Maß ehrlichen Wohlwollens dauernd zu beweisen, daß sie dadurch abgebracht würden, die Socialdemokratie als die einzige wahre Freundin des Arbeiters zu betrachten.

Der Parteitag sprach gegen die Angreifer Quarks keinen Tadel aus, aber Liebknechts Eintreten für den Angegriffenen und die Erklärungen einiger Parteigenossen, daß sie ihre verletzenden Behauptungen als auf Irrthum beruhend zurücknehmen, konnte ihn schon zufriedenstellen.

Bei den Berathungen über die Thätigkeit des Parteivorstandes und den Arbeiterschutz trat lebhaftes Streben nach gesetzlicher Regelung der Arbeitsverhältnisse zu Tage. Von Arbeiter-Organisationen aus allen Gegenden Deutschlands wurden der socialdemokratischen Reichstagsfraction eine ganze Reihe von neuen Aufgaben dieser Art gestellt. So die Reform der Alters- und Invaliditätsversicherung, besonders bezüglich der zu hohen Altersgrenze von siebenzig Jahren und der ungerechten Bestimmung, daß der in der Jugend verunglückende Arbeiter für immer mit einer Rente abgespeist wird, wie sie dem kleinen Lohne entspricht, den er zu Beginn seines Arbeitslebens verdiente, und bezüglich gerechterer Rentenbemessung für die Seeleute. Ferner Aufhebung der Kündigungspflicht von Unternehmer und Arbeiter, Beseitigung der Gesinde-Ordnungen,

Verbot der Arbeit von auf Bauten, Plätzen und in Fabriken beschäftigten Personen während einer Temperatur, bei welcher Hitzschläge zu befürchten sind, Feststellung der Arbeitslosenzahl in jedem Jänner durch die Reichsregierung, Regelung der Hausindustrie und Beseitigung des Schwitzsystems — und andere Wünsche dieser Art mehr.

Es wurde verlangt, daß die Reichstagsfraction aus ihrer Mitte einen ständigen Ausschuss für Arbeiterschutzgesetzgebung bilde, der für Ausarbeitung und Einbringung der einschlägigen Gesetze im Reichstage, in den Landtagen und Stadtverwaltungen sorgt, die Agitation für den Arbeiterschutz, besonders aber für den Achtstundentag organisiert, leitet und fördert. Auch soll — einem anderen Antrage gemäß — die Parteileitung über Durchführung der socialpolitischen Gesetze wachen.

Es wurde ferner der Parteitag aufgefordert, für das Streben der Handelsangestellten nach Schluß der Läden um spätestens 8 Uhr abends einzutreten und eine kräftige Agitation hiefür einzuleiten.

Aus Sachsen, wo vor kurzem ein einflussreiches Parteimitglied unter dem Schriftstellernamen Barouß dazu angeregt hatte, kam der Antrag, den gegenwärtigen Aufschwung der deutschen Industrie zu benützen, um Besserung der Arbeitsverhältnisse, besonders den Achtstundentag zu erringen. Durch die von den Sachsen vorgeschlagene Resolution sollte die Reichstagsfraction beauftragt werden, im Parlamente womöglich schon zu Beginn der Winteression die Einführung des Achtstundentages zu beantragen und besondere Anträge zu stellen auf dessen Einführung in der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marinewerften, in der Reichsdruckerei, in sämtlichen Militärwerkstätten, sowie daß alle unter Controle des Reiches stehenden Betriebsverwaltungen ihre Geschäftsverträge nur mit Unternehmern schließen, die den achtstündigen Arbeitstag einführen. Der gesetzliche Achtstundentag solle die Losung für die nächsten Reichstagswahlen sein.

Zugleich mit dem Achtstundentage hatten die sächsischen Anträge die Förderung des Genossenschaftswesens im Auge. Sie verlangten, daß sich die socialdemokratische Partei für solidarisch mit der Gewerkschafts-Organisation erkläre, und die

socialdemokratischen Arbeiter zum Eintritte in Gewerkschaften verpflichte.

Der Referent über den Arbeiterschutz, Reichstags-Abgeordneter Wurm, suchte die meisten dieser Vorschläge und Aufträge zurückzuweisen. Die Fraction — setzte er auseinander — thue und werde auch zukünftig für den Arbeiterschutz alles in- und außerhalb des Parlamentes thun, was irgend möglich sei. Gesetzentwürfe dem Reichstage vorzulegen — wie dies von verschiedenen Arbeitergruppen verlangt worden war — nütze gar nichts; viel besser sei es, bei der Budgetberathung an richtiger Stelle auf das nöthige aufmerksam zu machen.

Den Achtstundentag zur Lösung bei den Reichstagswahlen zu machen, wäre schädlich. Die Masse des Volkes habe einstweilen noch wichtigere Forderungen: sie leide unter der Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes, der Coalitionsfreiheit; noch sei der Arbeiter im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen gehemmt, die Frau in manchen Gegenden verhindert, sich gewerkschaftlich zu organisieren. „Glauben Sie wirklich,“ frug Wurm, „daß wir die Landbevölkerung gewinnen, wenn wir den Achtstundentag zur Wahl-Lösung machen?“

Die Ansichten des Referenten drangen durch; der Parteitag ließ die bestimmten Aufträge fallen und erklärte nur im Allgemeinen den gesetzlichen Arbeiterschutz für eine der wichtigsten Aufgaben der socialdemokratischen Partei.

Den Unterschied der Ansichten über das Verhältniß zwischen socialdemokratischer Partei und Gewerkschafts-Organisation, wie sie bei hervorragenden Persönlichkeiten beider Gruppen hervortreten, zeigte recht klar folgende Erklärungen des Referenten Wurm und des Führers der Gewerkschaftsbewegung, Herrn Legien:

„Unsere Bewegung in Deutschland,“ sagte Wurm, „ist nach zwei Seiten thätig: nach der politischen und nach der gewerkschaftlichen — und so lange diese beiden Organisationen bestehen, sind von jeher einzelne Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung mit Vertretern der politischen Richtung in Differenzen gerathen über das Gebiet, auf dem sie thätig zu sein haben. Stets hören wir die Gewerkschaftler sagen, daß die Politiker sich so wenig um sie kümmern — und die Politiker klagen

darüber, daß die Gewerkschafter sie so wenig unterstützen. Wer aber vorurtheilslos ist, der muß zugeben, daß es keinen politisch thätigen Genossen gibt, der nicht die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften fördert; wohl aber ist das Umgekehrte der Fall.“ Über die Aufgabe der Gewerkschaften sagte Burm: „Während die politische Partei den Kampf zu generalisieren hat, ihn gegen das Unternehmertum in seiner Gesamtheit führt, ist die Thätigkeit der Gewerkschaften eine örtliche. Daraus ergibt sich auch die Unmöglichkeit, den gewerkschaftlichen Kampf zu generalisieren.“

Anknüpfend an die in der letzten Zeit viel und oft leidenschaftlich erörterten Vorschläge von Dr. Quark und Parvus — Beschäftigung der Gewerkschaften mit Socialpolitik und Kampf um den Achtstundentag — legte Regien seine Ansicht über die Aufgaben der Gewerkschaften in folgender Weise dar: „Ich halte es für absolut erforderlich, daß die Gewerkschaften das ihnen so naheliegende Gebiet der Socialpolitik behandeln. Keine Körperschaft ist geeigneter dazu. Die Gewerkschaften müssen unbedingt Socialpolitik treiben; dagegen bin ich nicht der Meinung, daß die Gewerkschaften Parteipolitik treiben sollen. Im wirtschaftlichen Kampfe gilt es alle Kräfte zusammenzufassen, ohne nach dem politischen Glaubensbekenntnisse des Einzelnen zu fragen. Die Socialpolitik ist ja nicht Eigenthum der socialdemokratischen Partei. Socialpolitik kann man treiben, ohne Socialdemokrat zu sein.“ Gegenwärtig seien die Gewerkschaften allerdings durch die Gesetzgebung verhindert, so ausgiebig Socialpolitik zu treiben wie die Socialdemokratie.

Daß durch Ausführung der Vorschläge von Parvus der Achtstundentag errungen werden könne, glaubt Regien nicht. „Gesetze“ — meint er — sind nur der Stempel auf bestehende Verhältnisse. So lange die Gewerkschaften nicht durch den wirtschaftlichen Kampf eine Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen haben, ist an einen gesetzlichen Normalarbeitstag nicht zu denken. . . . Auch ein wirkliches Coalitionsrecht kann — wie es in England gewesen — nur durch die Organisation erzwungen werden. Die englischen Arbeiter erhielten die Coalitionsfreiheit, nicht weil die Gesetzgebung das Bedürfnis einjah, sondern weil die englischen Arbeiter ihre geheimen Organisationen trotz des

Verbotes aufrechterhalten hatten . . . Versammlungen, Agitieren, Protestieren nützt nichts! Die Organisation ist Alles!”

Auf der Tagesordnung stand auch die Frage, auf welche Weise die Socialdemokratie ihre Propaganda unter dem weiblichen Geschlechte am besten betreibe. Eine kleine Gruppe von Delegierten meinte, daß man sich der Hilfe der Frauenrechtlerinnen bedienen solle. Dies war jedoch nicht die Meinung der Referentin, Frau Clara Zetkin. Sie zeigte in großangelegter Rede, daß die Frauenrechts-Bewegung ganz andere Ziele verfolgt als die Socialdemokratie. Die Frauenrechtlerin kämpft, um sich Freiheit und Spielraum zur Bethätigung ihrer Fähigkeiten zu verschaffen, gegen das sie unterdrückende männliche Geschlecht. Die Socialdemokratie aber kämpft nicht gegen den Mann, sondern ist seine Bundesgenossin im Kampfe wider den Mann und Weib gleichmäßig unterdrückenden und erniedrigenden Capitalismus. — Frau Zetkins Ansichten und Vorschläge fanden die Zustimmung des Congresses. Man beschloß, zur Agitation in der Frauenwelt eigene Vertrauenspersonen weiblichen Geschlechtes zu wählen, die aber nicht in die Parteiorganisation einzufügen seien, da dies die Gesetze oder deren Auslegung durch manche Behörden unterjagen.

Höchst beachtenswert war der Anklageansturm, der sich auf dem Congresse gegen das Unterhaltungsblatt der Partei, „Die neue Welt“ über dessen Schamlosigkeit erhob. Der Redacteur, welcher es sich zur Aufgabe gemacht hatte, den literarischen Naturalismus zu fördern, erklärte sich für schuldlos und setzte auseinander, daß die Schamlosigkeit nichts anderes sei als edler Wahrheitsmuth, der die Dinge ohne jedes Mäntelchen so vor den Leser führt, wie sie sind.

Bebel und Dr. Schönlauf traten dem Redacteur helfend zur Seite, indem sie sich für den Naturalismus erklärten, aber auch sie meinten, gewisse, gar zu widerliche Dinge hätte der Rothstift beseitigen müssen.

Lieb knecht erklärte, oft von Beifall unterbrochen: „Über die Grundsätze der naturalistischen Kunst sind wir Alle einig, wir finden finden sie schon ausgesprochen bei Schiller, ja schon bei Aristoteles. Der Fehler in der „Neuen Welt“ ist der, daß Steiger glaubt, es sei jetzt die neue Kunst, die fertige Kunst entdeckt worden, und das sei die Richtung des „jüngsten Deutsch-

land“. Es ist richtig: Naturalia non sunt turpia; aber es gibt Dinge, die man in anständiger Gesellschaft nicht sagt und thut und ob das in diesem Saale oder vor einem Leserkreis von 200.000 Familien geschieht, ist gar kein Unterschied. Das ist das, wogegen die Arbeiter protestiert haben. — Nun kommen wir aber auf etwas, was von größter Bedeutung für das Proletariat ist. Das jüngste Deutschland hat infolge der Defadence eine gewisse prickelnde Lust, alle sexuellen Dinge auszumalen. Und nun sage ich: ich bin wahrhaftig nicht prüde, in meiner Gegenwart kann man sehr vieles sagen; aber wenn vor herangewachsenen Kindern — die „Neue Welt“ soll ja Familienblatt sein — diese Dinge behandelt werden, wie wirkt denn diese Erregung der Lüsterheit auf die Kinder! Das Proletariat wird heute schon so zugrunde gerichtet durch sociale und ökonomische Verhältnisse; sollen wir noch dazu beitragen, Körper und Geist der Kinder des Proletariats zu ruinieren? Wenn die Arbeiter von diesem Gesichtspunkte aus sich widersetzen, dann haben sie vollkommen recht. Steiger wird dies auch anerkennen: Die Schweinerei gehört in die „Neue Welt“ nicht hinein!

Ich bin mit der Ansicht Steigers in Bezug auf das jüngste Deutschland auch nicht einverstanden. Ich glaube auch nicht, daß Hauptmann der große Mann ist, als welchen er ihn hingestellt hat; es ist sehr viel Kleines und Hässliches bei ihm, Spießbürgerlich-reactionäres zum größten Theil. Und die Griechen, die doch auch etwas von Kunst verstanden und große Realisten waren, ließen alle diese grausigen Sachen, statt sie auszumalen, hinter der Thür verrichten. In der „Kunst und Poesie“ des Horaz wird das ausdrücklich gelehrt.“

Da der Congress die Überzeugung gewonnen hatte, daß der Redacteur des Unterhaltungsblattes in Zukunft die nöthigen Grenzen beobachten wolle, wurden die beantragten Strafmaßregeln nicht beschloffen.

Es wäre zu wünschen, daß das Publicum manch eleganten Theaters, der Leserkreis manch vielgenannter Witzblätter und Romane, sich so viel guten Geschmack und sittliches Gefühl bewahrt hätten, als in dieser Versammlung von Socialdemokraten zum Ausdruck kam.

M. V.

Literatur.

Staatslexikon.

Das soeben ausgegebene 42. Heft enthält sehr wichtige, sociale und politische Artikel. Wir weisen auf folgende hin: Staatsschulden, Schluss (v. Biegeleben); Staatsverfassung (Görz); Staatsverträge (Kämpfe); Staats- und Selbstverwaltung (Menzinger); Staatswissenschaften (Bruder); Stand, Viertel (Stöckl); Standesherrn, Deutsche (Stieve); Statistik (Neuwien); Steuerbewilligung und Steuerverweigerung (Menzinger); Steuern (v. Huene); Stiftungen (Görz); Strafe und Strafrechtstheorien (Stieve). Das wichtige Werk wird seit dem Tode Dr. Bruders von Doctor Bachem im alten Geiste weiter geführt.

Internationale Regelung der socialen Frage. Von August Lehmkuhl., 3. Auflage, Freiburg, Herder 1896, 34 Seiten, 0.35 M.

Lehmkuhl steht bekanntlich auf jenem Standpunkte der Socialpolitik, nach welchem der Staat weder die socialen Verhältnissen ignorieren, noch sie in seine ausschließliche allseitige Leitung nehmen soll. Dem Menschen soll ein gewisser Grad von Selbständigkeit und Freiheit erhalten bleiben, aber es sollen Grenzen sein, damit nicht der Staat den Schwachen unterdrücke oder ausbeute. Die Berechtigung dieses Grundsatzes wird von uns Allen anerkannt. Lehmkuhl's Schrift wird uns noch mehr denkende Anhänger zuführen.

Weltcongreß und Weltarmee oder der Weltfriede. I. Militarismus. Dresden, Leipzig, Wien 1896, Pierson, 80 S., 1 Mark.

Man macht sich auf vielen Seiten über die Thätigkeit der Friedensfreunde lustig, hält dieselbe mindestens für aussichtslos. Ich habe in den drei Jahren meiner Reichsrathsthätigkeit dreimal beantragt, die hohe Regierung zu den einleitenden Schritten für ein Völkerschiedsgericht unter dem Voritze des Papstes aufzufordern. Vergebens. Man lächelte über die utopischen Ziele. Trotzdem wird jener Zustand wenigstens noch eintreten, daß man die Völker nicht durch den Militarismus ruinieren läßt, mag heute die Aussicht darauf auch noch gering sein. Die vorstehende Schrift ist ganz geeignet, der Verallgemeinerung dieser Anschauung gute Dienste zu leisten. Sie ist auch geistreich geschrieben, kann daher empfohlen werden, wenn man sich auch nicht mit jedem Sage identifiziert.

Das Oesterreichertum. Eine ariische Denkschrift von Dr. Anton Wesselsky, Wien 1896, Cornelius Wetter, 160 S. 1 fl.

Es ist gleich die 2. Auflage erschienen. Die erste hatte sich nämlich der Staatsanwalt zu seinem ausschließlichen Gebrauche vorbehalten. Warum? Ich kann nur aus den Lücken schließen, die jetzt statt der confis-

cierten Stellen dem Auge auffallen. Es handelt sich um — die Juden. Ich kann es nicht beurtheilen, wie Wesselsky über unsere „Andersdenkenden“ geschrieben hat, man würde mir vielleicht eine Kritik der behördlichen Verfügung auch gar nicht zulassen. Gewiss ist, daß die Juden sehr empfindlich sind. Wenn es noch lange so fortgeht wie jetzt, kommen wir sicher noch zu einem eigenen Paragrafen des Strafgesetzes: Judenbeleidigung. Wesselsky hat sich durch die Confiscation nicht schrecken lassen. Dafür muß man ihm aufrichtig dankbar sein. In seinem Buche findet man das was nicht so gehütet und behütet zu werden pflegt wie das Judenthum, namentlich das Österreicherthum. Es thut uns sehr noth, auch aufmerksam gemacht zu werden. Man studiere daher diese Schrift. Dr. Sch.

Sozialpolitische Randglossen.

Ein Stück Militarismus. Die Militärpensionslast (Deutschlands) hat, so schreibt „B. Bild.“ eine geradezu unerträgliche Höhe erreicht und steigert sich von Jahr zu Jahr um Millionen. Bei den gegebenen Verhältnissen ist auch gar nicht abzusehen, wann hier einmal eine Wandlung zum Besseren eintritt.

In diesem Jahre sind in der preußischen Armee bisher allein 48 Generale in Pension „gegangen“ und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird bis Weihnachten das fünfte Duzend voll werden. Man durfte sich zwar im letzten Jahre der Hoffnung hingeben, daß die Nervosität in den Personalverhältnissen der Armee einer gewissen Stabilität Platz mache, denn das Jahr 1895 wies thatsächlich „nur“ 42 Generale auf (gegenüber 50, bezw. 60 in den Vorjahren), welche das Schicksal des blauen Briefes ereilte. Jetzt können wir aber wieder eine Steigerung verzeichnen! Zur Zeit übersteigt denn auch in Deutschland die Zahl der inactiven und pensionsberechtigten Officiere die der activen. Allein an Generalen weist der preußische Pensionsetat 757 auf!

Daß dies kein gesunder Zustand ist, muß Jedem einleuchten. Neben der bereits erwähnten gewaltigen Pensionslast darf das sociale Uebel, d. s. aus diesen Massenpensionierungen resultiert, nicht unbeachtet bleiben. Das angewendete System ist nur zu sehr geeignet, das geistige Proletariat groß zu ziehen. Dies geschieht direct, wenn es einem solchen pensionierten Officier nicht gelingt, zu seiner Pension noch einen Nebenerwerb zu verschaffen, und noch vielmehr indirect, indem das System des Civilanwärterthums ins Ungemeßene ausgedehnt und einer Masse junger gebildeter Leute aus dem Civilistenstande so zu sagen jeder Bissen Brot vorweggenommen wird.

Ein Blick in die Zukunft. Wenn es erlaubt ist, aus der Sprachweise der sogenannten socialdemokratischen Blätter von heute auf den Ton zu schließen, der im Zukunftsreiche herrschen wird, dann

gratulieren wir allen gebildeten Menschen. Es wird eine Lust zu leben sein. Im Verbandsorgan der Holzarbeiter vom 15. Mai sind auf einer der ersten Seite folgende Saftigkeiten zu lesen:

„Die Ritter vom Bissoir haben anlässlich der heurigen Maifeier gezeigt, daß sie die Verachtung, mit der sie jeder classenbewußte Arbeiter straft, vollauf verdienen. Diese Buben können sonst nichts, als an den Wänden jedes Anstandsortes mit zu diesem Zweck bereitgehaltener Bleifeder „Hoch Lueger“ niederfriggeln und außerdem von Zeit zu Zeit das um seine Befreiung kämpfende Proletariat angrunzen. Die socialdemokratischen Arbeiter treten für ihre Ideale öffentlich ein; das lichtscheue Gesindel von der christlichsocialen Buntst dagegen, ist zu feige, öffentlich aufzutreten und zieht es vor, dort, wo die Menschen Wasser abschlagen, ihre todten und lebenden Heiligen zu verehren. Die Maifeier hat es den Bissoirhelden angethan. Es muß hier festgenagelt werden, daß in dem von den Arbeitern gemiedenen Local des nun berühmt gewordenen Svoboda, am 1. Mai ausschließlich christlich-social Dummköpfe gegessen sind. Diese Feiglinge haben bis jetzt ihren christlichen Socialismus durch nichts anderes zu documentieren gewußt, als indem sie das gerade Gegentheil von dem thaten, was die Arbeiter im Interesse aller Ausgebeuteten zu thun für zweckmäßig hielten. Zu dumm und beschränkt, um das Grandiose unseres modernen Culturlampfes zu begreifen, lassen sie sich von jedem Finsterling und Volksfeind missbrauchen, um den kämpfenden Arbeitern Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Wenn die Mastbürger und kleinbürgerlichen Flachköpfe vor Wuth bersten, der 1. Mai wird das bleiben, wozu ihn der Pariser internationale Socialisten-Congress vom Jahre 1889 bestimmt hat: der Welt-Feiertag des internationalen Proletariats. Aber merken wollen wir es uns, daß niemand mehr Gift und Galle spie über die Feier des 1. Mai als die christlich-socialen Kleinbürger und die paar armen Teufel, die von ihnen abhängig sind. Wir rathen diesen Armen im Geiste, lieber die diversen Aufschriften in den Anstandsorten zu studieren und die organisierte und zielbewußte Arbeiterschaft ungeschoren zu lassen, denn sonst könnte es ihnen schlecht ergehen. Die Arbeiter sind mit ganz anderen Helden fertig geworden und sie sind überzeugt, daß ein Fußtritt genügen wird, um die Ritter vom Bissoir dorthin zu schleudern, wo sie hingehören.“

Brrr! Wenn die Leser des Verbandsorganes diese Sprache in die Praxis übersetzen sollten, dann braucht man wohl keine Hochschulen mehr.

cierten Stellen dem Auge auffallen. Es handelt sich um — die Juden. Ich kann es nicht beurtheilen, wie Wesselsky über unsere „Andersdenkenden“ geschrieben hat, man würde mir vielleicht eine Kritik der behördlichen Verfügung auch gar nicht zulassen. Gewiß ist, daß die Juden sehr empfindlich sind. Wenn es noch lange so fortgeht wie jetzt, kommen wir sicher noch zu einem eigenen Paragraphe des Strafgesetzes: Judenbeleidigung. Wesselsky hat sich durch die Confiscation nicht schrecken lassen. Dafür muß man ihm aufrichtig dankbar sein. In seinem Buche findet man das was nicht so gehütet und behütet zu werden pflegt wie das Judenthum, namentlich das Oesterreicherthum. Es thut uns sehr noth, auch aufmerksam gemacht zu werden. Man studiere daher diese Schrift. Dr. Sch.

Sozialpolitische Randglossen.

Ein Stück Militarismus. Die Militärpensionslast (Deutschlands) hat, so schreibt „V. Bild.“ eine geradezu unerträgliche Höhe erreicht und steigert sich von Jahr zu Jahr um Millionen. Bei den gegebenen Verhältnissen ist auch gar nicht abzusehen, wann hier einmal eine Wandlung zum Besseren eintritt.

In diesem Jahre sind in der preußischen Armee bisher allein 48 Generäle in Pension „gegangen“ und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird bis Weihnachten das fünfte Duzend voll werden. Man durfte sich zwar im letzten Jahre der Hoffnung hingeben, daß die Nervosität in den Personalverhältnissen der Armee einer gewissen Stabilität Platz mache, denn das Jahr 1895 wies thatsächlich „nur“ 42 Generäle auf (gegenüber 50, bezw. 60 in den Vorjahren), welche das Schicksal des blauen Briefes ereilte. Jetzt können wir aber wieder eine Steigerung verzeichnen! Zur Zeit übersteigt denn auch in Deutschland die Zahl der inactiven und pensionsberechtigten Officiere die der activen. Allein an Generalen weist der preußische Pensionsetat 757 auf!

Daß dies kein gesunder Zustand ist, muß Jedem einleuchten. Neben der bereits erwähnten gewaltigen Pensionslast darf das sociale Uebel, das aus diesen Massenpensionierungen resultiert, nicht unbeachtet bleiben. Das angewendete System ist nur zu sehr geeignet, das geistige Proletariat groß zu ziehen. Dies geschieht direct, wenn es einem solchen pensionierten Officier nicht gelingt, zu seiner Pension noch einen Nebenerwerb zu verschaffen, und noch vielmehr indirect, indem das System des Civilanwärterthums ins Ungemessene ausgedehnt und einer Masse junger gebildeter Leute aus dem Civilistenstande so zu sagen jeder Bissen Brot vorweggenommen wird.

Ein Blick in die Zukunft. Wenn es erlaubt ist, aus der Sprachweise der sogenannten socialdemokratischen Blätter von heute auf den Ton zu schließen, der im Zukunftsreiche herrschen wird, dann

andere erwarten im Gefängnisse ihr Urtheil. Mit dem uralten Brauche, der sehr unbequem geworden ist und deshalb ausgerottet werden soll, scheint eine Schweizer Sitte verwandt zu sein, über welche das „Schweizerische Metzgergewerbe“ folgendermaßen berichtet:

Am Aussterben sind wohl an den meisten Orten die sogenannten „Wurstzettel.“ Wenn früher irgend ein Bauer, der Sämti oder Hansrudi ein Schwein schlachtete, so mußte es die ganze Nachbarschaft. Während es nach allen Regeln der Metzgerkunst gebrüht, geschabt, zerlegt wurde und der Metzger sich aus Würsten machte, saßen in irgend einer Bauernstube einige junge Burschen zusammen und schrieben auf einem Foliobogen Gereimtes und Ungereimtes, in Schräg- und Keilschrift, mit verstellter Hand nieder, was sie wußten vom Sämti, seinem Hofe, seiner Frau, den Söhnen oder Töchtern, kurz alles, was im Hause war, mußte herhalten, es war Brauch, daß im Wurstzettel niemand verschont wurde. Oft wußten die losen Buben der Sünden so viele, daß ihnen fast bangte vor dem Abend mit dem Schmause und dem Verlesen des Wurstbriefes. Saßen endlich alle bei Tische, Verwandte, Freunde, Nachbarn, der Metzger als Hauptperson obenan, war die Suppe vertheilt und der Metzger am Zerlegen der Würste — schlug der wachsame Karo oder Phino an, 's Annelisi und 'd Marei schießen hinaus — wups fliegt ein Stein durch eine Scheibe in die Stube, um ihn herum ist ein Wurstbrief gebunden, den der Metzger behändigt, um ihn bei gelegener Zeit zu lesen. Oft wird solchen „Wurstbriefen“ aufgepaßt, aber die Burschen wissen's schlaue anzufangen und schon mancher Metzger hat in seinem Metzkorbe mit oder ohne Wissen den Brief selber hineingetragen. Ist die Zeit da zum Verlesen, so sitzen manche wie auf Stühlen und die heiratsfähigen Buben, besonders aber die Mädchen, müssen oft arg herhalten. Nicht selten ist es zu arg gewesen, es wurden Sachen geschrieben, die die Leute compromitierten und den Schreibern wurde nachgeforscht. In solchen Fällen, wo die „Wurstzettel“ eine Art Behme waren, wußten sich die Schreiber in ein so unschuldiges Licht zu hüllen, daß ihnen durchaus nichts geschehen durfte.

An einigen Orten brachten die Burschen, oft auch verkleidet, die Zettel selber in die Häuser und durften dann am Mahle theilnehmen. Daß sie in solchem Falle nichts Unglimpflisches schrieben, ist selbstverständlich. Können sie aber, ohne daß jemand es bemerkt, den Zettel ins Haus praticieren und dafür in der Stube eine Platte mit Würsten, Fleisch &c. erwischen, so wird die gute Gelegenheit nicht unbenützt gelassen und finden dann die Bewohner des anderen Morgens das Plättli mit einem netten Dankverschen auf der Bank vor der Hausthüre.

Der Zukunftsstaat.

II.

Mit den bestehenden politischen Parteien sei nichts anzufangen. So proklamierte die neue, sowohl politische als sociale, Partei der „Social-Politiker“ — Direction Prof. Philippovich füge ich zu größerer Deutlichkeit an — in einer Versammlung zu Wien. Ich habe natürlich keinen Grund mich der politischen Parteien, die hier gemeint sein dürften, anzunehmen. Auch ich bin überzeugt, daß die sogenannte conservative Partei viel zu versteinert ist und zu engherzig, um die neuen Verhältnisse der Zeit richtig zu würdigen. Die liberale Partei hingegen ist längst sans phrase zu einer Prätorianer-Garde des Großcapitals und in specie des Judenthums herabgesunken. Natürlich ist darum von ihr schon gar nichts zu erwarten.

Es wird mir hoffentlich nicht als Unbescheidenheit ausgelegt werden, wenn ich die Frage zur Discussion stelle, ob mit der neuen, beziehungsweise den neuen Parteien etwas anzufangen sein wird. Die Fraction Philippovich wird von den Altliberalen als die jungliberale Partei bezeichnet. Falls diese Bezeichnung begründet sein sollte, dann könnte man die Herren vielleicht mit den Ratten im Vergleich stellen, welche sozusagen instinctiv ein sinkendes Schiff stets zur rechten Zeit zu verlassen wissen, wie Gelehrte behaupten. Haben diese letzteren recht und stimmt also dieser Vergleich, dann geht es mit dem liberalen Classenstaate ernstlich zu Ende. Welcher wird folgen? Der socialdemokratische, behauptete Dr. v. Fürth in derselben Versammlung, in welcher Dr. Philippovich zur Rüstung für Einführung desselben ermahnte und bekannt gab, daß die Studenten vorbereitet seien.

Ob er dabei an die Kadimah, die jüdische Studentenverbindung der Wiener Universität, dachte? Ich weiß es nicht. Gewiß ist, daß die armen Juden ihre Hoffnungen auf die Genossen setzen, da ihnen die reichen Geldjuden kein Plätzchen an der Tafel des Capitalismus einräumen wollen. Ich fürchte dabei, daß die Genossen mit den Juden dieselben üblen Er-

Utopie? Was ist unbegreiflicher als ein Zustand der Dinge, wo man im Namen des Volkswohles dem arbeitenden Volke das Brot durch Zölle vertheuert und die Prostitution als unentbehrlich zum Schutze der weiblichen Keuschheit erklärt? Gehet zu Jenen, die das Kommen der socialistischen Gesellschaftsordnung abstreiten wollen, und fragt sie, ob sie im vollen Ernste an die unveränderte Fortdauer der heutigen Zustände glauben. Wenn sie euch etwas von Reformen vorstammeln werden, wobei jedes Wort die geringe Zuversicht verräth, die sie selbst in die vorgeschlagenen Mittel und Wege setzen, dann erkennt ihr, daß heute in Wahrheit auch die entschiedensten Vertreter des Capitalismus an seine Zukunft nicht mehr glauben. Zu deutlich trägt er die Todeszüge im Antlitz; er muß sterben.

Aber wird er in seinem Zusammenbruche die von ihm beherrschte Welt begraben, oder bildet er nur die Übergangsform zu höheren, glücklicheren Formen des gesellschaftlichen Lebens? Wir sind von dem letzteren überzeugt. Doch es wäre schlimm um unsere Überzeugung bestellt, wenn sie sich nur als das Kind unserer Hoffnung, des wenn auch noch so gerechten und edlen Segenswunsches für die Menschheit erwiese. Eine Gesellschaftsordnung kann einzig in jener Richtung sich ändern, welche die Productionsbedingungen und die Bedürfnisse der Menschen angeben. Die neue Gesellschaftsordnung springt nicht eines schönen Tages gestiefelt und gespornt in die Welt, sondern ihre Formen müssen sich in jahrzehntelangem Reifen entwickeln. Sehen wir darauf die Gegenwart an, so zeigt sie in beiden Hinblicken auf eine socialistische Zukunft. Was ist die Wurzel aller herrschenden Übel? Die Productionsmittel sind über die Wirtschaftsordnung hinausgewachsen. Sie erzeugen in ungeheuren Massen und daher für einen unübersehbaren Markt, und die Einzelnen, die als Privateigenthümer heute über die Production verfügen, vermögen die Gütererzeugung mit dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Gütern nie in Einklang zu bringen; deshalb die beständigen Geschäftsstodungen; die Krisen, die Arbeitslosigkeit, die ungeheure Vermüftung der hervorgebrachten Waren, bei gleichzeitiger Noth und Unterernährung der großen Mehrheit. Andererseits: wir producieren heute schon überall dort gesellschaftlich und nicht individualistisch,

der Actionäre die Gesellschaft als Unternehmerin einzutreten, dann sei der socialistische Staat fertig. Gut. Schauen wir diesen wirtschaftlichen Theil des Programmes näher an. Wer da meint, daß überhaupt nur Großbetrieb in der Zukunft statthaben werden oder könne, kann sich in Bezug auf die Industrie den gemeinsamen Betrieb ziemlich leicht vorstellbar machen. Die Actien-Gesellschaften industrieller, bergbaulicher 2c. Unternehmungen sind ein allerdings höchst unvollkommenes Abbild der Vergeellschaftung. Ich sage unvollkommen. Es sind nämlich zwei vergesellschaftete Factoren leicht zu unterscheiden. Ein Theil der Gesellschaft, das heißt der Factor der Arbeiter, producirt und schafft Werte; der Factor der Actionäre beschlagnahmt den größten Theil der Producte.

Wenn die socialistisch eingerichtete Zukunft wirklich die Erlöserin aus allem menschlichen Elende sein soll, wie Rienzi meint, so war die Anführung des besagten Beispiels oder Vorbildes für seine Zwecke nicht sehr geeignet. Ich meinerseits könnte den Vergleich ziemlich treffend finden. Ich fürchte nämlich, daß es im Zukunftsstaate gerade so kommen wird wie heute beim „collectivistischen“ Betriebe, daß es nämlich Consumenten (ohne Arbeit) und Producenten (ohne nennenswerte Consumtionsmöglichkeit) geben wird.

Etwas erweitert dürfte der Kreis derjenigen bei allgemeinen Collectivismus sein, welche zu genießen in der Lage sein werden, sonst bliebe sicherlich so ziemlich alles im Zustande wie jetzt.

Rienzi wird entgegen, daß im socialistischen Staate Arbeitsverpflichtung in Aussicht stehe, daß es dort keine Drohnen geben werde, also keine Nachfolger der heutigen Actionäre. An der Schwierigkeit, die immer vorhanden ist und sein muß, so lange die Menschen eben Menschen sind, geht er sowie jeder Lobredner des socialistischen Zukunftsstaates vorüber. Ich weiß nicht, geschieht es aus Naivität oder aus Mangel an Ehrlichkeit. Bei jeder vielgestaltigen Organisation gibt es doch verschiedenartige Berufe, Leiter, mechanische Arbeiter 2c. Die geistig hochstehenden Directoren oder wie man sie nennen mag, werden in allemweg prädominieren und dementsprechend eine größere Participation an den Arbeitsfrüchten in Anspruch nehmen und auch bekommen. Die Redensart von der vollkommenen Gleichheit aller

Nun wissen wir eben aus der Bergpredigt, daß Christus als ein Denker ersten Ranges nichts als den streng centralisierten Staatssozialismus, die einheitliche Verwaltung des gesamten Volksvermögens, forderte und daß er diesem Staatsideal den Namen des Reiches Gottes beilegte (?!)

Hier ist zu bemerken, daß Christus in Jerusalem auf dem Sumpfboden der Ausbeutung der Arbeiter durch die Reichen seine Lehren nur sehr vorsichtig verbreiten konnte. Nicodemus besuchte ihn zur Nachtzeit, Josef v. Arimathäa war ein geheimer Anhänger, ebenso die Frau des Pilatus. Er selbst wagte nur im Geheimen zum Laubbüttenfest zu gehen. Johannes 7, 10.

Es ist also sein Programm nicht aus seinen Reden vor den Reichen, sondern aus seinen Reden vor dem armen Volke der Fischer und Bauern zu entnehmen, die er auf dem Boden des alten Prophetenthums, auf dem flachen Lande hielt. Die Bergpredigt umfaßt das ganze Christenthum.

Sie war vor Allem eine Verurtheilung des Reichthums und der Reichen, da nur den Armen das Reich Gottes zum Vortheile gereichen sollte. Das Reich Gottes, die Herrschaft Gottes im Judenstaate, das theokratische Königthum wurden verheißen und sofort eindringlich davor gewarnt, Reichthümer, Privatbesitz zu erwerben, weil es einen besseren Weg gebe, sich für das Erdenleben sicher zu stellen: die Aufrichtung des Reiches Gottes.

„Sagt nicht, was werden wir essen, oder was werden wir trinken, oder womit werden wir uns bekleiden?“

Denn euer Vater weiß, daß ihr alles dessen bedürft.

Suchet also zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, so wird euch dieses alles zugegeben werden. Matthäus 6, 31, 32, 33.“

Christus fordert also nicht Enttägung, ganz im Gegentheil, damit ihr genug zu essen und zu trinken und alles in Hülle und Fülle (Kleider wie Salomo) habt, suchet das Reich Gottes, den Socialstaat und seine Gerechtigkeit. Also ist das Reich Gottes ein Mittel, seine materiellen Bedürfnisse sicherzustellen, somit eine irdische Institution. (!?)

Daß Christus an Collectivismus dachte, folgt besonders aus dem Schlusse von Matthäus 7, Vers 24—29, wo Christus in

Wenn einer mehr nimmt, als er gibt, das ist Wucher: *Usura est, ubi amplius requiritur quam datur*. So definiert das canonische Recht den Wucher. Alle Verträge tragen also Wuchercharakter an sich, wenn die *aequalitas dati et accepti*, die Gleichheit zwischen Geben und Empfangen, verletzt wird, wenn sie das Mittel werden, Mehrwert zu ergattern, Profit zu machen. Denn man kann nur gewinnen auf Kosten eines anderen, der verliert. *Omnis contractus, in quo aliquid plus accipitur quam detur, vocatur usurarius*: Das ist ein gleichfalls allgemein anerkannter Satz.

Daraus folgt in strenger Consequenz, daß man sich auch durch Kauf und Verkauf, Miete und Pacht nicht bereichern kann und soll. Und diese Consequenz hat das canonische Recht auch ausdrücklich gezogen. Die Vertheidiger des Wuchers haben zu allen Zeiten, nicht erst in der Person Calvins, Salmasius, Turgots und Bentham's, sondern schon zur Zeit der Kirchenväter, behauptet: Wenn es gestattet ist, sich durch Kauf, Miete und Pacht, und durch die verschiedensten anderen Verträge, zu bereichern, dann liegt vernünftiger Weise kein stichhaltiger Grund vor, eine Bereicherung auf dem Wege des Darlehenszinses als absolut unerlaubt anzusehen. Und darin hatten sie vollständig Recht. An sich betrachtet, ist es ganz gleichgiltig, ob ich mich durch einen Darlehensvertrag, oder durch irgend einen anderen Vertrag, er habe einen Namen, wie immer er wolle, bereichere. Das erkennt auch das canonische Recht an. Auf den Einwand der Wucherapologeten: „Wer einen Acker vermietet, um Pachtgeld davon zu erlangen, oder ein Haus, um davon Mietgeld zu beziehen, der thut dasselbe, wie jemand, der sein Geld gegen Darlehenszins ausleiht,“ erwidert das canonische Rechtsbuch: Das ist keineswegs dasselbe; denn ein Acker oder ein Haus werden durch den Gebrauch deterioriert, verlieren also an Wert, das Geld aber, welches ausgeliehen wird, verliert nichts an Wert, es wird nicht deterioriert; muß ja doch die gleiche Wertsumme zurückgegeben werden.¹ Mietgeld und Pachtgeld dürfen also, an

¹ „Adhuc dicit aliquis: Qui agrum locat, ut agrariam recipiat, aut domum, ut pensiones recipiat, nonne est similis ei, qui pecuniam dat usuram? — Absit; . . . ager vel domus utendo veterascit, Pecunia autem cum fuerit mutuata, nec minuitur, nec veterascit.“ *Distinctio 88*,

reichliches Düngen, Pflügen 2c. kann der Verschlechterung nicht bloß vorgebeugt werden, sondern sogar eine Verbesserung erzielt werden. Wenn das Land aber benützt wird, ohne daß der Benützer durch gutes Düngen und Pflügen die Stoffe dem Boden ersetzt, die er durch die Ernten ihm nimmt, dann verschlechtert er den Boden sehr erheblich, so daß oft der Schaden für den Eigenthümer viel größer sein kann, als das Pachtgeld, das er empfängt, wert ist.

Vom Standpunkt des Rechtsideals aus kann es also nicht gerechtfertigt werden, wenn der Landeigner dem Pächter nicht bloß einen hohen Pachtzins abfordert, sondern ihn auch contractlich zwingt, das Land in gleich gutem oder besserem Stande zurückzugeben, wie er es bei Antritt der Pacht erhalten hat. Miete und Pacht sind nur berechtigt, wenn und insoweit sie Äquivalent sind für Abnutzung, Verschleiß oder Deterioration. Der Mietpreis eines Hauses, einer Maschine, eines Pferdes 2c. sollte so groß sein, daß er zur Amortisation ausreicht, er sollte aber keinen Capitalzins in sich schließen.¹

Herr Charles Devas sagt in seinem, wissenschaftlich absolut wertlosen, Lehrbuche der politischen Ökonomie: „Unter Zins sind diejenigen Einnahmen zu verstehen, welche jemand ohne eigene Arbeitsleistung von seinem Eigenthum bezieht“². Devas hat von

¹ Der katholische Socialpolitiker August Ott schreibt: L'argent est le moyen d'échange de tous les capitaux, de tous les produits, de tous les instruments de travail. Il n'est, pour ainsi dire, que le représentant de tout ce qu' il achète. La loi est donc nécessairement la même pour l'argent et pour tout ce qu' il achète . . . L'argent, par sa fonction même, est le capital général qui renferme tous les capitaux particuliers; il les représente tous; il est le moyen de se les procurer tous. L'argent est aux autres capitaux ce que le genre est à l'espèce; or, ce qui est vrai du genre est vrai de chaque espèce. Si donc la condamnation portée par l'Eglise contre l'intérêt de l'argent est rationnellement juste, elle devra s'étendre à toute espèce d'intérêt ou de rente; car l'Eglise s'est attaquée au fait le plus général.“ Ott, *Traité d'économie sociale*. Paris 1892. I, 375.

² Devas, *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*. 1886, S. 314. Vom Standpunkte der ökonomischen Theorie betrachtet, ist dieses Werk einfach unter aller Kritik. Obgleich er Examiner der politischen Ökonomie an der königlichen Universität von Irland ist, kann man doch bei niemand weniger politische Ökonomie lernen als bei Herrn Devas. Gegenüber

oder kaufen. Daher müssen sie eine Wohnung mieten, wenn sie nicht bei Mutter Grün logieren wollen. Angenommen das Haus kostet 10.000 Mark, die jährliche Abnutzung durch das Bewohnen kostet 150 Mark. Trotzdem kostet die Jahresmiete nicht 150, sondern 550 Mark. Woher kommen die 400 Mark Unterschied? — — Weit entfernt, daß der Hausbesitzer mehr verlangen müßte als die Abnutzung, muß er nur verlangen mindestens den Unterschied der Abnutzung beim Bewohnen und beim Leerstehen. Sobald mehr Wohnungen da sind als Bewohner, und vor allen Dingen, sobald die Hausbesitzer sehr capital schwach, die Mieter sehr capital stark sind, läßt sich die Richtigkeit erkennen.

„Ergötzlich ist die Naivetät, wenn man behauptet, das Capital wachse deshalb, weil man sich dafür ein Paar Kühe und Pferde kaufen könne, und aus diesen Paaren allmählich durch Fortpflanzung ganze Regionen würden. Daher müsse jeder für geliehenes Capital Zinseszinsen zahlen, oder nach gewisser Zeit ein Vielfaches zurückzahlen, weil er ja Viehzucht damit treiben könne!¹ — Wirklich? Bei Ratten, Mäusen, Läusen und

¹ Die hier erwähnte alberne „Begründung“ und „Erklärung“ der Productivität des Capitals findet sich in besonders anmaßlicher Form vertreten bei Bentham und Beck, welcher letzterer zum Beispiel schreibt: „Ein radikales Mißverständnis über die Natur des Zinses lief durch alle Schriften der Kirchenväter, der mittelalterlichen Theologen und der Theologen der Reformationszeit, und erzeugte ein Gesetzbuch der commerciellen Moralität, die mit gleicher Klarheit in den kirchenväterlichen Västerungen, in den Beschlüssen der Concilien und in beinahe jedem Buche, das jemals über das canonische Recht geschrieben wurde, erscheint. — Man sagte, der Zins, wenn auch noch so mäßig, wäre eines von jenen Verbrechen, die wie Mord und Raub offenbar gegen das Naturgesetz sind. Bewiesen wurde dies durch die allgemeine Übereinstimmung aller Völker in ihrem Widerwillen dagegen, und auch durch eine Erwägung von der Natur des Geldes; denn „alles Geld ist von der Natur unfruchtbar“; und darum sei es widersinnig, einen Nutzen davon zu erwarten. Das Wesen jedes gerechten Darlehens sei, daß genau das zurückgegeben werde, was geliehen wurde; und daher sei, wie Vactantius behauptete, und die mittelalterlichen Moralisten einstimmig wiederholten, die Zinsforderung eine Art Räuberei. Dieser Unsinn stammt von Aristoteles her, und die große Zahl der Jahrhunderte, während welcher er ununterbrochen behauptet wurde, ohne (so weit wir wissen) einmal in Frage gestellt worden zu sein, ist ein interessanter Beleg für die Vanglebigkeit eines Sophismus, wenn er in einer zierlichen Form und unter dem Schutze eines großen Namens ausgesprochen

Die Wucherer, Kaufleute und Geldhändler haben stets behauptet, daß Geld Geld mache, fruchtbar oder productiv sei. Die wirkliche Wissenschaft hat im Gegentheil stets behauptet, daß das Geld unfruchtbar sei und daß seine scheinbare Productivität im Grunde nichts als Wucher sei. Was der eine bei den „fruchtbringenden“ Verträgen gewinnt, das gewinnt er nur auf Kosten anderer Personen. Wo Gleichheit ist, ist kein Gewinn. wo Gewinn, da ist auf der anderen Seite ebensoviel Verlust. Und das gilt nicht nur von Tausch, Kauf und Darlehen, sondern von allen wirtschaftlichen Verträgen, besonders auch von Miete und Pacht.

Der katholischen Kirche war es nun im Mittelalter gelungen, in weitem Maße alle derartigen wucherlichen Verträge zu unterdrücken und zu beseitigen. Ganz vollständig konnte freilich sie ihr Ideal niemals durchführen. Es bestanden, zum Theil aus der heidnischen Zeit, noch immer in breiten Kreisen geübte Geschäfts- und Vertragsarten fort, die, an den Grundjäten der kirchlichen Wucherdoctrin gemessen, als wucherlich hätten bezeichnet werden müssen. Andere, an sich unzweifelhaft wucherliche Verträge entstanden besonders seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, als der politisch-socialer Einfluß und die Macht der Kirche anfieng, allmählich immer mehr abzunehmen. „Der Niedergang des Mittelalters beginnt mit den großen Kämpfen zwischen Kirche und Staat zur Zeit der Staufer. Wie in religiöser, in sittlicher, in politischer Hinsicht, wie in Poesie und bildender Kunst, so stand Europa auch in socialer Beziehung zu Ende des 12. und im 13. Jahrhundert auf der Höhe seiner Blüte. Nicht als ob es das Höchste schon geleistet hätte. Es war vielfach erst im Anfang und Großes blieb noch zu leisten übrig. Aber das wurde nicht mehr geleistet. In allen Stücken zeigt das Ende des 13. Jahrhunderts einen ganz gewaltigen Niedergang. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß das eigentliche Mittelalter nur das 12. und 13. Jahrhundert umfaßt.¹ Die furchtbaren Kämpfe gegen die Kirche hatten den so fruchtbaren Bund, der Himmel und Erde bisher vereinte, gelockert, zerrissen. Die Erde sank wieder auf sich selbst zurück . . . So gieng es immer tiefer abwärts, im kirchlichen,

¹ Arnold, Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte. II, 120.

können, acceptierten jetzt die Juristen und Casuisten die Anschauung der Geschäftswelt von der Fruchtbarkeit des Geldes.

Ein erstes Zugeständnis an die Lehre von der Productivität des Geldes oder Capitals findet sich schon in der dem heiligen Thomas zugeschriebenen, aber anerkanntermaßen nicht von ihm herrührenden Schrift: „De Usuris.“ Hier wird unseres Wissen von einem Theologen zum erstenmal zugegeben, daß Geld mittelbar fruchtbar werden könne. Es liege alsdann kein „partus numismatis ex numismate immediate“ vor, sondern ein „partus rerum, quae per numismata sunt acquisite.“¹

Man sagte, in gewissen Fällen habe das sonst unfruchtbare Geld die Eigenschaft, nicht bloß einfaches todttes Geld zu sein, sondern eine Art von Fruchtbarkeit zu besitzen, und solches Geld sei eben „Capital“, das heißt Geld, welches „non solum habet rationem simplicis pecuniae sive rei, sed etiam ultra hoc quandam seminalem rationem lucrosi, quam communiter capitale vocamus.“²

Man kam zu der Ansicht, daß das Geld an und für sich zwar unfruchtbar sei; wenn es aber im Handel angelegt werde, so werde es fruchtbar und könne sich selbst vermehren: „Pecunia ex se sola minime est lucrosa nec valet seipsum multiplicare; sed ex industria mercantium fit per eorum mercationes lucrosa.“³

Dann aber glaubte man ferner zu finden, daß es auch noch viele andere Geschäfte und Verträge gebe, in denen Geld

¹ (Thomas), De Usuris. Opusc. 73, c. 11.

² Bernhardin, Opera. Venetiis 1745, II, 197. Der Ausdruck „communiter“ zeigt, daß der Autor das Wort „capitale“ und die damit verbundene Vorstellung aus der vulgären Geschäftssprache und Geschäftsanschauung seiner Zeit, das ist der italienischen Handelswelt des 14. und 15. Jahrhunderts, herübergenommen hat.

³ Antonin, Sum. theol. II, tit. 1. c. 7. § 16. Lucrativ wird das Geld im Handel allerdings, aber nicht productiv; es kann sich nicht selbst vermehren. Ubi lucrum, ibi damnum. Man hielt und hält noch heute die zwei ganz verschiedenen Fragen nicht auseinander: 1) Ist es per accidens moralisch und rechtlich statthaft, einen Gewinn mittelst des Geldes zu machen? — und 2) Ist es per se physisch und logisch möglich, daß das Geld fruchtbar oder productiv werde? Die erste Frage ist freilich zu bejahen, die zweite unbedingt zu verneinen.

Also das Geld ist unmittelbar unfruchtbar, aber mittelbar dennoch fruchtbar; aber doch ist nicht das Geld fruchttragend, sondern der Contract gebiert das Geld.

Späterhin sagt Barth: „Sicut lignum pomiferum facit fructum juxta genus suum, cuius semen in semetipso sit. ita res aliae fructificant juxta conditionem naturae suae, ager mediante seminatione, domus mediante obligatione civili, pecunia mediante industria hominis“.¹ Also nicht bloß Frucht-bäume und Fruchtpflanzen, nicht bloß Thiere und Ackerland sind fruchtbar, sondern alle Dinge, selbst das Geld, weil alle Dinge in Geld, und Geld in alle Dinge umgewandelt werden kann. Die Vorstellung von der Unfruchtbarkeit des Geldes ist ein aristotelisch-scholastischer Irrthum und „gänzlich zu verwerfen“. Der Capitalprofit oder Capitalzins ist „ein organisches Erzeugniß aus dem Innern einer nicht bloß fruchtfähigen, sondern wirklich fruchtbaren Sache“, sei diese Sache auch Geld, das in Maschinen, Steinkohle und Baumwolle umgesetzt ist.

Derartige Behauptungen braucht man bloß nackt hinzustellen, um sie auf den ersten Blick als logische Ungeheuerlichkeiten und Absurditäten zu erkennen. Sie sind nichts als ein Rückfall in die naive Anschauung der griechischen und römischen Wucherer und Krämer, die den Zins τόκος, partus. nannten. Sie sind aber wahrlich kein Resultat fortgeschrittener volkswirtschaftlicher Einsicht oder „ökonomischer Erkenntniß“, wie man heute noch fast allgemein wähnt.

Man konnte zu der wunderbaren Meinung, daß der Zins, Profit oder Mehrwert aus dem Capital „herauswache“ nur kommen, weil man über die wahre Bedeutung des römisch-rechtlichen Terminus „fructus“ völlig im Unklaren war, und ebenso im Unklaren sich befand über den Begriff des Wertes und über die Production oder die Entstehung des Wertes. Man mußte aber zu dieser wunderbaren Meinung kommen, weil man Verträge, die allgemein practiciert wurden, theoretisch rechtfertigen wollte, was unmöglich war, aber nothwendig erschien, da man praktisch dieselben zu dulden und anzuerkennen sich gezwungen sah.

¹ Barth, De statuto principis. § 98. (Migne. Theol. curs. compl. XVI, 1041.

Fürs Zweite trägt jene Beschränkung wesentlich bei zur Herabsetzung des Darlehen-Zinsfußes.

Bei den Vorschußcassen sind meistens verschiedene Zinsfüße für Darlehen angegeben: ein niedrigerer für Mitglieder und ein höherer für Nichtmitglieder. Da das Darlehensgeschäft mit Mitgliedern das geringere ist, so hat im allgemeinen der höhere Zinsfuß Geltung.

Bei den Raiffeisen-Cassen aber gibt es überhaupt nur Darlehen an Mitglieder, und daraus geht hervor, daß allein der niedrigere, ortsübliche Zinsfuß zur Anwendung kommt.

Es ist auch leicht erklärlich, daß die Generalversammlungen der Raiffeisen-Cassen den Zinsfuß möglichst niedrig ansetzen, weil ja die Leute, für welche dieser Darlehens-Zinsfuß gilt, eben niemand anderer als die Mitglieder auf der Generalversammlung selbst sind, und diese sich doch nicht ins eigene Fleisch schneiden werden.

So sieht die Raiffeisen-Casse die Interessen des Schuldners als die eigenen an.

Freilich könnte es auch hier so aussehen, als ob diese Beschränkung unter Umständen von großem Nachtheile für die Cassen selbst sowie für den creditbedürftigen Mittelstand wäre.

Nehmen wir den Fall an, daß in einem Orte die Raiffeisen-Casse mehrere hundert Gulden verfügbar hat, für welche sich kein Darlehenswerber findet, während in der Nachbarschaft oder auch in einem weiter entfernten Orte Cassen sind, welche ihren Mitgliedern Darlehen geben sollten, aber kein Geld dazu haben.

Wäre es da nicht gut, wenn die darlehensbedürftigen Mitglieder dieser ärmeren Cassen, welche kein Geld haben, bei der reicheren Casse Geld bekommen könnten?

Scheint da nicht die Beschränkung der Darlehensberechtigung auf die Mitglieder der eigenen Casse und der Ausschluß der Mitglieder anderer Cassen von Nachtheil zu sein?

Mit nichts!

Denn es ist, wie wir sehen werden, in diesem Falle auf die schönste Art dafür gesorgt, daß jene Beschränkung alles etwa Nachtheilige verliert.

hohe n.-ö. Landesausschuß beim Landes-Ober-Einnehmeramte ein Centralstelle schuf für die Raiffeisen-Cassen.

Damit waren zwei Fliegen mit einem Schlage getroffen.

Es ist schon oben erwähnt worden, daß den Raiffeisen-Cassen Hypothekengeschäfte nur indirect möglich sind, nämlich durch Vermittlung der Landeshypotheken-Anstalt; und hier sehen wir, daß Personal-Creditgeschäfte außerhalb des kleinen Vereinsgebietes der einzelnen Casse (z. B. außerhalb der Ortsgemeinden) auch nur indirect möglich sind, nämlich durch Vermittlung einer zweiten Raiffeisen-Casse.

Da bildet nun die Centralstelle beim hohen Landesausschuße jenen Mittelpunkt, wo

1. jene Gelder einlaufen, welche reichere Casen gerne im Hypothekengeschäfte, oder aber zu Darlehen außerhalb ihres Vereinsgebietes verwenden möchten;

2. wo der Verkauf der Pfandbriefe der Landes-Hypothekenanstalt billig besorgt wird;

3. wo ärmere Casen erfahren können, welche Casen bereit wären bei ihnen Einlagen zu machen, damit sie das Darlehensbedürfnis ihrer Mitglieder befriedigen können.

Nehmen wir dazu noch den Umstand, daß die Centralstelle und die einzelnen Casen im Anweisungsverkehre der Postsparcasse stehen, so kann man sich nicht leicht etwas Schöneres denken, als ein solches Zusammenarbeiten eines ganzen großen Gefüges von Organisationen.

Hier müssen wir nun in erster Linie uns klar werden, wie dieses Zusammenarbeiten beiträgt, das Risiko bei den Raiffeisen-Cassen zu verringern.

Nehmen wir an, die Raiffeisen-Casse hätte das Recht, an Nichtmitglieder Geld auszuleihen, und eine Raiffeisen-Casse im „Mostviertel“ (Viertel ober dem Wienerwald) leiht einem Bauer im „Waldviertel“ (Viertel ober dem Manhartsberge)¹ tausend Gulden, so ist es leicht einzusehen, daß es für die betreffende Casse sehr schwer sein wird, die Creditsähigkeit und Creditwürdigkeit des Darlehenswerbers zu prüfen, und noch schwerer, dieselbe in Evidenz zu halten. Gibt also die Casse das Geld her, so ist das ein riskiertes Geschäft.

¹ Districte des Erzherzogthumes Niederösterreich.

Nun aber geht die Sache so vor sich: Will der betreffende Landwirt im „Waldviertel“ die tausend Gulden von der Casse im „Mostviertel“ haben, vielleicht weil er in seiner Gegend kein Geld aufzubringen weiß, so wendet er sich an die Raiffeisen-Casse seines Ortes, deren Mitglied er ist, und diese prüft seine Creditsfähigkeit und Creditwürdigkeit; diese kann das leicht thun. Dann wendet sie sich durch Vermittlung des Landes-Ober-Einnehmeramtes an die erwähnte Raiffeisen-Casse des „Mostviertels“ und erhält von ihr das Geld.

Wenn diese Casse das Geld einer Schwester-casse leiht, so ist es nicht gefährdet, denn die Verlässlichkeit einer Casse läßt sich aus dem Bücherauszuge leichter beurtheilen (besonders wenn man bedenkt, daß die Cassen, deren Buchführung und die Bücherauszüge unter Controle des Landesausschusses stehen), als die Verlässlichkeit einer einzelnen, entfernt wohnenden, landfremden Privatperson.

Eine Vorschuss-casse — auch die bestgeleitete — hat alle diese Hilfsmittel nicht, um sich im Verkehr mit fern wohnenden Privaten in solcher Weise vor Gefährdung des Darlehens zu schützen.

So sehen wir, daß auch diese Beschränkung der Darlehensberechtigung in Bezug auf die Person der Darlehenswerber — daß nur Mitglieder des kleinen Vereinsgebietes darlehensberechtigt sind — kein nachtheiliges Hemmnis segensreichen Wirkens der Cassen ist, wohl aber eine wesentliche Herabminderung des Risicos.

b) Mit wenig Worten läßt sich ein zweiter hieher gehöriger, äußerst wichtiger Gegenstand erledigen: Die Beschränkung der Darlehensbewilligung im Hinblick auf die Person des Darlehenswerbers.

Mehr als es bei Vorschuss-cassen üblich und auch möglich ist, wird bei den Raiffeisen-Cassen auf die sittliche Eignung des Darlehenswerbers gesehen.

Trinkern, Spielern, Proceßsüchtigen u. s. w. dürfen in der Regel keine Darlehen bewilligt werden. Sie dürfen auch nicht als Bürgen angenommen werden, wenn sie nicht bestimmte Zusagen der Besserung machen.

Durch strenge Handhabung dieses Grundsatzes sind schon ganze Gemeinden vom drohenden sittlichen und wirtschaftlichen Untergange gerettet worden.

Es ist wohl nicht zu verwundern, daß Raiffeisen selbst im Statute der Cassen nach seinem Systeme die sittliche Hebung des Mittelstandes betont wünschte; auffällig aber ist, wie er — während doch die Cassen eine wirtschaftliche Einrichtung zu sein scheinen — in den Statuten selbst den sittlichen Zweck dieser Vereine höher stellt, als ihren wirtschaftlichen Erfolg; der sittliche Zweck kommt nämlich nach seiner Auffassung in erster Linie, der wirtschaftliche Erfolg seiner Cassen erst an zweiter Stelle.

Im § 2 der Statuten heißt es nämlich:

„Der Verein bezweckt, die Verhältnisse seiner Mitglieder in sittlicher und materieller Beziehung zu verbessern . . .“

Es ist — soweit mir bekannt — noch keinem Vorichußvereine, keiner Sparcasse, keinem Consumvereine, keiner Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft, keiner Actiengesellschaft und keiner — — — Börsekammer eingefallen, einen solchen oder ähnlichen Paragraphen in das Statut aufzunehmen — und doch sind das alles genau so wirtschaftliche Vereinigungen von verschiedener Art, wie es in ihrer Art die Raiffeisen-Cassen sind.

Wenn alle wirtschaftlichen Organisationen in ihrem Statute einen solchen Paragraphen hätten, und auch darnach handelten, wie weit wären wir nicht schon in unserer socialen Entwicklung!

Es zeigt von einem durchaus originalen und — was weitaus mehr ist — von einem durchaus reinen, edlen Geiste, daß Raiffeisen auf den Gedanken kam, diesen § 2 in sein Darlehenscassen-Statut aufzunehmen. Wüßten wir von ihm nichts, als daß er dieses Statut entworfen, so wüßten wir genug, um ihn zu verehren wegen seiner Weisheit und seines Charakters.

Welchen Einfluß dieser einzige Paragraph, wenn er in der Geschäftsführung des Vereines streng im Auge behalten wird, auf den geschäftlichen Erfolg der Raiffeisen-Cassen und die Sicherheit der Darlehen, auf die Herabsetzung des Risico's hat, das ist wohl leicht einzusehen und aus der Geschichte dieser Cassen deutlich genug zu entnehmen.

In der That, es hat im Anfange Viele befreundet, daß die Darlehenswerber den Zweck des Darlehens angeben und sich bezüglich der wirklichen Verwendung zum angegebenen Zwecke einer Art Controle unterwerfen müssen.

Es hat sich aber bald gezeigt, daß diese Bestimmung, anstatt den Cassen zu schaden, ihnen nur nützte.

Die erwähnte Controle wird nämlich auf eine Art ausgeübt, welche einerseits für den Schuldner nichts Belästigendes oder gar Demüthigendes hat und es ihm anderseits erleichtert, Bürgen für seinen Schuldschein zu bekommen.

Das Controlrecht wird nämlich gerne dem Bürgen des Schuldners übertragen; von diesem kann man überzeugt sein, daß er — weil er doch meistens ein Freund des Schuldners ist — denselben nicht belästigt oder gar quält. Weil er aber für den Schuldner gutsteht, kann man auch überzeugt sein, daß er von seinem Rechte wirklich Gebrauch macht.

Es ist bekannt, daß oftmals selbst brave Landwirte bloß aus dem Grunde in die Hände hochpercentiger Wucherer fallen, weil diese Geldmänner Darlehen auch ohne Bürgschaft geben, während die Vorschuß-Vereine bei Darlehen auf Personalcredit fast ausnahmslos die Unterschrift wenigstens eines Bürgen verlangen; so ein Bürge ist aber bekanntlich oft sehr schwer zu bekommen.

Da haben denn die Raiffeisen-Cassen ein Mittel, welches den Darlehens-Werbern die Beibringung eines Bürgen sehr erleichtert.

Dieses Mittel besteht in gar nichts anderem, als eben darin, daß der Verein sein Recht der Aufsicht über Verwendung des Geldes zu einem bestimmten productiven Zweck dem Bürgen überträgt.

Bemerkt der Bürge, daß der Schuldner das Geld zu anderen Zwecken verwenden will, muß der Schuldner das ganze Darlehen auf Verlangen ohne Kündigungsfrist zurückerstatten.

Auf diese Art kann der Bürge sich möglichst sicherstellen, daß ihm aus seiner Bürgschaft kein Schaden erwachse.

Die Erfahrung lehrt auch, daß wegen dieser Einrichtung für Darlehen bei Raiffeisen-Cassen viel leichter ein Freund zur

Bürgschaft bereit ist, als für Darlehen bei anderen Cassen oder bei Privaten.

Für die Cassen selbst aber bedeutet auch diese Beschränkung, daß der Schuldner sich der Controle der Cassé selbst oder des Bürgen unterwirft, wesentliche Verminderung des Risicos.

Dem aufmerksamen Leser dürfte es freilich scheinen, daß diese Überwachung des Schuldners auch bei den Raiffeisen-Cassen nicht immer durchführbar sei und auch nicht immer ausbedungen werde.

Es wurde ja oben gesagt, daß die reicheren Cassen den ärmeren Darlehen geben können, wenn schon nicht in der Form eines Darlehens, so doch der Sache nach; denn wenn eine Cassé verfügbares Geld bei einer anderen als Spareinlage einlegt, so geht dies doch auf dasselbe hinaus.

Wie verhält es sich in diesem Falle mit der Verpflichtung des Schuldners, daß ist der geldarmen Cassé, sich controlieren zu lassen, ob sie das Geld zu productiven Zwecken verwendet oder zu productiven Zwecken weitergibt, und wie steht es da mit der Ausübung dieses Controlrechtes?

Nun, auch im Geldverkehre der Cassen untereinander unterwirft sich die geldaufnehmende Cassé einer Controle, ob sie das aufgenommene Geld zu wirtschaftlich-productiven Zwecken weitergibt.

Denn in den Cassenverband, dessen Centrale beim Landes-Ober-Einnehmeramte errichtet ist, werden nur jene Cassen aufgenommen, welche eine Erklärung ausstellen, daß sie sich in ihrer Geschäftsführung der Controle des Landesausschusses unterwerfen. Wenn also eine Cassé einer anderen Geld als Einlage überläßt, so hat man für die Einbringlichkeit des Capitals und der Zinsen in der Controle der Geld aufnehmenden Cassé durch die Beauftragten des Landesausschusses eine gewichtige Sicherheit.

Vorschusscassen kennen derartige beschränkende Bestimmungen nicht; für die Raiffeisen-Cassen bedeuten diese Beschränkungen aber offenbar eine weitere Herabsetzung des Risicos.

8. Endlich und lezlich haben die Raiffeisen-Cassen noch eine beschränkende Bestimmung, welche auf die Sicherheit der Geschäftsführung von großem Einflusse ist. Die Befugnisse des

Vorstandes sind durch die vorbehaltenen Rechte der Generalversammlung viel enger begrenzt, als dies bei Vorschußcassen der Fall ist, und als es bei ihnen der Fall sein kann.

Da die Vorschußcassen ein weitaus größeres Vereinsgebiet besitzen als die Raiffeisen-Cassen, und da sie überdies mit Geldgeschäften zu thun haben, welche der Mann aus dem Mittelstande selten, ja fast nie genügend versteht — z. B. mit Wechselgeschäften — so müssen die Generalversammlungen dieser Cassen, auch der bestgeleiteten, an drei Uebelständen leiden: 1. Sie sind schwer einzuberufen; 2. die Mitglieder sind zum großen Theile durch Strohleute vertreten; 3. die Theilnehmer sind nicht fähig, die Geschäftsgebarung selbst zu prüfen.

Aus diesem Grunde ist es nothwendig, daß die Statuten der Vorschußvereine dem Vorstande weitgehende Rechte und Vollmachten einräumen.

Nicht so bei den Raiffeisen-Cassen!

Hier ist das Vereinsgebiet klein, und die Thätigkeit des Vereines betrifft in der Regel so einfache Spareinlagen- und Darlehensgeschäfte, daß das durchschnittliche Wissen des Mittelstandes genügt, dieselben zu prüfen.

Aus diesem Grunde haben die Generalversammlungen der Raiffeisen-Cassen folgende Vortheile: 1. sie sind leicht einzuberufen und zusammenzubringen; 2. die Mitglieder können persönlich erscheinen; 3. sie verstehen genau all das, worüber sie abzustimmen haben.

Das nun ist der Grund, warum dem Vorstande verhältnismäßig weniger Rechte eingeräumt und größere Beschränkungen auferlegt sind als bei Vorschußcassen.

Es ist aber leicht einzusehen, daß auf diese Art der Möglichkeit vorgebeugt ist, daß der Vorstand auf eigene Faust in allzuweitgehende Verbindlichkeiten sich einläßt und mit dem Vereinsvermögen eine vielleicht verhängnisvolle Wirtschaft treibt.

Der Vorstand kann gar nicht in die Versuchung kommen, sich mit dem anvertrauten Geldern in gewagte Geschäfte einzulassen, weil er gar nicht die Befugnisse besitzt, welche ihm das ermöglichen würden.

Diese Beschränkung des Vorstandes in seinen Befugnissen durch die vorbehaltenen Rechte der Generalversammlung ist eine

so hervorstechende Eigenthümlichkeit, ein so wesentlicher Charakterzug der Raiffeisen-Cassen, daß man, um die Thätigkeit dieser Vereine richtig zu beurtheilen, diese Eigenheit formwährend im Auge behalten muß.

Wie sehr diese Bestimmung dazu beiträgt, die Geschäftsführung der Raiffeisen-Cassen recht ruhig, stetig und vorsichtig zu machen und das Risiko zu vermindern, das braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden.

* * *

So haben wir denn gesehen, daß den Raiffeisen-Cassen schon durch ihr Statut — also ganz abgesehen von der Praxis, die sich bei ihnen herausgebildet hat — in jeder Hinsicht eine weitgehende, weise Beschränkung in der Geschäftsführung auferlegt ist: denn sie bezieht sich

1. auf die Form des Darlehens — vollständiger Ausschluß des Wechsels — Zulassung der Hypothek bloß indirect — Beschränkung auf bloßen Schuldschein;

2. auf den Ort — Bestimmung eines kleinen Vereinsgebietes;

3. auf die Dauer — Ausschluß langfristiger Darlehen;

4. auf die Höhe des Betrages — durch Punkt 3 erscheinen hohe Darlehensbeträge für gewöhnlich von selbst ausgeschlossen;

5. auf die Persönlichkeit des Darlehenswerbers — Beschränkung auf die Vereinsmitglieder — Ausschluß sittlich minder geeigneter Personen;

6. auf den Zweck des Darlehens — bloß für wirtschaftlich-productive Auslagen;

7. auf die Überwachung des Geldnehmers — bei Mitgliedern durch den Bürgen — bei Schwestercassen des Centralverbandes durch den Landesausschuß;

8. auf die Befugnisse des Vorstandes in der Geschäftsführung.

Dabei sind die Cassen untereinander so verbunden und überdies mit anderen wirtschaftlichen Einrichtungen zu einem so wunderbar schönen Ganzen vereinigt, daß alle diese Beschränkungen nicht als lästige Hindernisse in der jegensvollen Wirksamkeit dieser Cassen erscheinen, sondern als Mittel zur Erreichung einer allen

berechtigten Bedürfnissen möglichst entsprechenden Arbeitstheilung aller zu einem einzigen Organismus verbundenen Institute.

Gerade diese vorsichtige und weise Beschränkung der Raiffeisen-Cassen in ihrer Wirksamkeit hat in diese Vereine das hineingebracht, was man als den Geist der Raiffeisen-Cassen bezeichnet.

Das processuale Armenrecht

hat in der neuen Civilproceß-Ordnung, welche mit 1. Jänner 1898 ins Leben treten soll, eine bemerkenswerte Verbesserung erfahren. Bisher hatte über die Frage, ob die Voraussetzungen des Armenrechts — Stempel- und Gebührenfreiheit, Beigebung eines ex officio-Vertreters — im einzelnen Falle vorliegen, bei der Rechtsache, in denen die Intervention eines Advocaten geleglich erforderlich war, die betreffende Advocatenkammer zu entscheiden. Erst im Beschwerdewege konnte man sich an das Oberlandesgericht wenden. In erster Instanz lag also die Beantwortung der Frage, ob der armen Partei das Recht der unentgeltlichen Proceßführung zustehe, den Vertretern jenes Berufes ob, der naturgemäß daran interessiert ist, daß die ex officio-Vertretungen sich nicht zu sehr häufen. Dies entspricht keineswegs der Gerechtigkeit; wenn dem Unbemittelten die Möglichkeit geboten werden soll, ihr Recht vor dem Civilgericht zu finden, so darf man über das Vorhandensein dieses Rechtes nicht die Körperschaft urtheilen lassen, der eben die Armenvertretung endlich zur Last fällt. Es ist darum zu begrüßen, daß die neue Civilproceßordnung die Verleihung des Armenrechtes immer dem zuständigen Proceß-Gericht überläßt. (§ 65, C.=P.=D.)

Auch betreffs der subjectiven Voraussetzungen des Armenrechtes ist ein merklicher Fortschritt zu verzeichnen. Nach dem bisher in Kraft stehenden Hofkanzlei-Decret vom 26. Juli 1840 war das Armenrecht auf diejenigen eingeschränkt, der von seiner Realität, seinem Capitale, seiner Rente oder durch Arbeit oder Dienst kein größeres Einkommen bezieht, als der in dem Wohnorte des Armen übliche gemeine Taglohn beträgt.“ Dagegen will die neue Civilproceßordnung das processuale Armenrecht immer demjenigen sichern, der „ohne Beeinträchtigung des

für ihn und seine Familie erforderlichen nothdürftigen Unterhaltes die Kosten einer Proceßführung zu bestreiten außer Stande ist.“ (§ 63 C.=P.=D.)

Noch eine weitere Begünstigung armer Parteien ist erwähnenswert. Es kann der Fall eintreten, daß jemand eine Klage bei Gericht zu Protokoll geben will, jedoch bei dieser Gelegenheit erfährt, die Klage könne nicht hier an seinem Wohnort oder Aufenthaltsort angebracht werden, sondern nur bei einem entfernten Gericht. Hier wäre der Unbemittelte vor die Alternative gestellt, entweder eine schriftliche Klage verfassen zu lassen — und für dieses Schriftstück könnte kein Advocat ex officio bestellt werden, weil nach der Annahme ein Advocat im gegebenen Proceß an sich nicht nothwendig ist — oder an den Ort des zuständigen Gerichtes zu fahren; beide Wege sind kostspielig. In diesem Falle hilft die C. P. D. dem Unbemittelten dadurch, daß sie das Gericht seines Wohnortes oder Zuständigkeitsortes verpflichtet, die Klage selbst zu Protokoll zu nehmen und an das competente Gericht zu senden; ja, noch mehr: die C. P. D. gewährt in diesem Falle den Armen das Recht, zu begehren, daß zur unentgeltlichen Wahrung seiner Rechte im Verfahren von dem fernen Gericht ein Beamter der Staatsanwaltschaft oder des Gerichtes an jenem Orte bestellt werde.

Wir finden in diesen Normen einen unverkennbaren socialen Zug; hoffentlich wird eine genügende Besetzung der Gerichte den Parteien ermöglichen, von all den wohlgemeinten Bestimmungen Gebrauch zu machen; überbürdete Richter allerdings würden niemals social wirken können.

Die Bedeutung des processualen Armenrechts ist nicht zu unterschätzen; es ermöglicht erst den weiten Volkskreisen, ihr Recht vor den Schranken des Gerichtes zu erkämpfen. Solange die Führung eines Processes davon abhängig war, daß man vor allem die Kosten des Verfahrens bestreiten konnte, blieb das Gericht eine Einrichtung zum Vortheil der Besitzenden. Denn was nützen Rechte, die man vor Gericht nicht erzwingen kann, wenn der Gegner sie nicht achtet!

Zu verschiedenen Zeiten hat man über diesen Punkt verschieden gedacht. Der altrömische Civilproceß (Legisactionen-Proceß) setzte die gerichtliche Hinterlegung einer Wettsumme

(sacramentum) durch beide Streittheile voraus, war also capitalistisch. Im Gegensatz hiezu hat die Kirche im Mittelalter darauf gesehen, daß auch der Arme sein Recht finden, daß er processieren konnte: sie schuf darum den personae miserales, einen eigenen Gerichtsstand vor dem geistlichen Richter, vor dem sie Klage erheben konnten.

Im österreichischen Civilproceß ist das processuale Armenrecht noch nicht sehr alt. Unsere „Allgemeine Gerichtsordnung“ vom Jahre 1781 kannte es noch nicht. Nur vom Erlage der „actorischen Caution“ d. i. der geforderten Sicherstellung der gegnerischen Proceßkosten, konnte sich der Kläger durch das juramentum paupertatis befreien; er mußte in diesem Falle schwören, er könne diese „Sicherheit nicht schaffen“. Hier handelt es sich also nur um den Erlass der gegnerischen Proceßkosten, der im Falle des Unterliegens gefordert werden könnte, nicht um eine Befreiung von Gebühren oder um unentgeltlichen Rechtsbestand. — Vom Decrete von 1840 war bereits die Rede. Die Bestimmung, wonach die Advocatenkammer über das Vorhandensein des Armenrechts entscheidet, entstammt der Advocatenordnung vom 6. Juli 1868, also der liberalen Periode. Auch in dieser Beziehung verleugnet sich der Geist der Zeit nicht.

Athanasius.

Literatur.

Die Socialdemokratie in Theorie und Praxis. Ein Blick hinter die Coulißen. Von Theodor Lorenzen. Kiel und Leipzig, Lipsius und Tischer, 1896, 112 S., 30 kr.

In der vorliegenden Schrift spricht ein belehrter Socialdemokrat zu uns. Vorausgesetzt, daß er ein verlässlicher Mann ist, kann stets ein Selbsterfahrener die besten Aufschlüsse geben, die er mitgemacht hat. Lorenzen macht den Eindruck eines ruhigen, denkenden Menschen. Natürlich identifiere ich mich deswegen nicht mit jeder seiner Behauptungen. Die Art und Weise z. B. wie er Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken vertheidigt — weil verwitwete Frauen, Frauen lumpiger Männer zc., Gelegenheit zum Verdienen haben müssen — ist doch gar zu hausbacken. Da könnte man sehr niedere Löhne auch vertheidigen, weil etwas noch immer besser ist, als nichts.

Andere Stellen seiner Schrift hingegen sind beherzigenswert; interessant ist die ganze.

Sch.

Einige Gedanken über die Gründung christlich-socialer Vereine. Von Professor Dr. Hilty. Bern, A. Siebert 1896, 400 S., 1 fl.

Der Autor wünscht nicht, daß der Clerus Socialpolitik treibe. Er meint, daß damit dessen höhere Aufgabe Schaden leide. Der Priester soll die Religion und nur die Religion als sein Departement betrachten und danach handeln. „Es fehlt der Welt hauptsächlich daran, daß sie in weiten Kreisen Gott aufgegeben hat, Gott aber allerdings nicht sie. Den Gottlosen ist nicht ganz zu helfen, auch nicht mit aller Socialpolitik oder der jetzt postulierten socialen Schulung.“

Hilty meint es gewiß gut. Nur übersieht er, daß gute Socialpolitik praktisches Christenthum ist. Ohne dieses würde das theoretische gewiß kaum lange halten. Sch.

Die Arbeiterschuß-Heuchelei der bürgerl. Parteien im Reichstage. Berlin 1896, Verlag des Vorwärts 7 S., 15 Pfennige.

Es sind Reden verschiedener Abgeordneter in der Schrift enthalten, denen ein sehr scharfes die bürgerlichen Parteien übel mitnehmendes Nachwort Bebel's angefügt ist. Ich will nicht sagen, daß die sogenannten bürgerlichen Parteimänner sammt und sonders auf der Höhe der Zeit stehen. Allein Bebel verschüttet das Kind mit dem Bade, wie — das im socialpolitischen Kampfe leider die Regel zu sein pflegt. Sch.

Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Von Charles S. Devas. Überetzt und bearbeitet von Dr. Walter Rämpfe. Freiburg, Herder 1896, 521 S., 7 Mark.

Wir haben zwar keinen Mangel an volkswirtschaftlichen Werken, wir verfügen über ausgezeichnete Autoren. Indessen ist die Überetzung des Werkes von Devas aus dem Englischen doch mit Freuden zu begrüßen, besonders da dieselbe von einem Manne wie W. Rämpfe vorgenommen wurde, der durch selbständige Einfügung vieler Partien das Werk uns so eigentlich erst mundgerecht machte. Devas berücksichtigt eben zunächst englische Verhältnisse, die bei uns keine Anwendung haben. Das Werk scheidet sich in die usuellen drei Theile: 1. Production und Consumption; 2. Güteraustausch; 3. Vertheilung der Güter, denen der Autor einige lose miteinander zusammenhängende Capitel über Finanzwesen, Besteuerung, Schulden 2c. anfügt. Ich kann in Detail nicht eingehen. Nur Eines will ich bemerken, daß sich weder der Autor noch der Übersetzer bemüht gesehen hat, die leider verbreitete Ansicht über den Reichtum zu corrigieren. Was da Seite 350 ff. gesagt wird, um den Reichtum gewissermaßen als eine göttliche Einrichtung hinzustellen, die den Armen wie den Reichen Gelegenheit gibt, Tugenden zu üben, hat mich sehr unangenehm berührt. Ich glaube ja auch, daß subjectiv die verschiedenen

Rabobs nicht stets gefehlt haben werden. Allein objectiv und moralisch ist das Occupieren fremden Verdienstes einfach Diebstahl. Daß die Staatsordnungen nichts dagegen haben, beweist nichts. Schade daß Kämpfe in seinem Schluscapitel von der großen Partei der Socialpolitiker gar nicht erwähnt hat, welche die Einrichtung der Welt mit Reichthum und Armut nicht auf den göttlichen Willen, sondern auf die Schwachheit und Schlechtigkeit der Menschen und reiner Zulassung Gottes zurückführen.

Sch.

Socialpolitische Randglossen.

Bojkott des Großhandels gegen die schweizerischen Genossenschaften. Schweizerische Blätter schreiben: In der Schweiz spielt sich seit einiger Zeit ein interessanter Kampf ab zwischen den Genossenschaften, besonders auch den landwirtschaftlichen, und dem Großhandel. Die ersteren haben einen Verband gegründet, um durch gemeinsamer Handelsthätigkeit ihren Mitbürgern den billigeren Einkauf und die bessere Verwertung ihrer Producte zu sichern. Die Großhändler greifen dem gegenüber zu dem Mittel, daß sie von den ihnen sonst so verhassten Socialdemokraten gelernt haben, zum — Bojkott. Sie suchen die Mitglieder ihrer Vereine zu der Verpflichtung zu zwingen, mit diesen Genossenschaften keinerlei Verkehr zu pflegen. Auf den Ausgang dieses Kampfes darf man sehr gespannt sein: er kann nicht zweifelhaft erscheinen, wenn die Mitglieder der Genossenschaften an ihrem guten Rechte festhalten, zu kaufen, von wem, und zu verkaufen, durch wen sie wollen. Der Fall selbst aber ist eine drastische Illustration zu der Art und Weise, wie der Handelsstand oft das Princip der freien Concurrrenz auffaßt. So lange es ihm nützt, wird es in alle Himmel erhoben, sobald es ihm schadet, wird es verfolgt.

Wie züchtet man Socialdemokraten? Treffend schreibt darüber das „B. Bld.“: „Es wird wohl kaum eine Zeit gegeben haben, in welcher so alles gethan wurde, die wenigen noch Zufriedenen zu Unzufriedenen zu machen, wie in der unsrigen. Es vergeht kaum ein Monat, ohne daß durch irgend eine Affaire weite Kreise in der heftigsten Weise verstimmt und brüskiert werden. Die Soci haben ganz Recht, wenn sie sagen: „Nur so weiter fortschritt! Die Zeit, in der das Maß voll ist, ist nicht mehr ferne und dann kommen wir ganz von selbst daran.“ Das ist auch der Grund, warum das Gespenst einer blutigen Revolution immer mehr in den Hintergrund tritt, und sich allmählig die Anschauung Bahn zu brechen scheint, daß sich die Umwälzung unblutig und von selbst vollziehen wird. Nun,

die herrschenden Classen, unsere dicken Bourgeois, sind im vollsten Abwirtschasten begriffen, und darum hat ohne Zweifel diese Ansicht eine große Berechtigung. Freilich ist die Ummwälzung eine langsame; daß aber ist nicht Verdienst der herrschenden Classen, denn die gemachten Fehler lassen weder quantitativ noch qualitativ zu wünschen übrig, sondern hat seine Gründe in anderen Verhältnissen. Die Zeiten, in denen der „Pöbel“ oder der Fabrikarbeiter eine Revolution „machte“, sind definitiv vorüber. In unserer Zeit kann eine Ummwälzung nur mehr vom Bauern- und dem Mittelstande ausgehen und diese Ummwälzung vollzieht sich zunächst langsam mit der allmählichen Verarmung dieser Classen und erst wenn diese beiden caput sind und nichts mehr zu essen haben, dann, ja dann — wird's losgehen, aber sicher! Anstatt nun diese beiden Stände zu schützen und zu unterstützen, geschieht alles, um sie zu ruinieren. Die herrschenden Classen denken nicht daran, daß ihre eigene Existenz, ihre eigenen fundamentalsten Interessen mit denen des Bauern, des Handwerkers, kurz des ganzen Mittelstandes aufs engste verknüpft sind; in der Sucht nach schneller Bereicherung, in blinder Hab- und Herrschsucht arbeiten sie am Untergang des Mittelstandes und untergraben damit das herrschende „System“. Wahrlich, es war ein Kunststück, unsern alten, biedern Bauern mit seinem breiten Rücken, der doch so Vieles zu tragen gewohnt ist, unzufrieden und socialistischen Ideen zugänglich zu machen. Dieses Kunststück wird aber mit der Zeit immer mehr gelingen.“

Erwerbende Frauen. In dem Berichte über die Frauenfrage, den Clara Zetkin auf dem Congresse der deutschen Socialdemokratie erstattete, theilte sie folgende Daten mit: 1882 zählte man in Deutschland auf 23 Millionen Frauen 5½ Millionen, die erwerbsthätig waren; d. h. fast ein Viertel der weiblichen Bevölkerung konnte ihren Lebensunterhalt nicht mehr in der Familie finden. Nach der Volkszählung von 1895 hat in der Landwirtschaft im weitesten Sinne die Zahl der erwerbsthätigen Frauen seit 1882 um mehr als 8 Percent zugenommen, in der Landwirtschaft im engeren Sinne gleichfalls um 8 Percent, während gleichzeitig die Zahl der erwerbsthätigen Männer um 2 bezw. 4 Percent abgenommen hat. Auf dem Gebiete der Industrie und des Bergbaues haben die erwerbsthätigen Frauen um 35 Percent zugenommen, die Männer nur um 8 Percent; im Handel die Zahl der Frauen sogar um mehr als 94 Percent, die der Männer nur um 38 Percent.

Berichtigung: S. 297, Z. 16 v. u. ist zu lesen; „nicht so schlimm als der Krieg.“ — S. 346, Z. 19 v. o. ist zu lesen: „Das deutsche Recht.“

Inhaltsverzeichnis

des

Jahrganges 1896 der Monatschrift für christliche Social-Reform.

Heft 1.	Seite
Eine sociale Neujahrsbetrachtung	1
Die herrschende ökonomische „Wissenschaft“ und Karl Marx	8
Ein Finanzprogramm	13
Ein Antrag des Grafen de Mun, betreffend Gewerbe-Schiedsgerichte	20
Das neue Armengesetz von Niederösterreich	26
Socialer Rückblick	40
Literatur	46
Socialpolitische Randglossen	48
Heft 2.	
Die Aera der Kurzsichtigkeit	49
Zur Zuckerfrage	56
Ausbeutungs-Genossenschaften	62
Auf Kündigung	65
Blicke in das Schneiderhandwerk	70
Socialer Rückblick	79
Literatur	94
Socialpolitische Randglossen	94
Heft 3.	
Der Weltmarkt als „neuer Gott“	97
Ein Zeitbild	104
Etwas von den ostelbischen Landarbeitern.	110
Die Wohnungs-Misbezettel in Wien, ihr Wert und mitunter Unwert	116
Socialer Rückblick	121
Literatur	132
Socialpolitische Randglossen	134
Heft 4.	
Sociale Zukunftsmusik	137
Die sogenannte „Fruchtbarkeit“ oder Productivität des Capitals . .	146
Frauenarbeit	155
Aus Bergarbeiterkreisen	166
Socialer Rückblick	172
Literatur	184

Heft 5.

	Seite
Berufsgenossenschaften der Landwirte	185
Die sogenannte „Fruchtbarkeit“ oder Productivität des Capitals . .	196
Frauenarbeit	205
Eine Colonie im Inland	226
Socialer Rückblick	225
Literatur	231
Socialpolitische Randglossen	231

Heft 6.

Das fictive Capital	233
Stimmung Galiziens über Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirte nach der Regierungsvorlage aus der XI. Session 1896	243
Seefischerei und Seefischconsum	251
Grundlose Furcht	258
Socialer Rückblick	260
Literatur	278
Socialpolitische Randglossen	279

Heft 7.

Das fictive Capital	281
Die sogenannte „Fruchtbarkeit“ oder Productivität des Capitals . .	290
Eine Colonie im Inlande	299
Die widerstreitenden Interessen der Landwirte und Viehhändler beim Viehtransporte	302
Einige sociale Aufgaben der Justiz	304
Eine Stimme für die Colonisation von Arbeitslosen	311
Literatur	313
Socialpolitische Randglossen	316

Heft 8.

Das Capital und die Arbeitslöhne	321
Wie kann der Massenarmut gesteuert werden?	329
Die sogenannte „Fruchtbarkeit“ oder Productivität des Capitals . .	335
Agrarpolitische Miscellen	341
Unsere Sparcassen	353
Die Agrarbewegung in Böhmen	353
Literatur	361
Socialpolitische Randglossen	364

Heft 9.

Das Capital und die Arbeitslöhne	369
Unsere Sparcassen	378
Der Wagen Wiens	382
Die Verwertung des Getreides	385
Zeichen des Niederganges in den österreichischen Alpenländern . . .	387
Die Aufhebung des Hypothekarpfandrechtes	389

	Seite
Socialer Rückblick	292
Literatur	412
Socialpolitische Randglossen	414

Heft 10.

Et nunc intelligite	417
Neue Vorschläge zur Grundentlastung	428
Socialer Rückblick	442
Literatur	453
Socialpolitische Randglossen	454

Heft 11.

Der Zukunftsstaat	457
Die sogenannte „Fruchtbarkeit“ oder Productivität des Capitals	468
Über das Charakteristische und Wesentliche der Raiffeisen-Cassen	477
Socialer Rückblick	486
Literatur	500
Socialpolitische Randglossen	501

Heft 12.

Der Zukunftsstaat	503
Die sogenannte „Fruchtbarkeit“ oder Productivität des Capitals	518
Über das Charakteristische und Wesentliche der Raiffeisen-Cassen	530
Das processuale Armenrecht	541
Literatur	543
Socialpolitische Randglossen	545

An unsere Leser!

Diese Monatschrift, welche mit dem nächsten Hefte ihren 19. Jahrgang beginnt, wird auch in Zukunft dem Ziele treu bleiben, das sie sich vom Anfang an setzte: der christlichen Socialreform. Auf der sicheren Grundlage des Christenthums wie der echten Wissenschaft stehend, wird sie ebenso für die Forderungen der Gerechtigkeit als der Nächstenliebe eintreten, sich der Armen und Schwachen annehmen, die an Geist oder irdischem Besitze Reichen zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen ihre weniger begünstigten Mitmenschen auffordern. Sie wird den Lesern Einblick gewähren in sociale und wirtschaftliche Zustände der Gegenwart, und die wichtigsten socialen Vorgänge besprechen. Ihre Spalten werden auch widerstreitenden Meinungen geöffnet sein, insoferne dieselben in den Rahmen einer christlichen und socialreformatoryischen Zeitschrift passen.

Durch mehrere hervorragende neue Mitarbeiter wird die Monatschrift gewiß an Vielseitigkeit gewinnen.

Aus naheliegenden Gründen beruht die Fortdauer der Monatschrift für christliche Socialreform einzig auf der genügenden Anzahl der Abonnenten. Deshalb bitten wir unsere Leser, ihr Abonnement recht bald zu erneuern, und uns, wenn möglich, neue Abonnenten zuzuführen. Wer nur ein wenig die Zeitläufe verfolgt hat, weiß, wie viel Geld, Talent und Fleiß für die Literatur der christusfeindlichen Socialpolitik verwendet wird. Möchte jeder, der es vermag, das Seine zur Erhaltung der einzigen wissenschaftlichen socialen Zeitschrift Österreichs beitragen!

**Der Verlag der Monatschrift
für christliche Socialform.**

